

**RANDGLOSSEN ZU
DEN POLITISCHEN
HANDELUNGEN DER
LETZEN JAHRE: AUS
DEN PAPIEREN...**

Karl Braun-Wiesdaben, Ein
deutscher Abgeordnete



Library
of the
University of Wisconsin

Randglossen

34

den politischen Wandelungen der letzten Jahre.

Aus den Papieren

eines

Deutschen Abgeordneten.

(Dr. Karl Braun-Wiesbaden)

Wotto:

Italia e fatta, mà non ancora compiuta.

(Vittorio Emanuele, Rè d'Italia.)

Deutschland ist zwar hergestellt, aber noch nicht
ingerichtet.

(Deutsche Uebersetzung.)

Bromberg.

Druck und Verlag von F. Fischer.

1878.

169838

DEC 19 1912

F4771

.R15

Herrn Max von Forckenbeck

gemidmet.

An

Herrn W. Munscheid,

Chefredacteur der „Bromberger Zeitung“!

In dem Augenblicke, da ich dies kleine Fahrzeug vom Stapel lasse, fühle ich das Bedürfniß, mich über einige Dinge näher auszusprechen, Ihnen gegenüber, der Sie das Verdienst, oder das Verschulden der Existenz des „Glücks-Schiffleins“, entweder allein tragen, oder wenigstens mit mir theilen.

Auf Ihren Wunsch hatte ich für das geschätzte Blatt, an dessen Spitze Sie stehen, eine Reihe von Briefen über unsere parlamentarischen und außerparlamentarischen Parteien geschrieben, welche Briefe Sie in eine Brochüre vereinigt zu sehen wünschten, weil Sie glaubten, dieselben könnten zur Orientirung in unserem gegenwärtigen Durcheinander Etwas beitragen.

Ich habe Ihrem Wunsche entsprochen, jedoch nicht ohne große Bedenken. Der Journalist hat in Deutschland eine außerordentlich schwere Aufgabe. Hauptsächlich wohl deshalb, weil das Publicum unter sich noch nicht recht einig darüber ist, was es von ihm erwartet. Der Eine erwartet von ihm gelehrte Abhandlungen und der Andere hinreißende Manifeste, der Eine „neue Systeme“ und der Andere Neuigkeiten, nur Neuigkeiten, und wo möglich recht sensationelle Neuigkeiten. Allen gefallen ist schwer.

Dabei sagte ich mir weiter: Wenn vielleicht auch hin und wieder Jemand deine Zeitungsartikel mit einigem Vergnügen gelesen hat — jedoch natürlich nur mit dem Vorbehalt, sie morgen wieder vergessen zu dürfen —, so wird doch der Eindruck ein ganz anderer sein, wenn sie zu einem Buche vereinigt auftreten. Ein anderer, d. i. ein schlechterer.

Denn von einem Buche glaubt nun einmal ein jeder richtiger Deutsche, es müsse, wenn es nicht etwa ein Roman ist, gelehrt und langweilig sein, und eigentlich dürfe überhaupt Niemand ein Buch schreiben, als die Professoren, denn diese seien doch dafür bezahlt und zünftig berufen. Wir sind aufgeklärt genug, an die Zunft-Schusterei nicht mehr zu glauben. Desto mehr aber glauben wir an die Zunft-Gelahrtheit.

Ich erinnere mich noch, wie das vor etwa sechs Jahren erschienene Buch des Reichstagsabgeordneten Ludwig Bambergers „Die Arbeiterfrage unter dem Gesichtspunkte des Vereinsrechts“ — ein Buch, das, wie wenig andere, sich durch die Tiefe der Auffassung und den Reichthum

exacter Beobachtung und vielseitigster Erfahrung auszeichnet und heute, nachdem ihm unsere Erfahrungen während des letzten Lusttrums Recht gegeben haben, doppelt verdient, jündigt zu werden — von der Kritik aufgenommen wurde. Professor Boretius, der damals in der „Nationalzeitung“ das Premier-Berlin schrieb, versicherte, der Verfasser „marschiere mit leichtem Gepäck“. Allerdings, das ist wahr, das Buch ist nicht im Katheder-Ton eines Schäßle geschrieben. Es versucht nicht, die heutige Arbeiterfrage in Verbindung mit dem longobardischen Lehrbuch zu bringen. Auch ist es nicht mit dem Ballast gelehrter Excurse beladen und es hat nicht auf jeder Seite ein unteres Stockwerk von „Animadversiones“ und Büchertitel-Citaten, welches immer höher emporstrebt, so daß zuletzt für den eigentlichen Text nur noch der Rothsteg einer einzigen Zeile am oberen Rande verbleibt. Dazu kommt dann noch der Hauptfehler, daß das Buch in einem verständlichen und guten Deutsch geschrieben ist. Als Bamberger sein Buch über Bismarck in französischer Sprache schrieb, die er mit derselben Meisterschaft, Klarheit, Präcision, und Eleganz handhabt, wie die deutsche, da bewunderten alle guten Deutschen sein „schönes Französisch“. Aber Deutsch? Ach, das darf nicht lesbar, nicht klar, nicht präcis, nicht wichtig, nicht elegant sein! Sonst wäre es am Ende ja, wie französisch! Pfiu, lesen wir lieber Schäßle's „Quintessenz des Socialismus“! Ich sage also:

Wenn nun Bamberger damals „mit leichtem Gepäck“ marschierte und deshalb verdammt ward, mein Gott, was soll aus mir werden, der ich ohne alles Gepäck, ja sogar ohne Stock und Regenschirm reise?

Ich habe also den „Parlamentsbriefen“ als Prophyläen noch eine Reihe von Aufsätzen beigegeben, welche in 1877 und 1878, d. i. vor den gedachten Briefen, verfaßt und auch Alle schon hier und da im Druck erschienen sind. Ich habe nirgends ein Wort geändert. Der geneigte Leser soll selber beurtheilen können, ob ich, namentlich Ende 1877, richtig gesehen. Denn darauf kommt es in der Politik doch mehr an, als auf die Schwere des Koffers.

Wenn ich mich zu so hohen Ansprüchen erheben dürfte, dann würde ich sagen, meine Aufzeichnungen folgen den politischen Wandelungen der letzten zwei Jahre, wie der Chor der Handlung in der antiken Tragödie.

Allein so hoch erhebt sich mein Flug nicht, und ich fühle das aufrichtige Bedürfnis, mich zu rechtfertigen oder wenigstens zu entschuldigen, wenn ich so kühn bin, meine leicht hingeworfenen Zeilen zu einem Buche zusammenzustellen.

Es ist die Krisis, in welcher wir uns befinden, die mich dazu veranlaßt. Wir leben seit einiger Zeit in einem Zustand, welcher mit dem, was wir uns 1867 und 1871 von unserer Zukunft versprochen, durchaus nicht übereinstimmt. Was ist die Ursache dieser sonderbaren Erscheinung?

Erlauben Sie mir, daß ich an einige Aeußerungen des großen Politikers Machiavelli anknüpfe. Dieselben finden sich in den „Discorsi sopra la prima Decade di Tito Livio“, und da dies italienische Buch schon im Jahre 1532 erschienen ist, so kann Niemand behaupten, daß dasselbe irgend welche Tendenzen gegenüber unseren heutigen deutschen Zuständen verfolge. Niccolò Machiavelli belehrt uns im Buch Eins Abschnitt sechs und zwanzig, daß wenn ein Fürst Herr einer Stadt oder eines Landes geworden, er wohl daran thue, Alles neu einzurichten.

— „In den Städten muß er neue Obrigkeiten einsetzen mit neuen Namen, mit neuen Menschen, mit neuen Einrichtungen, mit neuen Competenzen und Autoritäten, u. s. w. Es giebt kein besseres Mittel, seine Herrschaft zu befestigen, als dieses, in einem solchen Staate Alles neu zu machen, wie ja auch der Fürst ein neuer ist.“

Dieser Grundsatz wird dann an den Thaten und den großen Erfolgen des Königs Philippos von Macedonien näher erläutert.

Der deutsche Staat ist auch ein neuer. Allerdings ist er, wengleich nicht ganz ohne Gewalt, aber doch ohne Usurpationen entstanden, vielmehr unter loyaler Mitwirkung der Fürsten, der Staaten und des Volkes.

Trotz alledem ist er aber doch immer ein neuer. Denn so lange es eine Deutsche Nation giebt, hat es diesen neu zusammengesetzten Staatskörper in Deutschland noch nicht gegeben. Es ist nicht das alte Volkstönigthum, es ist nicht der mittelalterliche Feudalstaat, es ist auch nicht das vormalige heilige römische Reich deutscher Nation und nicht die anarchische Fürsten- und Städte-Republik, nicht die geistliche und weltliche Kleinstaaterei mit ihren fisciatisch-polizeilichen Tendenzen, welche dann folgte, nicht der Rheinbund von 1806, nicht der ihm nachgebildete und nur durch den Dualismus sich von ihm unterscheidende Bundestag der Bundesakte von 1815; auch ist es nicht die Fehlgeburt von 1849.

Der neue „zusammengesetzte Staat“, welcher sich Anfangs „Norddeutscher Bund“ und dann Deutsches Reich nannte, hat — bewußt oder unbewußt — den Rathschlag Machiavelli's befolgt. Er wußte, gleich diesem, kein besseres Mittel, seine Herrschaft zu befestigen, als „Alles neu zu machen“.

Berufen wir uns auch hier auf eine völlig unparteiische Autorität, auf den damaligen Abgeordneten Friedenthal-Gießmannsdorf, den jetzigen landwirthschaftlichen Minister, und auf das vortreffliche Buch welches er 1869 unter dem Titel „Reichstag und Zollparlament. I. Die legislativen Resultate der Sessionen von 1867 und 1868. Zugleich als Rechenschafts-Bericht für seine Wähler“ publicirt hat. Wir zählen diese Reformen mit den eigenen Worten Friedenthals auf:

I. Bundes=Indigenat. Bundes=Bürgerrecht. Paßfreiheit. Freizügigkeit. Gesetz wegen Aufhebung der polizeilichen Ehebeschränkungen.

(„Mit großer Energie sprach sich für den Entwurf die conservative Partei durch den Abgeordneten von Dieß aus“, fügt Dr. Friedenthal mit Nachdruck bei).

II. Staatsbürgerrecht. Naturalisation. Auswanderung.

III. Gewerbefreiheit Noth-Gewerbegesetz. Abschaffung der Prüfungen. („Die bisherigen Prüfungen stellen sich als eine Belastung der Arbeit zu Gunsten des Capitals dar“, sagt Dr. Friedenthal. „Für uns“, sagt er an einer anderen Stelle, „geht das Bestreben nach bundesgesetzlichen Reformen ebenso aus dem Beweggrund hervor, an die Stelle des Bestehenden an sich Besseres zu setzen, als auch aus der nationalen Pflicht, den Institutionen des Deutschen Staats neues frisches Leben einzusflößen.“) Coalitionsfreiheit. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

IV. Aufhebung der Zinsbeschränkungen (Wuchergesetz) und der Schuldhaft. Verbot der Beschlagnahme noch nicht verdienster Löhne.

V. Zollbundesstaat. Handelsverträge (mit Oesterreich). Zollgesetzgebung. Salz, Tabak, Wein, Zucker, Brauntwein, Bier. (Dr. Friedenthal erklärt sich einverstanden mit der Absicht, die Schutzzölle für Hülfsmittel der Fabrication und für Lebensmittel aufzuheben, von welchen damals die Bundesgewalt annahm, daß sie für die heimische Industrie entbehrlich seien, und daß ihr Wegfall dem Gesamtinteresse der Gewerbsamkeit und des Verbrauches erheblich zu gut kommen werden. Als aufzuheben werden namentlich alle Eingangszölle auf Vieh bezeichnet. Der Getreidezoll war schon aufgehoben in Folge des Handelsvertrages mit Oesterreich und Dr. Friedenthal will ihn auch nicht wiederherstellen. Was den Tabak anlangt, so ist Friedenthal wohl für ein rationelles Verhältniß zwischen Tabaksteuer und Tabakzoll — also gegen das Monopol —, aber er konnte sich nicht entschließen, für die von der Regierung vorgeschlagene enorme Steigerung des Steuerfußes zu stimmen. „Ich habe“, sagt er, „mit der (dieselbe ablehnende) Majorität gestimmt. Ich verkenne nicht, daß die Auffindung erhöhter Einnahmen in demselben Maße nothwendig wird, als es geboten erscheint, irrationelle Lasten zu beseitigen. Ebenso wenig leugne ich, daß Tabak vor allen andern Artikeln des allgemeinen Verbrauches sich zur ausgiebigen Steuerquelle eignet, weil er Genußmittel ist: ja, ich gehe so weit, zu erklären, daß ich für die Zukunft die progressivste Erhöhung der Tabaksteuer als ganz unvermeidlich ansehe. Wenn ich dessen ungeachtet zur Zeit gegen die Erhöhung über einen sehr mäßigen Procentsatz gestimmt habe, so geschah dies allein und ausschließlich aus politischen Motiven.“ Genau der Standpunkt des aufgelösten Reichstags von 1877/78!)

VI. Maaß und Gewicht. Postwesen. Eisenbahnwesen. Schifffahrt. Freiheit des Eigenthums zur See. — —

Doch wozu die Capitelüberschriften alle wiedergeben? Jeder, der das Büchlein, das ich dem Leser bestens empfehle, zur Hand nimmt, wird sich überzeugen, mit welcher Wärme selbst ein so conservativer Mann, wie es der Staatsminister Dr. Friedenthal immer gewesen, für jene Reformen eingetreten, durch welche der Reichstag und seine Gesetzgebung das Werk der Einigung und der Befreiung Deutschlands in Angriff genommen. Von all den „Zoll- und Wirthschafts-Reformen“, von der Beseitigung des Steuerbewilligungsrechtes des Reichstags und von all jenen anderen Dingen, welche heute auf der Tagesordnung stehen, war damals keine Rede, weder bei dem Reichstauzler, noch bei den Liberalen, noch auch bei den Conservativen.

Es ist also gegenwärtig nicht „eine Rückkehr zum Zeichen“ (*Ritorno al segno*), sondern, wie es die „Provinzial-Correspondenz“ ganz richtig ausdrückt, „ein Wendepunkt“ eingetreten. Statt zu dem Ausgangspunkt von 1867 zurückzukehren, scheint man Ziele verfolgen zu wollen, welche den Principien, worauf die erste Einrichtung des neuen Gemeinwesens aufgebaut wurde, diametral entgegen gesetzt sind.

Niccolò Machiavelli, auf den ich immer wieder zurückkommen muß, belehrt uns nun ferner in seinen „Unterhaltungen über die erste Decade der römischen Geschichte des Titus Livius“, drittes Buch, erster Abschnitt, daß, um einer Staatsverfassung eine lange Dauer zu verschaffen, es nothwendig sei, sie von Zeit zu Zeit immer wieder auf ihre erste Grundlage, auf ihre ursprünglichen Principien zurückzuführen, „*ritirarla verso il suo principio*“.

— „Es ist eine ausgemachte Sache“, sagt Machiavelli an dieser Stelle, „daß alle Dinge der Welt ihre gewissen Lebensgrenzen haben; aber nur diejenigen legen den ganzen ihnen vom Himmel überhaupt bestimmten Lauf wohlbehalten zurück, die ihren Körper nicht in Unordnung bringen, sondern dergestalt behandeln, daß keine sonderliche Veränderung mit ihm vorgehe, oder wenn sich dergleichen ereignet, sie ihm zum Besten und nicht zum Schaden geschehe. Da ich aber von vermischten Körpern rede, dergleichen Staaten und Religionsparteien sind, so behaupte ich, daß solche Veränderungen, die sie auf ihre ersten Grundeinrichtungen wieder zurückführen, ihnen stets heilsam sind.“

Es sind daher die besser eingerichtet und von längerer Dauer, welche vermittelst ihrer Verfassungen sich oft in der Art erneuern, oder denen durch einen Zufall ohne Beihülfe vorbenannter Verfassungen dergleichen Erneuerung begegnet. Ja, es ist eine sonnenklare Sache, daß wenn solche Körper sich nicht verneuen, sie nicht lange dauern.

Die Erneuerungs=Art besteht, wie gesagt, in der Zurückführung auf die ersten Grundsätze. Aller Anfang von Religionen, Republiken und Königreichen muß nothwendig ein gewisses Gutes haben, mit Hülfe dessen sie ihr erstes Ansehen und ihr erstes Wachsthum ge-

winnen können, da sich aber in der Folge der Zeit dieses Gute abnutzt, wofern sich nicht Umstände ereignen, die es wieder zum Ausgangs-Zeichen zurückführen (*riduca al segno*): so muß der Körper nothwendig zu Grunde gehen. Die Arzneigelehrten sagen, wenn sie vom menschlichen Körper reden, „*quotidie aggregatur aliquid, quod quandoque indiget curatione*,” d. h. täglich setzen sich Sachen an, welche der Obforge bedürfen.

Diese Zurückführung auf den ersten Anfang geschieht, wenn wir von Staaten reden, entweder durch einen Vorfall von außen, oder durch innere Klugheit. Was das erste anlaugt, so sieht man, wie nothwendig es war, daß Rom von den Galliern erobert wurde, wofern es wieder geboren, und vermittelt dieser neuen Geburt auch neues Leben, neue Stärke und Beobachtung der Religion und Gerechtigkeit, die bereits nicht mehr so rein zu bleiben anfangen, gewinnen sollte, welches letztere man sehr deutlich aus der Geschichte des Livius sieht, wo er anmerkt, daß man beim Ausmarsch der Armee wider die Gallier, und bei der Bestellung der Tribunen mit consularischer Gewalt gar keine gottesdienstlichen Gebräuche beobachtet, aus welchem Grunde sie auch die drei Fabier, die, *contra jus gentium* wider die Gallier gefochten hatten, nicht bestrafte, sondern sie zu Tribunen machten. Ja, es ist stark zu vermuthen, daß man auch auf andere vom Romulus und andern klugen Fürsten gemachte gute Einrichtungen weniger zu achten angefangen, als es zur Aufrechthaltung der Freiheit vernünftig und nothwendig war. Es kam also dieser Schlag von auswärts, damit alle die guten Einrichtungen der Stadt wieder angenommen, und das Volk überzeugt wurde, daß es nicht allein nothwendig sei, Religion und Gerechtigkeit aufrecht zu erhalten, sondern auch seine guten Bürger zu schätzen, und aus ihrer Tugend mehr, als aus den Vortheilen zu machen, die ihnen ohne diese Verdienste vielleicht nicht zugefallen wären.

Alles dieses geschah nachher ganz genau; denn gleich nach der Wiedereinnahme Roms erneuerten sie alle Einrichtungen ihrer alten Religion auf der alten Grundlage, strafte die Fabier, die dem Völkerecht zuwider sich mit in das Gefecht eingelassen hatten, und schätzte nächstem die Tapferkeit und Weisheit des Camillus so hoch, daß der Senat und die Uebrigen allen Reid bei Seite setzten, und die ganze Regierung ihm überließen.

Auch Königreiche haben solche Reformen und die Zurückführung ihrer Gesetze auf den ersten Ursprung (*verso il suo principio*) nöthig. Man sieht, was in Frankreich dieses für gute Wirkung thut. Dieses Königreich lebt mehr, als irgend ein anderes, unter Gesetzen und Landeseinrichtungen, deren Aufrechterhalter die Parliamente, besonders das Pariser sind, welches sie jedesmal erneuert, wenn es wider irgend einen Großen des Reichs etwas verhängt, und

Urtheile selbst wider den König spricht. Bis jetzt hat es sich dadurch erhalten, daß es ohne Nachsicht seine Gesetze wider den Adel vollzogen; sobald man aber Etwas ungestraft hingehen ließe, und dergleichen Verbrechen häufig würden, so würde man sie endlich nothwendig entweder mit vielem Lärm und vieler Verwirrung bestrafen, oder das Königreich ganz zerfallen lassen müssen. (Die bekannte Prophezeiung der Ereignisse von 1789 u. s. w.)

Ich schliesse daraus, daß im Laufe der Welt, es sei in einer Religion, in einem Königreiche oder in einer Republik, nichts nothwendiger sei, als ihren Grundsätzen das Ansehen wieder zu schaffen, das sie bei ihrem Ursprunge hatten, und darauf Bedacht zu nehmen, daß entweder gute Einrichtungen oder verdienstvolle Menschen dergleichen Erneuerung zu Wege zu bringen im Stande sein, ohne daß eine auswärtige Gewalt dazu gebraucht werden dürfe. Denn, wenn diese letztere zwar bisweilen das beste Mittel ist, so wie sie es in Rom war, so ist dieses Mittel doch so gefährlich, daß man es auf keinerlei Art wünschen kann.“

So weit Macchiavelli.

Das, was wir um heute bei uns im Deutschen Reich wahrnehmen und was uns für die nächste Zukunft in Aussicht gestellt wird, scheint mir das Gegentheil zu sein von jener „Erneuerungsart, welche in der Zurückführung auf die ersten Grundsätze und Grundlagen besteht“.

Schon der Umstand, daß diejenigen Männer, welche diese Grundlagen und Grundprincipien stets auf das Entschiedenste und Hartnäckigste bekämpft haben, sich mit geräuschvoller Gestirrenheit vordrängen um der Reichsregierung ihre Dienste anzubieten zur Ausführung der Dinge, welche nach dem „Wendepunkt“ kommen sollen, giebt uns zu denken. Mag man diese Dinge als „Reaction“ oder als „Umfkehr“ oder wie sonst bezeichnen, so viel wird man nicht bestreiten können, sie liegen außerhalb der Wege, welche wir mit dem Zollverein und dem Norddeutschen Bunde beschritten; und deshalb gerade ist es ein glänzender Beweis für die Consequenz jener Männer, welche unsere bisherige Politik bekämpft haben, daß sie sich nunmehr für Das, was der „Wendepunkt“ herbeiführen soll, begeistern.

Da haben wir z. B. Herrn Moriz Wohl, welcher sich in seinen neuesten Schriften für das Tabakmonopol und Alles, was darum und daran hängt, mit Enthusiasmus erklärt, indem er dem Reichskanzler seine guten Dienste anbietet. Ist es nicht derselbe Wohl, welcher seit beinahe zwei Menschenaltern die preussische Zoll- und Handelspolitik auf Leben und Tod bekämpft? Derselbe, welcher 1832 eine umfangreiche Deutschschrift verfaßte, in welcher er haarklein bewies, daß der Beitritt Württembergs zum Zollverein auf der von Preußen angebotenen Grund-

lage der sichere Untergang dieses süddeutschen Königreichs sein würde? Derselbe, welcher diesen Kampf in der Stuttgarter Kammer, in der Frankfurter Paulskirche und in dem Berliner Zollparlament fortgesetzt hat? Der, als in der Stuttgarter Kammer die Schutz- und Trutz-Verträge mit Preußen vorgelegt wurden, am 29. October 1867 sprach: „Wir haben gar keinen anderen Feind, als Preußen. Preußen ist der Staat, der uns verschlingen will, sonst Niemand; und wer uns verschlingen will, ist unser Feind!“ Derselbe, der schon am 4. Juni 1866, unter Hinweis auf denselben Bismarck, den er heute nuntänzelt, in dem nautischen Halbmensaal in Stuttgart gerufen hatte: „An den Galgen mit ihm?“

Da haben wir ferner Herrn von Barnbüler, welcher am 19. October 1878 die zweihundert und zwei Declaranten zusammengetrieben und in demselben Augenblick von dem Reichskanzler, indem er ihm seine Unterstützung anbot, ein quasi-schutzzöllnerisches Glaubensbekenntniß begehrt hat. Ist es nicht derselbe Barnbüler, welcher an der Spitze des großdeutschen Reformvereins mit dem Motto: „Lieber Französisch als Preussisch“ gestanden? Derselbe, der 1863 für den antipreußischen Frankfurter Fürstentag schwärmte? Der im Mai 1866 das „Wehe den Besiegten!“ zu früh rief? Der noch im Jahre 1868 als württembergischer Minister in der dortigen zweiten Kammer eine donnernde Philippika gegen den Norddeutschen Bund hielt, von dem Eintritt in denselben abmahnte und versicherte, dieser Eintritt werde für Württemberg der größte Ruin sein?

Wenn solche Männer die Führung der Reichsregierung übernehmen, so ist das fürwahr nicht das „Ritorno al segno“, und deshalb habe ich es für nöthig erachtet, wieder einmal an die alten Lehren des weisen Machiavelli zu erinnern.

Was nun meine Beiträge zur Physiologie und Pathologie unserer Parteien anlangt, so bitte ich um die Erlaubniß, auch hier mich auf eine hohe Autorität berufen zu dürfen, auf eine wissenschaftliche Autorität obersten Ranges.

Es ist Lord Bacon, von welchem ich rede.

Lord Bacon von Verulam hat sich durch seine großen wissenschaftlichen Werke, durch das „Novum Organon“ und durch das Buch „De dignitate et augmentis scientiarum“, die Unsterblichkeit errungen. Aber man thut sehr Unrecht, wenn man über diesen beiden großen Werken seine kleinen Schriften vergißt. Unter den letzteren nimmt die hervorragendste Stelle eine im Jahre 1597, und zwar zuerst in englischer Sprache erschienene Sammlung von „Essay's“ ein, welche der berühmte Verfasser etwas später auch in der damaligen Weltsprache, in einer lateinischen Uebersetzung, unter dem Titel „Interiora rerum“, herausgab. In diesen Essay's geht Bacon von der Voraussetzung aus, daß nach derselben Methode, welche er mit so großem Erfolg auf die Wissenschaften angewandt hat, auch die Kunst des Lebens und des Erfolges, oder, wenn

wir die gebräuchlichen Ausdrücke anwenden sollen, die Moral und die Politik, zu begründen sei. Diese letztere Aufgabe hat er jedoch nicht, wie die erstere, in zusammenhängender Lehrentwicklung, sondern nur in aphoristischer Behandlung unternommen, und deshalb nennt er die Schrift denn auch bescheidener Weise nur „Essay's“, eine Bezeichnung, die seitdem allgemein gebräuchlich geworden ist und eine ganz spezifische, literarisch-technische Bedeutung gewonnen hat. Die Anregungen, welche Bacon durch seine Aphorismen gegeben, sind, namentlich in England, auf einen fruchtbaren Boden gefallen. Sein Versuch, den Staat und die Gesellschaft in ihrer naturgesetzlichen Grundlage aufzufassen, ist, was den Staat anlangt, im siebzehnten Jahrhundert durch seinen Schüler Thomas Hobbes („De cive“, — „Quaestiones de libertate etc.“, — „De corpore politico“ u. s. w.), und was die Gesellschaft und insbesondere die wirthschaftliche Thätigkeit derselben anlangt, im achtzehnten Jahrhundert durch Adam Smith, mit bestem Erfolg fortgeführt worden.

Ich habe mich schon oft darüber gewundert, daß man heute in Deutschland Bacon's „Essay's“ so wenig liest. Sie sind außerordentlich geistreich und unterhaltend geschrieben und enthalten eine Fülle von Belehrung, sowie von sonstigen auf praktischer Erfahrung und reifem Nachdenken beruhender feiner Bemerkungen.

Ich will mich weiterer Lobpreisungen enthalten und statt dessen den neunundvierzigsten Essay hierher setzen. Er handelt von den Parteien oder Factionen. Heute sagen wir „Fraktionen“, und ich ertheile jedem meiner verehrten Leser mit Vergnügen die Erlaubniß, überall statt „Fraktionen“, wie Bacon schreibt, lieber gleich „Fraktionen“ zu lesen.

Also der Lord von Verulam schreib, wie folgt:

„Die meisten Politiker haben darüber eine nicht allzu vernünftige Meinung; diese nämlich, daß der Monarch in Verwaltung seines Staates und ein großer Staatsmann in der Anordnung seiner Handlungen, auf die Factionen, welche sich emporgeschwungen, besonders sehen müsse; und dieses wäre der vorzüglichste Theil der Staatskunst, da doch die Geschicklichkeit in der Politik am meisten angewendet wird, sowohl in der Einrichtung solcher Sachen, die ohne alle Differenzen angehen, und in welchen Leute von verschiedenen Factionen zusammengehen, als auch in der leichten Berührung, Vereinigung und Ausführung verschiedener einzelner Sachen. Ich behaupte gar nicht, daß man die gehörige Rücksicht auf die Factionen vernachlässigen soll. Leute von niedrigem Stande müssen einer Partei anhangen, wenn sie sich um Bedienungem bewerben, aber für Mächtige und für solche, die schon lange Ehrenstellen bekleiden, ist es rathamer, daß sie sich gegen alle gleich verhalten, und sich zu keiner Partei schlagen. Ja, wenn man bei der Bewerbung um Ehrenstellen so behutsam der einen Partei anhängt, daß es scheint, als wenn man der einen Partei ergeben, und doch bei der Gegenpartei nicht verhaßt ist,

das bahnt einen Weg zu Ehrenstellen mitten durch die Factionen. Die geringere und schwächere Partei ist mehrentheils in Absicht auf ihre Verbindung fester und standhafter, und man kann sehr oft bemerken, daß Wenige, welche hartnäckig und halstarrig sind, die zahlreichere Faction, wenn sie nur nicht allzu übermäßig an Zahl überlegen ist, am Ende abmatten und besiegen. Nachdem die eine Faction vertilgt ist, so wird diejenige, welche übrig bleibt, in neue Factionen zertrennt; wie die Faction des Lucullus und der römischen Aristokraten, welche einige Zeit lang sich in einer ziemlich großen Macht gegen die Faction des Cäsar und Pompejus erhielt; allein nachdem die Autorität des Senats und der Aristokratie in Rom unterdrückt war, so wurde die Faction Cäsar und Pompejus gleich darauf in Parteien zerissen; auf ähnliche Art dauerte die Faction des Antonius und des Cäsar Octavianus wider den Brutus und Cassius nur einige Zeit; aber nachdem das Heer des Brutus und Cassius vernichtet war, so zerfielen kurz darauf Antonius und Octavianus mit ihrem Anhang. Man wird vielleicht einwenden, daß diese Beispiele bloß solche Factionen betreffen, die mit einander in Krieg verwickelt sind; aber dieses gilt auch bei Friedensfactionen. Die also, welche bei Factionen vorher einen niedrigen Rang haben, bekommen öfters nach getreunter Faction die Oberherrschaft; doch verlieren sie auch nicht selten alle Gewalt. Denn Viele können nur ihre Vorzüge und Stärke zeigen, wenn sich Jemand ihnen entgegensetzt, und wenn dieses aufhört, so werden sie augenblicklich unnütz. Es verdient ein Anstand noch hervorgehoben zu werden, welcher sehr oft eintritt; daß nämlich die Meisten, wenn sie ihren Wunsch erreicht, und in der Ehrenstellung, nach der sie gestrebt, sich befinden, augenblicklich zur Gegenpartei sich schlagen; vielleicht in der Meinung, sie wären von der Neigung und der Unterstützung der andern Faction hinlänglich vergewissert; in dieser Voraussetzung suchen sie sich in die Lage zu bringen, sich neue Freunde zu machen. Der Verräther bei Factionen erlangt gemeinlich das Beste; denn nachdem die Sachen sehr lange gleichsam in einem Gleichgewicht unentschieden geblieben, so bringt endlich der Uebergang eines Einzigen zur Gegenpartei den Sieg, und der wird mit allen Arten von Gunstbezeugungen überhäuft. Das indifferente Verhalten gegen beide Parteien, da man sich zu keiner schlägt, rührt nicht allemal von der Mäßigung des Gemüths, sondern oft von einer listigen Absicht her; da ein Jeder sich selbst der Nächste ist, und von beiden Factionen Vortheile einzuernten hofft. In Italien ist in diesen Verdacht jener Papst gefallen, den man gemeinlich „Padre commune“, den gemeinschaftlichen Vater, nennt, nämlich in den Verdacht, daß er sich bei seinem Schankelsystem vorgefetzt habe, Alles zur Bereicherung seiner Familie anzuwenden. Die Könige müssen vorzüglich sich in Acht nehmen, daß sie sich nicht vorbehaltlos zu einer Partei ihrer Unterthanen ganz schlagen, denn dergleichen Liga's

in einem Staate sind allezeit den Monarchien verderblich gewesen, weil sie eine Verbindlichkeit einführen, die an Stärke selbst die Verbindlichkeit gegen die königliche Gewalt überwiegt, und den König zu einem Unterthan machen; man hat dieses bei der Liga in Frankreich gesehen. Wenn die Factionen mit einer starken Macht und öffentlich mit einander streiten, so ist dieses ein Zeichen der sinkenden Herrschaft der Könige, und sowohl ihrer Autorität, als auch ihren Interessen nachtheilig. Die Bewegungen der Factionen unter einer königlichen Regierung müssen den Bewegungen der untern Kreise, wie die Astronomen reden, gleich sein, welche ihre eigenen Bewegungen haben; aber doch auch zugleich nach der Umdrehung der ersten Sphäre (primi mobilis) sich richten, und also centripetal sein.“

So weit Vaco. Man sieht, es hat vor dreihundert Jahren in dem Niederlande des Verfassungsstaates auch schon „parlamentarische Streber“ gegeben.

Im Uebrigen will ich es unterlassen, zwischen 1597 und 1878 Parallelen zu ziehen. Sie liegen zu nahe, als daß ich nicht ein solches Spiel des Verstandes und Witzes dem geneigten Leser überlassen sollte.

Gönnen Sie nun nach Machiavelli und Vaco auch noch einmal mir das Wort.

Sie fragen nach dem Handelstag und nach dem „volkswirthschaftlichen Senat“, den derselbe beschloß.

Ich will Ihnen kurz und bündig meine Meinung darüber sagen:

„Der deutsche Handelstag hat diesmal nicht unter einem glücklichen Stern getagt. Bei seinem Zusammentritt erklärte eine Anzahl angesehenen deutscher Handels- und Seestädte ihren Austritt aus dem Verbande. Bei seinem Schluß konnte sich der Präsident der Versammlung, Herr Delbrück (natürlich der Commerzienrath Adalbert Delbrück, nicht der Minister a. D. und frühere Reichskanzleramts-Präsident Rudolf Delbrück), nicht enthalten, der langen Befürchtung Ausdruck zu geben, die gefaßten Beschlüsse seien der Art, daß sie nicht geeignet erschienen, das Ansehen des Handelstages zu erhöhen. Die Schutzöllner, namentlich der bekannte Eisenzoll-Agitator, Commerzienrath Baare aus Bochum, und der „Generalsecretär“, d. h. der besoldete Beamte eines rheinisch-westfälischen Interessenten-Vereins, Herr Bück, (der vor noch nicht allzulanger Zeit der radical-freihändlerisch-gesinnte besoldete Beamte eines freihändlerischen Interessenten-Vereins ostpreussischer Landwirthe war und sich sonach jedenfalls durch eine bewundernswürdige Lernfähigkeit hervorthat), hatten sich der wichtigsten Reserate bemächtigt und machten von dem erzwungenen Monopol des Schlußwortes einen so gründlichen Gebrauch, daß der Präsident sich genöthigt sah, vor Mißbrauch des Privilegs zu warnen. Bei den Abstimmungen zerfiel der Handelstag in zwei einander an Zahl ziemlich gleiche Theile, wovon der eine zwar eine Majorität aufwies, aber

die minder bedeutenden Plätze vertrat, während der andere nur eine allerdings große Minorität aufzuweisen hatte, aber aus den Vertretern der großen Handelsstädte bestand.

Die letzteren empfanden es mit wachsendem Mißmuthe, sich stets majorisirt zu sehen, und schienen entschlossen, ebenfalls aus dem Handelstag auszuschcheiden, wenn man ihnen ein gleiches Schicksal bei der Neuwahl des Vorstandes oder des „ständigen Ausschusses“ bereite. Damit hätte dann der Handelstag sein Ende erreicht gehabt, und es wäre nur noch ein rein schutzöllnerisches Rumpsparlament übrig geblieben. Das war doch auch den radicalen Schutzöllnern nicht erwünscht, und so wählte denn jeder Theil für sich die Hälfte, und beide zusammen bilden nun den Vorstand, welcher also von Haus aus auf einer „*in partes*“ beruht und aus zwei einander entgegengesetzten Curien besteht, nämlich:

- I. dem Schutzoll, aus Bochum, Bayreuth, Ruhrort, Aachen, Elberfeld, Barmen und Mühlhausen auf der einen,
- II. dem Anti-Schutzoll, aus Berlin, Bremen, Stettin, Rostock, Leipzig, Kassel und Magdeburg auf der andern Seite.

Am Handelstagswagen sind nun Pferde hinten und vorn angespannt, welche nach entgegengesetzten Richtungen ziehend, die Kraft paralyßiren, so lange es sich ausschließlich um „Schutzoll oder Freihandel“ handelt.

Damit ist denn die Fortexistenz des Handelstages zwar zur Nothdurft gesichert, aber es ist ein Riß in demselben entstanden, welchen man zwar überkleistert, aber nicht wieder geheilt hat. Selbst auf dem Festbankett klangen die Differenzen noch durch. Witte-Rostock konnte nicht umhin, ihrer ausdrücklich zu gedenken; der Staatsminister Hofmann aber warnte Namens der Reichsregierung vor weiteren Sezeßionen, indem er hinzufügte, auch die jüngsten Beschlüsse würden eine eingehende und wohlwollende Berücksichtigung und Prüfung finden, „so weit dies möglich“; und als letztere Worte einige Heiterkeit erregten, fügte er mit sehr ernstem Gesicht hinzu: „Ich, als Mitglied der Reichsregierung, muß dieses „so weit möglich“ gerade diesmal allerdings sehr stark betonen.“

Der Handelstag hat seit seinem Bestehen, d. h. seit 1861, eine Reihe verdienstvoller Acte aufzuweisen. Er ist 1862 mit Nachdruck für den deutsch-französischen Handelsvertrag eingetreten, hat die preussische Zollvereinspolitik stets mit Hingebung unterstützt und in einer Reihe von Fragen sachkundige und unbefangene Gutachten abgegeben.

Diese Stellung hat er in den letzten Jahren immer mehr eingebüßt, seitdem die extreme Schutzollpartei mit mehr oder weniger Erfolg und jedenfalls mit großem Aufwand von Zeit, Kraft und Geld, versucht hat, den Handelstag zu einem bloßen Werkzeug ihrer Agitationen herabzudrücken.

Paul Louis Courier erzählt uns von einem Canonicus, welcher eine einträgliche Pfründe, eine Sinecure, eingeblüßt hatte. Bei einer geistlichen Conferenz fragte ihn ein Confrater, was er von dem Lichte des Berges Tabor, von dem Dogma der Consubstantialität von Vater und Sohn und von dem der unbefleckten Empfängniß halte? „Ich halte davon“, erwiderte der Canonicus mit zorniger Stimme, „ich halte davon, daß ich meine Pfründe wieder haben will, und ich glaube an Nichts, als daß ich sie wieder bekommen werde.“

Aehnlich verfahren die Protectionisten. Alle Fragen sind ihnen gleichgültig, wenn sie dieselben nicht zu Agitationsmitteln gebrauchen, oder sie wenigstens in die eigenthümliche Beleuchtung ihrer handelspolitischen Weltanschauung hineinrücken können.

Wie in den Händen des Königs Midas sich Alles in Gold verwandelte, so verwandelt sich in ihren Händen Alles in Schutzzoll und Schutzzoll-Agitationen.

Auch der Frage des „Volkswirthschaftlichen Senats“ ist es also ergangen. An und für sich hat ja diese Frage nichts, was Anlaß böte zu leidenschaftlicher Erregung und man möchte sich schier darüber verwundern, daß sie beinahe Veranlassung zur Sprengung des Handeltages geworden. Wenn es sich nur um einen neuen technischen Beirath der Regierung ohne entscheidendes Votum handelte, um eine Corporation, welche die Regierung fragt oder zur Begutachtung auffordert, wenn es ihr gut dünkt, so wäre das vielleicht etwas Ueberflüssiges, aber gewiß nichts Schädliches.

Freilich, auch an und für sich ist die Creirung neuer Stellen im Laufe der Zeit doch schon zu einem Luxus von bedenklicher Ausdehnung geworden. Ist es dem Reichs-Eisenbahn-Amte gelungen, die Reichsbahnen-Frage auch nur um die Breite eines Strohhalmes von der Stelle zu rücken? Hat das Reichs-gesundheits-Amte dem Reiche die volle Gesundheit gegeben? Im Gegentheil, der Chef dieses Amtes ist selber in Krankheit verfallen. Wir hatten in Deutschland schon vor 1871 eine allzu große Anzahl von Behörden und von Beamten. Seit der Gründung des Deutschen Reichs sind aber die alten Alle geblieben und noch so und so viel neue, namentlich Reichs-Behörden und Beamte, dazu gekommen. Man hat bisher schon unseren Industriellen und Commerziellen, oder vielmehr einem Theile derselben, nicht ganz mit Unrecht den Vorwurf gemacht, daß ihr Herz allzu sehr an kleinen Titulaturen und Orden hängt; will man nun neben dem Commerzienrath auch noch den „Senator“ erjagen? Und wird das Urtheil eines Mannes schwerer in das Gewicht fallen, wenn man ihn vorher zum Senator befördert? Kann man ihn denn nicht befragen, wenn er auch nicht Senator ist, sondern einfach Herr Müller oder Herr Schmidt heißt?

Was die Schutzzöllner, die sich diesmal überhaupt durch ihren nicht ganz ziemlichen Eifer etwas bloßgestellt haben, mit dem „volkswirthschaftlichen Senat“ wollen, ist klar; und deshalb sind Alle dagegen, welche es für unstatthaft halten, auf Reichskosten eine Centralstelle für schutzzöllnerische Agitationen zu errichten.

Dann aber hat die Sache schwere administrative und politische Bedenken. Wenn man dem „Senat“ einen maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung und die Verwaltung einräumt, so liegt darin ein Uebergriß in die Executive der Regierung und in die Legislative des Parlaments.

Was soll daraus Gutes entstehen, wenn sich jeder Minister mit einem Beirath umgiebt, auf den er die Verantwortlichkeit abläßt? Wenn er wichtige Entschliessungen oder Maßregeln hinauschiebt, bis er diesen Beirath, der doch nicht permanent ist, sondern höchstens Quartalsitzungen haben kann, gehört hat? Wenn er gegenüber dem Reichstag den Beirath und gegenüber dem Beirath das Parlament ausspielt und Eins gegen das Andere ins Feld führt? Unsere Staatsmaschine ist ohnedies schon zu complicirt und schleppend. Was soll aber erst daraus werden, wenn man überall Winkel- oder Ressortparlamente dazwischen schiebt, in welchen sich die verschiedenen Sonderinteressen auf dem Wege des Schachers — oder jagen wir lieber mit dem Reichstanzler: auf der Basis des „Do ut des“ — mit einander verständigen auf Kosten des Reichs, des Staats und des Gemeinwohls?

Vor Allem aber muß der Reichstag, wenn er auch nur einen Funken politischen Verstandes hat, seine Stimme erheben und zu dem Reichstanzler sprechen:

„Du sollst keine andern Götter haben neben mir! Ich bin der einzige hohe Rath der deutschen Nation!“

Zur Illustrirung des oben Gesagten füge ich die Namensliste der Hauptabstimmung über den „Senat“ bei.

Es stimmten:

I. Gegen:

1. Altona, 2. Berlin, 3. Bielefeld, 4. Brauk, 5. Braunschweig, 6. Bremen, 7. Breslau, 8. Bromberg, 9. Colberg, 10. Crefeld, 11. Erfurt, 12. Frankfurt a. M., 13. Frankfurt a. D., 14. Flensburg, 15. Halberstadt, 16. Hamburg, 17. Hanau, 18. Hannover, 19. Harburg, 20. Hildesheim, 21. Hirschberg, 22. Kiel, 23. Leipzig, 24. Magdeburg, 25. Mainz (Handelskammer), 26. München, 27. Nürnberg, 28. Posen, 29. Rostock, 30. Schweidnitz, 31. Stettin, 32. Stolp, 33. Stralsund, 34. Stuttgart, 35. Swinemünde, 36. Thorn, 37. Trier.

II. Für:

1. Aachen, 2. Aschaffenburg, 3. Augsburg, 4. Barmen, 5. Bayreuth, 6. Bochum, 7. Bockenheim, 8. Carlsruhe, 9. Cassel, 10. Chemnitz, 11. Coblenz, 12. Cöln, 13. Cottbus, 14. Darmstadt, 15. Dillenburg,

16. Dortmund (Handelskammer), 17. Dortmund (Verein der Eisengießereien und Maschinen = Fabriken des Ober = Bergamtsbezirks Dortmund), 18. Dresden, 19. Duisburg, 20. Düsseldorf (Handelskammer), 21. Düsseldorf (Verein zur Wahrung der gemeinsamen Wirtschafts = Interessen für Rheinland und Westfalen), 22. Elberfeld, 23. Essen (Handelskammer), 24. Essen (Verein für die Bergbau = Interessen im Ober = Bergamtsbezirk Dortmund), 25. Gera, 26. Gießen, 27. Gladbach, 28. Göttingen, 29. Greißwald, 30. Grünberg, 31. Hagen, 32. Halle a./S., 33. Heilbronn, 34. Heidenheim, 35. Kuchen (Verein süddeutscher Baumwoll = Industrieller), 36. Lauban, 37. Ludwigshafen, 38. Lüdenscheid, 39. Lüneburg, 40. Mainz (Verein mittelhheinischer Fabrikanten), 41. Mannheim, 42. Mühlhausen i. G., 43. Mühlheim a. N., 44. Münster, 45. Neuß, 46. Nordhausen, 47. Offenbach, 48. Offenburg, 49. Osnabrück, 50. Pforzheim, 51. Plauen, 52. Ruhrt (Nordwestdeutsche Gruppe des Vereins deutscher Eisen = und Stahl = Industrieller), 53. Saarbrücken, 54. Siegen (Handelskammer), 55. Siegen (Berg = und Hüttenmännischer Verein der rechtsrheinischen Reviere), 56. Stolberg, 57. Wesel, 58. Wiesbaden.

Diese Liste ist nur dann recht verständlich, wenn man erfährt, daß nicht nur die officiellen Handelskammern zum Handelstage Zutritt haben, sondern auch jeder Privatverein, der sich meldet. Es wird nur vorausgesetzt, daß er irgend eine merkantile oder industrielle Bezeichnung führt und jährlich ein Paar Thaler in die Kasse entrichtet. Es genügt also, daß sich drei Männer zusammenthun und irgend einen Verein bilden, indem sie ihm einen Namen beilegen, welcher ähnlich lautet, wie die oben unter II., 17, 21, 24, 35, 40 und 55 Genannten. Dieser Verein hat dann für sich allein und im Namen seiner drei Männer gerade so viel Gewicht nicht nur wie die an seinem Sitze bestehende Handelskammer, sondern auch wie die officielle Vertretung der kaufmännischen und industriellen Interessen von Hamburg, Bremen, Königsberg, Berlin oder Breslau.

Beispiele erläutern am besten dergleichen.

Greifen wir auf gut Glück in die Abstimmungsliste hinein und stellen wir 20 Stimmen der einen Seite der gleichen Anzahl von Stimmen der andern gegenüber.

Wir finden da unter den „Gegen“ folgende Orte jeden mit nur einer Stimme: Berlin, Hamburg, Breslau, Leipzig, Cöln, Bremen, Frankfurt a. M., Frankfurt a. D., Dresden, Augsburg, Stuttgart, Altona, Bielefeld, Erfeld, Hannover, Magdeburg, München, Nürnberg, Posen, Koftock und Stettin.

Diesen 20 Stimmen „Gegen“ stehen folgende 21 „Für“ gegenüber: Mainz mit 2 Stimmen, Heidenheim mit 2, Dortmund mit 2, Düsseldorf mit 2, Essen mit 2, Siegen mit 2, Dillenburg, Bockenheim, Cottbus Gießen, Göttingen, Greißwald und Kuchen mit je einer Stimme.

Weiß Jemand, wo Kuchen, Dillenburg und Heidenheim liegen? Vielleicht weiß es Professor Niepert. Ich nicht.

Glaubt Jemand, daß diese drei Orte eine Stimme schwerer wiegen, als Frankfurt, Hamburg und Berlin?

Glaubt Jemand, daß einem Dortmund, einem Düsseldorf, einem Heidenheim oder Siegen noch einmal so viel Stimmen gebühren, als z. B. Bremen oder Breslau? Ich nicht.

Und doch genügt es, daß an einem dieser vier erstgenannten Orte irgend ein Verein existirt, „dem stillen Weilchen gleich, das im Verborgenen blüht“, um ihn schwerer wiegen zu machen, als die größten Handels- und Industriestädte Deutschlands.

Doch genug. Ich fürchte, ich überschreite die einem Borworte zugemessenen Grenzen. Deshalb

„Claudite jam pueri rivos, sat prata biberunt“.

Zum Schluß sende ich Ihnen hier eine Auswahl von Titeln für das Christchen. Wählen Sie darunter den Besten, oder erfinden Sie selbst einen Besseren. Endlich muß ich noch bemerken, daß sich unter den abgedruckten Aufsätzen Einer befindet, welcher nicht mich, sondern meinen Freund C. zum Verfasser hat. Der Letztere hat mir die Erlaubniß ertheilt, dies werthvolle Stück (der geueigte Leser wird erathen, welches es ist) meiner Sammlung einzuverleiben.

So mögen denn diese anspruchlosen Blätter in die Welt gehen mit der Freiligrath'schen Parole:

Den Versteckten offne Frage,
 Daß Verstockte frisch in Fluß!
 In die Stidluft unsrer Tage
 Dieses Büchleins decken Schuß!

Inhalts-Verzeichniß.

I.

Reichs- und Land-Tagebuch-Blätter. 1877.

	Seite
I. Im Frühling.	
Der 27. und 28. April 1877 im deutschen Reichstage	1
II. Im Herbst.	
Die Reichsfinanzprojecte und der Reichstag	13
III. Allerheiligen.	
Der 26. und 27. October im preussischen Abgeordneten= hause	25
IV. Allerseelen.	
Noch einmal der große Kampf im Abgeordnetenhause	33
V. Im November.	
Die Rednerbühne im preussischen Abgeordnetenhause .	37
VI. Am ersten Advent-Sonntag.	
Noch etwas über Deutsche Steuerprojecte	41
VII. Am zweiten Advent-Sonntag.	
Das Hornberger Schießen	51
VIII. Am Tage des heiligen Stephanus, da Herr von Bennigsen nach Warzin ging	55
IX. Am Tage „Unschuldige Kindlein“, wie er zurückkam	59
X. Sylvester.	
Die deutsche Münz- und Bankreform in ihrem gegen= wärtigen Stadium	65

II.
Reichs-Tagebuch-Blätter.
1878.

	Seite
I. Petri Stuhlfeier. Rus- und Projecten-Macher vor hundert Jahren . . .	75
II. Fastnacht. Der Champion des Tabakmonopols für Deutschland . . .	79
III. Aschermittwoch. Noch einmal der Champion	91
IV. Quatember. Ist das Tabakmonopol in Deutschland politisch möglich?	93
V. Mariä Himmelfahrt. Eine Berliner Wahl-Epistel	101
VI. St. Johäns. Nach der Wahl-Campagne	123
VII. St. Bartholomä. Aus Anlaß des Socialisten-Gesetzes	129
VIII. St. Irenäus. Zwischen dem alten und dem neuen Reichstag . . .	133

III.

Dreißig Parlaments-Briefe	145
-------------------------------------	-----

I.

Reichs-
und Land - Tagebuch - Blätter.

1877.

I.

Im Frühling.

Der 27. und 28. April 1877 im deutschen Reichstage.

Der 27. und 28. April 1877 werden zwei denkwürdige Tage für die volkswirtschaftliche Entwicklung und das parlamentarische Leben im Deutschen Reich bilden. Dies wird Jedem klar werden, der einen Rückblick auf die letzten fünfzehen Jahre wirft. Eine solche Rück- und Rundschau ist lehrreich.

Bis zum Jahre 1867 beruhte die wirtschaftliche Einheit Deutschlands auf einer sehr unsicheren Grundlage. Das einzige reale Band, welches uns vereinigte, war der Zollverein. Er umfaßte nicht einmal das ganze Deutschland und war ein bloßer Vertrag von internationalem Charakter, geschlossen auf kurze Zeit, daneben noch kündbar; in seiner Entwicklung gehemmt durch ein liberum veto, das, wie auf den weiland polnischen Reichstagen, jedem Einzelnen zustand, mit der Wirkung das Ganze zu hindern. Der Zollverein glich einem Kinde, das nur durch Fallen das Gehen erlernte. Sollte ein Fortschritt gemacht, sollte z. B. eine Tarifreform durchgeführt oder ein Handelsvertrag abgeschlossen werden, dann griff die süd- und westdeutsche Gruppe, welche man damals unter dem Namen der „Darmstädter“ oder der „Würzburger Coalition“ zusammenfaßte, zu ihrem Veto, und es blieb kein anderes Mittel übrig, als den Zollvereinsvertrag

zu kündigen und der Oppositionspartei die Wahl zu stellen, entweder unter Aufgabe ihres Widerspruchs in dem Verein zu bleiben oder aus demselben auszutreten. Die zu der genannten Gruppe gehörenden Einzelstaaten sahen sich jedoch jedesmal genöthigt, sich zu unterwerfen, denn die hohen Regierungen konnten eben so wenig die Zollvereinseinkünfte entbehren, wie ihre Unterthanen den freien Verkehr mit dem übrigen Deutschland, oder wie man damals noch sagte, mit „dem deutschen Ausland“.

Statt aber sich durch solche Mißerfolge belehren zu lassen, wurde die Opposition gegen den Zollverein, gegen Preußen und die von Beiden eingeschlagene reformatorische Richtung immer kühner. Das Stärkste leistete sie zu Anfang der sechsziger Jahre in ihrem Widerstand gegen den deutsch-französischen Handelsvertrag, welchen Preußen im Februar 1862 auf der Grundlage des englisch-französischen Handelsvertrages von 1860 abgeschlossen hatte. Es war damals eine große Coalition. Darin lag ihre Stärke und zugleich ihre Schwäche. Es waren die Ultramontanen, welche damals schon dieselbe Idiosynkrasie gegen die Möglichkeit einer Erweiterung von Preußens Machtstellung in Deutschland fühlten, wie auch noch heute; — es waren die Particularisten, welche in der wirthschaftlichen Einheit mit einem Spürsinn, welcher durch Angst und Mißtrauen geschärft ward, den Vorläufer der politischen Einheit erblickten und damals durch ihr schwäbisches Oberhaupt die Parole ausgaben: „Lieber Französisch, als Preußisch“; — es waren die Schutzzöllner, welche das ihnen entriessene Gebiet wieder erobern und das Publicum ausbeuten wollten, und sich zu diesem Zwecke den Particularisten mit einer solchen Emphase in die Arme warfen, daß der Protectionistenhäuptling von Kerstorf, Hofrath und Baumwollspinner in Augsburg, auf einer ihrer Versammlungen rief: „Lieber zehn Zollvereine gesprengt, als an der Souveränität des Königreichs Bayern auch nur ein Härchen gekrümmt.“

Die drei Häupter, nämlich das der Ultramontanen, das des Particularismus und das des Prohibitivsystems, hielten ihr „Rütti“, und es strömte ihnen Alles zu, was centrifugal oder confus war, d. h. Alles, was die Frage der wirthschaftlichen Einheit und der politischen Freiheit Deutschlands nicht verstand oder die Führer auf dem Wege zu derselben mit seinem Haffe verfolgte. Jedoch selbst unter den Auspicien ihrer angestammten hohen Regierungen fühlte die so zahlreiche Coalition sich noch nicht mächtig genug gegen Preußen. Sie flüchtete sich unter die Fittige Oesterreichs, welchem sie die Hoffnung vorzauberte, in den Zollverein mit seinem ganzen Staatencomplex eintreten und darin entweder Preußen die Führung entreißen oder wenigstens auch hier den Dualismus aufrichten zu können, wie in dem Bundestage in Frankfurt.

Die österreichische Regierung biß leider auf die Lockspeise an, namentlich war es der Ritter Anton von Schmerling, dem immer noch seine 1848er Paulskirchen-Erinnerungen im Kopfe herum spukten. Und so begann man mit gutem Muth den Feldzug gegen Preußen. Er dauerte einige Jahre und endete kläglich, vielleicht weil man zu früh die Maske abgeworfen hatte.

Denn schon im October 1862 hatte auf dem Handeltage in München der oben genannte Baumwollspinner und Hofrath öffentlich verkündigt, die Zolltarife des Handelsvertrages könne man sich ja gefallen lassen, aber der Artikel 31, welcher Frankreich das „Recht der meistbegünstigten Nation“ einräume, verhindere den Eintritt von Oesterreich und mache den Vertrag ganz unannehmbar. Der Handelstag, obgleich derselbe aus Oesterreich, und zwar aus solchen Ländern, welche gar nicht zum Deutschen Bunde gehörten, über alle Massen beschickt war, entschied sich für den Handelsvertrag und für das seit 1860 sanctionirte große völkerrechtliche Princip der meistbegünstigten Nationen.

Die Coalition wurde aber dadurch noch nicht entmuthigt. „Oesterreich“, rief sie, „hat unseren Regierungen für den Fall

feines Austritts aus dem Zollverein die bisherigen Einnahmen garantirt; wir lassen also Preußen im Stiche.“ So laut sie schrie, so konnte sie doch nicht umhin, sich im Stillen zu sagen: „Aber, wer garantirt uns die österreichischen Finanzen, wie wird man die Einkünfte vertheilen, etwa nach Kopfzahl? Dann kommen wir zu kurz, denn die Serben, Maizen, Walachen, Dalmatiner, Slovenen und Kroaten verzehren keine zollpflichtigen Waaren. Und dann! wird uns Oesterreich in Metall zahlen oder in Papier, das um die Hälfte entwerthet ist?“ Aber man beschwichtigte den im Innern nagenden Wurm dieser berechtigten Zweifel dadurch, daß man im Aeußern eine desto größere Zuversicht zur Schau trug und feck prophezeite: „Preußen wird den Schimmel von Bronzell besteigen, gebt Acht, wir werden ein zweites Osmüß erleben.“

Aber Preußen that Das nicht. Es sagte, wer bis zum 30. September 1864 nicht beitrith, der wird als ausgetreten betrachtet; und so kamen denn die Regierungen alle, alle. Spät kamen sie, wie einst Graf Njolani, der weite Weg über Wien entschuldigte das Säumen, — einige kamen in der ersten Stunde erst, — eine sogar erst um dreiviertel auf Zwölf, — aber als die Sonne des 30. September 1864 über das Land schien, waren alle Zollvereinsbevollmächtigte in Berlin schon versammelt und die Generalconferenz des, auf der Basis der Annahme des deutsch-französischen Vertrages neu aufgerichteten Zollvereins konnte durch Preußen eröffnet werden. Weder der so geräuschvoll in Scene gesetzte „großdeutsche Reformverein“ (*lucus a non lucendo*), der Herrn von Varnbüler aus Stuttgart zum Vorsitzenden hatte und sich vorzugsweise mit der Zollfrage beschäftigte, noch auch der noch lärmender ausposaunte Frankfurter Fürstentag vom August 1863 vermochte daran Etwas zu ändern.

Endlich 1866 folgte dem Krieg mit Tariffäßen der Krieg der Kanonen. Der Freiherr von Varnbüler rief im Halbmondsaal zu Stuttgart sein „*Vae victis!*“ Allein die Thaten (das Königreich Sachsen ausgenommen) entsprachen

wenig den Worten. Oesterreich hätte, mit dem Grafen Kent im „König Lear“, zu Manchem seiner hohen Verbündeten von damals sagen können:

— „Eure breiten Reden mag die That
Rechtfertigen, und aus den vollen Worten
Auch gute Werke folgen lassen.“ —

* * *

Der Friede zog ein. Die Verständigung mit Oesterreich erfolgte. Der Norddeutsche Bund wurde begründet. Der Zollverein, bisher nur von unregelmäßigen Wanderversammlungen handelspolitischer Diplomaten repräsentirt, erhielt eine Centralgewalt und ward parlamentarisch.

Der Norddeutsche Reichstag, der nie von irgend einer parlamentarischen Körperschaft an Arbeitskraft, Entschlossenheit und reformatorischem Eifer übertroffen worden ist, schickte sich an, den Schutt und die Trümmer, welche das sinkende Mittelalter und der Verfall der Nation und ihres Gesamtstaats zurückgelassen hatte, aus dem Wege zu räumen. Er beseitigte die interterritorialen, intercommunalen, intercon= fessionellen Schranken und gab der Nation die Gewerbe=, Zug=, Verehelichungs= und Niederlassungsfreiheit, welche das Gebundensein an die Scholle beseitigten, die schlummernden Kräfte weckten und es möglich machten, daß überall der richtige Mann an die richtige Stelle gelange. Deutschland war hierin weit hinter allen Culturvölkern zurückgeblieben. Die Gesetzgebung seit 1867 holte in wenigen Jahren die Versäumnisse von Jahrhunderten nach. Die Reformen fanden damals keinen Widerspruch, am wenigsten von Den= jenigen, welche sie jetzt wieder beschneiden oder abschaffen wollen; und manches Blatt, welches jetzt behauptet, man sei zu weit gegangen, schimpfte damals, man gehe nicht weit genug. Es würde zu weit führen, wenn wir alle Reformen im Einzelnen aufzählen und begründen wollten. Genug, während der Zollverein nur den Waarenverkehr gestattet

hatte, gestattete die Geizhgebung des Norddeutschen Bundes, welche sich auf das Deutsche Reich übertrug und in demselben fortsetzte, auch den freien Verkehr der Menschen. Sie verwirklichte alle jene Forderungen, welche der „Volkswirtschaftliche Congreß“ in der Zeit von 1858 bis 1865 aufgestellt und während des Kriegs, am 4. August 1866 in Braunschweig, in ein Programm zusammengefaßt hatte, welches schon in der Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867 theilweise seine Verwirklichung fand.

Es folgte nun auch für Deutschland eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs; dann aber jene Zeit der Ueberspeculation und Ueberproduction, welche Hypertrophie ganz Europa und Amerika ergriff; und endlich jene schwere Krisis, welche in den schutzzöllnerischen Ländern am stärksten grassirt und bisher noch nicht beendet ist.

Auch in Deutschland waren die Verluste schlimm, aber noch weit schlimmer war die Verwirrung, welche die Krisis in den Köpfen der Menschen anstiftete.

Wenn Jemand krank wird, so forscht man nach den Ursachen der Krankheit in seiner bisherigen Lebensweise, man sucht dieselben seiner Constitution gemäß zu modificiren, indem man ihm Diät u. s. w. verordnet.

Aber es wird keinem vernünftigen Arzt einfallen, die Constitution selbst umstoßen zu wollen, etwa in der Art, daß er seinen Patienten auf den Kopf stellt und die Zufuhr und Abfuhr der Nahrungsmittel in umgekehrter Richtung, zu bewerkstelligen versucht als sie bis dahin erfolgt ist.

Woher ist die Verwirrung entstanden? Man schreibt sie Böswilligen zu, welche an den Unverstand und die Leidenschaften in berechnender Weise appelliren; welche den Brand schüren, um sich daran ihre Suppe zu kochen; welche gern verfahren möchten wie jene mittelalterlichen Barbaren, die zur Zeit der Menschenpest Juden erschlugen, weil sie die Brunnen vergiftet hätten, und zur Zeit der Kinderpest alte Weiber verbrannten, weil sie das Vieh verhext hätten. Allein

es sind nicht blos die Böswilligen, weit schädlicher sind die Confusen. Wie die geschlagenen Franzosen nach dem Kriege nach Verräthern suchten, um sie zu Sündenböcken für die ganze Nation zu machen, so sucht bei uns in Deutschland Jeder dem Andern, und eine Partei der andern die Schuld aufzubürden, während letztere in Wirklichkeit eine Allen gemeinsame ist. Und dann kommen Quacksalber zum Vorschein, welche mit irgend einem desperaten Mittel die kranke Zeit heilen wollen und Diejenigen verlästern, welche behaupten, daß nichts helfe als Arbeit, Fleiß, Sparsamkeit und ausdauernde Geduld, und daß man die Hypertrophie der innern Production durch Schutzzölle nicht heilen kann, sondern nur noch vergrößern. Die Schutzzöllner dagegen behaupteten, der Freihandel sei an Allem Schuld, während doch bekanntlich Deutschland noch gar nicht den Freihandel hat, sondern ein System von Finanz- und gemäßigten Schutzzöllen, an welchem auch kein Mensch in gegenwärtigen schweren Zeiten etwas ändern will, und während die Krisis nirgend mörderischer, vernichtender und dauernder ist, als in Rußland und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo gerade höhere Schutz- und Prohibitivzölle bestehen, als irgendwo anders.

Auf der andern Seite richtet man seine Angriffe auch gegen die Gewerbe- und die Zugfreiheit, ohne zu bedenken, daß diese Einrichtungen bei allen Culturvölkern bestehen, und daß die Behauptung, nur Deutschland könne dieselben nicht vertragen, keine andere Voraussetzung haben kann, als die Deutschen seien kein Culturvolk. Man bedenkt nicht, wie die Zug- und Gewerbebefreiheit im Grunde genommen auch in Deutschland gar nichts Neues sind; daß diese großen Principien schon in manchen deutschen Einzelstaaten auch vor 1867 bestanden, wie namentlich auch in Preußen, welches in Folge dessen, trotz der Ungunst von Klima und Boden, an Wohlstand und Einwohnerzahl schneller Wuchs, als die andern Staaten; daß die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes nur unificirt hat, was vorher getrennt und in

einem heillofen Wirrwarr durch einander gerüttelt war. Die Mißstände, welche sich zeigen, sind unvermeidliche Erscheinungen des Uebergangsstadiums, welches außerdem noch erschwert wird erstens durch die socialistische Bewegung, zweitens durch den großen Krieg und dessen Folgen, und endlich durch die wirthschaftliche Krisis, welche ihre Ursache in ganz andern Dingen hat, als in der Gewerbeordnung vom 21. Juli 1869. Endlich sind sie Folgen des Umstandes, daß wir die Zug- und Gewerbefreiheit hundert Jahre zu spät eingeführt haben, und noch dazu zu einer Zeit, welche geeignet ist, alle Schichten der Bevölkerung aufzurühren und in die lebhafteste Bewegung zu setzen.

Statt nach Abschaffung oder Beschränkung der Zug- und Gewerbefreiheit zu schreien, sollte man die Einrichtungen fordern, welche geeignet sind, dieselbe zu ergänzen.

Auch in der volkwirthschaftlichen Theorie traten allerlei Entwicklungen ein, welche jener Aufregung, theils mit dem Willen der Urheber, theils gegen denselben, dienten.

Eine Zeit lang hat man die sogenannten Katheder-socialisten verantwortlich machen wollen; und es ist ja wahr, daß sich Viele socialistische, und Andere sogar feudalmystisch-romantische Zauberkünste oder menschenerlösende und die Gesellschaft rettende Universalarzeneien von ihnen versprachen. Vielleicht haben einige Excentricitäten des Professor Schmoller, bekannt durch seinen Streit mit Prof. von Treitschke, und des Professor Adolf Wagner, bekannt durch seinen seltsamen, offenen Brief an Dr. H. V. Dypenheim, zu jener trügerischen Erwartung Anlaß gegeben. Wollte ja sogar damals Adolf Wagner den Staat oder die Gemeinde verpflichten, auf eigene Kosten Wohnungen für die Berliner Arbeiter zu bauen, als wenn es gerathen wäre, die ohnehin schon höchstbedenkliche Hypertrophie der großen Städte noch durch künstliche Stimulantia zu steigern!

Allein alle diese Voraussetzungen haben sich als vollständig irrig erwiesen. Der „Congreß für Socialpolitik“,

zu welchem sich die sogenannten „Kathedersocialisten“ vereinigt haben, steht ebenfalls auf dem Boden der wirthschaftlichen Freiheit, er hat sich als ein sehr leistungsfähiges Werkzeug zur Fortbildung und Verbreitung der Wissenschaft bewährt und nunmehr durch seine Cooperation mit dem „Volkswirtschaftlichen Congresse“ thatsächlich den Irrthum widerlegt, als gäbe es zwei Wissenschaften der Volkswirtschaft, etwa eine schwarze und eine weiße.

In neuester Zeit aber ist es Mode geworden, zu behaupten, es gäbe überhaupt keine Wissenschaft. „Weg mit dem doctrinären Plunder, es lebe die Praxis!“ — das war das Feldgeschrei Derjenigen, welche zwar nicht die Majorität bilden, aber den Schein einer solchen durch die Zahl ihrer Versammlungen und ihrer löschpapiernen Fabrikate zu erzeugen bemüht sind.

Die Consequenz dieses Vorgehens ist nicht zu bestreiten. Da die Wissenschaft nur dem Gesamtinteresse dient, so rufen die Vertreter der Sonderinteressen: „Nieder mit der Wissenschaft!“ Man leugnet, daß es wirthschaftliche Naturgesetze gebe, man bestreitet die Regelmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit der wirthschaftlichen Bewegung, man sucht die Ausnahmen zum Gesetz zu erheben und die Einzelinteressen über das Gemeinwohl zu stellen.

* * *

Alle die oben geschilderten Bewegungen und Bestrebungen erhielten einen unerwarteten Aufschwung durch den Abgang des Ministers Delbrück. Gewohnt den Mechanismus der Behörden und deren Gewalt über die ökonomische Welt, sowohl im Guten, wie im Schlimmen, sehr zu überschätzen, glaubten die Wirthschaftsreactionäre, das ganze bisherige System habe nur auf den zwei Schultern dieses ausgezeichneten Mannes geruht und sei mit ihm verschwunden. Gestützt

auf diese Voraussetzung, setzte man „den letzten Hauch von Roß und Mann“ daran, bei den Reichstagswahlen vom Januar 1877 obenauß zu kommen und verkündigte einen glänzenden Sieg nach deren Beendigung. Allein diese Botschaft, welche Anfangs hin und wieder Glauben fand, weil man bei der eigenthümlichen Parteigruppierung des Reichstags und der großen Zahl neuer Mitglieder zuerst keine rechte Uebersicht hatte, hat sich als irrig erwiesen. Allerdings sind die Freiconservativen (Deutsche Reichspartei) überwiegend Schutzzöllner, aber doch bei weitem nicht alle. Die Deutschconservativen (Altconservativen) sind beinahe alle Freihändler. Was das Centrum anlangt, so hat sich eine sehr ansehnliche Minorität von der streng schutzzöllnerischen Richtung des Freiherrn von Schorlemer emancipirt; es sind dies vorzugsweise die Bayern; und auch Windthorst-Meynen ist nichts weniger, als ein in der Wolle gefärbter Protectionist. Die Fortschrittspartei ist freihändlerisch bis auf Einen, und dieser Eine ist natürlich aus Württemberg, das überhaupt von allen Ländern am meisten Schutzzöllner gestellt hat. Die Polen endlich sind ohne jede Ausnahme Freihändler. Die Nationalliberalen sind leider, wie gewöhnlich, getheilt, jedoch bilden die Freihändler die Mehrzahl in quali et quanto.

Alles Das wußte wahrscheinlich der sächsische Hofrath und Abgeordnete Ackermann noch nicht, als er, obgleich der freihändlerischen deutschconservativen Partei angehörig, kurz nach Eröffnung des Reichstags sich gedrungen fand, bei der Generaldebatte über den Patentgesetzentwurf „den Umschwung der öffentlichen Meinung, welche sich den Principien der freien Concurrenz abgewandt habe“, zu proclamiren und gleichsam ex cathedra zu verkünden, „die volkswirthschaftliche Schule, welche die Freidenker großgezogen, sei mit ihrem Latein zu Ende“.

Die Ereignisse haben den Propheten Lügen gestraft.

Der Reichstag hat alle Angriffe gegen die Zug- und Gewerbefreiheit zurückgewiesen, namentlich den Antrag des Grafen von Galen, welcher in seiner Begründung so ritterlich-rechtgläubig-offenherzig war, daß der große parlamentarische Taktiker Windthorst es für nöthig hielt, etwas mit der Sammetbürste darüber zu fahren und den Kampf auf ein anderes Gebiet überzuführen, nämlich auf die Stellung des katholischen Adels in Deutschland, eine Frage, deren Zusammenhang mit der Gewerbeordnung gerade nicht Jedermann einfiel. Die Erklärung des Reichskanzleramtspräsidenten Hofmann, daß die verbündeten Regierungen an dem Princip der Zug- und Gewerbefreiheit festhalten und dasselbe durch Gesetze über das Lehrlingswesen, Kinder- und Frauenarbeit und gewerbliche Schiedsgerichte fortzubilden und zu ergänzen beabsichtigen, fand den Beifall des Reichstags.

Am 27. April verwarf der Reichstag mit Zweidrittelmajorität den Gesetzentwurf wegen der Ausgleichungszölle auf Eisen (zur Abwehr des französischen Mißbrauchs mit den titres d'acquit à caution). Man hielt den Entwurf für einen Vorläufer des Schutzzolls, und unter diesen Umständen vermochte ihn selbst die hohe Autorität von Ministern, wie Camphausen und Achenbach, nicht zu retten.

Endlich am 28. April zwang „die volkswirtschaftliche Schule“, obgleich „mit ihrem Latein zu Ende“, wie Herr Ackermann sagt, — den Freiherrn von Barnbüler, welcher seine „großdeutsche Reformator“-Rolle von 1860 bis 1866 wieder aufzunehmen gedachte, zu einem wenig glänzenden Rückzug.

Ich wiederhole: der 27. und 28. April sind für die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reichs zwei denkwürdige Tage.

II.

Im Herbst.

Die Reichsfinanzprojecte und der Reichstag.

Euch der Finanzen Wesen deuten wollen,
Leicht dürfte das als Redesucht erscheinen,
Da ich wohl weiß, daß Eure eig'ne Kenntniß
Darin schon jeden Aufschluß übersteigt,
Den ich Euch bieten kann. Es fehlt Euch nichts,
Als die Selbstständigkeit, die jenem Drängen
Sich widersezt. Laßt die sich jezt bewähren!
Shakespeare, Maß für Maß.

Früher pflegten nur die Socialisten den Reichstag zu schmähen, und das deutsche Parlament war von jeher gnädig genug, ihnen dies zu gestatten und alle Anträge auf strafrechtliche Verfolgung zurückzuweisen. Es erinnerte sich dabei an den altdeutschen Rechtsbrauch, welcher dem Verurtheilten gestattet, drei Tage lang „seinen Richter zu schelten“. Bis jezt hat die Großmuth des Reichstags auf die Socialisten keinen Eindruck gemacht. Sie fahren fort zu schimpfen.

Es haben sich ihnen aber seit einigen Jahren verschiedene andere Interessenten oder Parteien beigejellt, welche bittere Beschwerden erheben würden, wenn man versuchen wollte, sie mit den Socialisten zu identificiren. Wir wollen uns solchen Beschwerden nicht aussetzen und ziehen es daher vor, unseren Gedanken einen schonenden und vorsichtigen Ausdruck zu geben. Diese Parteien haben etwas mit einander gemeinsam. Es sind Vertreter nicht bestimmter politischer Rich-

tungen, sondern einseitiger materieller Interessen. Wir sagen nicht einmal „unberechtigter“ Interessen, sondern einseitiger Interessen. Die Vertreter derselben suchen die Befriedigung dieser Einzelinteressen nicht in der Harmonie derselben mit dem Gesamtinteresse zu erreichen, vielmehr verlangen sie, daß das Sonderinteresse befriedigt werde auf Kosten des Ganzen. Wenn der „Agrarier“ oder, wie er sich auch zuweilen nennt, der „Steuer- und Wirthschaftsreformer“ verlangt, daß die Grundsteuer abgeschafft werde, während er gegen den Fortbestand der Gebäude- und Gewerbesteuer durchaus nichts einzuwenden hat; wenn er sein Rittergut wieder steuerfrei machen will, ohne von der Rückerstattung der großen Entschädigungssumme zu sprechen, welche er für den Verzicht auf die Steuerfreiheit aus den Mitteln der Steuerzahler erhalten; wenn er den Ausfall, der durch Abschaffung der Grundsteuer in den Staatseinnahmen entstehen würde, nicht durch Verminderung der Staatsausgaben ausgleichen, sondern durch Mehrbesteuerung aller übrigen Staatsangehörigen denken will: so begehrt er ein Privilegium auf Kosten aller Andern. Wenn der Schutzzöllner so hohe Zölle verlangt, daß dadurch die Einfuhr sinkt und somit sich die Reichseinnahmen aus den Zöllen vermindern; wenn er mit Ungestim fordert, daß die Verbraucher der Waaren nicht allein die höheren Zölle bezahlen, sondern sich auch daneben noch indirect die im Inlande erzeugten Waaren künstlich vertheuern lassen; wenn er dem Tagelöhner seinen Kettel und dem Bauer seine Hacke, seinen Pflug und seine Schaufel höher besteuern will; wenn er das System des gemäßigten Freihandels, unter welchem er selbst ein reicher Mann geworden, schmähzt und statt dessen ein anderes System anpreist, nach welchem der Staat aus den Steuern der Armen und Geringbemittelten die Bessersituirten subventioniren soll: so begehrt er ein Privileg auf Kosten der Andern. Wenn ein Priester, nicht zufrieden mit seinem Einfluß in geistlichen Angelegenheiten, denselben mißbraucht, um Herrschaft in weltlichen Dingen

zu erringen; wenn er sich der Religion als Schwert und Schild bedient, um für profane Interessen zu kämpfen; wenn er seine politischen Gegner als Feinde Gottes und der Religion, als Kirchenzerstörer und Bilderstürmer auschreit; wenn er die Freiheit, welche ihm das Gesetz des Staates gewährt, dazu gebraucht, das Gesetz zu untergraben und die Freiheit der Andern zu vernichten; wenn er uns vorschreiben will, nicht nur, was wir zu glauben, sondern auch, wen wir zu wählen haben, und die Nichtbeachtung dieser Vorschrift mit dem Strafgericht Gottes bedrohet: dann begehrt er ein Privileg auf Kosten aller Andern.

Alle diese Interessentenvertreter und Standesgruppen können ihrer Natur nach unter sich nur in der Verneinung harmoniren. Sobald sie an die Regierung gelangten — quod Deus avertat — oder wenn sie auch nur die geringste positive Handlung gemeinschaftlich mit einander vornehmen sollten, würden sie einander sofort in die Haare gerathen, weil ihre Sonderinteressen einander widerstreben und sie alle durchaus nicht geneigt sind, dem Ganzen den Vorzug vor dem Theil einzuräumen. Als eine Deputation von Interessenten bei dem Reichskanzler sich lebhaft gegen den Finanzminister Camphausen beschwerte, antwortete derselbe lachend: „Schön, gebt mir nur einen Andern.“ Die Herren Querulanten wußten hierauf keine Antwort. Herrn von Schorlemer-Alst, Herrn von Kardoff, Herrn von Dieß-Daber oder Herrn Commercienrath Baare von Bochum vorzuschlagen, schien ihnen, trotz ihres Feueereifers, doch etwas bedenklich; und so beließ es denn der Fürst Bismarck bis auf weiteres bei seinem Camphausen.

Desto einiger sind sie im Verneinen. Namentlich ist es bei diesen verschiedenen Interessentengruppen Sitte geworden, mit den Socialisten um die Wette den Reichstag zu schmähcn, weil derselbe sich wenig geneigt zeigt, Sonderinteressen zu begünstigen. Bei den Reichstagswahlen reichte der

katholische Hierarchie dem protestantischen, der Schutzzöllner dem Socialisten, der Agrarier dem Zünftler die Bruderhand, um die liberale Mehrheit des Reichstages zu stürzen. Dies ist nicht gelungen, obgleich die Haltung der Reichsregierung nicht deutlich hervortrat, und in Preußen Landräthe sich hin und wieder erlaubten, auf eigene Hand eine Politik zu machen, welche mit der bisherigen Richtung der Reichs- und Landesregierung in schreiender Disonanz stand. Allerdings hat die Mehrheit einige Sitze verloren. Dies war jedoch lediglich die Folge jener unüberlegten Attacke, welche aus Anlaß der Reichsjustizgesetze die Fortschrittspartei gegen die Nationalliberalen Angesichts des Feindes und mitten in der Wahlschlacht machen zu müssen geglaubt hat. Im Uebrigen hat die große Masse des Volkes, und haben namentlich die Bauern in Deutschland gezeigt, daß sie nicht zu Gunsten fremder Sonderinteressen ausgebeutet werden wollen.

Trotzdem setzen jene Interessenten ihren Kampf gegen den Reichstag fort und führen ihn vorzugsweise auf dem Gebiete der Steuern, Finanzen und Zölle. Sie wollen das Volk glücklich machen durch neue Belastung.

Nun hat aber der Reichstag in seiner zehnjährigen Geschichte kein glänzenderes Blatt aufzuweisen, als gerade jenes aus dem Gebiet der Finanzen und Steuern; und da manche Leute ein kurzes Gedächtniß haben (vielleicht auch fingiren), so wollen wir heute wieder dieses Triumphes der Steuerpolitik des Reichstages gedenken.

Es war im Winter 1868 auf 1869, als sich plötzlich das Gerücht eines colossalen Deficits im Norddeutschen Bund und in Preußen verbreitete. Die Veranlassung war folgende: Der Krieg, die Annexionen, eine Reihe von Reformen, die Abfindung der Depossedirten hatten vorübergehend die Einnahmen vermindert und die Ausgaben erhöht und dadurch eine augenblickliche Ebbe in der preussischen Kasse erzeugt, welche sich auf die Bundeskasse übertrug; denn damals ging ja der Bund noch bei Preußen zu Tisch.

Der preußische Finanzminister von der Heydt, dessen körperliche und geistige Gesundheit kurz vorher unter einem Schlaganfall gelitten, gerieth in Verlegenheit und suchte sich dadurch zu helfen, daß er heimlich und ohne höhere Autorisation schwebende Schulden contrahirte. Der Bundeskanzler war abwesend. Als er zurückkam, forschte er, durch dunkle Gerüchte beunruhigt, nach und stellte endlich, es war während des Reichstags, ein hervorragendes Mitglied des Finanzministeriums fest in eine Ecke, aus der er es nicht eher herausließ, als bis es ihm, dem Bundeskanzler, welcher die Verantwortlichkeit für dasselbe übernahm, über den Geldmangel und die eigenthümlichen Mittel, denselben zu heben oder wenigstens zu verschleiern, Farbe bekannte. Der Bundeskanzler gerieth in eine furchtbare Aufregung, welche Jeder begreift, der seine große Verantwortlichkeit für das noch so junge Gemeinwesen kennt und das starke und gewissenhafte Bewußtsein dieser Verantwortlichkeit, welches alle seine Gedanken und Handlungen regelt. Ein Krieg mit Frankreich stand vor der Thüre; zwischen dem Grafen Beust und Napoleon III. hatten, ohne Rücksicht auf einen kurz vorher den Ränken und den Schwächen des französischen Kaisers zum Opfer gefallenem Erzherzog von Oesterreich, die bekannten Verabredungen stattgefunden; und in der That würde Napoleon schon 1868 unter irgend einem Vorwande — wie leicht ein solcher zu finden, haben wir ja im Juli 1870 erfahren — Deutschland mit Krieg überzogen haben, wenn ihm nicht die spanische Revolution dazwischen getreten wäre. Und Angesichts dieses bevorstehenden Kriegs — kein Geld in der Kasse und ein kolossales Deficit im Budget Preußens und des Norddeutschen Bundes! Ein durch die verwerflichsten Mittel verheimlichtes Deficit, welches früher oder später desto verderblicher eclatiren mußte, je länger man es verheimlicht hatte, und das dann dem Rufe des Glanzes und der Ordnung der Finanzen, dessen sich Preußen, allerdings bei einem schweren Steuerdrucke, erfreute, und dem Credit des kaum

erst aufgerichteten neuen deutschen Gemeinwesens ein Ende mit Schrecken zu bereiten im Stande war. Unerhört!

Unter diesen Umständen zwang der gewaltige Kanzler den halb verzweifelten Finanzminister Preußens, erstens in einer ausführlichen Denkschrift dem Reichstage das Deficit zu bekennen, und zweitens eine Reihe von Gesetzentwürfen einzubringen, welche geeignet wären, das Deficit im Norddeutschen Bund und in Preußen abzuschaffen. Am 18. Mai 1869 überreichte Herr von der Heydt dem Reichstage die Denkschrift, worin er seine Sünden bekannte. Schon am 13. April, während der Budgetdebatten, kündigte der Präsident des Bundeskanzleramts Delbrück drei Gesetzentwürfe an „welche den Zweck hätten, die Einnahmen des Norddeutschen Bundes zu erhöhen“. Sie betrafen 1) die Aufhebung der Portofreiheit, 2) die Erhöhung der Spiritussteuer und 3) die Einführung eines allgemeinen Wechselstempels. Und nun folgte ein wahrer Wolkenbruch von Steuerprojecten und Gesetzentwürfen, — das directe Gegentheil des Danaëregens. Dem, Wolke sollte eine Mehrbelastung von etwa vierzehn Millionen jährlich auferlegt, Alles und Jedes sollte entweder neu belastet oder in Zukunft höher besteuert werden: die Wechsel, der Branntwein, das Bier, der Tabak, das Gas, der Zucker, das Petroleum, die Eisenbahnfahrbillets, die Rechnungen, die Quittungen u. s. w.

„Es ist die Zahl der Mäusen, in welcher sich uns die Steuerprojecte vorstellen“, sagte der „rothe Becker“, jetzt Oberbürgermeister in Köln und Mitglied des preussischen Herrenhauses, „und von diesen Steuern sollen sechs Millionen Thaler durch Besteuerung nothwendiger Lebensmittel, aufgebracht werden ja durch Besteuerung des Gebrauchs, welchen der Mensch von seinen Augen zum Sehen macht; denn nichts Anderes ist ja doch die projectirte Besteuerung des Petroleums und des Gases.“

Und der sonst so ernste Waldeck begann gar zu scherzen:

— „Was unser Deficit anbetrifft“, sagte er, „so scheint dasselbe die Eigenschaft der Fallstaff'schen Steifleinenen zu haben. Erst waren es nur drei Millionen Thaler dann wurden es sieben, jetzt sind es schon zwölf. Aber das Papier ist geduldig.“

Angenommen wurden nur zwei Entwürfe, nämlich der wegen Abschaffung der zahllosen und mißbräuchlichen Portofreiheiten, welche ungerechtfertigte Privilegien gewährten und die Vielschreiberei der Behörden förderten, und der wegen Ersatz der Wechselstempel der einzelnen Territorien durch eine unificirte Reichswechselsteuer, welche eine gleichmäßigere Vertheilung der Stempelhöhe nach den Werthen gewährte, der Doppelbesteuerung vorbeugte und ein einheitliches Verkehrs- und Wirthschaftsgebiet herstellte.

Beide Gesetze haben sich in der Praxis bewährt. Sie boten wünschenswerthe Reformen und erhöhten die selbstständigen Einnahmen des Gesamtstaates, ohne eine höhere Besteuerung des Volkes zu bewirken.

Alle übrigen Steuerprojecte wurden abgelehnt. Die liberale Partei stimmte geschlossen und ohne irgend eine Ausnahme dagegen; nur bei einzelnen Steuern wurde sie durch andere Parteien verstärkt, so z. B. bei der Branntweinsteuer durch die Polen und durch die Conservativen. Und der Erfolg zeigte, daß die gegenwärtig von den Schutzöllnern und den Socialisten, von den Agrariern und den Zünftlern um die Wette geschmähte liberale und freihändlerische Reichstagsmajorität Recht hatte, als sie deducirte, daß der Finanzminister sich irre, daß er nur eine augenblickliche und vorübergehende Ebbe in seiner Kasse habe, welche er mit einem chronisch gewordenen Deficit verwechselte, daß die Ausfälle keine bleibenden seien, und daß daher kein Grund vorliege, in den Tag hinein neue Steuern einzuführen und bestehende zu erhöhen, und die ohne dies schon stark in Anspruch genommene Steuerkraft des Volks noch mehr zu belasten.

Es war diese Mehrheit des Reichstags, welche ihrer bessern Ueberzeugung folgte, auch als der erzürnte Bundeskanzler ihr die Worte entgegenschleuderte:

„Meine Herren, wir verlangen von Ihnen Brot, und Sie geben uns Steine!“

Sie war es, welche eine ungerechtfertigte Besteuerung abwehrte, — eine Besteuerung, welche nach der Berechnung des in finanziellen Dingen bewährten Abgeordneten Becker auf den Kopf der Bevölkerung fünf Silbergroshen Netto betragen haben würde, und zwar für solche Gegenstände, an welchen der Reichere kaum einen größeren Verbrauch hat als der Armere, ja bei welchen das Bünglein der Steuerwaage das Mehr nach der Seite der Armuth hin gravitirte, also eine Besteuerung, welche auf die Familie etwa einen Thaler jährlich im Durchschnitt betragen und welche sich in dem jetzigen Deutschen Reich auf wenigstens 120 Millionen Mark gesteigert haben würde.

Warum wir an das Alles erinnern? Weil uns für den nächsten Reichstag abermals die Vorlage einer Reihe von Steuerprojecten bevorsteht. Die Schutzzöllner werden neue Eingangsteuern verlangen, als das sicherste Mittel, das Volk durch fisco = protectionistische Ausbeutung wohlhabend zu machen. Bier, Brauntwein, Tabak werden ihre gewohnte Rolle spielen. Neu hinzu kommen wird wahrscheinlich: Besteuerung der Urkunden für Mobilien- und Immobilienverkehr, für Versicherungsgeschäfte, für Quittungen, Spielkartenstempel, Erbschaftssteuer. Vielleicht auch die Unificirung der Hausir- und Gewerbesteuer. Gewiß, nicht alle diese Projecte sind an und für sich schon verwerflich; wir behalten uns vielmehr vor, dieselben in einem späteren Aufsatz Revue passiren zu lassen und zu kritisiren. Denn sie bedürfen der sorgfältigsten Prüfung in Betreff ihrer Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit. Ebenso ist die Frage der Abschaffung der Matricularumlagen eine sehr schwierige. Insoweit sie eine Kopfsteuer sind, erscheinen dieselben verwerflich; aber man

könnte die Art der Distribution auf die einzelnen Staaten ja ändern. Soweit sie die einzige bewegliche und quotisirbare Steuer sind, erscheinen sie als zur Wahrung des Budgetrechtes des Reichstags unentbehrlich. Ihre Aufbringung durch die Einzelstaaten ist sehr natürlich, da die letzteren ja auch in allen anderen Dingen ihre Souveränität nachdrücklich betonen.

Im Jahre 1869 standen die Dinge insoweit viel besser, als sich kein Sonderinteresse einmischte. Es handelte sich lediglich um den Bedarf des Gesamtstaats. Heute 1877, erheben die einseitigen Vertreter der Sonderinteressen immer lauter die Stimme; und viele verwechseln Schutz Zoll und Finanzzoll, während doch der letztere das Gegentheil des ersteren ist, da ersterer je mehr er „schützt“, desto mehr den Import und folglich auch die Einnahmen des Reichs aus den Zöllen vermindert.

Die Organe der Interessenten haben kürzlich unter dem Titel „Zollpolitische Reminiscenz“ eine Rede reproducirt, welche der damalige Prinz von Preußen, unser jetziger Kaiser, am 17. Mai 1847, also vor dreißig Jahren und unter ganz anderen Umständen, in der ersten Curie des vereinigten Landtags gehalten. Obgleich der hohe Redner die Behauptung, „daß das Freihandelsystem durchaus beibehalten werden müsse“, an die Spitze seiner Ausführung setzt, versucht man heute dieselbe im Interesse des Schutzollsystems auszubenten und das letztere als „die wahre Hohenzollernpolitik“ zu glorificiren. Dem gegenüber erinnern wir an die bekannte preußische Regierungs-Instruction vom 26. December 1808. Der § 50 derselben lautet wörtlich wie folgt:

„Es ist dem Staate und seinen einzelnen Gliedern immer am zuträglichsten, die Gewerbe jedesmal ihrem natürlichen Gange zu überlassen, daß heißt: keine derselben vorzugsweise durch besondere Unterstützungen zu begünstigen und zu heben, aber auch keine in ihrem Entstehen, ihrem Betriebe und Ausbreiten zu beschränken.“

„Neben der Unbeschränktheit bei Erzeugung und Verfeinerung der Producte ist Leichtigkeit des Verkehrs und Freiheit des Handels, sowohl im Innern als mit dem Auslande, ein nothwendiges Erforderniß, wenn Industrie, Gewerbsfleiß und Wohlstand gedeihen sollen, zugleich aber auch das natürlichste, wirksamste und bleibendste Mittel sie zu befördern.

„Es werden sich alsdann Gewerbe von selbst erzeugen, die mit Vortheil betrieben werden können, und dieses sind wieder diejenigen, welche dem jedesmaligen Productionszustande des Landes und dem Culturzustande der Nation am angemessensten sind. Es ist unrichtig, wenn man glaubt, es sei dem Staate vortheilhaft, Sachen dann noch selbst oder im Inlande zu verfertigen, wenn man sie im Auslande wohlfeiler kaufen kann. Die Mehrkosten, welche die eigene Verfertigung verursacht, sind rein verloren und hätten, wären sie auf ein anderes Gewerbe angelegt, reichhaltigen Gewinn bringen können. Es ist eine schiefe Ansicht, man müsse in einem solchen Falle das Geld im Lande zu behalten suchen und lieber nicht kaufen. Hat der Staat Producte, die er ablassen kann, so kann er sich auch Gold und Silber kaufen und es münzen lassen.

„Es ist nicht nothwendig, den Handel zu begünstigen, er muß nur nicht erschwert werden.

„Der Regierungen Augenmerk muß dahin gehen, die Gewerbe- und Handelsfreiheit soviel als möglich zu befördern und darauf Bedacht zu nehmen, daß die verschiedenen Beschränkungen, denen sie noch unterworfen ist, abgeschafft werden.“

Das ist die wahre Hohenzollernpolitik.

Die Schutzöllner haben sich nicht gescheut, die erhabene Person unseres Kaisers in den Streit der Parteien herunter zu zerren. Wir werden ihnen darin nicht folgen und beschränken uns auf folgenden Schlußsatz: Die obigen Lehren,

wie solche die Instruction vom 26. December 1808 verkündigt, sind eine kurze und klare Zusammenfassung der Zoll- und Wirthschaftspolitik des Kaiserlichen Vaters, Königs Friedrich Wilhelm III., und diese Politik ist es, mittels deren der unvergeßliche König die preußische Monarchie von dem tiefsten Verfall wieder aufgerichtet, das gänzlich verarmte Land zu Blüthe und Wohlstand gebracht und das Band des Zollvereins um die Mehrzahl der deutschen Staaten geschlungen hat, aus welchem unter der treuen und festen Hand seines glorreichen Sohnes sich die deutsche Einheit, die Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs und der deutschen Kaiserwürde sich ergeben.

Wir sagen: In diesem Zeichen wirst Du auch ferner hin flegen!

III.

Allerheiligen.

Der 26. und 27. October im preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hatte seine Session mit einer jener großen Debatten eröffnet, wie sie immer seltener am Dönhofsplatze, werden, seitdem ganz Deutschland eine centrale Volksvertretung hat und der preussische Landtag, welcher früher in deutschen Angelegenheiten die Führung hatte, eine Particularvertretung geworden ist wie der sächsische, der württembergische und der badische Landtag.

Freilich handelte es sich in diesen beiden Tagen um Angelegenheiten ersten Ranges, welche, obgleich specifisch-preussisch an sich, doch ganz Deutschland in Mitleidenschaft ziehen, nämlich um die constitutionelle Frage der Organisation und der Verantwortlichkeit des Ministeriums und um die Frage des Fortganges oder des Rückganges der Selbstverwaltung, welche man jetzt schon in viel bescheidenerer Tonart „die partielle Verwaltungsreform“ nennt.

Es war ein bewegtes Drama, welches sich vor unseren Augen abspielte. Die ersten Kräfte traten auf und Jeder that sein Bestes. Allein es fehlte der erste Held, und das ist wirklich ein Fehler. Der Held saß in Barzin, wie weiland Achilles schmollend unter dem Dache seines myrmidonischen Zeltes. Aber wir wissen von dem Fürsten

Bismarck fast eben so gut, wie von dem Peliden, was er von Troja und dem achäischen Lager hält.

Man sagt: Camphausen ist ihm zu „manchestern“ und Achenbach zu „schwach“, obgleich dessen präsumtiver Nachfolger Maybach an der Spitze des Reichseisenbahn- amtes auch gerade keine Herkuleskräfte gezeigt hat. Aber, wer weiß? Kann nicht Camphausen sich entmanchestern und Achenbach erstarken, wenn es der Reichskanzler wünscht? Für Letzteren ist aber die Hauptsache die: die Organisation des preußischen Staatsministeriums gefällt ihm nicht. Er ist da nur der Erste unter Gleichen und nicht das Oberhaupt Aller, wie in dem Reiche. Er hat schon oft öffentlich sich darüber beschwert, daß die Ressortminister seinen Ideen nicht so empfänglich und zugänglich seien, wie die Nicht- Ressortminister v. Bülow und Hofmann, daß das preußische Ministerium keine einheitliche Behörde bilde, sondern nur durch ein sehr locker geknüpftes föderatives Band mit einander verknüpft sei, daß jeder preußische Minister auf seinem Ressort hause, wie Robinson Crusoe auf der Insel mit seinen Donnerstags und Freitags und mit seinen Samas, und daß der Ministerpräsident, wenn er eine Priße nehmen wolle, erst von sieben bis acht anderen Herren, von welchen sich jeder den Luxus einer eigenen Meinung erlaube, die Genehmigung einholen müsse. Insbesondere über die Verwaltungsreformfrage war der Fürst Bismarck nie vollständig d'accord mit dem Grafen Eulenburg; allein Letzterer war stark durch das Vertrauen des Königs und durch die zwei Kammern, in welchen er sich die Zustimmung zu sichern verstand, allerdings manchmal durch sehr sinnreiche und eigentümliche Mittel, z. B. dadurch, daß er das Herrenhaus gegen das Abgeordnetenhaus ausspielte und umgekehrt. Bei der Kreisordnung waren noch die Selbstregierungs-Flitterwochen. Conservative und Liberale, Clerikale und Culturkämpfer, versicherten einander, das sei kein Kampf- und Parteiverk, sondern ein solches des Friedens. „In die

Arme sanken sich Beide — und weinten vor Schmerz und vor Freude.“ Das Werk kam zu Stande.

Dann aber trat die Differenz ein, auch unter den Liberalen. Herr von Forckenbeck und seine Freunde verhielten sich abwehrend gegen die Provinzialordnung (nebst Zuständigkeitsgesetz). Sie acceptirten davon nur die communalständische Seite, nicht die politische. Sie tadelten die Benachtheiligung der Städte, die Complication, Schwerfälligkeit und die Verworrenheit des Mechanismus, in welchem man allerdings sich nur mit Hülfe des Brauchitsch'schen Ariadnefadens zurecht zu finden vermöge. Sie fürchteten, die kolossale und schwere Provinzialordnung werde das eigentliche Communalleben zu Boden drücken, wenn dasselbe nicht zuvor durch Verbesserung der Städteordnungen und durch Einführung einer Landgemeindeordnung, welche in den östlichen Provinzen gänzlich fehlt, befestigt und gekräftigt werde. Herr von Forckenbeck im Herrenhause, seine nächsten Freunde im Abgeordnetenhause, stimmten deshalb gegen die Provinzialordnung.

Die Mehrzahl der Nationalliberalen stimmte dafür, aber auch ein sehr erheblicher Theil der Fortschrittspartei, an ihrer Spitze Herr Hänel. Dieser und der Abgeordnete Miquel, der Eine ein Schleswig-Holsteiner, der Andere ein Hannoveraner, dürfen als die eigentlichen parlamentarischen „Patres conscripti“ der Provinzialordnung und des Zuständigkeitsgesetzes, so wie solche gegenwärtig stehen und liegen, betrachtet werden.

Mit der Kreisordnung ist die Mehrzahl der Bevölkerung innerhalb ihres Geltungsbereiches zufrieden. Von der Provinzialordnung und dem Zuständigkeitsgesetze kann man dasselbe nicht behaupten. Die Unzahl der neugeschaffenen Selbstverwaltungsbehörden, neben welchen die alten bureaukratischen Organe fortwirken, in der Art, daß entweder Beide in Zwispalt gerathen, oder die Selbstverwaltungskörperschaften die Staatsbeamten ihrer Verantwortlichkeit überheben; die Complication und Langsamkeit der Maschinerie; das Uebergewicht

der Grundherren; die positiven und negativen Kompetenzconflicte; die künstliche Construction der verschiedenen Rechtsmittel mit ihren mannichfachen Formen und Fristen, — das Alles erregt vielfach Unzufriedenheit, welche nur durch eine Städteordnung und eine Landgemeindeordnung beseitigt werden könnte. Vielleicht haben auch Diejenigen nicht ganz Unrecht, welche eine partielle Revision verlangen. Freilich müßten Garantien dafür gefunden werden, daß eine solche Revision nicht das Ziel überschießt und den Zwecken der Reaction dient.

Wenn wir die Frage der Verwaltungsreform theilen und formuliren wollen, so handelt es sich:

1. um den Geist und Sinn der Reformen,
2. um den inneren Umfang derselben,
3. um den äußeren geographischen Geltungsbereich derselben, und
4. um die „Etappen“, in welchen der noch übrige Weg zurückgelegt werden soll, oder vielmehr um die Reihenfolge, in welcher die einzelnen Schritte gethan werden sollen, welche noch nöthig sind, um das System der Reform zu vollenden und geographisch dasselbe auf das ganze Gebiet der Monarchie auszudehnen.

Bekanntlich wollte der selige Waldeck mit der Landgemeindeordnung angefangen haben. In diesem Punkte ist die jetzige Fortschrittspartei dem politischen Vermächtniß ihres großen Führers untreu geworden. Sie fing mit der Kreisordnung für fünf von den sechs östlichen Provinzen an. Hätte man an der Gemeindeordnung, als dem ersten Ausgangspunkt, festgehalten, so würden wir uns jetzt nicht in dieser Sackgasse befinden. Indessen waren damals noch, als man die Kreisordnung zu Stande brachte, Alle — Regierung, Herrenhaus, Abgeordnetenhaus und alle Parteien des letzteren — darüber einig, daß man das Ganze wolle, und zwar das Ganze für Alle, d. h. also Landgemeinde- und Städteordnung, Kreisordnung, Provinzialordnung und Reform der

gesamten Staatsverwaltung, soweit sie in die Hände der Staatsbeamten gelegt ist. Man war also einig darüber:

1. Reform im Geiste der Selbstverwaltung,
2. sachliche Ausdehnung auf alle Gebiete der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks-, Provinzial- und Staatsverwaltung,
3. räumliche Ausdehnung auf alle Provinzen der Monarchie.

Leider einigte man sich nicht über die sogenannten Etappen. In dieser Frage folgte man der Führung des Grafen Eulenburg und nicht derjenigen des Herrn von Jordanbeck. Dies war ein Fehler, dessen sich auch die Herren Händel und Genossen theilhaftig gemacht haben; und es wäre besser, wenn man heute, statt sich die Schuld des gemeinsam begangenen Fehlers gegenseitig in die Schuhe schieben zu wollen, die Kräfte, welche man an dieser unfruchtbaren, retrospectiven Kritik vergeudet, anwenden wollte, um gemeinsam Hand anzulegen, damit wir die verfahrenre Sache wieder auf die richtige Bahn bringen.

Der Graf zu Eulenburg hatte kein System. Er servirte allemal diejenige Speise, von welcher er glaubte, sie sei die am leichtesten verdauliche. Vielleicht zuweilen auch nur die, deren Zubereitung die geringsten Schwierigkeiten zeigte. Denn er war ja nicht allein Herr in der Küche; und viele Köche verderben den Brei, so daß er manchmal gar nicht servirbar ist.

Als man die Kreisordnung für fünf alte Provinzen glücklich und zu allgemeiner Zufriedenheit fertig gebracht hatte, da hätte man sofort daran gehen müssen, dieselbe für alle übrigen Provinzen der Monarchie auszudehnen. In den Modificationen mußte man sparsam sein, um die Rechts- und Verwaltungseinheit der Monarchie nicht zu erschüttern. Dann mußte man sofort zu den Gemeindeordnungen übergehen, und nachdem man so ein breites und festes Fundament gelegt hatte, konnte man seine Zeit und seine Kräfte der

Reform der Staats- und der Einführung der Selbstverwaltungsbehörden in allen anderen Gebieten widmen. Die Aufgabe, welche ohne das schwer war und deshalb — warum sollen wir aus unserem Urtheil über die Provinzialordnung und das Zuständigkeitsgesetz ein Fehl machen? — mißlungen ist, würde dann eine leichte, dankbare und erfolgreiche gewesen sein.

Dies mußten wir vorausschicken, um unser Urtheil über die Debatten vom 26. und 27. October kurz zu begründen, wobei uns die Knappheit des Raumes nicht gestattet, auf alle Einzelheiten einzugehen.

Was zunächst die Beurlaubungsfrage anlangt, so ist dieselbe im Laufe der Debatten in den Hintergrund getreten. Mit Recht. Der König hat verfassungsmäßig das Recht, Minister nicht nur zu ernennen und zu entlassen, sondern auch sie zu beurlauben und deren Stellvertreter zu bestellen. Solche Stellvertretungen kommen überall vor. Allerdings kann eine allzulange Dauer eines solchen Interims Mißstände erzeugen, und schon unsere Ahnen im sechzehnten Jahrhundert sagten:

„Das Interim, das Interim
Hat den Schalk hinter ihm.“

Allein das ist dann eine rein politische Frage, eine question d'opportunité, aber nicht eine quaestio juris, — nicht eine Rechts- und Verfassungsfrage. Das Centrum allerdings hatte ein Interesse, die Beurlaubung Eulenburgs zu einer Demonstration gegen den Fürsten Bismarck auszubenten. Sein Antrag, welcher auf eine „feste“ Organisation des Staatsministeriums und Verantwortlichkeit der Minister ging, lautet eigentlich (Herr Windthorst hatte dessen kein Fehl, obgleich sonst sein Vortrag etwas unklar und und durch Lazzi und sonstige Parerga förmlich überwuchert war), wenn man ihn in gutes, d. h. in klares Deutsch übersetzt, also:

„Bismarck hat zu viel Gewalt über die Minister. Nehmen wir ihm dieselbe. Machen wir statt eines einheitlichen, homogenen

und solidarischen Staatsministeriums eine lose und lockere ministerielle Föderativrepublik."

Das entspricht vielleicht den Interessen des Centrums, aber nicht der Verfassung eines constitutionellen Staates, in welchem das Gesamtministerium (unbeschadet der Specialverantwortlichkeit eines jeden einzelnen Ministers für sein Ressort und die darin ergriffenen Maßregeln) für alle politischen Acte solidarisch sein muß, in der Art, daß Jeder für Alles haftet, die Hauptverantwortlichkeit aber auf dem Chef ruht.

Was sodann die Verwaltungsreform anlangt, so wäre es Sache des Abgeordnetenhauses gewesen, einen Standpunkt zu fixiren und der Regierung zu erklären, daß sie nur dann, wenn sie diesen theilt, auf Unterstützung rechnen könne. Ein Beschluß in dieser Richtung, mit großer Majorität gefaßt, würde sofort Klarheit in die Situation gebracht und die schwüle und dunkle Luft gereinigt und aufgehellt haben. Der Beschluß mußte sich über alle vier Punkte erstrecken, welche wir oben genannt haben. Auch über die Etappenfrage, und zwar mußte, im Interesse der politischen Einheit, die Ausdehnung der Kreisordnung auf alle Provinzen in die erste Linie gestellt und das schwächliche Städteordnungs-Novelletchen ohne Erbarmen a limine zurückgewiesen werden. In Ermangelung einer solchen Resolution begnügte sich Herr Laster damit, Namens der zahlreichsten Partei, welche jedoch auch nicht über die Majorität gebietet, feste Stellung zu nehmen. Das in dem hohen Hause herrschende Parteiwesen, welches namentlich am 27. seine häßlichsten Auswüchse zeigte, ist zu verfahren, um eine gemeinsame Resolution möglich erscheinen zu lassen. Da kann sich denn das hohe Haus nicht beschweren, wenn sein Einfluß gering ist. Herr Richter-Hagen wollte eigentlich ein Mißtrauensvotum gegen die Minister begründen. Statt dessen begründete er ein solches gegen die Mehrheit der Nationalliberalen, ohne zu bedenken, daß ein Theil seiner eigenen Freunde davon mitbetroffen

wurde. Sonst so ausgezeichnet durch sein allumfassendes und allgegenwärtiges Gedächtniß, schien er ganz die schönen Zeiten vergessen zu haben, wo die Herren Miquel und Hänel sich als „wilde Männer“ auf beiden Seiten des Eulenburg'schen Provinzialordnungs-Wappens aufgestellt hatten, um Arm in Arm ihr Jahrhundert in die Schranken zu fordern; und das ist doch noch gar nicht lange her.

Um eine gemeinsame Resolution zu erzielen, dazu waren die Freiconservativen, welche im Besitze der Aemter sind, zu optimistisch; und die Fortschrittspartei, welche sich in der Opposition befindet, zu pessimistisch; eine dritte Partei, welche die Majorität hätte oder erhalten könnte, existirt nicht.

Der Optimismus ist ein Fehler. Aber der Pessimismus ist im gegebenen Falle vielleicht ein größerer. Der Pessimismus ist (was übrigens die Fortschrittspartei durchaus nicht will) recht gut, um Revolutionen zu machen, aber er taugt nichts, um eine in's Stocken gerathene Reform wieder in den Fluß zu bringen.

IV.

Allerseelen.

Noch einmal der große Kampf im Abgeordnetenhaus.

Die große Schlacht ist geschlagen. Zwei Tage erbitterten Kampfes! Krieg Aller gegen Alle. Aufbietung aller Truppengattungen. Schweres Geschütz der Altconservativen, bedient von „dem kleinen Manteuffel“. Zahllose nationalliberale Infanteriemassen — (ehrlieh, loyal und tapfer, wie die pommerische Landwehr) — geführt von dem petit Corporal Lasker. Freiconservative Husaren unter dem Grafen Bethusy-Huc, der stets ritterlich, aber nicht immer glücklich ist, namentlich dann nicht, wenn er sich bestrebt, „den vorüberauschenden Strom der Zeit an der Stirnlocke zu fassen“. Dann die Armada des Fortschritts: das Centrum dieser Armee, geführt vom General Hänel, einem Strategen ersten Ranges, der uns durch seine eleganten und prachtliebenden Formen und Farben immer an Joachim Murat erinnert, welcher versicherte, seine Hände seien rein von Blut, denn er habe seine großen Reiter-Attaken immer nur mit der Reitpeitsche, nie mit dem Säbel unternommen, und von dem sein Schwager, Napoleon I., behauptete, er sei zwar ein großer Narr, aber ein noch größerer Reitergeneral. Hänel nun ist zwar durchaus kein Narr, aber er verwechselt immer das Schlachtfeld. Er glaubt sich stets im „Haus der Gemeinen“, am Westminster-Platz zu London, während er sich doch in Berlin

zwischen dem Spittelmarkt und dem grünen Graben bewegt, welche Verwechslung seine Erfolge beeinträchtigt. Der rechte Flügel der Fortschritts-Armee wurde vom General Birchow, commandirt welcher nicht die gewöhnlichen kriegsgerechten Waffen führt, sondern das Secirmesser, die Sonde und die Pincette, und der wunde Stellen mit Höllenstein zu äßen liebt. Auf dem linken Flügel commandirt der Divisionär Richter, welcher dem Feind ganze Schrapnel- und Mitrail- lenzen-Ladungen böshast-picanter Zeitungartikel in das Gesicht speit. Leider laboriren die Generale Birchow und Richter ein wenig an Zerstretheit. Während Birchow auf den abwesenden Generalfeldmarschall Bismarck losstürmt, erblickt er plötzlich, über seine linke Schulter schauend, den General a. D. von Sybel, mit welchem er vormals auf den Rüben- äckern der Langenbörde erfolglos gerungen. Da vergißt er den Gegner und macht einen Seitensprung rückwärts, um dem verhassten Concurrenten einen hohlen „Königer“ an den Kopf zu werfen. Und wie Birchow mit Sybel, so geht es General Richter mit „le petit Corporal Lasker“. Richter avancirt an der Spitze seiner Fortschrittstruppen auf das Défilé des Friedenthals zu, hinter ihm Lasker. Da erinnert sich Richter, daß er mit Lasker einmal auf dem B-A-C (die von Lasker inspirirte „Berliner Allgemeine Corre- spondenz“)-Schlachtfeld zusammengestoßen, und sofort macht er „Rehrt“ und beschuldigt den kleinen Corporal, er habe nicht einmal die Courage Minister zu werden, obgleich er, Richter, ihm, Laskern, für diesen Fall zwar nicht seine Unterstützung, wohl aber „den Krieg bis auf's Messer,“ la guerre à outrance, zugesagt habe.

Diese „Komödie der Irrungen“ erinnert an eine alte deutsche Volksfage von dem weisen König Salomo und seinem Hofnarren Markolf. Salomo, der die Sprache der Thiere verstand, hatte seine sechs größten Ragen darauf abgerichtet, daß sie ihn Abends nach seinem Schlafgemach begleiteten, eine Fede einen siebenarmigen brennenden Leuchter in ihren Tagen. Markolf wettete mit dem weisen König, er, der

Karr, habe mehr Gewalt über die Katzen, er werde ihnen heute Abend das Geleite verbieten, und die Katzen würden nicht dem König gehorchen, sondern dem Narren. Als sie nun dahinwandelten, — zuerst die sechs Katzen, dann der weise König und endlich der „lustige Rath,“ — da warf Markolf eine lebendige Maus zwischen die Katzen; die Katzen ließen ihre Leuchter fallen und liefen der Maus nach, und Markolf hatte die Wette gewonnen. So ging's auch am 26. und 27. October 1877.

Diesmal hieß die Maus „Heinrich v. Sybel“. Die Person des Markolf ist noch nicht ermittelt. Einige behaupten, er sei gebürtig aus Meppen in den hannoverschen Landen, woher auch Windthorst stammt, welcher, obgleich klein von Statur, obgleich aus einem kleinen Lande, und obgleich selber vormals ein kleiner Minister, doch gern seines Gleichen auf- frißt, — d. h. aber nur preussische Minister, wobei er sich gern die größten und bestgefütterten ausjucht.

Diesmal freilich hatte er kein Glück dabei. Denn während er den Minister Camphausen von hinten zu beschleichen gedachte, versetzte ihm dieser mit einer seiner mächtigen Tazgen einen so kräftigen Hieb, daß er abstand und sich auf Finessen verließ. Er attackirte nämlich darauf die Minister von der falschen Seite. Er that öffentlich, als wenn sie ihm nicht „constitutionell“ genug wären und winkte ihnen, heimlich mit dem Zaunpfahl, absolutistisch zu werden. Er beklagte sich über die Schwenkung, aber nur deshalb, weil sie keine vollständige Umkehr war; und er stellte ihnen für den Fall einer aufrichtigen Reue und Besserung, namentlich einer Besserung im Cultus, den Beistand des heiligen Ignatius von Loyola und aller sonstigen clericalen, muckerhaften und reactionären Hidalgos und Heiligen von Castilien und Leon in Aussicht.

Zum Schluß rief Löwe zur Sammlung. Allein auch seine Kassandra Worte verhallten im Lager. Vielmehr will man behaupten, daß hinter seinem Rücken zwei feindliche

Brüder, ein Nationalliberaler und ein Fortschrittsmann, welche bis dahin tapfer auf einander losgehauen, verständnißsinnige Blicke wechselten, mit den Worten: „Alter Schuzköllner, Dich kennen wir!“

Man müßte Homer sein, um all' die Einzelkämpfe zu schildern. Ich skizzire hier nur das Ergebniß. Camphausen und Friedenthal, die Minister, — welche im Laufe des Gefechtes zuweilen die Waffen tauschten, wie Glaukos und Diomedes, — blieben Sieger. Am ersten Tage stark im Gedränge, fühlten sie sich sichtlich sehr erleichtert, als am zweiten Tage Markolfus die Maus losließ; und als schließlich Kassandra-Löwe mit jener tragischen Attitüde, welche dem „letzten Präsidenten der Stuttgarter Nationalversammlung“ eigenthümlich, die herrschende Confusion schilderte, da sprach Camphausen vergnüglich: Zwar sagt Ihr, wir seien gute Menschen und schlechte Musikanten, aber dieser Versammlung gegenüber können wir wirklich sagen: „Wir Minister sind einig und solidarisch.“ Und Friedenthal lächelte holdselig: *Anch' io sono pittore.*

Im November.

Die Rednerbühne im preussischen Abgeordnetenhaus.

Es ist bekannt, welche Anstrengungen die Conservativen bei den Wahlen machten, und was sie Alles den gläubigen Wählern versprochen. Trotzdem brachten sie es nicht auf mehr, als auf 9 Sitze unter 433. Sie können sich selbst nicht enthalten, dies Ergebniß etwas humoristisch zu finden, und ihr Führer, Herr v. Meyer aus Arnswalde, welcher sich zur Unterscheidung von den zahlreichen übrigen Meyer's gerne als Hochtorv geberdet, obgleich sein Adel nicht weiter zurückreicht, als bis auf seinen Vater, welcher durchaus nicht ein hocharistokratischer Grundherr blauen christlich-germanischen Blutes, sondern ein außerordentlich geschickter Berliner Arzt von bürgerlichem Stande und desgleichen Gesinnung war, — Herr v. Meyer also, der den Geist seines Vaters geerbt hat, spricht gern von den neun Mäusen und versichert, seine Fraction habe dies und jenes neun stimmig (statt ein stimmig) beschlossen.

Um nun aber doch endlich „Etwas für das Volk“ zu thun, hat der Freiherr von Manteuffel beantragt, in Zukunft solle nur von der Rednertribüne aus gesprochen werden dürfen. Leider ist er mit diesem Versuche, das Volk glücklich zu machen, nicht durchgedrungen. Dies schmälert jedoch nicht das Verdienst des Antragstellers. Den Letzteren nennt man „den kleinen Manteuffel“ zum Unterschied

von dem sogenannten „großen“; dem vormaligen Ministerpräsidenten der Reactionszeit. Es war die Aera der Manteuffel damals. Edwin von Manteuffel, der jetzige Feldmarschall, war Chef des Militärcabinetts und seine Vetter Otto und Karl von Manteuffel waren, Jener Ministerpräsident und Dieser landwirthschaftlicher Minister. Die beiden Letztgenannten haben in dem elterlichen Hause des Ersteren ihre Erziehung genossen. Es waren anno 1818 drei muntere Jungen; und als damals die Frau von Krüdener, frommen Andenkens, welche eine Zeit lang mittelst ihres Betens einen so großen Einfluß auf Czar Alexander I. ausübte, später aber vollständig in Ungnade fiel, das Manteuffelsche Haus besuchte, prophezeite sie den Jungen eine glänzende Zukunft. Das ist vielleicht die einzige unter ihren zahlreichen Prophezeiungen, welche eingetroffen ist.

Als aber kürzlich der Freiherr Karl von Manteuffel den Rednerbühnenzwang beantragte, schwebte nicht der fromme und conservative Geist der Frau von Krüdener über ihm. Denn, um es ohne alle Umschweife zu sagen: Die Rednerbühne ist ein revolutionäres Institut.

England, das Land der conservativen Erbweisheit kennt keine Rednerbühne. Jeder spricht von seinem Plaze. Wer aber im Plenum Reden halten, oder im Namen der Regierung, oder im Namen der Opposition sprechen will, der sucht sich dazu seinen Plaz aus, und zwar in der Nähe des Sprechers (Präsidenten). Die erste Bank zur Rechten des Sprechers heißt die Bank der Minister (la Banc de la Trésorerie). Auf der ersten Bank zur Linken dagegen sitzen die Häupter der Opposition. Wenn die Sitzung eröffnet wird, kann man schon ungefähr merken, wer sprechen will, wenn man zusieht, wer auf diesen beiden Banken sitzt. Die Uebrigen aber, welche nicht lang, nicht feierlich, nicht im Auftrag reden wollen, sprechen von ihren gewöhnlichen Plätzen. Sie wenden sich beim Reden dem Sprecher zu, den sie auch gewöhnlich anreden. Nichts kommt dem Engländer komischer vor, als

daß bei uns der Redner auf der Tribüne dem Präsidenten die Rückseite zuwendet.

Im Hause der Gemeinen genießt der Redner vollständige Freiheit, auch in der Wahl des Platzes, von welchem aus er sprechen will. Es sind ihm keine Beschränkungen auferlegt als folgende: Er darf nicht

1. auf eine bereits entschiedene Frage zurückkommen,
2. gegen einen Beschluß des Hauses sprechen oder denselben tadeln,
3. auf die Debatten des andern Hauses Bezug nehmen,
4. den Namen der Königin in die Debatte ziehen,
5. verletzende Worte gegen den Charakter oder das Verfahren eines der Häuser, oder einer der Parteien, oder eines der Mitglieder derselben gebrauchen.

Es würde sich gewiß empfehlen, diese Beschränkungen auch bei uns einzuführen und streng aufrecht zu erhalten.

Die Rednerbühne ist eine Erfindung der französischen Revolution. Sie dient der Eitelkeit, dem Pathos, den schauspielerischen Zwecken. Die Nationalversammlung zwang die Redner, dieselbe zu besteigen. Der Convent ging noch einen Schritt über die Nationalversammlung und den Freiherrn Carl v. Manteuffel hinaus. Er zwang auch die Nicht-Redner auf die Tribüne. Bei namentlichen Abstimmungen mußte ein Jeder der Botanten hinauf, um dort seine Stimme abzugeben; auch war es ihnen gestattet, ihr Votum kurz zu motiviren. Natürlich wurde von dieser Erlaubniß Gebrauch gemacht, um noch in der letzten Minute eine Phrase zu dreheln. Der Aufruf ging nach dem Alphabet, aber nicht nach dem Namen der Abgeordneten, sondern nach dem Namen des Departements, das sie vertraten. In dieser Weise fand in der Nacht vom 16. bis 17. Januar 1793 die Abstimmung über das Schicksal Ludwigs XVI. statt. Der Aufruf begann mit dem Buchstaben G., also Departement Gironde. Bergniaud stammelte zuerst sein „La mort“. Er hätte lieber

„La vie“ gesagt, aber der Terrorismus der Tribüne drückte ihn nieder. Der Herzog von Orleans, welcher sich später Philipp Egalité nannte, debütierte mit folgender übel duftenden Rede-Blume: „Einzig mit meiner Pflicht beschäftigt, überzeugt, daß alle Diejenigen, welche gegen die Souveränität des Volkes gefrevelt haben oder freveln werden, den Tod verdienen, stimme ich für den Tod!“ Er las diese widerwärtigen Worte von einem Zettel. So ging es weiter. Jeder stieg hinauf, Jeder las seine Phrase herunter. Endlich kam der Abbé Sieyès. Er stimmte: „La mort sans phrase“.

Das war die Einweihung der Rednerbühne in Frankreich.

Ob wohl der Freiherr Karl v. Manteuffel daran gedacht hat? Ich weiß es nicht. Jedenfalls aber ist es seltsam, den Rednerbühnen-Zwang von einem Conservativen beantragt zu sehen.

Indessen gewinnt es zuweilen den Anschein, als wenn solche Conservative mehr das Organ mißvergnügter Bureaucraten und frondirender Priester wären, als das der Grand-Seigneurs und des landsässigen Adels.

VI.

Am ersten Advent-Sonntag.

Noch etwas über Deutsche Steuerprojecte.

(Detroit, Mahl- und Schlachtsteuer, Getreidezoll, Tabakmonopol.)

In einem Lande, wie Oesterreich-Ungarn, wo der Staat mit einem chronisch gewordenen Deficit arbeitet, — oder Italien, wo es nur vorübergehend einmal gelingt, das Gleichgewicht des Budgets herzustellen, — oder in Frankreich, wo die kolossalen Kosten eines unglücklichen Krieges zu decken sind —, da ist es am Ende ziemlich natürlich, wenn sich jeder gute Staatsbürger mit der Laterne des Diogenes bewaffnet, um nach neuen Steuern und Einnahmequellen zu suchen. Auch ist es erklärlich, daß er dabei lieber auf dem Boden des Nachbarn sucht, als auf dem eigenen. Nicht ganz so begreiflich ist es, daß seit einiger Zeit in Deutschland ein gleicher Eifer in Producirung neuer Steuerprojecte entbrannt ist. Das Deutsche Reich arbeitet ohne Deficit; die preußischen Finanzen sind die besten in Europa; und wenn man der Finanzverwaltung einen Vorwurf machen kann, so ist es nur der, daß sie etwas zu eifrig in der Schuldentilgung voringing. Trotz dieser geordneten Zustände wetteifern in Deutschland Staatsmänner und Abgeordnete miteinander in dem Bestreben, neue Steuern zu entdecken und zu empfehlen, — uneingedenk der weisen Lehren der Finanzwissenschaft, wonach jede neue Steuer, auch wenn sie eine bessere ist, härter drückt als eine alte, eingelebte und gewöhnte, deren Härten und

Ungerechtigkeiten theils in der Praxis sich abgeschliffen haben, theils durch Abwälzung und anderweitige volkswirthschaftliche Ausgleichung gemildert sind. Man kann kein deutsches Zeitungsblatt in die Hand nehmen, ohne daß man darin mehr oder weniger gründliche und patriotische Abhandlungen über die Nothwendigkeit, Nützlichkeit oder Annehmlichkeit der Wiederherstellung und Erhöhung einer alten oder der Einführung einer neuen Steuer findet; und da die öffentliche Meinung — oder drücken wir es bescheidener aus: das Publicum — hiergegen nicht reagirt, so könnte irgend ein Chinese oder Japanese, welcher seit kurzem in unserem Land weilt und von diesem eigenthümlichen Phänomen Kenntniß erhält, auf die Meinung gerathen, der Deutsche unterscheide sich dadurch von dem Kameel, daß, während dieses Thier, wenn man es allzu schwer belastet, so jämmerliche und schauerliche Klagelaute ausstößt, daß sein Wärter nicht umhin kann, es sofort zu entlasten, daß im Gegensatz hierzu der Deutsche kein größeres Vergnügen kenne, als mit neuen Lasten beladen zu werden, und daß er denjenigen Reichs- und Landboten, welche diesem seinem „tiefgefühlten“ Bedürfnisse am eiligsten und am weitesten entgegenkommen, seine aufrichtigsten und weitestgehenden Sympathien zuwendet.

Gedenken wir hier nur der größten Männer und der hervorragendsten Projecte; denn Alle und Alles aufzuzählen, erlaubt uns der Raum nicht.

Da finden wir in den Motiven eines preussischen Gesetzentwurfs einen sehnsüchtigen Blick auf Wiedereinführung und Erhöhung jener „communalen Octrois“ geworfen, welche sich in unserer Vorstellung in der Gestalt der Wahl- und Schlachtsteuer verkörpert haben; und dieser Blick verdient um so größere Beachtung, als kein Geringerer als der Fürst von Bismarck im deutschen Reichstage am 15. März 1877 sich dahin aussprach, daß die Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer die beabsichtigte Wirkung nicht gehabt habe. „Das Brod“, sagte er, „ist nicht ein Haar wohlfeiler

geworden, — das Fleisch ist auch nicht billiger geworden, — etwas weniger gut ist es geworden, aber deshalb doch nicht wohlfeiler, — und dabei sind die Preise auf dem Lande im Einkaufe nicht theurer als früher.“ Die thatsächlichen Behauptungen des Reichskanzlers sind ohne Zweifel für einzelne, und vielleicht für viele Gegenden, wenn auch nur vorübergehend, richtig. Es ist allerdings möglich, daß die Aufhebung der Steuern einzelnen Bäckern und Fleischern einen Ertragewinn zugewandt hat. Allein daß die finanzielle Lage dieser Handwerksklassen plötzlich eine so glänzende geworden, ist keineswegs richtig. Auch wird jener Ertragewinn desto rascher verschwinden, je mehr die Consumenten von Brod und Fleisch es lernen werden, aus der freien Concurrnz Vortheil zu ziehen, d. h. je mehr sie an Geschmack und Waarenkenntniß gewinnen und sich nicht scheuen, die Waare nöthigenfalls auch von auswärts zu beziehen, was ja, Dank jener Aufhebung und den weisen Maßregeln des Generalpostmeisters des Deutschen Reiches, gegenwärtig so billig und leicht ist. Die Concurrnz regelt die Preise, aber sie drückt sie nicht einseitig zu Gunsten des Käufers. Der Letztere muß auch seinerseits seine wirthschaftliche Pflicht thun, sonst vermögen ihn alle Gesundheitsämter und alle Polizeibehörden der Welt nicht zu beschützen.

Die Hauptsache aber ist: die Thatfachen, welche der Fürst Reichskanzler am 15 März aufstellte, vermögen nicht die Frage zu erschöpfen. Vielmehr kommen neben denselben noch folgende Umstände in Betracht: unmittelbar nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer wurde der Preis von Mehl, Graupen, Rüdellu, Stärke u. s. w. an den meisten Orten um den vollen Betrag der Steuer ermäßigt. Der Handel mit Mehlwaaren, das „Materialwaarengeschäft“, hat also sofort der Aufforderung des Gesetzgebers entsprochen. Dies liegt wohl darin, daß diese Waaren conservirbar sind und daß auf diesem Gebiet eine hochentwickelte Concurrnz herrscht. Wenn es bei dem Handwerk, bei der Bäckerei und der Schlächtereii, etwas

langsamer geht, so liegt das vielleicht darin, daß man Brod und Fleisch ebenso wenig entbehren als conserviren kann, und daß der Kundschaftsnerus und die persönliche Dienstleistung auf diesem Gebiet eine Rolle spielt, welche die Wirkungen der Concurrenz bis zu einem gewissen Grade lahm legt.

Wie sehr aber es bei einer solchen Frage einer genauen Feststellung der Thatsachen bedarf, ehe man ein definitives Urtheil abgibt, beweist ein Umstand, welchen kürzlich Otto Wolff (Stettin) an das Licht gestellt hat. (Vgl. Volkswirtschaftliche Vierteljahrsschrift Jahrg. XIV, Band 3, S. 9 u. ff.)

Wolff weist nach, daß seit Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer der Marktpreis der Häute annäherungsweise um den Betrag der Steuer gefallen ist. Bei Kälbern und Hammeln sind sogar die Preise um mehr als den Betrag der Steuer gefallen, bei Kühen um mehr als drei Viertel, bei Ochsen um mehr als zwei Drittel. Wären daneben auch die Fleischpreise um die nämliche Summe gewichen, so würden sich die Fleischer weit schlechter stehen wie früher, namentlich wenn man die gestiegenen Ansprüche der Gesellen berücksichtigt. Man sieht also, die Lederindustrie ist den Fleischconsumenten zuvor gekommen, indem sie sich beeilt hat, die durch die Steuerreform geschaffene Conjunctur für sich geltend zu machen. Wenn also Jemand klagt: „mein Fleisch ist nicht billiger geworden“, so kann man ihm antworten: nein, aber dafür bekommst du jetzt deine Schuhe und Stiefel zu einem billigeren Preise, als sie sonst haben würden; — und dann, wer kann wissen, was wir heute für Mehl, Brod und Fleisch bezahlen müßten, wenn die Mahl- und Schlachtsteuer noch bestünde?

Das Einzige, was sich zu ihren Gunsten sagen läßt, ist: sie war fisciälich bequem. Im Uebrigen war sie ein Schlagbaum, eine Bannmeile zwischen Stadt und Land, allerdings vollkommen entsprechend den Anschauungen des sinkenden Mittelalters, wo sich die Städte hermetisch abschlossen und durch Monopole und Privilegien, durch Zunft-, Bann-,

Stapel- und Vorkaufrechte ihre eigenen Angehörigen und die Bewohner des flachen Landes auf das Unbarmherzigste ausbeuteten, — aber ebenso vollkommen in Widerspruch mit dem Geist der modernen Verkehrsfreiheit, mit dem Princip der Zollvereins-Verträge und dem Grundsatz der preussischen Wirthschaftspolitik, wie er sich in der berühmten preussischen Regierungs-Instruction vom 26. December 1808 ausspricht und namentlich in deren Schlußworten: „Der Regierungen Augenmerk muß dahin gehen, die Gewerbe- und Handelsfreiheit so viel als möglich zu befördern und darauf Bedacht zu nehmen, daß die verschiedenen Beschränkungen, sowohl im Inneren als nach Außen, denen sie noch unterworfen sind, abgeschafft werden.“ Belgien und Holland haben vor nicht allzu langer Zeit ihre communalen Octrois abgeschafft und sich nicht gescheut, die schwersten finanziellen Opfer zu diesem löblichen Zwecke zu bringen; Frankreich würde dasselbe gethan haben, wenn ihm nicht der große Krieg mit seinen ungeheuren Kosten dazwischen getreten wäre (vgl. Ludwig Bamberger „Die Aufhebung der indirecten Gemeindeabgaben in Belgien, Holland und Frankreich“ in der Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft 2c. Bd. 1 des VIII. Jahrgangs, S. 22—55). Sollen wir denn das einzige Land sein, welches auf das hohe Ziel, nachdem wir es errungen, schwachmüthig wieder verzichtet?

Dieselbe Frage, welche wir hier angesichts der preussischen Gesetzgebung aufwerfen, sind wir versucht auch gegenüber dem Deutschen Reich aufzuwerfen, wenn uns das kleine und das große Bau (v. V.) der Berliner „Post“, hinter welchen sich der vormalige „großdeutsche“ Minister des Königreichs Württemberg, Freiherr von Warnübler, mehr zeigt als verbirgt, die Einführung eines allgemeinen Getreidezolles empfiehlt. Ist denn die Geschichte der englischen Kornzölle, des Kampfes um dieselben und ihrer Abschaffung, und die Erfahrung, wie heilsam letztere wirkte, für uns Deutsche verloren? Sollen wir uns in die Reihe der Nationen stellen, welche nichts vergessen und nichts lernen, welche immer wieder

zurückkommen auf glücklich überwundene veraltete Irrthümer, die nicht ablassen können von jener unglückseligen Getreidehandelpolitik, welche so oft (man lese das vortreffliche Buch von Wilhelm Roscher über Kornhandel und Theuerungspolitik, Stuttgart 1852, Cotta) über die Völker, die ihr huldigten, die Hungersnoth heraufbeschworen, und die jetzt höchstens noch in einigen halbbarbarischen Ländern Asiens im Schwang ist? Glaubt Herr von Barnbüler, Deutschland, welches jetzt nicht im Stande ist, so viel Getreide hervorzubringen, als seine Bevölkerung bedarf, durch einen Schutzzoll dazu stark machen, glaubt er durch denselben Klima, Wetter und Bodenverhältnisse u. s. w. ändern zu können? In der That schlägt er für jetzt nur einen niedrigen Satz vor. Allein bekanntlich kommt der Appetit im Essen, und jener niedrige Satz würde die Tendenz verrathen zu steigen. Er würde dann der Masse des Volkes das unentbehrlichste Nahrungsmittel erheblich vertheuern, den Arbeitslohn für Industrie und Landwirthschaft steigern und die erstere concurrenzunfähig machen, abgesehen von den socialen und wirthschaftlichen Krisen, welche eine solche willkürliche Erschütterung der natürlichen Grundlagen unserer Productions- und Consumtionsverhältnisse heraufzubeschwören im Stande ist.

Herr von Barnbüler empfiehlt seinen Getreidezoll sowohl als Schutz- wie als Finanzzoll. Dies ist ein Widerspruch. Ist der Zollsatz hoch, dann schützt er wohl, bringt aber dem Reiche kein Geld ein, weil dann wenig oder nichts importirt wird. Ist der Zollsatz aber niedrig, dann bringt er wohl Geld ein, aber er schützt nicht, weil er nicht vor der Einfuhr zurückschreckt.

Audere Stimmen (merkwürdiger Weise sogar eine Königsberger Zeitung) empfehlen den Getreidezoll als Retorsionsmaßregel, oder als Kampfzoll, zunächst gegen Oestreich-Ungarn. Durch eine solche Kampfweise aber würden wir uns selbst mehr schädigen, als unseren Gegner. Dann aber ist zu beachten: ein Kampfzoll, welcher wirksam ist, dauert

nicht lange. Hat er seinen Zweck erreicht, dann kommt er wieder in Wegfall. Darf man denn aber mit unserem weit- aus wichtigsten Productionszweig, mit der Landwirthschaft, ein solches Spiel treiben, daß man zunächst seine Productionskosten durch Erhöhung des Arbeitslohns willkürlich steigert, etwa in der Hoffnung, der Werth des Bodens und des Productes werde ebenfalls steigen, — dann aber nach kurzer Zeit diese Hoffnungen wieder vernichtet, indem man den Retorsionszoll anhebt? Darf man die Landwirthschaft, welche vor Allem, neben der Gunst des Himmels, der Ruhe und Stätigkeit bedarf, so muthwilliger Weise einem Experimente unterziehen, welches sie zudem auch noch indirect in alle Krisen und Con- juncturen verwickeln würde, durch welche Handel und Industrie leider durch die Natur der Verhältnisse bedroht sind?

Herr von Kardorff und seine Freunde schlagen uns das Tabakmonopol vor. Auch dies würde in Deutschland, nicht minder wie die Wiederherstellung der Mahl- und Schlachtsteuer in Preußen, einen Rückfall in die finanzielle Plusmacherei vergangener Zeiten bedeuten, — die Zeiten jener Privilegien und Monopole, vermittels deren der Staat sich selbst oder dem von ihm gegen Entgelt damit Belieheneu das ausschließliche Recht nicht nur zum Ankauf und Verkauf, sondern in der Regel auch zur Verfertigung dieser Gegenstände beilegte und dieselben alsdann zu einem Preise verkaufen ließ, welcher den für ihren Ankauf oder für ihre Verfertigung von ihm selbst gemachten Aufwand um ein Erhebliches überstieg. So entstanden im 17. und 18. Jahrhundert nicht nur das Tabak-, sondern auch das Kaffee-, das Kaffeebrennerei-, das Salz-, das Salpeter-, das Bank-, das Spielbank-, das Spielkarten-, das Glücksspiel-, das Brauntwein-, das Bier-, das Mühlen-, das Getreidehandel-Monopol, und wie alle jene zahllosen Unglücksinstitutionen hießen, welche zwar dem Staate einiges Geld eintrugen, aber die wirthschaftliche und bürgerliche Gesellschaft um das Zehnfache schädigten. Diese Auswüchse

einer verderblichen Finanzpolitik, welche den Baum umhieb, um sich seiner Früchte zu bemächtigen, wurden gegen Ende des vorigen und im Anfange des gegenwärtigen Jahrhunderts gleichzeitig von der öffentlichen Meinung von allen Seiten her angegriffen und verschwanden eins nach dem andern. In Preußen hatte Friedrich der Große, gezwungen durch die finanziellen Anstrengungen, welche er zur Bekämpfung seiner zahlreichen Feinde machen mußte, das Land mit Privilegien und Monopolen überlastet. Dies erregte bei seinen Unterthanen eine solche Unzufriedenheit, daß sie darüber beinahe die Verdienste des großen Monarchen vergaßen und bei seinem Tode aufathmeten, in der Hoffnung, es werde nunmehr eine große Last von ihnen genommen. Der Nachfolger, König Friedrich Wilhelm II., beeilte sich, diese Hoffnung zu erfüllen. Es lohnt in der That der Mühe, die Memoiren und die Pamphlete jener Zeit zu lesen, um daraus zu ersehen, wie man Friedrich Wilhelm II. auf Kosten seines großen Vorgängers pries, und wie man letzteren mit den härtesten Vorwürfen wegen der monopolistischen Maßregeln, überschüttete, zu welchen er in seiner finanziellen Bedrängniß greifen zu müssen geglaubt hatte. Der Zollverein ließ nur noch zwei Staatsmonopole am Leben: für Salz und für Spielkarten. Der Norddeutsche Bund und das Deutsche Reich haben auch das Salzmonopol beseitigt und durch eine Verbrauchsabgabe ersetzt. Da Spielkartenmonopol soll dem Vernehmen nach noch in einigen Duodezstaaten ein bescheidenes Dasein fristen. Glücklicher Weise hat es keinerlei volkswirthschaftliche oder finanzielle Bedeutung. Hat man denn heutzutage dieses wichtige Kapitel aus der Finanz- und Wirthschaftsgeschichte Deutschlands gänzlich vergessen?

Während der Reactionszeit der fünfziger Jahre regte sich zum ersten Mal das Gelüste, zum Tabakmonopol zurückzukehren. Das preußische Herrenhaus ergriff in dieser Richtung die Initiative bei Berathung des Budgets für 1857. Auch Württemberg, woher jetzt die Stimme des Herrn

von Varnbüler erschallt, empfahl auf den Zollconferenzen dringend die Einführung des Monopols. Da erschien (Berlin 1875, Decker) eine anonyme Schrift: „Der Zollverein und das Tabakmonopol“, welche die Gewitterwolken zerstreute, indem sie mit überzeugender Ruhe und Klarheit und mit vollendeter Sachkenntniß darthat, welche unheilvollen Folgen die Wiedereinführung des Tabakmonopols in politischer, wirthschaftlicher und finanzieller Beziehung für Deutschland haben werde.

Wer es heute wagt, uns das Tabakmonopol zu empfehlen, der muß diese Schrift nicht nur lesen, sondern auch widerlegen. Herr von Kardorff hat es nicht gethan.

Der Verfasser dieser Schrift ist Rudolf Delbrück, der so lange und so glücklich die Zoll- und Handelspolitik Preussens, des Zollvereins und Deutschlands geleitet.

VII.

Am zweiten Advent-Sonntag.

Das Hornberger Schießen.

Was halten Sie von dem Ausgange der drei großen parlamentarischen Actionen des preußischen Abgeordnetenhauses, wegen der Vorladung der Minister, wegen des Welfenfonds und wegen der handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn?"

„Nun“, antwortete der Abgeordnete W., „sie sind ausgegangen, wie das Hornberger Schießen.“

„Das Hornberger Schießen? Was ist das?“

„Ah, das wissen Sie nicht? — Nun, dann will ich's Ihnen erklären. Wenn Sie mit der badischen Kinzigbahn durch die schönen Thäler und die steilen Berge des Schwarzwaldes hinauf fahren, dann kommen Sie nach einem reizenden alten Städtchen, das in einem grünen Grunde auf beiden Seiten des Baches „Gutach“ liegt und von einer stattlichen Schloßruine überragt wird. Das ist Hornberg, wo Sie in dem Hotel zum „Bären“ nicht nur guten Marktgräser, sondern auch vortreffliche Forellen aus der Gutach finden, — abgesehen von der würzigen Bergluft, die man sogar gratis verabreicht. Das Schloß wurde 1703 von den Franzosen unter Villars genommen und zerstört, wie wir denn überhaupt im Westen Deutschlands den biedern Galliern eine Reihe von Ruinen verdanken, welche in ihrem defecten Zustande weit

schöner sind, als in ihrem unverkehrten, als sie noch, wie Ehren=Matthijon singt, sich präsentirten als

„Ein bethürmtes Schloß voll Majestät,
Auf des Berges Felsenstirn erhöh't“.

(Bemerken Sie nicht die unreinen Reime in diesen Versen? Wissen Sie, woher es kommt? Matthijon war ein Sachse, ebenso gut, wie Theodor Körner. Lesen Sie deren Gedichte in kursächsischem Dialect, dann sind die Reime alle in Ordnung, denn da ist kein Unterschied zwischen dem ä in „Majestät“ und dem ö in „erhöht“.) In diesem Schlosse also saß u. A. auch im vorigen Jahrhundert die berühmte Prinzessin Juliane von Württemberg, vermählte Fürstin von Thurn und Taxis, in einer Art von Gefangenschaft oder Verbannung, welche mit der des Publius Ovidius Naso einige Ähnlichkeit hatte, wenigstens in Betreff der Veranlassung; denn sonst ist ja der Unterschied zwischen dem Pontus Euxinus und Hornberg im Schwarzwald ziemlich beträchtlich. Die galanten Abenteuer der Prinzess Juliane nämlich — —“

„Halt!, sage ich, Halt! Verschonen Sie mich mit Ihrer galanten Prinzessin und reizen Sie nicht muthwilliger und böshafter Weise hier in Berlin, wo es dergleichen nicht giebt, meinen Appetit nach frischer Luft und Schwarzwaldforellen. Kommen Sie endlich auf das Hornberger Schießen!“

„Ganz, wie Sie befehlen. In Hornberg also hielt man auf Johannis 1667 ein großes Schießen. Der beste Schütze sollte, wie landesüblich, Schützenkönig werden, wenn auch nur auf ein Jährchen, was sich bekanntlich heut zu Tage die Könige nicht mehr gefallen lassen. Sogar Lulu und Chambord würden gegen eine solche zeitliche Beschränkung protestiren. Damals war es aber noch anders. Es hatten sich zahlreiche Prätendenten eingefunden für den „Schützen-Thron auf Zeit“. Die gütige Vorsehung hatte in den beiden vorausgegangenen Jahren, 1665 und 1666; der Menschheit eine Wohlthat erwiesen, welche sie uns nunmehr seit längeren Jahren beharrlich vorenthält, wie das „Centrum“ sagt: „Zur

Strafe für den Culturkampf“, — obgleich feltjamer Weise diese Strafe des Mißwachses nicht den Minister Falt trifft, sondern die getreuen Wähler des „Centrums“ und am Ende sogar auch das gottesfürchtige und durstige „Centrum“ selbst. Die Wohlthat bestand darin, daß 1665 und 1666 in dem rheinischen Oberland nicht nur guter Wein, sondern auch viel Wein gewachsen war, also daß man auf Johannis 1667 davon einen großen irdenen Krug voll, so fünf (der damals noch unbekannt) Liter hielt, für wenige Kreuzer erwerben konnte und sich daran weidlich zu erlustigen vermochte. Nachdem man von dieser Facultät reichlichen Gebrauch gemacht, so erzählt die Hornberger Chronik, begann nach Schluß des Nachmittaggottesdienstes, während dessen die Mehrzahl der Schützen sich eines gesunden „Kirchenschlafes“ erfreute, das Hornberger Schießen. Seltjamer Weise traf auch nicht ein Einziger der Schützen die Scheibe. Der Chronikschreiber meint, daß dabei ohne Zweifel „egliche Zauberei“ im Spiele gewesen. Der Bärenwirth freilich, der ein arger Ketzer ist und an Zauberei nicht glaubt, meint, sie hätten zu viel „Marktgräser“ getrunken. Mag dem nun sein wie ihm wolle: selten kommt ein Unglück allein. Als man vier Stunden lang geschossen hatte, war (so meldet die Chronik) „das Zündkraut zu Ende“, d. h. das Pulver war alle geworden; und der Bürgermeister bemerkte, in Folge dieses bedauerlichen Umstandes sei „anjeko das Schießen unmöglich“. Die Mitglieder des Gemeinderaths stimmten ihm, wie gewöhnlich, bei, bis auf Einen, der ein zucht- und meisterloser, wildverwogener Kerl war und mit demokratischer frecher Schnauze bemerkte: Ja, wo bekommen wir denn unsern Schützenkönig her, oder sollen wir das nächste Jahr ohne König, d. i. in einem anarchisch-republicanischen Zustande, verbringen? — Das fiel nun dem regierenden Bürgermeister und seinen Getreuen schwer auf die Seele. Sie traten zu einer geheimen Berathung zusammen. Sie dauerte lange. Aber „was lange währt, wird gut“, sagt das Sprüchwort. Der hochmögende und

wohlregierende Bürgermeister verkündete endlich das Ergebnis. „Einen König“, so sagte er, „müssen wir haben; füttemal und alldieweil aber Alle vorbeigeschossen, so lange noch Zündkraut vorhanden, sodann aber das Zündkraut zu Ende gegangen und sonach nunmehr Niemand mehr im Stande, die Scheibe zu treffen, — so haben Wir, Bürgermeister und Rath, beschlossen und verordnen wie folgt: — Unser Scheibenzeiger wird andurch beauftragt, zu messen, wie nah und wie weit ein Jeglicher von den Schützen an der Scheibe vorübergeschossen; Derjenige aber, so zunächst daran war, wengleich ohne sie zu treffen, der sei unser König!“ Der alte Schulmeister, der sogar Griechisch verstand, murmelte: „*βασιλεὺς καὶ κόρανος ἔστω*“. Die Andern aber schriegen: Vivat der Bürgermeister! Hoch der weise Rath! So soll es sein, so bekommen wir einen König. Und Alles wäre in Ordnung gekommen, wäre nicht der Scheibenzeiger ein gewissenhafter Esel gewesen. Er erstattete einen umständlich motivirten Bericht, des Inhalts, daß die Kugeln keine Spuren ihrer Flugbahn in dem Luftraum gelassen, und daß daher es nicht möglich sei, festzustellen, wie nah und wie fern sie an der Scheibe vorübergegangen. Da schüttelten Alle die Köpfe, und es war das Hornberger Schießen zu Ende. Das ist die Geschichte vom Hornberger Schießen!“

— „Nun, und die Nutzenwendung auf die Debatten des Abgeordnetenhauses über den Paragraphen Vierunddreißig der Geschäftsordnung, über den Welfenfonds und über die Interpellation des Herrn v. Schorlemer?“

— „Ah, lieber Freund“, antwortete W., „einem so klugen Mann, wie Sie sind, erzählt man die Fabel; aber die Moral macht er sich selber.“

VIII.

Am Tage des heiligen Stephanus

(26. December 1877),

da Herr von Bennigsen nach Varzin ging.

~~~~~

An dem Wendepunkt der Jahre 1877 und 1878 stehen wir und zugleich an dem Wendepunkt unserer seit Jahr und Tag chronisch gewordenen Reichskanzler- und Minister-Krisis.

Bisher beschäftigte man sich vorzugsweise — unter dem „man“ verstehe ich die öffentliche Meinung und ihren Spiegel: die Presse — mit dem Präsidenten des evangelischen Oberkirchenraths Dr. Herrmann und Seiner Excellenz dem Grafen Maximilian von Kesselrode-Chreshoven, Oberhofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, Rittmeister a. D., Mitglied des Herrenhauses und Gönner des katholischen Centrums.

Man fragte: Wird es der Hofprediger-Partei gelingen, den evangelischen Präsidenten aus Anlaß der Hoßbach'schen Predigertwahl wegzubeißen? Wird es dem Fürsten Bismarck gelingen, den katholischen Oberhofmeister aus Anlaß seiner Intimität mit der „Reichsglocke“ wegzubeißen?

Evangelisch — katholisch; rationalistisch — orthodox; aufgeklärt — muckerhaft; christgläubig — hierarchisch; antivaticanisch; fehlbar — unfehlbar; altkatholisch — neukatholisch: so schallte es wirr durcheinander; und ob alledem theologischen Brimborium ward es Manchem so dumm, als

ging ihm ein Mühlrad im Kopfe herum. Man konnte zuweilen gar glauben, wir befänden uns mitten im sechzehnten oder im siebzehnten Jahrhundert zwischen den Zänkereien der theologischen Hof-Juristen und der juristischen Hoftheologen, statt in dem letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts in den confessionslosen (denn das ist offenbar richtiger, als der Ausdruck „paritätisch“) — in den confessionslosen Staatsgebilden der preußischen Monarchie mit ihrem „Suum cuique“ und des Deutschen Reiches mit seinem Kampfe gegen hierarchische Willkür.

Nun, Gott sei Dank, wir sind vielleicht mit einem Ruck aus der theologischen Klopffechtereie heraus. Mag es mit dem evangelischen Herrmann und mit dem katholischen Nesselrode stehen, wie es wolle, es steht nun fest, daß weder der Eine noch der Andere der Angelpunkt unserer Politik ist, daß Dr. Falk bleibt, daß Fürst Bismarck bleibt, und daß der letztere geneigt ist, das preußische Ministerium und die Deutsche Reichsverwaltung in „liberalem“ Sinne zu ergänzen — in dem Sinne der Majorität, auf welche sich die Regierung im preußischen Landtag und im Deutschen Reichstage bis dahin gestützt hat, — und namentlich im Sinne der nationalliberalen Partei, welche in einer constitutionell unerhörten Weise die parlamentarische Verantwortlichkeit trug, ohne an der Leitung der Geschäfte irgend einen Antheil zu haben; denn man kann es doch schwerlich einen Antheil an der Politik nennen, wenn ein Abgeordneter Meyer-Thorn im Reichsjustizamte und ein Abgeordneter Wehrenpfennig in dem Gewerbebeschulwesen des Handelsministeriums eine recht bescheidene und jedenfalls höchst unpolitische Unterkunft fand.

Es ist eine Thatsache, daß sich heute Rudolph von Bennigsen, Landesdirector der Provinz Hannover und Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, in Barzin befindet, um mit dem deutschen Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten über seinen Ein-

tritt in das preußische Ministerium und über das dem zu reconstruirenden Ministerium zu Grunde zu legende Programm zu unterhandeln. Nicht umsonst hat der „Eulenspiegel des Centrums“ zum Oefteren mit dem Zaunpfahl gewinkt und sich vorbehalten, im Reichstage auf die politischen Missionen der deutschen und preußischen Parlaments-Präsidenten zurückzukommen, namentlich auf den Verkehr Bennigsen mit dem anticlericalen Crispi, dem bisherigen Präsidenten der italienischen Deputirtenkammer, — welcher Verkehr dem clericalen Exminister womöglich noch peinlicher war, als das Pentagonagramm dem Mephisto. Das verehrliche Mitglied für Meppen hat den Teufel an die Wand gemalt, und es scheint, er will kommen. In dem gegenwärtigen Augenblick ist es möglich, daß an demselben Tage, an welchem Signor Crispi in das Cabinet Victor Emauels eintritt, die Herren v. Bennigsen und v. Forckenbeck Minister Seiner Majestät des Königs von Preußen werden. Allerdings hat bisher der regierende Oberbürgermeister der zweiten Stadt der preußischen Monarchie eine gewisse spröde Zurückhaltung gezeigt. Er liebt nicht die phantastischen Träumereien der deutschen „Granger“, der sogenannten „Steuer- und Wirthschafts-Reformer“, und ebensowenig die gemeinschaftlichen Sonderbestrebungen der Particularisten und Schutzzöllner; aber er ist entschieden dafür, dem Reiche neue Einnahme-Quellen zu erschließen und damit den Staat und die Gemeinden zu entlasten. Auf dieser Grundlage wird eine Verständigung möglich sein. Jedenfalls aber ist ein aufrichtig und entschieden liberales Ministerium in Preußen ohne Herrn v. Forckenbeck unmöglich.

Nach gebe hier nur, was gewiß ist. Man spricht außerdem von dem Abgang der Minister Leonhardt, Achenbach, Camphausen u. s. w., gar nicht zu reden von dem Grafen v. Eulenburg, dessen Abgang gewiß und definitiv ist. Man spricht von Gneist, Miquel, Rickert u. s. w.

als preußischen Ministern und von dem Freiherrn Schenk von Stauffenberg als zukünftigem Reichsminister für Elsaß-Lothringen oder Reichsschatzamt-Präsidenten. Alles das sind bis jetzt nur Combinationen. Ich will Sie damit nicht länger unterhalten, obgleich es recht komisch wäre, Ihnen zu schildern, wie gewisse „kleine Gerngroße“ bei jedem Klingelschall glauben, es sei Jemand da, der Ihnen ein Portefeuille anbiete. Diese erträumten Porte-Feuilles eignen sich nur für ein komisches Feuilleton. Hier aber bewegen wir uns über dem Striche. Wir müssen also ernsthaft, staatsmännisch, welthistorisch verfahren. Deshalb erlauben Sie mir nur noch folgenden Rückblick:

Die jetzige Krisis datirt vom April 1876, d. h. von dem Rücktritte Delbrücks. Seitdem befinden wir uns im Zustande des Experimentirens, der hoffentlich bald ein Ende nimmt. Der Rücktritt Delbrücks war der Ursprung aller Verwirrung. Seitdem regnete es die tollsten Projecte. Die Neuwahlen, welche Ende 1876 bevorstanden, weckten bei allen reichs- und reformfeindlichen Parteien die tollsten Hoffnungen. Diese Parteien hängten sich dem Fürsten Bismarck an den Rockschöß; und ich glaube ihn nicht ganz von dem Vorwurfe freisprechen zu können, daß er mit diesen Parteien mehr coquettirt hat, als es gut war, daß er sich seltsame Illusionen gemacht und daß er — in auswärtigen Angelegenheiten so scharfsichtig — sich eine Zeit lang darüber getäuscht hat, daß die conservative Partei, wenn es gelingen sollte, diese Armee zu reconstruiren, nicht für, sondern gegen Bismarck marschiren werde. Hat er seitdem seine Ansichten gewechselt? Ich weiß es nicht.

---

IX.

Am Tage  
„Unschuldige Kindlein“

(28. December 1877),

wie er zurückkam.

---

Herr von Bennigsen ist wieder zurück. Er ist überhaupt in der Regel nicht sehr mittheilsam, aber diesmal beobachtet er über die Verhandlungen von Barzin das Schweigen eines Trappisten, und selbst seine Parteigenossen — etwa mit Ausnahme Derer, welche bei der Ministercombination in Frage kommen, wobei ich in erster Linie an Fordenbeck und Stauffenberg denke — erfahren nicht mehr als die Andern.

Was kann man vernünftiger Weise daraus schließen? Ich denke, nur so viel, daß die Verhandlungen bis jetzt weder zu einem positiven noch zu einem negativen Resultate geführt haben, sondern noch schweben; und je länger sie schweben, desto weniger scheinen sie mir ein Resultat zu versprechen. Ich will die Gründe für meine Meinung hier niederlegen, mag die Zukunft über ihre Richtigkeit entscheiden. Ich gehöre, das wiederhole ich, nicht zu den Eingeweihten, ich registriere nur Symptome, die offenkundig hervortreten.

Ich meine, es ist ein seltsames Ding mit dieser „Ministerkrisis“. Die bisherigen Minister, welche von ihr betroffen

werden sollen, behaupten, nicht das Geringste davon zu wissen. Da noch mehr, sie behaupten, Seine Majestät wisse auch nichts davon und habe ihnen dies mit ausdrücklichen Worten in Gnade und Huld zugesichert; ja Herr Camphausen sei gerade an dem nämlichen Tage, an welchem Herr von Bennigsen in Barzin verweilte, von dem Reichskanzler ersucht worden, nunmehr seine finanziellen „Reform“-Gesegentwürfe, worunter auch einer der das Tabak-Monopol vorschlägt, oder wenigstens vorbereitet, schleunigst fertig zu stellen, damit sie dem Bundesrath vorgelegt werden könnten. Allerdings geben sie zu, es möge wohl irgend Etwas vorgehen; auch lassen sie zuweilen die Köpfe etwas hängen. Wetterkundige wollen zwar aus Aeußerungen des Reichskanzlers schließen, daß die Tage der Minister Camphausen und Achenbach gezählt sind, „weil sie nicht fähig seien, die erhabenen Ideen des Reichskanzlers in Betreff der Steuer- und Wirthschafts-Reform, der Reichseisenbahnen u. s. w. in Fleisch und Blut überzuführen“. Aber die noch Kundigeren fragen: „Werden denn Bennigsen und Genossen dazu im Stande sein, oder auch nur es wollen? Steht nicht die ganze Vergangenheit der nationalliberalen Partei, welche denn doch nur ein, vorzugsweise den Einheitsbestrebungen geweihter Zweig der Gesamtheit des politischen und wirthschaftlichen Liberalismus ist, in directem Widerspruch mit jenen „erhabenen Ideen“, welchen Fürst Bismarck seit einigen Jahren huldigen soll? Kann die liberale Partei sich dazu hergeben, jene Monopolwirthschaft wieder aufzurichten, an welcher sogar Friedrich der Große gescheitert? Kann sie dem Staate oder dem Reiche ein Eisenbahn-Eigenthums- und Betriebs-Monopol gewähren, welches doch nur der Anfang zu jenen „staatsocialistischen“ Experimenten sein würde, welchen sich einige des Lebens unfundige Pastoren und Professoren zur Zeit mit Vorliebe, wenngleich vorerst glücklicher Weise nur auf dem Papiere, zu widmen pflegen? Kann die liberale Partei das Tabak-Monopol einführen, durch welches in Deutschland ein Handels-

und Industriezweig, der, unter dem Schutze der wirthschaftlichen Freiheit emporgeblüht, Inland und Ausland versorgt und Hunderttausende von Menschen ernährt, unbarmherzig der Vernichtung preisgegeben würde? Kann ein Bannigsen, der dem alten niederländischen Freihandelsboden entsprossen, Schutzoll-Politik treiben? Würde er sich nicht dadurch die Sympathien seiner hannoverschen Landsleute entfremden, in welchen die starken Wurzeln seiner Kraft ruhen? Können die Liberalen mit der bisherigen Handelspolitik, auf deren Grundlagen der Zollverein, der Vorgänger des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs erwachsen, brechen?"

Ohne Zweifel wird man geneigt sein, diese Fragen mit „Nein“ zu beantworten.

Freilich läßt sich über das Mehr und Weniger immerhin unterhandeln. Und über die Hauptsache wenigstens scheint man einig zu sein, nämlich darüber, daß die selbstständigen Einnahmen des Deutschen Reichs durch Steigerung der Erträgnisse der Zölle und der Verbrauchsabgaben vermehrt werden sollen.

Alein, wenn auch das Einvernehmen hierüber constatirt ist, so taucht sofort die weitere Frage auf: Wie verhält es sich mit dem Einnahmehewilligungs-Rechte des Reichstags?

Gegenwärtig befindet das Parlament sich verfassungsmäßig und observanzmäßig im Besiß dieses Rechtes. Es übt es dadurch aus, daß es alle selbstständigen Reichseinnahmen — also die Erträgnisse aus Zöllen und Verbrauchsabgaben, sowie die Ueberschüsse aus der Reichs-Post-, Telegraphen- und Eisenbahn-Verwaltung — festsetzt und zusammenzieht und diese Totalsumme mit der Totalsumme aller Reichsausgaben vergleicht, alsdann feststellt, um wie viel höher die letzteren sind, und endlich das noch Fehlende in Reichs-Matricular-Umlagen bewilligt. Diese Einrichtung ist von der größten Wichtigkeit, nicht nur constitutionell, sondern auch finanziell. Sie verweist uns auf jene weise Sparsamkeit,

ohne welche gerade in constitutionellen Ländern, in welchen es ja den Abgeordneten so süß schmeckt, Wohlthaten auf allgemeine Kosten zu erweisen, die Ausgaben bis in das Unerforschliche zu steigen drohen. Diese Einrichtung veranlaßt uns, die Einnahmen richtig zu stellen, die Ausgaben zu ermäßigen und so das Budget in das Gleichgewicht zu bringen, also die Umlagen auf einem niedrigen Fuß zu erhalten. Zu diesem Zwecke hat man bisher die Einnahmen sorgfältig geprüft, Ausgaben gestrichen und allerlei Bestände und Ersparnisse herangezogen, um die Umlagen zu mindern. Auf diese Weise hat der Reichstag Millionen gespart. Wenn nun die indirecten Steuern so hoch steigen, daß die Matricularumlagen ganz wegfallen, so fehlt das regulirende und ausgleichende Moment dem Steuer-Bewilligungsrecht gänzlich.

Kann der Reichstag, kann das Deutsche Volk darauf verzichten? Ist nicht Ersatz dafür nöthig? Und dieser Ersatz, wie ist er zu finden? Soll man alle indirecten Abgaben, oder soll man die Erhöhung bestehender Zölle und die Einführung neuer Zölle nur auf Zeit bewilligen? Wird der Reichskanzler, dem es vor Allem um eine definitiv-stabile, reiche Abundanz der Reichsfinanzen und um Unabhängigkeit derselben, sowohl von dem Bundesrath, als auch von dem Reichstag zu thun ist, auf solche Vorschläge eingehen?

Ich beschränke mich darauf, einige der wesentlichsten Differenzpunkte oberflächlich zu skizziren.

Sind diese Steine des Anstoßes in Barzin alle durchdiscutirt worden? Wenn nicht, so kann die Verhandlung jeden Tag an einem jeden dieser Steine noch scheitern. Und auch abgesehen davon, ist sie außerordentlich schwierig. Bisher hat der Reichskanzler sich vor andern Ministern dadurch ausgezeichnet, oder wenigstens unterschieden, daß er die Beziehung zu den parlamentarischen Parteien als solche sehr wenig gepflegt hat. Mit Ausnahme seiner parlamentarischen Soiréen, unterhielt er eine persönliche Verbindung nur mit einigen wenigen Abgeordneten, wie Lucius, Dieze,



Sybel u. s. w.; also gerade mit solchen, welche nicht an der Spitze der Parteien stehen. Und auch auf den Sonnabend-Soiréen waren die Abgeordneten natürlich nur Gäste; der Kanzler war niemals Gast eines Abgeordneten; Gäste aber müssen höflich sein und dürfen sich nicht allzubreit machen. Ein dauerndes Verhältniß, einen Pakt oder einen „Modus vivendi“, welcher, er mag beschaffen sein, wie er will, doch immer bei den Theilen Verpflichtungen auferlegt, hat Fürst Bismarck bisher noch zu keiner der Parteien gehabt, vielleicht auch nie haben wollen. Er hat sie alle auf der Reihe herum benützt, abgenützt, verbraucht, was er auch offenbar für erlaubt hält, weil er glaubt, im Interesse des Vaterlandes so handeln zu müssen.

„Glaubt Ihr, mich wie ein Pferd behandeln, mich in Eure Deichsel einspannen, und Euren Partei-Karren durch mich im Lande herumschleppen lassen zu können?“ — soll er einst zu einem nationalliberalen Abgeordneten gesagt haben.

Wenn er jetzt sich mit der nationalliberalen Partei, wenn auch nur zur linken Hand, politisch verheirathen zu wollen scheint, so ist das immerhin für ihn eine schwierige Sache, da er nichts weniger als verliebter Natur und ein — ich spreche hier nur figürlich in Bezug auf das Verhältniß zur Partei — eingefleischter Hagestolz ist.

Vielleicht wird man meine Ansicht für eine absonderliche halten, aber doch will ich sie aussprechen:

Mir scheint, Fürst Bismarck ist mit der nationalliberalen Partei und mit seinem jetzigen Verhältniß zu derselben gar nicht mehr zufrieden. Er will sie entweder näher an sich heranziehen, oder sie gänzlich verstoßen, „avilir et après demolir“, sprengen, auflösen, oder wie man es sonst ausdrücken will.

Kommt, wie mir wahrscheinlich, diesmal die Verständigung mit Herrn von Bennigsen nicht zu Wege, dann wird alsbald die gänzliche Trennung erfolgen. In welcher Form sich letztere vollzieht, ist schwer voranzusehen. Gewiß ist, der

Kanzler hat in mißmuthigen Stunden schon von Auflösung des Reichstags gesprochen. Die Abgeordneten glauben nicht daran. „Müßt' er die That vollbringen, weil er sie gedacht?“ Ist nicht der Einfluß des Kanzlers bei den Wahlen beschränkt auf die alten Provinzen von Preußen? Ist die Auflösung nicht ein gewagter Act bei der lockeren Zusammenfügung unseres jungen Reiches, in welchem die localen und particularistischen Einflüsse überall noch dominiren und die electrischen Strömungen nur mangelhaft von dem Mittelpunkt zur Peripherie dringen.

Aber wer sagt Euch denn, daß der Kanzler vor gewagten Schritten zurückschreckt?

Deshalb: Seid vorsichtig, laßt Euch nicht täuschen, haltet Euer Pulver trocken. Denkt in der Ruhe an den Sturm und im Frieden an den Krieg. Herr von Plönies sang vor 1869 von Bismarck:

„Starr und schweigend steht er heute,  
Wie in Todesruh' gebannt;  
Doch sein Aug' bewacht die Beute,  
Und am Schwertgriff ruht die Hand.“

---

## X.

# Sylveſter.

### Die deutiſche Münz- und Bankreform in ihrem gegenwärtigen Stadium.

Wenn es nicht in der That ein recht trauriges Symptom für den öffentlichen Geiſt in Deutschland wäre, ſo könnte man lachen über die Art und Weiſe, wie zur Zeit über die Münz- und Bankreform geurtheilt wird, welche wir zu ihrem größeren und ſchwierigeren Theile hinter uns haben. Man ſcheint gar kein Gedächtniß mehr zu beſitzen für den grauenhaften und gefahrvollen Zuſtand, in welchem ſich Deutschland noch vor ſechs Jahren in Betreff ſeines circulirenden Mediums befand, — ein Zuſtand, der nicht einmal in der Türkei ſeines Gleichen hatte, geſchweige denn in irgend einem der cultivirteren Staaten Europas; man unterläßt es daher auch, den Zuſtand von 1877 mit dem von 1871 zu vergleichen; und ſtatt deſſen beſleißigt man ſich allerlei kleiner Verdrießlichkeiten und Nörgeleien. Der Eine klagt über die Verwechſelbarkeit der Zehn- und Fünzigpfennigſtücke; dem Andern gefällt das Nickelmetall überhaupt nicht. Der Abgeordnete Auguſt Reichensperger läßt in verſammeltem Reichstag ein kräftiges äſthetiſches Anathema über die Figuren auf dem Papiergelde erſchallen, — dabei paſſirt dem gelehrten alten Herrn, der in Sachen des Culturkampfes und der Aeſthetik bewanderter iſt, als in Münz-, Bank- und Papier-

geldfragen, daß er eine mit den Platten der alten preußischen Banknoten gedruckte Note für einen Reichskassenschein hält und wider die „zwei Engel“ declamirt, welche sich wohl auf den preußischen Banknoten vorfinden, nicht aber auf dem deutschen Reichspapiergeld, — und die „Nationalzeitung“ läßt sich in Nr. 588 vom 14. December 1877 „von fachmännischer Seite“ schreiben, wie es unrecht und gefährlich sei, daß die Reichsbank die Reichskassenscheine einlösen müsse und einen Bestand von vierzig Millionen Mark Reichskassenscheine habe; beiläufig bemerkt wäre es wohl der genannten „fachmännischen Seite“, welche offenbar ihre Mittheilungen zum Theil der Bankverwaltung verdankt, anzurathen, sich auf dem nämlichen Wege auch darüber zu orientiren, ob der Bestand von vierzig Millionen Mark, welchen angeblich die Reichsbank an Reichskassenscheinen hat, nicht weitaus zum größeren Theile aus solchen Scheinen besteht, welche die Reichsschuldenverwaltung für Rechnung der Reichskasse an die Bank abgeliefert, die Reichsbank aber (warum? das muß sie selbst am besten wissen) noch nicht in den Verkehr gebracht hat. Ich habe allen Grund, dies zu vermuthen, und wenn diese Vermuthung richtig ist, dann fällt der größere Theil der Argumentationen „von fachmännischer Seite“ über den Haufen.

Im Gegensatz zu dieser kleinlichen Behandlung einer großen Sache will ich versuchen, mit einigen großen und deutlichen Strichen ein übersichtliches Bild des bisherigen Vollzugs der genannten Reformen zu geben. Ich gebrauche dabei ausschließlich öffentliche und Jedermann zugängliche aber leider nicht allzu häufig benutzte Quellen; vor Allem die Parlamentsverhandlungen und die „Todtenlisten“ des „Centralblattes für das Deutsche Reich“, d. h. die Uebersichten über die untergegangenen Münzen, Papiergelder und Banknoten. Jeder Unterrichtete ist sonach im Stande, meine Angaben zu controliren. Dies vorausgeschickt, stelle ich nun die Ergebnisse meiner Untersuchung zusammen.

Ende 1871 bestanden in Deutschland sieben verschiedene Münzfüße, nämlich:

1. der Thalerfuß, der Thaler eingetheilt in 30 Groschen zu 12 Pfennigen,
2. der Thalerfuß, der Thaler eingetheilt in 30 Groschen zu 10 Pfennigen,
3. der Thalerfuß, der Thaler eingetheilt in 48 Schillinge zu 12 Pfennigen,
4. die Curantwährung, die Mark Curant eingetheilt in 16 Schillinge zu 12 Pfennigen,
5. der süddeutsche Guldenfuß, der Gulden eingetheilt in 60 Kreuzer,
6. die Bremische Thaler-Goldwährung, der Thaler eingetheilt in 72 Grote zu 5 Schwaren,
7. das französische Frankensystem in Elsaß-Lothringen.

Außerdem bestand für den Großhandel Hamburgs die dortige Bankvaluta.

Neben den Münzen der vorstehend aufgeführten 6 Silberwährungen bestanden noch Goldmünzen, welche entweder in ein festes Verhältniß zu den Münzen der herrschenden Währung gesetzt waren, oder ihre eigene Preisbewegung verfolgten.

Au solchen gesetzlichen Landesgoldmünzen gab es im Ganzen etwa 26 Sorten, wogegen die oben aufgeführten Münzsysteme an Silber- und Kupfermünzen zusammen über hundert Sorten aufweisen.

Neben diesen 126 Münzsorten, welche in den verschiedenen Theilen Deutschlands gesetzliches Zahlungsmittel bildeten, waren in Süd- und Norddeutschland noch österreichische 2, 1 und  $\frac{1}{4}$  Guldenstücke, holländische  $2\frac{1}{2}$ , 1 und  $1\frac{1}{2}$  Guldenstücke, polnische  $\frac{1}{3}$  und  $\frac{1}{6}$  Thalerstücke, französisches und belgisches Frankengeld, sowie im Norden außerdem zahlreiche Sorten dänischer Münzen bis zu den Kupferstücken herab, zum Theil in sehr großen Mengen im Umlauf.

Die Curantmünzen des Thalersystems waren von dem verschiedenartigsten Gepräge, zum Theil von verschiedenem

Feingehalt, der Scheidemünzenumlauf des Guldenfußes in einem wahrhaft kläglichen Zustande.

Noch ungünstiger als der Münzumschlag lag der Papiergeldumschlag. Von zwanzig Staaten waren im Ganzen 184,298,529 Mark Papiergeld ausgegeben, wovon 10 verschiedene Apoinstgattungen und im Ganzen 42 Sorten bestanden. Die einzelnen Scheine, vielfach schmutzig und zerrissen, schwer erkennbar, unmöglich von dem Einzelnen, der sich ihrer nicht erwehren konnte, wegen Echtheit und Vollgültigkeit zu prüfen.

Endlich hatten 33 Notenbanken Banknoten in Umlauf gebracht, welche, auf 18 verschiedene Apoinstgattungen vertheilt, in 108 verschiedenen Sorten umliefen. An den Unbequemlichkeiten der Silberwährung emporwuchernd hatte der Umlauf solcher Noten im Anfange des Jahres 1873 den Betrag von 482 Millionen Thaler oder 1446 Millionen Mark, wovon 546 Millionen Mark ungedeckt, erreicht; die Anzahl der Sorten an einheimischem, gemünztem Gelde und papiernen Werthzeichen, welche sich im Umlauf befanden, belief sich auf nicht weniger als 276.

Gegenwärtig ist an die Stelle der sieben territorialen Münzfüße und der Hamburger Bankvaluta ein einheitliches, durch ganz Deutschland geltendes, auf der Goldwährung beruhendes Münzsystem getreten.

Von sämtlichen 126 älteren Münzgattungen sind, abgesehen von einem geringfügigen Betrage an Kupfermünzen, nur noch die Einthalerstücke und die Einsechsthalerstücke im Umlauf, daneben beziffert sich die Anzahl der Sorten des neuen einheitlichen Münzsystems auf 3 Sorten Gold-, 5 Sorten Silber- und je 2 Sorten Nickel- und Kupfermünzen, also im Ganzen auf 12 Sorten.

Die fremden Münzen sind, abgesehen von einigen Rückständen des Frankensystems in Elsaß-Lothringen, aus dem Verkehr vertrieben und das Volk hält, im Gegensatz zu seiner früheren Lässigkeit, auf die Reinheit seines Münzumschlages.

Das Landespapiergeld ist bis auf den geringen Rest von circa 2,750,000 Mark eingezogen. An die Stelle desselben ist in den Verkehr die einheitliche Emission von Reichskassenscheinen getreten, von denen drei Sorten existiren, 50=, 20= und 5=Markscheine. An Stelle der eingezogenen 181,540,946 Mark Landeskassenscheine sind an Reichskassenscheinen nach Rechnung der definitiven Emission 118,521,455 Mark, nach Rechnung der den Landesregierungen für die Einziehung des ihren Antheil an der definitiven Emission übersteigenden Betrages von Landeskassenscheinen zu leistenden Vorschüsse 53,902,760 Mark ausgefertigt, wovon jedoch 3,659,320 Mark bereits wieder eingezogen sind und ein gleicher Betrag in nächster Zeit zur Einziehung gelangen wird. Der Gesamtumlauf beträgt hiernach 168,764,965, wovon 50,243,440 im Laufe der nächsten 13 Jahre eingezogen werden.

Die nicht auf Reichswährung in den gegenwärtig zulässigen Apoints ausgestellten Banknoten sind bis auf den geringen Rest von 2,857,905 Mark eingezogen, wovon 2,840,595 Mark Thalernoten der früheren Preussischen Bank, 17,310 Mark Noten anderer Banken. Die Umwandlung des Banknotenumlaufs ist so gut wie durchgeführt. Statt 33 haben wir jetzt nur noch 18 mit dem Notenausgaberecht ausgestattete Banken.

Die umlaufenden Marknoten bestehen nur aus 4 Apoints-gattungen (zu 100, 200, 500 und 1000 Mark), die von 20 Banken emittirt sind und im Ganzen 28 verschiedene Sorten darstellen, von welchen 2 Sorten, die solchen Banken angehören, die auf ihr Notenausgaberecht verzichtet haben, verschwinden werden, so daß dann nur 26 verschiedene Sorten übrig bleiben werden.

Der gesammte Notenumlauf derjenigen Banken, welche sich noch im Besitze des Notenausgaberechts befinden, betrug Ende October 1877 903,277,000 Mark, 543 Millionen weniger als Anfang 1873, davon waren ungedeckt

283 $\frac{1}{4}$  Millionen, d. h. etwa die Hälfte des Betrages von Anfang 1873.

Nur eine der noch zur Notenausgabe befugten Banken hat sich den Normativbedingungen nicht unterworfen, so daß ihr Notenumlauf nur in dem betreffenden Staatsgebiete (Braunschweig) zugelassen bleibt. Die Noten aller übrigen sind für das ganze Reichsgebiet zugelassen, während dem Publicum durch das Bankgesetz vielfache Wege gestattet sind, sich der Noten, die ihm lästig werden, zu entledigen.

Nachstehende Tabelle wird die Ueberschau über die Ausdehnung der Reformen auf dem Gebiete des Metallgeldes, des Papiergeldes und der Banknoten erleichtern:

| 1871.                                                                                                                                                                                      | I. Münzwesen.                                                                                                                                                                                                               | 1877. |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| <p>1) Eine Goldwährung und 6 verschiedene Silberwährungen.</p> <p>2) 126 Münzsorten als gesetzliche Zahlungsmittel.</p> <p>3) Zahllose fremde Münzen im Innern Deutschlands in Umlauf.</p> | <p>Nur eine Währung, die Goldwährung.</p> <p>12 Sorten der neuen Währung (daneben nur noch 2 alte auf dem Aussterbeetat).</p> <p>Alle verschwunden, bis auf einen kleinen Rest französischer Münze in Elsaß-Lothringen.</p> |       |
| <b>II. Papiergeld.</b>                                                                                                                                                                     |                                                                                                                                                                                                                             |       |
| <p>184<math>\frac{1}{4}</math> Millionen in Umlauf, emittirt von 20 verschiedenen Staaten in 10 Apointsgattungen und 42 Sorten.</p>                                                        | <p>120 Millionen, emittirt von einem Staat (dem Reich) in 3 Apointsgattungen und 20 Sorten.</p> <p>(50<math>\frac{1}{4}</math> Millionen auf dem Aussterbeetat.)</p>                                                        |       |
| <b>III. Banknoten.</b>                                                                                                                                                                     |                                                                                                                                                                                                                             |       |
| <p>108 Sorten, emittirt von 32 Notenbanken in 18 Apointsgattungen.</p>                                                                                                                     | <p>28 Sorten (wovon 2 auf dem Aussterbeetat), emittirt von 18 Notenbanken in 4 Apointsgattungen.</p>                                                                                                                        |       |
| <b>IV. Im Ganzen.</b>                                                                                                                                                                      |                                                                                                                                                                                                                             |       |
| <p>276 Sorten von Umlaufsmitteln.</p>                                                                                                                                                      | <p>Nur noch 43 (wovon 2 auf dem Aussterbeetat).</p>                                                                                                                                                                         |       |

Angeichts dieser Thatfachen sind weitere Betrachtungen entbehrlich.



Um aber noch einmal mit einem Wort auf den Eingang erwähnten Artikel der „Nationalzeitung“ zurückzukommen, so behauptet derselbe, „man“ habe bei dem Erlasse des Gesetzes über die Reichskassenscheine und bei dem Bankgesetze „nicht daran gedacht“, daß die Reichsbank thatsächlich (bis zu einem gewissen Grade) für die Reichskassenscheine einstehe; dies ist, wenn unter dem „man“ der Reichstag verstanden wird, ein Irrthum. Derselbe Standpunkt, von welchem aus der genannte Artikel der „Nationalzeitung“ demonstrirt, der Standpunkt einer Reichsbank, welche möglichst wenig Pflichten und möglichst schrankenlose Rechte und Mittel haben wollte, ist ja auch dem Reichstag und seinen Mitgliedern, in Wort und Schrift und Druck, zur Genüge vorgetragen worden. Allein der Reichstag war anderer Meinung. Er wollte keine souveräne Bank, und zwar um so weniger, als, wie Dr. H. Ebeling sagt, „in den Vorjahren die Notenbanken, mit der Preussischen Bank an der Spitze, in der Emission der Noten und der Ausdehnung der Creditbewilligungen mit einander gewetteifert und die Ueberspeculation auf allen Gebieten, namentlich auch an der Börse, kräftig unterstützt hatten“, und in Folge dessen auch heute noch eine bedauerliche Betheiligung der Bank an einer Reihe hervorragender Zahlungseinstellungen zu Tage tritt. Da ist es denn, zwar nicht gerechtfertigt, aber leider nur zu begreiflich, wenn man immer noch glaubt, nicht Mittel genug zu besitzen.

---



II.

**Reichs-Tagebuch-Blätter.**

1878.

---

# I.

## Petri Stuhlfeier.

### Plus- und Projecten-Macher vor hundert Jahren.

In unserer Zeit der Plusmacher und Finanzprojecte-Fabrikanten, welche der Abgeordnete Richter-Hagen in seiner Budget-Rede so ergötzlich geschildert hat, verdient eine authentische Geschichte aus der Zeit des Königs Friedrich Wilhelm I., des Vaters von Friedrich dem Großen, allgemein bekannt zu werden.

Dr. Karl v. Weber, der Director des königlich sächsischen Hauptstaats-Archivs, hat sie den Schätzen des seiner Leitung anvertrauten Archivs entnommen. Sie findet sich in den Berichten, welche der frühere sächsische Cabinetsminister Ernst Graf v. Manteuffel an den allmächtigen sächsischen Ministerpräsidenten Grafen Brühl erstattete. Manteuffel hatte nämlich 1730 in Sachsen seinen Abschied genommen und sich Anfangs auf seine Güter in Pommern, woher seine Familie stammte, zurückgezogen, dann aber 1734 sich in Berlin niedergelassen. Von da hat er Jahre lang an Brühl berichtet. Er war bei Hof gut angeschrieben und in den höheren Beamtenkreisen bewandert und wohl unterrichtet. Seine Nachrichten gelten als glaubhaft. Wir entnehmen denselben nachfolgende Plusmacher-Geschichte.

Ein gewisser Eckard, aus Bernburg gebürtig, von niederer Herkunft, dessen Antecedentien in gedruckten Quellen verschieden

angegeben werden, von dem aber unser Gewährsmann, Graf Mantouffel, behauptet, er habe bei einem Wunderdoctor als Pickelhäring gedient und von seinem Herrn das Brauntweimbrennen erlernt gehabt, erschien um das Jahr 1736 in Berlin und bot dem König eine angeblich neue Erfindung zur Holzersparniß, die in einer Verbesserung der Heizungsapparate und der Feuereffen bestehen sollte. Man nannte ihn daher den Ofendoctor oder Kaminrath. Der König nahm ihn in seinen Dienst, sendete ihn in die Gegend von Magdeburg und ließ dort in einigen Branereien seine Erfindung in Anwendung bringen. Sie bewährte sich aber durchaus nicht. Hierauf trat Eckard mit einem neuen Vorschlage hervor, durch den der Ertrag der Branereien um ein Bedeutendes erhöht werden könne. Er ging dahin, das Bier um  $\frac{1}{4}$  schwächer als jeither zu brauen, den Preis aber um  $\frac{1}{4}$  zu erhöhen und für jede Dorfschaft ein bestimmtes Quantum auszusetzen, welches sie abnehmen müsse.

Aller Vorstellungen über die Härte einer solchen Maßregel ungeachtet, beschloß der König sie zur Ausführung zu bringen und begann damit in der That, wie Mantouffel in einem Briefe vom 16. December 1738 versichert, zu dieser Zeit. Eckard ward zum Lohn für seinen trefflichen Einfall zum Kriegs- und Domainenrath ernannt, in den Adelstand erhoben und mit einem Orden geschmückt. Als die Kammer ehrerbietig ihre Bedenken dem König vortrug, erging im März 1739 eine königliche Entschließung in den Worten: „Die hochlöbliche Kammer wird ersucht, daß Raisonniren einzustellen und den ehrlichen Eccard ungeschoren zu lassen oder Wir werden kommen und das Kammer-Präsidium mit einem guten Prügel einmahl selbst übernehmen zc.“ Beigefügt war als Postscript eine königliche Handzeichnung, darstellend einen Galgen mit einem Gehängten und der Unterschrift: „Der Churmärkischen Kammer wohlverdiente Belohnung.“ In wie hohem Grade Eckard sich der königlichen Gunst erfreute, beweist auch der Umstand, daß ihm der König im Jahre 1737

ein Palais bestimmte und der Akademie der Wissenschaften aufgab, eine Inschrift zu entwerfen, mit den Worten: „Dies ist die Belohnung treuer Dienste.“ Aber, fügte er hinzu, diese Worte müssen zierlich gesetzt sein, nach den Regeln der Kunst.

Das erinnert mich, fügt Manteuffel bei, an jene Komödie von Molière, in welcher der „Bürger-Edelmann“ (*le bourgeois gentilhomme*) seinen Sprachmeister bittet, ihm einen Liebesbrief abzufassen, derselbe soll nichts enthalten, als die Worte: „Schöne Marquise, wenn ich Ihre schönen Augen seh', sterb' ich vor Liebe!“, aber diese Worte müßten schön ausführlich und zierlich zurechtgemacht werden.

Es waltete aber ein Unstern über der Inschrift; die Vorschläge der Akademie blieben aus, oder genügten dem König nicht; er faßte schließlich die Inschrift selbst und zwar dahin ab: „So wird die Treue belohnt.“ Im September 1739 ward sie an dem Gebäude angebracht und Tags darauf fand sich schon eine Verbesserung derselben daran; es war nämlich während der Nacht ein Galgen hinter die Worte gezeichnet worden, ein Sinnbild, welches natürlich sofort wieder vernichtet ward. Ehe aber Eckard das Haus erhalten, starb der König (am 31. Mai 1740). Friedrich II. schenkte es nun dem Geheimen Rath v. Bode, indem er sagte: Da ich das Haus wirklich nicht mit gutem Gewissen dem Eckard, dem es mein Vater bestimmt hatte, geben kann, so werde ich, um doch in irgend einer Weise seinem Willen wenigstens nahe zu kommen, es irgend einem der übrigen Blusmacher geben, den er beinahe ebenso sehr liebte, als Eckard.

Die Erinnerung an Eckard sollte noch später einem Unschuldigen eine erhebliche Unannehmlichkeit zuziehen. Die Markgräfin von Baireuth besuchte, wie Graf Manteuffel erzählt, im October 1740 Berlin; sie hatte einen Kammerdiener bei sich, der Eckard sehr ähnlich sah. Friedrich II. begegnete ihm im Schloß unweit seiner Wohnzimmer, er

hielt ihn für den ihm verhassten Eckard, und verabfolgte ihm sofort einige tüchtige Stockschläge mit den Worten, wie er so unverschämt sein könne, ihn bis in seine Gemächer zu verfolgen. Der Mann war wie aus den Wolken gefallen, stammelte endlich seinen Namen und eine Rechtfertigung, worauf denn der König sich lebhaft mit der Versicherung entschuldigte, er habe ihn für Eckard gehalten.

---

## II.

# Fasnacht.

### Der Champion des Tabakmonopols für Deutschland.

Es war im Jahre 1867. Im Frühjahr hatte Frankreich seine Krallen nach Luxemburg ausgestreckt. Am 14. März hatte Thiers seine Brandrede gegen Preußen und die deutsche Einheit gehalten. Die französische Kammer hatte, nachdem Larrabure die Nothwendigkeit eines Krieges gegen Preußen und einer Allianz mit Oesterreich nachgewiesen, zu diesem Zweck einen Extracredit von 158 Millionen mit einer imponanten Majorität, 236 gegen 12 Stimmen, verwilligt. Der Marschall Niel nahm seine Armee reform in die Hand, welche offenbar gegen Deutschland gerichtet war. Graf Beust in Wien und der Vicekaiser Rouher in Paris bereiteten die „Entrevue von Salzburg“ vor. Die süddeutschen Staaten hatten mit dem übrigen Deutschland Schutz- und Trutzbündnisse abgeschlossen. Diese und die erneuerten Zollvereinsverträge standen in den süddeutschen Kammern auf der Tagesordnung.

Moriz Wohl, der Bertheidiger der Schutzzölle und der Befürworter des Tabakmonopols, war es, der damals durch Wort und Schrift die Schutz- und Trutzverträge zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten — diese Verträge, welche die Grundlage der glorreichen Waffengemeinschaft von 1870 bildeten — bekämpfte



und deren Genehmigung durch die Volksvertretung der südlichen Staaten zu hintertreiben bestrebt war.

Er gab zwar zu, daß ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland (oder wie er beharrlich sagte: Preußen) vor der Thür stehe; „aber“, sagte er, es war am 19. October 1867 in dem Halbmondsaal in Stuttgart, „aber, Alles was man von uns (nämlich von Württemberg) erwarten kann, ist, daß wir uns in einem solchen Kriege neutral verhalten. Denn ich (Moriz Mohl) behaupte, wir haben überhaupt gar keinen Feind, als Preußen; Preußen ist der Staat, der uns verschlingen will, sonst Niemand; und wer uns verschlingen will, der ist unser Feind!“

Dies war sein tägliches „*ceterum censeo*“ in der württembergischen zweiten Kammer. Er sprach dort täglich, und täglich mehrmals; und stets endigte seine Rede: Im Uebrigen meine ich, daß Preußen unser Feind und Frankreich unser Freund ist.

Damit nicht genug, veröffentlichte er damals auch eine dickleibige Flugschrift, betitelt: „Mahnruf zur Bewahrung Süddeutschlands vor den äußersten Gefahren.“ Eine Denkschrift für die süddeutschen Abgeordneten, von Moriz Mohl, württembergischer Abgeordneter (Stuttgart, Schweizerbart, 1867). Die „äußersten Gefahren“, vor welchen er Süddeutschland bewahren will, das sind: die nationale Vereinigung mit Mittel- und Norddeutschland und die Waffengemeinschaft mit denselben. Auch hier sagt er wörtlich:

— „Das Einzige, was Preußen zwar von uns anzusprechen kein Recht hat, aber von Süddeutschland hoffen darf, und was wir — aber aus anderen Gründen, als aus einer Rücksicht, die Preußen um uns nicht verdient hat — den süddeutschen Staaten im Falle eines Krieges (mit Frankreich) dringendst empfehlen würden, ist: daß Süddeutschland neutral bleibt und Preußen die Kriege allein ausfechten läßt, die es zu führen in der Lage sein mag.“

## X.

# Sylvester.

---

### Die deutsche Münz- und Bankreform in ihrem gegenwärtigen Stadium.

---

Wenn es nicht in der That ein recht trauriges Symptom für den öffentlichen Geist in Deutschland wäre, so könnte man lachen über die Art und Weise, wie zur Zeit über die Münz- und Bankreform geurtheilt wird, welche wir zu ihrem größeren und schwierigeren Theile hinter uns haben. Man scheint gar kein Gedächtniß mehr zu besitzen für den grauenhaften und gefahrvollen Zustand, in welchem sich Deutschland noch vor sechs Jahren in Betreff seines circulirenden Mediums befand, — ein Zustand, der nicht einmal in der Türkei seines Gleichen hatte, geschweige denn in irgend einem der cultivirteren Staaten Europas; man unterläßt es daher auch, den Zustand von 1877 mit dem von 1871 zu vergleichen; und statt dessen besleißigt man sich allerlei kleiner Verdrießlichkeiten und Nörgeleien. Der Eine klagt über die Verwechselfarkeit der Zehn- und Fünzigpfennigstücke; dem Andern gefällt das Nickelmetall überhaupt nicht. Der Abgeordnete August Reichensperger läßt in versammeltem Reichstag ein kräftiges ästhetisches Anathema über die Figuren auf dem Papiergelde erschallen, — dabei passirt dem gelehrten alten Herrn, der in Sachen des Culturkampfes und der Aesthetik bewanderter ist, als in Münz-, Bank- und Papier-

gleichungsweise wohlhabende Länder. Der Bürger, die Gemeinde und der Staat theilen sich hauptsächlich in den gesegneten Boden, und ein guter öffentlicher Haushalt hat Gemeinde und Staat in die Lage gesetzt, ihren Angehörigen nur mäßige Abgaben aufzuerlegen.

„Ihr Staatseinkommen aus ihrem reichen Besitze, sowie ihre Steuern bleiben jetzt in ihrer Mitte, werden von ihren Regierungen und Ständen für ihre Landes Zwecke verwendet und gießen so in Weg und Steg, in Straßen und Brücken, Eisenbahnen, Posten, Telegraphen, Bildungs- und anderen öffentlichen Anstalten jeder Art und der reichsten Mannigfaltigkeit, in Pflege von Kunst und Wissenschaft, von Landwirtschaft und Gewerben, in Gemeinde- und Staatsverwaltung und Fürsorge millionenfältigen Segen — materiellen, geistigen und sittlichen — über ihre Länder aus.

„Ebenso glücklich sind die gesellschaftlichen und politischen Zustände Süddeutschlands.

„Das Land gehört in Süddeutschland, bis auf mäßige Bruchtheile, den Bauern, der Gemeinde oder dem Staate, also dem Manne, der im Schweiße seines Angesichts das Land bebaut, und der bürgerlichen Gesellschaft, nicht einem Heer von Rittergutsbesitzern. Daher in Süddeutschland ein freies Volk und freie Staatsverfassung, ein frischer, fröhlicher Sinn (ist Herr Mohl wirklich so „fröhlich?“) und eine mehr oder weniger glückliche Existenz der Bevölkerungen, welche rein deutsche sind, deutsches Gefühl und deutschen Sinn haben. Deshalb und wegen seiner schönen Natur ist Süddeutschland auch das Land der deutschen Dichter und des deutschen Talents überhaupt, des künstlerischen und des geistigen. (Natürlich der Monopolist Mohl will nicht nur das Monopol des Tabaks, sondern er besitzt unzweifelhaft auch das Monopol des Talents.)

„In Vielen von dem findet das Gegentheil in der dünnen, norddeutschen Tiefebene, besonders in dem Groß der preussischen Monarchie, den Provinzen zwischen

der Elbe und der russischen Grenze statt. Das Land ist zum größeren Theil mager und hat daher zu einem beträchtlichen Theil eine von Natur arme Bevölkerung — noch unendlich ärmer dadurch, daß ein bedeutender Theil des Landes in Rittergütern, ein großer Theil des Landvolks in Tagelöhnern und Dienstleuten aller Arten und Benennungen besteht. Die Landgemeinden und der Staat sind im Vergleich mit Süddeutschland sehr arm an Besitz, und der Staat wird durch Verkauf seines Eigenthums fortwährend ärmer daran. (Daß das directe Gegentheil, wenigstens bezüglich des Staats, die Wahrheit ist, lehrt ein Blick in das treffliche Werk von Meitzen: „Der Boden des preussischen Staats.“) Ein so vertheiltes Land ist auch kein Boden für die Freiheit, es ist die Heimat des Adelswesens, und wird es bleiben, so lange ein Preußen existiren wird. Die Armuth des Landes macht es auch erklärlich, daß die Fürsten und das Volk desselben immer nach Eroberungen trachteten, welche ihnen die Bürde ihres Staates erleichterten.

„Dazu kommt, daß das Land ursprünglich und noch vor einer Reihe von Jahrhunderten von slavischen Völkerschaften bewohnt, daß es von Deutschen erobert und seiner slavischen Bevölkerung die deutsche Sprache erst auferlegt wurde, daß die Eroberer einen großen Theil des Landes in Rittergütern an sich brachten und daß sich daraus die traurigen Verhältnisse eines großen Theils der ländlichen Bevölkerung entwickelten.

„Wenn ein solches von Natur armes, von einer eingedrungenen Rasse erobertes Land zur Herrschaft über das von Natur gesegnetere übrige, von rein deutschen Stämmen bewohnte Land gelangt, so entsteht daraus nothwendig eine Unterordnung und Ausbeutung des letzteren, welche dieses nicht wünschen kann, und die Nachteile, welche jedes große Reich über einen Theil seiner Provinzen bringt, müssen aus innern Gründen hier besonders stark hervortreten, weil hier vorzugsweise die Arbeitsbienen

ihren Honig den Drohnen und die von der Natur reichlicher bedachten Länder ihren Wohlstand den von Natur armen abtreten müssen.

„Soll in unserm schönen, fruchtbaren Süddeutschland der Bauer, welcher den Boden mit seinem Schweiß düngt und mit seiner Intelligenz im Wein-, Tabak-, Hopfen-, Obst-, Garten- u. Bau auf seinem mäßigen Grundbesitz in intensivstem Betriebe zu reichen Ernten zwingt, in die Lage kommen, die Ergebnisse seiner Arbeit nach Preußen zu schicken, um die Armuth der terre maudite des Berliner Sandes auszugleichen, und um die Schlünde der preussischen Militärausgaben zu füllen?“

In consequenter Verfolgung dieses Gedankenganges von 1867 (etwas Näheres zur Charakteristik und Kritik des „Wahnrufs“ zu sagen, halte ich an dieser Stelle für überflüssig) kommt Herr Mohl in seiner Denkschrift von 1878 etwa zu folgendem Ergebniß:

Süddeutschland ist 1868 meinen weisen Rathschlägen nicht gefolgt. Es hat sich in die „äußersten Gefahren“ gestürzt und ist im Begriff, darin umzukommen. Das reiche, echt deutsche Land wird nun von dem armen hungrigen slavischen Norden ausgebeutet. Die Drohnen fressen den Arbeitsbienen den Honig. Eigentlich geschieht es Süddeutschland ganz Recht; warum ist es meinen, Mohls, Rathschlägen von 1867 nicht gefolgt? Aber trotzdem will ich noch einmal den Versuch machen, ihm zu helfen. Lösen wir das Deutsche Reich in eine Tabakfabrik auf. Verwandeln wir das politische und wirtschaftliche Band, welches Deutschland umschlingt, in einen Nicotinstengel. Ich rechne dem Reich eine Einnahme aus dem Tabakmonopol von jährlich 533 Millionen Mark heraus. Damit mag es sich begnügen und auf alles Uebrige zu Gunsten der Einzelstaaten verzichten. Es darf dann nicht nur keine Particularbeiträge mehr von ihnen erheben, sondern es muß ihnen auch Alles wieder zurückerstatten, was es ihnen genommen hat. Es muß

den Particularstaaten die Post und den Telegraphen wiederzugeben; es muß zu deren Gunsten auf die Bier- und Branntweinsteuer verzichten. Es darf kein Geld für Errichtung der Kriegsflotte oder für productive Zwecke aufnehmen. Es soll auch sofort aus dem „Ergen des Tabakmonopols“ alle seine Schulden bezahlen; denn man will wahrgenommen haben, daß nicht nur gemeinsames Vermögen, sondern auch gemeinsame Schulden Land und Leute fest zusammenhalten.

„Das Reich“, sagt Herr Mohl, „lebt jetzt zum größten Theil von solchen Einnahmen, welche dem Reiche von den Einzelstaaten abgetreten wurden, oder — soweit dies von den süddeutschen Staaten aus triftigen finanziellen und volkswirtschaftlichen Gründen nicht geschehen ist — von den höheren Particularbeiträgen, welche von den letzteren zur Ausgleichung ihrer Leistungen mit denen der norddeutschen Staaten bezahlt werden. Diese Reichsumlagen haben die meisten, wenn nicht alle deutschen Staaten in ihren Finanzen weit zurückgebracht, während doch gerade ihnen (den Particularstaaten) die wichtigsten und edelsten inneren Aufgaben für Unterricht, Bildung und Gesittung, für Hebung des Wohlstandes durch öffentliche Verkehrswege und gemeinnützige Anstalten aller Art, für Rechtsschutz und Polizei, für Gesundheitspflege und für die Aufgaben einer Landesregierung überhaupt, obliegen und obliegen müssen.“

Man sieht also, Herr Mohl hält unentwegt an den Gedanken fest, welche ich oben mit den beredten Worten seines „Mahnrufs“ von 1867 wiedergegeben. Er schildert uns in beweglicher Weise, wie das schöne, freie, reiche Württemberg, welches sich (vor seinem Beitritt zum Reich) „seit einem Menschenalter in musterhafter finanzieller Blüthe befand und als Spiegelbild für seine Genossen“ (d. h. für die übrigen deutschen Staaten, namentlich aber für jene „terre maudite“, welche man Preußen nennt und welche freilich schon vor hundert Jahren ein Mirabeau studirte und bewunderte) „dienen kann“, in Folge der Abtretungen und

Leistungen an das Reich „in die mißlichsten Verhältnisse versunken“. Nun wolle man aber erst gar noch den bedrängten Einzelstaaten ihr letztes Stück Brod nehmen, man wolle „von dem Reste der ihnen gebliebenen Steuerquellen die werthvollsten Theile in demjenigen Gebiete, welches man in Berlin in den Namen Stempelsteuer und Gerichtsgebühren zusammenzufassen pflege, und welches die Erbschaftssteuern, die Steuern auf andere Eigenthumsübertragungen (Liegenschaftsaccise u. s. w.), die Gerichts- und Verwaltungsporteln, die Stempelabgaben u. s. w., begreife“, an das Reich ziehen. Durch eine solche Maßregel werde man den mißlichen Verhältnissen der Einzelstaaten so wenig aufhelfen, „wie einer am Hungertuche nagenden Familie damit aufgeholfen würde, wenn ihr von Obrigkeitwegen ein Theil ihrer kargen Nahrungsmittel abgepfändet würde“.

An alles Uebrige denkt Herr Mohl nicht. Er denkt nicht an die Cigarrenfabrikation und an die übrige so großartig entwickelte deutsche Tabakindustrie, von welcher viele Hunderttausende leben; und als er auf diesen „Gegenstand“ aufmerksam gemacht wurde, veröffentlichte er in der „Augsburger Allg. Ztg.“ ein Schreiben, worin er sein Befremden darüber ausdrückt, wie ihm überhaupt nur Jemand zumuthen könne, sich über den Einfluß des Monopols auf diesen Industriezweig (zur Zeit einen der blühendsten in Deutschland) auszusprechen. Er denkt auch nicht daran, daß das Monopol den deutschen Tabakhandel vernichten würde, der nicht nur zwischen Deutschland und dem Ausland vermittelt, sondern auch zwischen den verschiedenen ausländischen Produktions- und Consumtionsgebieten; der Deutschland alljährlich große Reichthümer zuführt; der zusammen mit Tabakbau und Tabakindustrie vielleicht eine Million Menschen ernährt (Dr. Lewin-stein berechnet auf Grund der „Denkschrift des Vereins Deutscher Tabak-Interessenten“, daß in Deutschland gegenwärtig die Existenz von 1,175,000 Menschen, oder von rund zweiundeinhalb Procent der Gesamtbevölkerung des Deutschen

Reichs, mit dem Tabak zusammenhänge); der überhaupt „einen der wenigen großartigen Erwerbszweige bildet, worin Deutschland im Weltverkehr das entschiedenste Uebergewicht sich errungen“. Er bedenkt endlich nicht, daß die Zerstörung des Tabakhandels zugleich die Unterdrückung zweier großer und blühender Städte zur Folge haben würde, welche die Theilnahme Deutschlands am Welthandel vermitteln.

Von Alledem scheint Herr Mohl nichts zu wissen. Vielleicht ist es ihm auch gleichgültig. Denn, wie obige Citate aus dem „Wahrurufe“ darthun, steht er noch auf jenem bescheidenen Standpunkte des vorigen Jahrhunderts, wo man unter dem „Reich“ ausschließlich jenes oberländische Gebiet im Südwesten verstand, welches damals wimmelte von allerlei diminutiven „Unabhängigkeiten“, von reichsunmittelbaren Fürsten und Herren, Bisthümern und Abteien, Reichsstädten und Reichsdörfern, Prälaten und Rittern — jenes Gebiet, welches zuerst der Fremdherrschaft verfiel und dann zu einigen größeren Rheinbundsgebilden zusammengeschlagen wurde. Beiläufig bemerkt, war hierbei Altwürttemberg im Annectiren nicht blöde. Es vergrößerte sich von einer halben auf anderthalb Millionen Menschen und verschlang nicht weniger als 78 Landschaften, worunter auch die gute Stadt Aalen, welche Herr Mohl im Reichstage vertreten, und eine Reihe anderer Reichsstädte, welchen man den größeren Theil ihres Einkommens nahm, während man ihnen ihre Schulden ließ (siehe Ranke, Historisch-politische Zeitschrift, 1832, Bd. I, S. 346 u. ff.).

Ob Herr Mohl die norddeutschen Hansestädte, welche früher von den südstaatlichen Schutzzöllnern als die „Mitverschworbenen des perfiden Albion“ bezeichnet und gehaßt zu werden pflegten, auch zu Deutschland zu rechnen die Güte hat, mag dahingestellt bleiben. Das aber wissen wir ganz gewiß, daß sie dazu gehören, daß wir sie nicht entbehren können, und daß schon aus diesem einen Grunde das Tabakmonopol, welches man allerdings in anderen Staaten



zur Zeit des tiefsten Verfalls und der schlimmsten Bedrängniß einführen mußte und einführen konnte, für unser heutiges, wirthschaftlich hoch entwickeltes Deutschland eine politische, wirthschaftliche und finanzielle Unmöglichkeit ist, abgesehen davon, daß die Erträgnisse, welche Herr Mohl herausrechnet, wahrhaft chimärisch sind, so daß man auf ihn das Wort des Kriegsministers Grafen Roos anwenden darf: „Dieser Herr kann ja bekanntlich Alles beweisen.“

Herr Mohl denkt an nichts, als an den Tabakbau in schwäbischen und fränkischen Landen. Diesem verspricht er goldene Berge. „Nur eine Regie“, sagt er, „kann den inländischen Tabakpflanzern Preise für ihre Blätter bewilligen, welche weit über die Verkaufspreise der freien Concurrenz hinausgehen. Nur keine halben Maßregeln und nicht in Bewilligung der Verkaufspreise für die Regie ängstlich sein, sonst kann man gegen die Tabakpflanzler nicht freigebig sein!“

Aber auch die süddeutschen Pflanzler schenken Herrn Mohl keinen Glauben. Sie reagiren energisch gegen das Tabakmonopol. Sie wollen freie Bauern bleiben. Sie wissen, welcher Willkür und welchen Chicanen in Frankreich der Tabakpflanzler unterworfen ist, und wie er von der Ausfaat bis zur Regulirung des Betrages nichts ist, als der Sklave der Regierung und ihrer Beamten.

Daß das Reich dadurch, daß es die Industrie und den Handel unterdrückt und den Leuten schlechten und theuren Tabak liefert, sich „den schönen Augen“ der Einzelstaaten zu Liebe, bei Gott und der Welt mißlieblich machen würde, das ist Herrn Mohl mindestens gleichgültig. Ja er, der sonst so außerordentlich ernsthafte Mann, versteigt sich hier sogar zu frivolen Witzen, indem er sagt: „Eine macchiavellistische Regierung würde vielleicht schon darum eine Tabakregie einführen, damit das Publicum ein möglichst unschädliches Object zum Schimpfen habe, wie Alcibiades seinem Hunde den Schwanz abschneitt, um den Atheniensern eine unschädliche Gelegenheit zur Médisance zu geben.“

Uebrigens können wir zum Schlusse nicht anders sagen: Die „Denkschrift“ des Herrn Mohl ist eine außerordentlich nützliche Arbeit. Wie sein „Mahnruf“ vor der Französelei mit Erfolg gewarnt hat, so wird seine „Denkschrift“ vor dem Monopol zurückschrecken. Deshalb wünschen wir vor Allem, es möchte sie der deutsche Reichskanzler lesen, an welchen sich der Verfasser im Vorworte, dem Erbkönig vergleichbar, wendet, mit glänzenden Versprechungen, sowie mit schmeichelnden und beweglichen Worten.

Es ist zur Zeit noch nicht zu fürchten, daß die Parole ausgegeben werde: Nieder mit dem Deutschen Reich, es lebe der Tabak-Zwangs-Verein und der Particularismus!

---

### III.

## Aschermittwoch.

### Noch einmal der Champion.

Wir würden fürchten Herrn Moriz Mohl gerechte Ursache zur Beschwerde zu geben, wenn wir uns nicht zu nachfolgender Berichtigung bequemen:

Als wir auf Fastnacht Mohl's „Mahnruf“ zur Hand nahmen, um uns dessen Inhalt in das Gedächtniß zurückzurufen, hatten wir gerade die allerkostbarste Stelle übersehen. Es ist ein gutwürttembergisches Blatt, ein Organ der föderalistischen süddeutschen „Volkspartei“, welches unserer Schwäche zu Hülfe eilt, indem es die glanzvolle Stelle reproduciert, welche wir übersehen. Wir wollen ihm sein Verdienst nicht schmälern. Ohne ein Wort ab- und zuzuthun, wiederholen wir den Artikel des Stuttgarter „Beobachter“.

Er lautet wie folgt:

„Als im Jahre 1867 die von Herrn v. Arnbüler in Nikolsburg am 13. August 1866 abgeschlossenen und dem Lande (d. i. Württemberg) ein Jahr lang verheimlichten „Allianzverträge“ mit Preußen endlich vor die Ständekammer gelangen sollten, da erhob ein guter Schwabe, Moriz Mohl, einen „Mahnruf“ an die „süddeutschen Volksvertreter, zur Bewahrung Süddeutschlands vor den äußersten Gefahren“. Er behandelte in dieser Broschüre: „Den Beruf Preußens zur Herrschaft über Deutschland, die Allianzverträge, die Militärlast, die Zollvereinsfrage und die höchste Gefährdung der deutschen Lebensinteressen in derselben, die Salzsteuerfrage, und die Tabaksteuerfrage.“ — „Getrieben von seinem Gewissen“, erhob Mohl seine Stimme und mit

guten Gründen gegen alle in obigen Rubriken bezeichneten Beglückungsversuche, welche er als beschädigend, ja verderblich bezeichnete für „die Freiheit, die Würde, die Rechte, die Interessen und das Wohl“ der davon betroffenen Gemeinwesen. Wir müssen Herrn Mohl das Compliment machen, daß von dem Schlimmen, das er uns voraus sagte, das Meiste sehr pünktlich eingetroffen ist, ja sogar noch Manches dazu, woran er damals noch gar nicht dachte. Z. B. daß er selbst eine Broschüre für das Tabakmonopol schreiben würde, über welches er sich in seinem „Wahnruf“ vom Jahre 1867 wie folgt äußert: „Der Verfasser der gegenwärtigen Schrift (das wäre also Herr Mohl) hat sich selbst auch früher mit dem Gedanken beschäftigt und ihn vor 2½ Jahrzehnten, übrigens unter Erörterung des Für und Wider, öffentlich der Erwägung empfohlen, ob das Beispiel Frankreichs die Einführung des Tabakmonopols, als der einzig möglichen Art und Weise, in welcher vom Tabak eine höhere Steuer erhoben werden könne, im Zollverein rechtfertigen dürfte. Er hat sich jedoch aus den so höchst erfreulichen Fortschritten, welche der Tabakbau und die Cigarrenfabrikation im Zollverein, und namentlich in Baden, der bayerischen Pfalz und dem Großherzogthum Hessen, sowie im bayerischen Franken und auch wenigstens die Fabrikation in verschiedenen norddeutschen, namentlich preussischen Provinzen gemacht hat, mehr und mehr überzeugt, daß die Einführung des Tabakmonopols oder eine besondere Besteuerung des Tabakbaues und der Tabakfabrikation im Zustand der blühenden und großartigen Entwicklung, zu welchem diese Erzeugungszweige im Zollverein sich emporgearbeitet haben, ein großer volkswirtschaftlicher Fehler wäre, und hat seither in seiner ständischen Laufbahn alle darauf gerichteten Anträge jederzeit entschieden bekämpft.“ — Aus einem entschiedenen Kämpfer gegen das Tabakmonopol hat sich Herr Mohl jetzt in einen Anhänger desselben umgewandelt.“

#### IV.

## Quatember.

---

### Ob das Tabakmonopol in Deutschland politisch möglich?

---

Die finanzielle und volkswirtschaftliche Seite des Tabakmonopols ist zur Genüge pro und contra beleuchtet, die politische dagegen wenig oder gar nicht. Ueber letztere wollen wir hier einige Bemerkungen machen.

Zunächst springt die Thatsache in die Augen, daß einige der Hauptkämpen für eine deutsche Tabak-Regie verbissene Particularisten sind, dies macht alle „Reichstreugesinnten“ von vornherein stutzig.

Dazu kommt, daß die große Masse der Bevölkerung dem Monopol entschieden feindselig ist, vielleicht deshalb, weil ihr der Instinct sagt: daß, mag der finanzielle Erfolg des Monopols sein welcher er wolle, dessen Einführung nicht möglich ist ohne Maßregeln, welche eine heftige Krisis unserer wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführen und gegen die Sitten und Gewohnheiten des deutschen Volkes verstoßen. In Preußen lebt noch die Erinnerung an das Tabakmonopol, welches Friedrich der Große, durch die äußerste Noth gezwungen, eingeführt hatte, und dessen Abschaffung Friedrich Wilhelm II. eine Popularität eintrug, welche eine Zeit lang die seines großen Vorgängers zu verdunkeln drohte. In Westdeutschland lebt heute noch lebhaft die Erinnerung an die Zeiten der Fremdherrschaft, welche dort, 1811, das Tabak-

monopol sowohl für die mittelbar französisch gewordenen Territorien, wie Großherzogthum Berg, Königreich Westfalen u. s. w., als auch für die dem französischen Kaiserreich direct einverleibten Länder gebracht hat. Man erinnert sich dort noch sehr lebhaft, daß die Wirkungen des Rückschlags, welcher 1812 aus Rußland kam, sich zunächst darin zeigte, daß man die Tabakniederlagen der französischen Regie nächstlicher Weise in Brand steckte. Das waren dort die Fackeln, welche dem Befreiungskrieg voranleuchteten. (Das Nähere darüber findet man in der Schrift: „Das Großherzogthum Berg unter Joachim Murat, Napoleon I. und Louis Napoleon 1806 bis 1813. Ein Beitrag zur Geschichte der französischen Fremdherrschaft auf dem rechten Rhein-Ufer. Nach den Acten des Düsseldorfer Staatsarchivs von Dr. Rudolf Goede, Köln, Du Mont-Schauberg, 1877.“) Die Reminiscenzen machen im Westen das Tabakmonopol unter allen Umständen mißliebig. Rechnet man dazu die große Zahl derjenigen Personen, welche direct oder indirect bei dem Tabakbau, der Tabakfabrikation und dem Tabakhandel interessirt und deren Interessen durch das Monopol bedroht sind, oder wenigstens ihnen bedroht erscheinen, so wird man begreifen, daß in Deutschland das Monopol die öffentliche Meinung gegen sich hat.

Wir wollen hier nicht unterjuchen, ob die öffentliche Meinung Recht hat. Diese Frage ist in den Spalten dieser Blätter\*) zwischen Herrn Schleiden und Herrn G. Mayr, auf das Gründlichste erörtert. Wir begnügen uns die herrschende Ansicht zu constatiren, indem wir uns auf die Weisheit des Epiktet berufen, welcher mit Recht behauptet, daß die Menschen bestimmt werden nicht durch die Dinge wie sie in Wirklichkeit sind, sondern durch die Dinge, wie sie sich dieselben vorstellen. (*Ταράσσει τοὺς ἀνθρώπους οὐ τὰ πράγματα, ἀλλὰ τὰ περὶ τῶν πραγμάτων δόγματα.*) Unter diesen Umständen ist es

---

\*) Zuerst in der „Allg. Ztg.“ erschienen.

einem Reichstage, welcher aus dem allgemeinen Stimmrechte hervorgegangen, politisch unmöglich, das Tabakmonopol zu votiren.

Der gegenwärtig dem Reichstag vorliegende Tabaksteuer-Gesetzentwurf hat, nachdem ihn sein Urheber, der preussische Finanzminister Camphausen, als erste Etappe auf dem Wege zum Monopol, freilich etwas verspätet, bezeichnet hat, keine Aussicht auf Ausnahme mehr. Er wird seinem Urheber nachfolgen und „klanglos zum Orkus hinabgehen“.

Die gegenwärtige Reichsregierung bemüht sich nun dem Reichstag, wenn nicht das Monopol, dem doch eine platonische Liebeserklärung zu Gunsten desselben abzuschniecheln. Entweder bei Gelegenheit der Debatte über den Gesetzentwurf wegen Vornahme einer Tabak-Enquête, in welchem Entwurf das Monopol dominirt und die amerikanische Tabaksteuer nur in den Motiven ein kümmerliches Dasein fristet, oder durch eine besondere ausdrückliche Resolution, oder in sonst irgend einer Weise soll sich der Reichstag „par principe“ für das Monopol aussprechen und damit der Reichsregierung eine Legitimation zum Vorgehen in dieser Richtung ertheilen. Wenn der Reichstag auch dieses Minimum weigert, dann soll er, so sagt man, aufgelöst werden. Eine Auflösung aus Anlaß der Frage, ob das Volk wünscht höher besteuert zu werden, sei es durch das Monopol oder durch die amerikanische Steuer, gewährt der Regierung keine günstigen Chancen. Es ist hundert gegen eins zu wetten, das deutsche Volk würde dieselbe Antwort geben, wie jene Hühner, welche auf die Frage des Kochs ob sie mit saurer oder mit süßer Sauce verspeist werden wollten, einstimmig antworteten: sie zögen es vor am Leben zu bleiben.

Vielleicht ist es nicht unzweckmäßig bei dieser Gelegenheit an das Project des Reichskanzlers, die großen Eisenbahnstrecken in ganz Deutschland für das Reich anzukaufen, zu erinnern. Dasselbe fiel unglücklicherweise gerade in die Zeit der letzten Reichstagswahlen, und es rief einen solchen Contre-

Esoc hervor, daß nicht nur eine große Anzahl von Territorialregierungen in aller Eile die Privatbahnen ihres Gebietes aufkaufte, um sie dem Zugriffe des Reiches zu entziehen, sondern daß auch eine Menge von Anhängern des Reichskanzlers, namentlich im Süden, ihre Sitze einbüßte. Man könnte da wohl mit Herrn v. Kardorff sagen: „Vestigia terrent.“

Doch, sei dem wie ihm wolle, nehmen wir einmal an: es gelänge dem Reichskanzler auf irgend eine Weise, mit oder ohne Auflösung, *Arte et Marte*, eine theoretische Erklärung des Reichstags zu Gunsten des Tabakmonopols zu extrahiren, so ist dieselbe schwerlich praktisch zu verwerthen. Das Monopol läßt sich nicht ausführen ohne tief und scharf einschneidende Maßregeln — Maßregeln, welche außerordentlich wehe thun, so daß die Betroffenen aus Schmerz schreien, und die Nichtbetroffenen auch, sei es aus Mitgefühl, oder aus Oppositionslust, oder auch nur, weil die anderen schreien.

Dieses Geschrei, welches gleich der Fama im Vordringen wächst („*Fama crescit eundo*“), wird so mächtig werden, daß ihm der Reichstag auf die Dauer nicht widerstehen kann. Wenn er auch heute die gewünschte platonische Liebeserklärung mit großer Mehrheit abgegeben hätte, im nächsten Jahre, bei der ersten Etappe zur praktischen Ausführung, zu der man den Reichstag doch immer wieder nöthig hätte, würde diese Mehrheit beginnen sich zu zerbröckeln, und im zweiten Jahre, bei der zweiten Etappe, würde sie überhaupt nicht mehr da sein.

So wird es gehen in gewöhnlichen ruhigen Zeiten, in welchen das Tabakmonopol nicht unbedingt nothwendig ist, und wo es an Mitteln nicht fehlt ein niedriges Niveau herbeizuführen für die Matricularumlagen, auf welche letztere überhaupt der Reichstag schwerlich gänzlich verzichtet, weil sie die einzige Handhabe bieten zur Ausübung des Steuerbewilligungsrechts. Das letztgenannte Recht aber wird der Reichstag um so hartnäckiger festhalten, je mehr etwa die



verbündeten Regierungen dazu neigen, einseitige fiscalische Bahnen einzuschlagen, welchen gegenüber der Reichstag doppelt die Verpflichtung fühlt in seiner Eigenschaft als alleiniger Vertreter der gesammten deutschen Nation (s. Art. 29 der Reichs-Verfassung), als Vertreter der bürgerlichen und wirthschaftlichen Gesellschaft, particularistischen und territorialen Tendenzen der Einzel-Regierungen entgegenzutreten.

Wenn etwa ein Gegengewicht gegen das Steigen der Matricularumlagen nothwendig werden sollte, so ist dasselbe sehr leicht anderweitig zu finden. Wenn z. B. der Süden die nordische Branntweinsteuer (etwa mit den Modificationen, welche in den Hohenzollern'schen Fürstenthümern jetzt schon bestehen) acceptirt und der Norden die bairische Biersteuer, so werden nicht nur die mißständigen Uebergangsabgaben beseitigt, sondern auch die Reichsfinanzen auf Jahre hinaus genügend geordnet. Denn in der That hat doch kein Land in allen fünf Welttheilen bessere Finanzen, einen geregelteren Geldumlauf und solidere wirthschaftliche Zustände (natürlich abgesehen von der augenblicklichen Krisis, welche auf allen Ländern gleichmäßig lastet) als Preußen und Deutschland; wir haben also nicht die geringste Veranlassung einen Salto mortale ins Dunkle riskiren zu müssen.

Wenn aber auch einmal eine acute Finanznoth an uns heranträte — was gegenwärtig so wenig der Fall ist wie zur Zeit der großen Deficit-Panik von 1868, wo der selige Baron v. d. Heydt mit einer wahren Sintfluth von neuen Steuerprojecten den norddeutschen Reichstag überschüttete, jedoch nur um mit allen zurückgewiesen zu werden — so würde das Tabakmonopol gerade dann am allerwenigsten Ausichten haben. Denn dasselbe ist weit entfernt einen sofort greifbaren Ertrag zu liefern. Es erfordert eine jahrelange Vorbereitung, um zur Wirklichkeit zu gelangen, und dann abermals eine noch längere Reihe von Jahren, um die Einrichtungs- und Ablösungskosten zu tilgen und einen Ueber-

schuß abzuwerfen. Die Geldnoth von heute kann nicht durch die Möglichkeit einer Einnahme nach zehn Jahren gehoben werden, es sei denn, daß man entschlossen wäre das Monopol, das man heute für den Staat geschaffen, morgen an Private gegen klingende Münze zu verkaufen. Letzteres aber kann wohl ein Land wie Rumänien, aber das Deutsche Reich würde bei einem solchen Verfahren seinen Credit einbüßen. Das Monopol ist unter allen Umständen heute nur die „Tauben auf dem Dache“, und nach der Meinung des Freiherrn Schenk v. Stauffenberg ist der „Spaß in der Hand“ vorzuziehen.

Wenn ich in der Finanznoth von heute eine Einnahmequelle schaffe, welche erst in zehn Jahren zu fließen beginnt, so ist das in der That „de la moutarde après diner“. Sie kommt zu spät.

Das Ergebniß unserer Erwägungen über die politische Möglichkeit des Tabakmonopols in Deutschland ist also: In ordnungsmäßigen Zeiten wird es der Reichstag nicht machen, weil seine Einführung Schmerzen verursacht, und weil die Noth nicht groß genug ist, um einen Heroismus — oder, wenn man lieber will, Fatalismus — zu erzeugen, der sich über die Schmerzen hinansetzt. In Zeiten der äußersten Bedrängniß aber wird man es noch viel weniger machen, weil es nicht sofort baares Geld bringt. In solchen Zeiten greift man eben nach den paratesten Mitteln. Endlich aber ist ein Reichstag, welcher aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen, unter allen Umständen kein geeignetes Werkzeug zur Einführung eines solchen Monopols, und das deutsche Volk ist weder so heterogen und fremd unter einander wie die zahlreichen Racen von Oesterreich-Ungarn, noch so homogen und so reglementirbar wie die Franzosen. Es wird niemals dem Monopol Geschmack abgewinnen.

Man sollte daher über diesem aussichtslosen Unternehmen nicht länger Zeit, Geld und Kraft vergeuden, sondern

sich lieber auf andere realisirbare Pläne werfen. Der Lorbeer, der das Haupt des Reichskanzlers umlaubt, kann des Tabakblättleins entrathen. Jedenfalls aber wird eine politisch-parlamentarische Krisis, welche etwa in Preußen wegen der „Eisenbahn-Exzellenz“ oder in Deutschland wegen des Tabakmonopols provocirt wird, zu Ungunsten dessen verlaufen, der sie heraufbeschworen.

---

## Mariä Himmelfahrt.

### Eine Berliner Wahl-Epistel.

Ich bin bei den Reichstagswahlen vom 30. Juli in einem preussischen Wahlkreis unterlegen, und statt mich auf die am 9. September beginnenden Sitzungen des Reichstags vorzubereiten, will ich Ihnen — harmlos und unbefangen, wie ich es jetzt als Unbetheiligter bin, nachdem ich meinen Aerger überwunden — etwas von diesen der liberalen Partei so verderblichen Wahlen erzählen, und zwar Dinge, die Sie vielleicht mehr interessiren, als die Telegramme, welche melden, Herr v. Ameier hat so viel und Herr v. Bemeier so viel Stimmen erhalten.

Gestatten Sie mir zunächst ein paar Worte über mich selber. Ich glaubte bemerkt zu haben, daß mein philosophisches Temperament mich zu dem ethischen Pathos, welches die bevorstehenden Kämpfe erfordern, etwas untauglich mache, und „unjung und nicht mehr ganz gesund“, wie ich es im Laufe der Jahre geworden, glaubte ich mich aus der parlamentarischen Arena zurückziehen und auf meinen Lorbeern, die vielleicht von Andern nicht so hoch geschätzt werden, die aber jedenfalls mich sehr viel Zeit, Geld und Arbeit gekostet haben, ruhen zu dürfen. Als ich mich schon auf dieses Otium cum dignitate von Herzen freute, scholl plötzlich ein unliebsamer Schlachtenruf aus meinem Wahl-

kreise, den ich als nach wie vor der liberalen Sache aufrichtig ergeben betrachtete, an meine Thron oder, um es in einfacher Weise auszudrücken: das liberale Wahlcomité schrieb mir: „Hochgeehrtester &c. In Folge der gerechten Entrüstung über die schändlichen Attentate auf Seine Majestät unseren Kaiser ist in unserem Wahlkreis eine eigenthümliche Aufregung entstanden, welche von der politischen, wirtschaftlichen und kirchlichen Reaction in der schamlosesten Weise ausgebeutet wird. Die liberale Sache ist gefährdet. Ob wir sie zu retten im Stande sind, wissen wir nicht. Aber wenn auch nicht die Hoffnung, so treibt uns doch die politische Ehre, in den Kampf zu ziehen. Wir haben aber keinen Candidaten als Sie, der Sie unseren Kreis schon so lange vertreten, darin mit Grundeigenthum angezessen sind, allda als gerechter Richter gewirkt haben und bei Jedermann als ein unzweifelhaft königstreu gesinnter Mann bekannt sind, Deshalb müssen wir Sie auf das Dringendste bitten u. s. w.“

Ich ließ mich erbitten und candidirte. In der ersten Stadt, wo ich öffentlich sprach, ging es mir gut. Der conservative Gegen-Candidat Graf Leberthran auf Cabelau hatte dort wenig Freunde; in der zweiten Stadt ging es mir anders. Das Erste, was mir dort in die Hand fiel, war ein Flugblatt, worauf mit riesigen Lettern geschrieben stand: „Wer für den König ist, der wähle den Grafen Leberthran auf Cabelau; wer für den Mörder ist, der wähle den Gerichtsrath M. in Berlin“; und dann folgten die schrecklichsten Schilderungen des Unglückes, welches die Gewerbe- und Zugfreiheit über das Land gebracht haben, diese Erfindungen des Satans und der liberalen Reichstags-Majorität; es bedürfe der Umkehr u. s. w.

Dann hielten wir unsere Versammlung. Die Zahl unserer Gegner war überwiegend. Ich setzte zuerst auseinander, die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit seien außerordentlich nützlich, auch seien sie altpreussische Einrichtungen; die erstere sei 1811 von Friedrich Wilhelm III.,

die letztere 1842 von Friedrich Wilhelm IV. eingeführt u. s. w. Eifiges Schweigen. Nun kam ich auf das Socialistengesetz; ich hatte kaum eine rein technische Auseinandersetzung über die juristischen Schwächen und Mängel des Entwurfes begonnen, als sich ein Brüllen, Trommeln und Pfeifen und ein „Hinaus!“ und „Herunter mit ihm!“ erhob, daß mir Hören und Sehen verging. Endlich bewirkte der Polizeicommissär Schweigen, jedoch nur, um die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Die dritte Versammlung verlief noch seltsamer. Als ich mit der Einleitung und den üblichen *captationibus benevolentiae* glücklich zu Ende war und an die Sache selbst herantreten wollte, erscholl plötzlich der Ruf „Feuer!“ Im Handumdrehen war der Saal geleert und mir blieb nichts übrig, als meine sorgfältig vorbereitete Rede, von welcher ich mir eine ganz besondere Wirkung versprochen, wieder hinunter zu schlucken. Später stellte sich heraus, daß das Ganze ein blinder Lärm war. Die Conservativen hatten ihn angestiftet. Sie wollten es überhaupt zu Versammlungen und Reden gar nicht kommen lassen. Denn ihr Candidat, der Graf Leberthran, konnte darin nicht concurriren. Einige behaupteten, sein hoher Adel mache es ihm unmöglich, vor Bürgern und Bauern zu sprechen, Andere — und diese bildeten die Mehrzahl — wollten wissen, er könne überhaupt nicht sprechen, und sie beriefen sich für diese Meinung auf die Thatsache, daß er sich im Kreistage von jeher eines eben so weisen, als unverbrüchlichen Schweigens befleißigt.

Der Coup mit dem Feuerlärm schien mir gerade kein Ausfluß hocharistokratischer Gesinnung zu sein, indessen war er etwas Neues. Er hatte einen gewissen amerikanischen Anstrich und schmeckte weder nach Mißbrauch der Amtsgewalt noch nach anderweiter Gewaltthat.

Bei jedem weiteren Versuch, zu sprechen, ging mir es noch schlechter. Hier hatte man den Gasthofbesitzer durch Drohungen, da durch Versprechungen bewogen, uns sein

Local zu versperren. Die Erlaubniß zu Tanzmusiken spielte dabei eine große Rolle. Endlich aber lauerte man meinen Anhängern auf, um sie zu prügeln. Drei davon liegen noch in dem gegenwärtigen Augenblicke danieder. Doch wozu noch weitere „Verbrechen und Unglücksfälle“ erzählen? Ich fiel durch. Graf Leberthran ist gewählt, und ich bin darauf angewiesen, nach Trostgründen zu suchen.

Da frage ich mich nun: Was wird Fürst Bismarck zu dem Wahlergebnisse sagen?

Als 1876 irgend ein der Welt bis dahin gänzlich unbekannter Landrath, der den süßduftenden Namen Knobloch führt, den Vorschlag machte, sich zu einer „Partei Bismarck sans phrase“ zu vereinigen, sagte ein deutscher Staatsmann: „Es wird niemals eine solche Partei, es wird niemals Bismarckianer geben, wie es Mahomedaner oder Bonapartisten giebt. Bismarck weiß die Leute zu blenden und zu bezaubern; aber so weit reicht es denn doch nicht. Um eine persönliche Partei zu erzeugen, dazu muß man ein Mahomed oder Bonaparte sein. Bismarck ist zwar allmächtig, aber ihm gänzlich ergeben ist doch nur — sein Reichshund.“

Das Letztere ist ein Irrthum. Es giebt Männer, welche dem Fürsten Bismarck unbedingt ergeben sind.

Vor Allem verdient darunter genannt zu werden Herr Gustav Adolph Dieke, wohnhaft in Barby in der preussischen Provinz Sachsen, wofelbst er ein schönes Rittergut besitzt und eine noch schönere königliche Domäne — wie man sagt, sehr billig — gepachtet hat und in ausgedehntester Weise der Zucker-Fabrikation obliegt. Obgleich mehr als zehn Jahre jünger, ist er doch mit dem Fürsten eng befreundet. Die Veranlassung dazu gaben die schönen Jagden, welche Dieke besitzt und wozu er den Fürsten, der wenigstens ehemals ein großer Nimrod vor dem Herrn war, einzuladen pflegte. Dieke ist seit 1867 ohne Unterbrechung Mitglied des Reichstags gewesen, immer wieder von Neuem gewählt in dem nämlichen Wahlkreise Aschersleben, in welchem seine

Fabrik und sein Gut liegen. Nicht nur in der Politik ist er aufrichtig bismarckisch, er ist auch der Hausfreund, der Berather in persönlichen und namentlich in wirthschaftlichen Angelegenheiten; und schon manchmal, wenn der Fürst schlug, der in der Oekonomie und in Privatgeschäften keine so glückliche Hand hat, wie in der hohen Politik, hat Dieze nach Barzin oder nach Friedrichsrub eilen müssen, um zu repariren, was durch Ungefüg oder sonstige Temperamentsfehler verdorben war. Denn Dieze ist, darüber ist alle Welt einig, ein guter Geschäftsmann. In der Politik macht er sich weniger Jedem bemerklich. Er hat, obgleich seit zehn Jahren Mitglied des Parlaments, da niemals ein Wort gesprochen und noch viel weniger je in einer der zahlreichen Commissionen gearbeitet. Gleichwohl erfreute er sich eines erheblichen Einflusses, nicht allein bei den Freiconservativen, zu denen er gehörte, sondern auch bei den anderen Fractionen. Allerdings beruht dieser Einfluß weniger auf der Autorität seiner eigenen Person, als auf seinem Verhältnisse zu Bismarck, oder vielmehr auf der Vorstellung, welche man sich von diesem Verhältnisse machte. Damit verhält es sich so:

Man weiß, daß der Fürst Bismarck nicht immer mit den Entschliessungen der preußischen und der deutschen Regierung einverstanden war. Er pflegte dann in der Regel, wie man hier sagt, „kein Blatt vor den Mund“ zu nehmen und seine Minister-Collegen nicht zu schonen. Von dem Marineminister Stosch zum Beispiel sagte er: „Ich bin überzeugt, er ist ein wahrer Nelson und er wird aus jeder Seeschlacht als Sieger hervorgehen (eine bittere Ironie, denn Herr Stosch ist nichts weniger als Seemann), aber für einen Minister hat er zu wenig — —.“ Von Delbrück meinte er, er sei von tödtlicher Langweile und könne nicht einschlafen, „wenn er nicht zuvor einen Gejessentwurf fabricirt habe“. Camphausen endlich, sagte er, sei ein guter Bankier, aber er habe keine Ideen, er sei nicht der Mann zur Aus-



führung der großen Steuer- und Wirthschafts-Reformen, sondern verstehe nur, in den ansgefahrenen Geleisen weiterzufahren. Alle diese Aeußerungen fielen, während Bismarck mit diesen Ministern in demselben Conceil saß. Ein geistreicher Professor, Fortschrittsmann von Gesinnung, meinte, als er diese Aeußerungen hörte: „Setzt gebe ich zu, Fürst Bismarck ist doch ein großer Mann, er steht an der Spitze der Regierung und zugleich auch an der Spitze der Opposition; wer, außer ihm, hat das jemals fertig gebracht?“

Also vor seinen Minister-Collegen pflegt sich der Kanzler nicht zu geniren. Etwas Anderes ist es mit dem Kaiser. Der Kaiser wünschte das oberste deutsche Reichsgericht in Berlin zu behalten; Fürst Bismarck sprach nicht dagegen, aber man wollte doch aus gewissen Indicien schließen, er sei mehr für Leipzig. Der Kaiser wünschte das neue Reichstagsgebäude an den Kroll'schen Platz, der jetzt der „Königsplatz“ heißt und mit dem Siegesdenkmal und dem Gebäude des großen Generalstabes geziert ist; von Bismarck vermuthete man, er wünsche das Parlament in seine unmittelbare Nähe. In beiden Fragen hat das Parlament gegen die Meinung des Kaisers entschieden.

Ueber dergleichen Dinge, über welche Bismarck nicht offen sprechen konnte oder wollte, pflegte man sich bei dem „Amtsrath“ (diesen Titel führt Herr Dieze) Rath's zu erholen. Und Herr Dieze sprach gern und viel, zwar nicht in dem Sitzungssaale und in den Commissionszimmern, wol aber in dem Vestibule und in der Salle des pas perdue. Er war beständig belagert von wißbegierigen Collegen, und in diesem Sinne kann man sagen, er übte einen bedeutenden Einfluß.

Unter diesen Umständen mußte es Staunen erregen, als es hieß, der vielgetreue Dieze sei in seinem Wahlbezirke gefährdet, und zwar durch irgend einen „neuen Menschen“ oder, wie es die Schlesi'sche Zeitung ausdrückt, durch ein „frisches Blut“, von dem man nichts wußte, als daß er den

lieblichen Namen „Trautmann“ führe und auch zu der proscriptirten national-liberalen Secte gehöre. Die Behörden arbeiteten mit Hochdruck für Dieze; und was das in den alten Provinzen sagen will, das weiß Jeder, der den während der Conflictzeit erfundenen und bis in die kleinsten Einzelheiten vervollkommneten Apparat kennt, bis auf den Gendarmen und Feldhüter hinunter. Gleichwol kam Trautmann mit Dieze zur Stichwahl. Jetzt ergingen Nothsignale nach Berlin. Die Landesbehörden, die Reichsbehörden, sogar der Reichskanzler selbst intervenirten für Dieze. Der Fürst Bismarck erklärte es für eine „Calamität“, wenn Dieze durchfalle, und versprach, alles „Zulässige“ — ein dehubarer Begriff! — für seine Wiederwahl zu thun; und Wort gehalten hat er ganz sicher. Allein trotz alledem und alledem hat das „frische Blut“ Trautmann den alten Recken, den Freund und Schützling des Fürsten, in den Sand gestreckt.

Die Sonne geht auf und geht wieder nieder,  
Doch der Dieze von Barby lehrt nimmer wieder.

Statt dessen ist ein Dritter gekommen, auch ein Homo novus, aber ein ganz Anderer als Trautmann. Auch er, dieser Dritte, war niemals Mitglied des Reichstags; er hat seine specifisch politischen Ansichten bis jetzt so wenig kundgethan, daß man nicht einmal recht weiß, ist er ein Conservativer oder ein Liberaler. Er hat auch nichts geschrieben, außer einem Schriftchen gegen die Einführung des Tabakmonopols, dasselbe ist jedoch anonym und vor mehr als zwanzig Jahren erschienen. Er ist schon etwa sechzig Jahre alt, mittlerer, schlanker Statur und geht Sommer und Winter in der nämlichen sorgfältig gehaltenen Kleidung, untadelhaftem Cylinder, schwarzem Gesellschaftsrock und hellen Inexpressibles von einer nur ihm eigenthümlichen graugelblichen Farbe, kurzen, raschen und leichten Schrittes einher. Sein Haupthaar und seine Augenbrauen sind aschblond und ein wenig dürrig. Desto mehr hebt sich die mächtige Stirne

und die gerade, feingebaute Nase hervor. Der Mund ist nicht allzu klein und energisch festgeschlossen, das Gesicht glattrasirt. Die stahlblauen Augen blicken lebhaft und fest in die Welt. Der preussische „Geheimrath“ ist nicht zu erkennen, aber ebensowenig der wirkliche Staatsmann.

Wenn das Porträt gelungen ist, muß Jedermann sagen: Dieser junge Parlamentarier ist ein alter Bekannter. Es ist Rudolph Delbrück, der ehemalige Staatsminister und Präsident des Reichskanzler-Amtes, welcher im Frühjahr 1876 ganz plötzlich und für die Uueingeweihten in höchst überraschender Weise seinen Abschied genommen. Der Fürst Bismarck versicherte damals im Abgeordnetenhanse, er habe mit Delbrück niemals den geringsten Conflict gehabt, während die Schutzzöllner behaupteten, Delbrück habe wegen seiner „nunmehr nicht mehr zeitgemäßen“ freihändlerischen Ansichten zurücktreten müssen. Delbrück selber sprach etwas von Krankheit oder wenigstens von Ermüdung; da er aber unmittelbar darauf nach Paris ging, um sich dort „in den Strudel zu stürzen“, oder wenigstens sofort eine Reihe feierlicher und großer Diners und Soupers mit der bewährten Consumtionskraft eines veritablen Diplomaten zu bestehen, so ereignete sich zum ersten und einzigen Male ein seltsames Ding, nämlich, daß man Delbrück, einem sonst absolut glaubwürdigen Manne, nicht glaubte.

Der Fortschritts=Professor aber, von dem ich oben gesprochen, hatte sich die Sache bereits in ein System gebracht, als er sagte: „Jedes Land hat seine besonderen politischen Gewohnheiten. In England geht der Minister, wenn er im Parlamente nicht mehr die Majorität hat. Bei uns im Deutschen Reich ist das anders. Wenn bei uns ein Minister im Bundesrath und im Reichstag das allgemeine Vertrauen genießt und die unzweifelhafte Majorität hat, dann geht er oder wird er gegangen, nicht obgleich, sondern weil er die Majorität hat. Das Letztere kann man hier nun einmal absolut nicht vertragen.“

Und doch hatte Fürst Bismarck Recht, als er versicherte, er habe mit Herrn Delbrück keine Collision und keinen Zusammenstoß gehabt. Ja noch mehr, es war geradezu unmöglich, daß er einen solchen gehabt haben konnte. Denn er ging dem Manne seit 1874 mit Sorgfalt aus dem Wege, und schon 1875 konnte Delbrück einem Reichstags-Abgeordneten, welcher ihn fragte, ob es denn wahr sei, daß der Abgeordnete und Eisenhütten-Besitzer Stumm aus Saarbrücken den (bis dahin freihändlerischen) Fürsten Bismarck zum Schutzzoll bekehrt habe, wahrheitsgemäß antworten, er, Delbrück, wisse von den augenblicklichen handelspolitischen Ansichten des Fürsten ebensowenig, wie der verehrliche Interpellant.

In allen denjenigen Dingen, in welchen früher Fürst Bismarck dem Rathe des Herrn Delbrück gefolgt war, zog er nun andere Fachmänner zu Rathe, z. B. in Bankfragen den Berliner Bankpräsidenten v. Dechend, welcher für möglichst ausgedehnte Noten-Emission schwärmt, während Delbrück von jeher, wie es Ludwig Bamberger ausdrückt, ein „Noten-Temperenzler“ war und dadurch Deutschland vor der Papierpest, auf welche es lossteuernte, glücklich bewahrt hat. In Eisenbahn-Angelegenheiten consultirte Bismarck anstatt Delbrück's Herrn Maybach, den damaligen Präsidenten des Reichs-Eisenbahnamts, zu dessen Gunsten er zwischenzeitig den Handelsminister Achenbach depossedirt hat; auf Maybach's Rath stellte Bismarck sein Reichs-Eisenbahnproject auf, das inzwischen an den Klippen der Mittel- und Kleinstaaten einen traurigen Schiffbruch erlitten.

Im Uebrigen ging Fürst Bismarck systematisch darauf aus, neue Reichsämtner neben und außer dem Reichskanzler-Amt zu creiren und dieselben, statt unter das Reichskanzler-Amt, direct unter den „Reichskanzler“ zu stellen. Delbrück lah, wie sein Ressort immer kleiner ward. Es glich der Insel Helgoland, von welcher unter dem Einflusse des bissigen Zahnes der Nordsee alljährlich eine bestimmte Quote abbröckelt, so daß man mit einiger Bestimmtheit vorausjagen kann, in

welchem Jahre das Giland aufgehört haben wird, zu existiren. Delbrück hatte keine Lust, das abzuwarten. Er schwankte zwei Jahre lang zwischen der Absicht zu gehen, und der Lust und der Liebe zum Amte. Da kam endlich die Sache auf folgende Art zur Explosion:

Eines Tages passirte Delbrück die immer seltener werdende Ehre, von dem Reichskanzler zu Rathe gezogen zu werden, und da der Letztere außerordentlich guter Laune zu sein schien, so wagte es der im Uebrigen bereits sehr zurückhaltend gewordene Delbrück, die Bemerkung einfließen zu lassen, er (Delbrück) habe große Bedenken gegen das (Maybach'sche) Reichs-Eisenbahnproject. Der Fürst nahm das mit spöttischem Lächeln entgegen. „Nun ja“, sagte er, „das kann ich mir denken; aber Sie können sich vollständig beruhigen, die Sache geht Sie ja gar nichts an.“ Delbrück ging nach Hause, speiste mit seiner Gemahlin (er war damals erst seit Kurzem verheirathet) in bester Laune zu Mittag, und dann sagte er: „Mein liebes Kind, nun wollen wir gehen und uns eine Wohnung ansuchen.“

„Wozu?“ meinte Frau Delbrück. „Wir haben ja unsere Dienstwohnung?“

Herr Delbrück erwiderte, gerade diese wolle er verlassen. Am andern Tage war die Privatwohnung gemiethet und Delbrück hatte seinen Abschied in der Tasche; er hatte mit gewohnter Raschheit und Präcision Alles erledigt. Auf das Publicum aber machte dieser Rücktritt den Eindruck eines Blitzstrahles aus heiterem Himmel. Seitdem hat man Gelegenheit gehabt, seine Bedeutung und seine Antecedentien genau zu erkennen.

Die zwei Jahre, die seitdem verflossen, hat Delbrück in der Ruhe des Privatlebens zugebracht. Theils war er auf Reisen, theils arbeitete er an einer Geschichte der preussischen und deutschen Handelspolitik in dem Zollvereine, dem norddeutschen Bunde und dem Reiche. Da traf ihn die Nachricht von der Auflösung des Reichstags. Er vernahm von den

extravaganten Hoffnungen, welche die volkswirthschaftliche, politische und kirchliche Reaction daran knüpfen. Er hörte das Schlachtgeheul der vereinten schutzzöllnerischen, zünftigen und particularistischen Nothhäuete. Bis dahin hatte er den Aufforderungen, für den Reichs- oder den Landtag zu candidiren, wie solche von verschiedenen Wahlkreisen an ihn ergangen waren, stets widerstanden; er gedachte in Ruhe seine Zeit abzuwarten, die Zeit, wo er sich wieder im öffentlichen Dienste dem Staate oder dem Reiche nützlich erweisen könne. Allein nun ging ihm doch die Geduld aus. „Soll ich“, jagte er sich, „es ruhig mit ansehen, wie die Reaction an die Dummheit und die Leidenschaft appellirt, wie man eine vorübergehende wirthschaftliche Krisis benützt, um alle gefunden Principien der National-Oekonomie über den Haufen zu werfen, wie man jedes kleine Unbehagen dem Freihandel in die Schuhe schiebt, während es doch die schutzzöllnerischen Länder Amerika und Rußland sind, welche am schwersten unter dieser Krisis leiden? Soll ich, der ich Deutschland in das System der westeuropäischen Handelsverträge eingeführt und ihm den europäischen Markt aufgeschlossen habe, ruhig mit zusehen, wie man es wieder isoliren und verarmen will; soll ich dulden, daß man alles das, was ich während eines Menschenalters voll Anstrengung, Mühe und Arbeit aufgebaut habe, in einem Augenblicke der Verwirrung und Verblendung wieder umstürzt?“ Da entschloß sich Delbrück, und so nahm er denn die Candidatur im Wahlkreise Jena an und wurde mit einer großen Majorität gewählt, obgleich man ihm noch in der elften Stunde einen dort eingeborenen schutzzöllnerischen Fabrikanten entgegengestellt hatte. Das Jena von 1806 war unser Unglück, das Jena von 1878 ist vielleicht unsere Rettung. In den Reichstag tritt Delbrück als „Fuchs“ ein, während er so lange dem Bundesrathe als „bemoostes Haupt“ angehört hat; aber ich glaube, Bundesrath und Reichstag werden dem Deputirten Delbrück nicht weniger Vertrauen schenken, als dem Minister Delbrück, und der bereits zweimal

laudirte Fortschritts=Professor meinte: „Hätte Bismarck gewußt, daß in den Neuwahlen Gustav Adolph Dieke unter= und Rudolph Delbrück aufgehen werde, er würde den Reichstag nicht aufgelöst haben.“

Endlich hat den Reichskanzler noch ein kleines Familien=unglück betroffen. Sein Erstgeborener, Graf Herbert, zog aus, um das Herzogthum Lauenburg zu erobern. Ich weiß nicht, ob seine fürstliche Mutter ihm den Schild des Kampfes überreicht hat mit den Worten: „Mit ihm oder auf ihm!“ Ich weiß nur, daß der Graf nicht mit dem Schilde zurück=gekehrt ist, sondern von dem liberalen Dr. Hammacher besiegt ward. Der Reichskanzler kann sagen:

Mein Patroklus ist geblieben,  
Und Thersites kehrt zurück.

Man kann auch statt Thersites „Hammacher“ sagen. Das Versmaß erlaubt es.

---

### N a c h s c h r i f t.

Jede ordentliche Epistel muß ihr Postscriptum haben. Indem ich meinen Brief noch einmal überlese, finde ich, daß ich vielleicht meiner Lanne zu sehr habe die Zügel schießen lassen. Es sollte mir leid thun, wenn daraus Zweifel an der Accurateffe meiner Darstellung entstehen könnten. Um dem vorzubeugen, füge ich noch eine Wahlgeschichte bei, von der jedes Wort und jede Sylbe actenmäßig belegt werden kann:

In dem ostpreussischen Wahlkreise Wehlau-Labiau betrachtete man trotz aller Bemühungen des Landraths Federath, des Kreischulinspectors Kittlaus, der Gendarmen und der sonstigen Polizei=Bediensteten, über welche Beeinflussungen eine Beschwerde nebst Protest an den Reichstag gelangen wird, die Wahl des liberalen Abgeordneten Fernow als vollkommen gesichert; und in der That wäre Fernow gewählt worden, wenn nicht die Conservativen zu Gunsten ihres Candidaten, des Herrn v. Knobloch=Barwalde, in der ersten

Stunde, wo eine Abwehr nicht mehr möglich war, zu einem Mittel gegriffen hätten, welches, vorausgesetzt daß es mit dem Gesetz und den guten Sitten übereinstimmt, ein Patent verdienen würde, weil es durch Neuheit und Eigenthümlichkeit hervorsticht.

Am Vorabend der Wahl, am 29 Juli, erhielten sämtliche Reservisten und Landwehrmänner — es sind deren mehrere Tausend im Wahlkreis — mit der Post einen „Wehlau-Labiau im Juli 1878“ datirten Aufruf, über welchem das eiserne Kreuz prangt mit der Umschrift: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!“ und welcher von folgenden Officieren, unter ausdrücklicher Beifügung ihrer militärischen Charge unterzeichnet ist:

1) Oberst von der Gröben, 2) Major Graf Schlieben-Panditten, 3) Hauptmann Riebenfahn-Caymen, 4) Rittmeister Graf Schlieben-Georgenburg, 5) Hauptmann Gusovius-Lugken, 6) Premier-Lieutenant von Weiß-Blauen, 7) Premier-Lieutenant von Borbstädt-Stadthausen, 8) Premier-Lieutenant Dreyers, 9) Lieutenant von Hillebrandt-Inglacken, 10) Secunde-Lieutenant Volz-Gründen, 11) Secunde-Lieutenant Federath, 12) Secunde-Lieutenant von Hutten, 13) Secunde-Lieutenant Hammerschmidt. Die Ueberschrift des Aufrufes ist in fettester Schrift an die „Reservisten und Wehrleute, ehemalige Soldaten in den Kreisen Wehlau und Labiau“ gerichtet.

Der Aufruf lautet wörtlich so:

An Euch die Ihr des Königs Rock getragen habt, sind diese Worte gerichtet: Der Reichstag ist nach Hause geschickt; er hat die Regierung unseres Kaisers und Herrn nicht unterstützt, die Unterdrückung der Socialdemokraten ist damit vereitelt worden — die Folgen zeigten sich in zwei kurz aufeinander folgenden Attentaten auf die geheiligte Person unseres ruhmreichen, gnädigsten Kaisers und Königs! Dahin ist's gekommen in Preußen,



daß unser König, der Abgott der Soldaten und jedes andern rechtlich denkenden Mannes, nicht mehr vor Mörderhand in seiner Hauptstadt sicher ist! Haben Preußens beste Söhne, seine Soldaten, im ruhmreichen Kriege, in vielen Schlachten dafür gekämpft und geblutet, daß Gottesfurcht und Königstreue verloren gehen und Meuchelmörder und Banditen unsern König bedrohen und unsern Glauben schänden?! Nimmermehr wollen wir das leiden, und Jeder wird und muß, was in seinen Kräften steht, thun, um das zu hindern! Mit Freuden ist sicher Jeder von uns bereit, sein Herzblut einzusetzen, wenn der König uns zur Fahne ruft gegen seine Feinde, mögen solche sein, wer sie wollen — auch jetzt am 30. d. Mts. bei der Wahl erfolgt an Jeden der Ruf, die Treue und Anhänglichkeit für unsern Kriegsherrn zu bethätigen durch Abgabe der Stimme für einen Abgeordneten zum neuen Reichstage, der unumwunden tren mit Herz und Hand zu unserm Kaiser und König steht. Deshalb kommt, wie es alten Soldaten geziemt, vollzählich zum

Appell am 30. d. Mts.

Wahl=Parole ist:

Für den ehemaligen Soldaten des Königs  
von Knobloch=Bärwalde.“

Jedem Aufruf lagen zwei auf „von Knobloch=Bärwalde“ lautende Stimmzettel bei.

Bezüglich des Inhaltes des Aufrufs sind zunächst die Ausdrücke „Appell“ und „Parole“ zu beachten, welche im Munde des Officiers, der zu Soldaten spricht, ihre unzweifelhafte militärisch=technische Bedeutung haben.

Zweitens ist es auffallend, daß der Aufruf die chronologische Ordnung umkehrt. Er bezeichnet die zwei kurz aufeinander folgenden Attentate als „Folgen“ der Verwerfung des Antisocialisten=Gesetzes. Sollten die verehrten Herren

Subscribenten wirklich nicht wissen, daß zuerst Hödel und dann der Geseßentwurf kam, und nicht umgekehrt. Sollten sie nicht wissen, daß dem Reichstag, als er geschlossen wurde, durch den Präsidenten des Reichskanzleramtes „im Namen Seiner Majestät des Kaisers Dank gesagt wurde“ für den Eifer und die Ausdauer, womit er sich in dieser langen und anstrengenden Session seinen Arbeiten gewidmet habe? Wenn sie es aber wissen, warum erlauben sie sich solche poetische Lizenzen?

Was die Art der Verbreitung anlangt, so ist Folgendes zu bemerken:

1) Die Adressen lauteten militärisch, also z. B. Wehrmann Wendowski, Reservist Klein, Unterofficier Schöber. Einige der Adressaten glaubten in diesen Aufschriften die Hand der auf dem Bezirkscommando beschäftigten Soldaten zu erkennen.

2) Sachkundige behaupten, es sei kaum möglich, den Aufruf an sämtliche Reservisten und Wehrmänner zu verschicken, ohne vorherige Einsicht der militärischen Listen des Bezirks-Commandos, welche sonst unter amtlichem Verschuß und dritten Personen nicht zugänglich sind.

Unter diesen Umständen ist es sehr begreiflich, daß die Soldaten in diesem Pronunciamento von Officieren, welche ihrer Unterschrift nur ihre militärische Charge, nicht aber ihre sonstige bürgerliche und dienstliche Stellung beifügten (der Lieutenant Federath ist nebenbei auch Landrath, hat aber vergessen, dies zu erwähnen), eine militärisch-dienstliche „Ordre“ erblickten, oder gar einen Befehl des Königs an die, welche „des Königs Rock“ getragen, zu Gunsten des „Königs-Soldaten“ Knobloch einzuschreiten.

Es kann eine ganze Reihe von Wählern namhaft gemacht werden, welche den Wahlauf Ruf in diesem Sinne verstanden und ihm nur deshalb gehorchten, weil sie, wie sie sagten, von „dem Landwehr-Bureau“ oder von ihren militärischen Vorgesetzten „Befehl“ oder „Ordre“ erhalten hätten, für Knobloch zu stimmen.

Charakteristisch ist folgender Hergang:

Bei dem Rittergutsbesitzer Stantien in Neumühl, Kreis Wehlau, standen einige Wehrmänner zur Zeit der Wahl in Feldarbeit. In Folge eines Zufalls gelangte in deren Hände der militärische Wahlaufruf erst am Tage nach der Wahl. Sofort ließen diese Leute die ihnen aufgetragene Arbeit stehen und liegen, um nach der Stadt Allenburg zu eilen und dort der Polizeibehörde den Grund anzuzeigen und sich zu entschuldigen, warum sie dem Appell auf Gestern nicht Folge geleistet hatten. Als sie zurückgekehrt waren, stellten sie ihre Arbeitgeber zur Rede, warum sie ohne Erlaubniß die Arbeit verlassen. Darauf erklärten die Leute unmuthig, sie hätten einen Befehl vom Kaiser erhalten, und da bedürften sie von ihm, Stantien, keinen Urlaub. Ja der Eine von ihnen drang in seinem Unwillen sogar mit der Sense auf Herrn Stantien ein.

Am 26. Juli hatte der „Kameradschaftliche Verein“ ein Essen in Wehlau. Bei dieser Gelegenheit ist der Aufruf zu Stande gekommen. Der „Secunde=Lieutenant“ Federath, d. h. der „Herr Landrath“, soll ihn vor Beginn der „*Αγαντι*“ zur Unterschrift vorgelegt und dann sofort in die Druckerei befördert haben. Einige anwesende Officiere haben das Siguiren verweigert, weil sie solches für dienstwidrig hielten. Der Herr Oberstlieutenant Keltich, derzeitiger Bezirks-Commandeur, war zu dem Mahle geladen, aber nicht erschienen. Vielleicht ahnte er, was vorgehen sollte, und gedachte des Anschlags von Illo im vierten Aufzuge von Schillers Piccolomini.

Doch die Sache ist zu ernsthaft, um darüber zu scherzen.

Das Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874, welches zu den Grundpfeilern der Verfassung des Deutschen Reichs gehört, ordnet in § 49 an, daß in Betreff der Reichsvertretung für die zum activen Heere gehörigen Militärpersonen die Berechtigung zum Wählen ruht und daß sogar allen zum activen Heere gehörigen Militärpersonen die Theil-

nahme an politischen Versammlungen und Vereinen untersagt ist. (Reichsgesetzblatt Nr. 15, S. 59.) Schon das Reichswahlgesetz vom 31. Mai 1869 § 2 hat jene Vorschrift enthalten, in dem Gesetze von 1874 ist sie aufs Neue wiederholt und bekräftigt worden. Der Grund zu dieser weisen Vorschrift unserer Gesetzgebung ist: Die activen Officiere sollen ihren Dienst thun und keine Politik machen, am wenigsten aber unter Mißbrauch ihres militärischen Amtes.

Wohin die entgegengesetzte Praxis führt, das sehen wir an den französischen Officieren, vor Allem aber an den politischen Generalen von Spanien, welche gewohnt sind, von Zeit zu Zeit ihr Pronunciamento zu machen, heute zu Gunsten eines Aufstandes und morgen zu Gunsten einer Palastrevolution, und welche dadurch die Monarchie und das Land schwerer geschädigt haben, als alle Rebellen.

Ob die unter solchen Umständen zu Stande gebrachte Wahl des Herrn von Knobloch gültig ist, das hat der Reichstag zu prüfen. Allein in dem vorliegenden Falle handelt es sich nicht blos um die verhältnißmäßig unwichtige Frage. Es handelt sich um die Stellung der Armee und des Officierstandes. Das in Obigem geschilderte Verfahren, das, wie gesagt, urkundlich und durch Zeugen bewiesen werden kann, schlägt eine Bahn ein, welche zum Verderben führt. Deshalb ist die Presse verpflichtet, bei Zeit darauf aufmerksam zu machen und ihr „Videant Consules“! mit allem Nachdrucke zu sprechen.

Fügen wir diesem Bericht aus Ostpreußen einen solchen aus der Provinz Schlesien hinzu. Der „Frankfurter Zeitung“ schreibt ihr parlamentarischer Berichterstatter, welcher offenbar aus den Acten geschöpft hat, in streng objectiver Weise:

M Berlin, 20. September. Sie haben neulich die Wahl-Epistel eines Wiener Blattes reproducirt, in welcher die Wahl-Niederlage des bürgerlichen Gerichtsraths gegen den von der Regierung mit allen nur erdenklichen Mitteln unterstützten Grafen Leberthran auf Cabelau in humoristischer

Weise geschildert war. Wer Gelegenheit hat, einen Blick in die Acten der Wahlprüfungscommission zu thun, der kann sich nunmehr überzeugen, daß der Verfasser jenes Wahl-Jenilletons nicht im mindesten übertrieben hat, daß vielmehr seine Schilderung noch weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Sehen wir uns, um einen Fall unter vielen herauszugreifen, einmal die Wahl im zweiten Siegnitzer Wahlkreise an, aus welcher Herr Oberpräsident von Puttkamer, ein naher Verwandte des Fürsten Bismarck, als Sieger hervorging. Der frühere Vertreter des Kreises, Herr Kreisgerichts-Rath Michaelis, gehörte dem linken Flügel der nationalliberalen Partei an. Diesmal wurde es durch den Landrath des Kreises dem früheren Abgeordneten geradezu unmöglich gemacht, seine Candidatur wieder aufzustellen. Kurz nach der Auflösung des Reichstags berief der Herr Landrath von Haugwitz im Verein mit einer Reihe von Amts-Vorstehern eine Wahl-Versammlung nach der Kreis-hauptstadt Löwenberg. Die Einladung schon war eine Beleidigung des aufgelösten Reichstags: „Von der bisherigen Vertretung des deutschen Volks im Reichstage stand nicht zu erwarten, daß sie ein Gesetz angenommen haben würde, welches dem zügellosen Treiben der Socialdemokraten, das bis zum Königsmorde führte, Schranken in gebührender Weise setzt.“ In der Wähler-Versammlung stellte der Herr Landrath selbst den Antrag, den bisherigen Abgeordneten — der ein Jurist und Doctrinar sei — zu beseitigen und an dessen Stelle den Herrn Oberpräsidenten von Puttkamer aufzustellen. Dem Vorschlag des Landraths wagte Niemand zu widersprechen, und so wurde denn die Candidatur des Herrn Oberpräsidenten proclamirt. Nun wollte der Candidat sich seinen Wählern auch vorstellen. Der Herr Landrath theilte den fünf Städten des Kreises, wie ein vorliegender Protest behauptet, mit, daß der Oberpräsident beschloffen habe, den Kreis zu bereisen. Er fügte hinzu, „es werde den Chef der Provinz erfreuen, wenn Corporationen zc. sich

aufstellen und die Stadt ein festliches Gewand anlegen würde.“ Hören wir nun, was die Localblätter des Kreises über diese amtliche Inspectionreise berichten. In Löwenberg traf Se. Excellenz am 16. Juli (also vierzehn Tage vor der Wahl) in Begleitung des Regierungspräsidenten von Zedlitz-Neukirch, des Oberpräsidialraths Frankenberg und des Landraths von Haugwitz ein, wurde von dem Stadtverordneten-Vorsteher begrüßt und besichtigte zunächst die Irrenanstalt, die evangelische Kirche, an deren Eingange sich die Geistlichkeit und der Gemeindefirchensrath aufgestellt hatte. Hierauf fuhr er nach der katholischen Kirche, wo er ebenfalls von der Geistlichkeit begrüßt wurde. Inzwischen hatten sich auf dem Markte die Schützengilde, das Bürger-Jüngsten-Corps, die Schulen unter Führung ihrer Lehrer, die Turn-, Krieger-, Gesellenvereine u. aufgestellt. „Beim Erscheinen Seiner Excellenz intonirten die Musikcorps die Nationalhymne. Se. Excellenz ging an den Fronten beiderzüge entlang und unterhielt sich mit den ihm vom Herrn Landrath von Haugwitz vorgestellten Vereinsvorständen, Lehrern u. Hierauf erfolgte im SitzungsSaale des Kreisgerichts die Vorstellung der städtischen Behörden, der Kreisdeputirten, Lehrer u. u.“ Nach der Vorstellung „sprach der Herr Landrath seinen Dank aus, daß der Herr Oberpräsident die Gewogenheit gehabt hätte, den Kreis mit seinem Besuche zu beehren, was seit Menschenalter seitens seiner Vorgänger unterlassen worden, alsdann trug er im Namen der Wähler die Bitte vor, als aufgestellter Candidat zum Reichstage seine Stellung zu den künftigen Gesetzesvorlagen gütigst klarlegen zu wollen. Hierauf hielt der Herr Oberpräsident seine Wahlrede und folgte dann der Einladung zum Dejeuner in dem „geschmackvoll decorirten Saale des Hotel du Roi“. Aehnlich wie in Löwenberg war der Verlauf der Reise auch in den anderen Städten des Kreises. Aus Friedeberg berichtet die „Niederöschl. Btg.“: „Heute beehrte uns der Oberpräsident Schlesiens mit seinem

officiellen Besuch. Da derselbe vorher angefragt worden, so konnten die nöthigen Vorbereitungen getroffen werden, und der Empfang des hohen Herrn war ein nahezu fürstlicher.“ Nach einer Beschreibung der Aufzüge und Empfangsfeierlichkeiten heißt es dann: „Da der Herr Oberpräsident zugleich unser Reichstagscandidat ist, so war der Besuch doppelt bedeutungsvoll.“ In den auf dieser officiellen Reise gehaltenen Wahlreden hat es an Versprechungen und Zusicherungen an die Einwohner nicht gefehlt. So berichtet das vorhin genannte Blatt aus Liebenthal, wo ebenfalls alle Häuser beslaggt und mit Guirlanden geschmückt waren: „An Stelle des erkrankten Bürgermeisters begrüßte auf dem Rathhause der Seminardirector Klose die hochwillkommenen Gäste. Derselbe schilderte in gewandter Rede die gegenwärtig gedrückte und mißliche Lage der Stadt, die durch mannigfache Verhältnisse sehr herabgekommen sei, auch durch den Verlust des hiesigen Gerichts weitverzweigten Schaden genommen, sowie durch verschiedene Vorkommnisse den Verkehr verloren habe, und deshalb Schutz, Schirm und Hülfe bedürfe. Der Herr Oberpräsident versprach, der Stadt eingedenk zu sein und für ihr neues Aufblühen Sorge zu tragen.“ Es versteht sich von selbst, daß die Wähler des Kreises Löwenberg sich angesichts der ihnen erwiesenen Ehre und eröffneten Ausichten nicht undankbar erwiesen und den Herrn Oberpräsidenten mit großer Mehrheit in den Reichstag schickten. Bemerkenswerth ist immerhin, daß eine ziemlich umfassende Wahlenthaltung stattfand, denn es wurden 3334 Stimmen weniger abgegeben, als im Jahre 1877. Ich habe Ihnen über die Vorgänge bei dieser Wahl deshalb so ausführlich berichtet, weil sie typisch sind für eine ganze Reihe anderer Wahlen in den östlichen Provinzen. Wenn der Herr Reichskanzler von der neugewählten Volksvertretung wirklich gesagt hat: „Ein netter Reichstag das!“ sollte er dabei nicht auch an die Art und Weise gedacht haben, wie viele der jetzigen

Abgeordneten zu ihrem Mandate gekommen sind? Die Wahl des Herrn Oberpräsidenten von Puttkamer — der nebenbei gesagt ein sehr talentvoller Mann und tüchtiger Beamter ist — wird in einem Proteste angefochten, weil angeblich sowohl er als Herr Landrath von Haugwitz „ihre amtliche Stellung vor und bei der Wahl erfolgreich und gründlich mißbraucht haben“. Die Wahlprüfungscommission wird sich demnächst mit der Prüfung der Angelegenheit befassen.

Ach, was sind doch die preußischen Oberpräsidenten glückliche und nützliche Menschen, wenn sie im Stande sind, so ohne Weiteres eine Stadt, welche „durch mannigfache Verhältnisse sehr arg heruntergekommen ist, namentlich durch verschiedene Vorkommnisse den Verkehr verloren hat“, wieder neu aufblühen zu machen und sie aus ihrer gegenwärtig gedrückten und mißlichen Lage zu erlösen. Sie sind wahrhaft zu beneiden. Das können ja nicht einmal die französischen Präfecten, die doch sonst beinahe allmächtig sind.

Wäre es dann aber nicht besser, wenn man die Herren Oberpräsidenten, statt sie in den Reichstag zu wählen, wo sie „nicht mehr sind, als ein anderer Mann“, in ihrer Provinz beließe, damit sie ausschließlich dort sich mit dem weit dankenswertheren Geschäfte befäßen, heruntergekommene und gesunkene Städte wieder zu heben und für deren neues Aufblühen Sorge zu tragen?

---



## VI.

# St. Bachäus.

### Nach der Wahl-Campagne.

Der Reichstag als solcher ist aus der Wahlcampagne geschwächt und zersplittert hervorgegangen. Die Schwarzen und die Rothen haben zugenommen. Desgleichen die Altconservativen, worunter auch manche Kreuzzeitungs-Declaranten. Eine Majorität giebt es in diesem Reichstage überhaupt nicht, weder eine liberale, noch eine conservative, noch eine clericale. Wol aber steht bei dem Centrum die Entscheidung zwischen „Liberal“ und „Klerikal“. Windthorst-Meppen, der Gegner des Kanzlers, bildet das Hünglein der Waage. Hinter sich hat er nicht nur das centrifugale Centrum, sondern auch die stark vermehrten welfischen Schaaren. Letztere werden ihre jetzige Haltung bewahren „bis an das Ende aller Dinge“. Selbst ein *modus vivendi* würde daran nichts ändern.

Betrachte man den Reichstag von einem Standpunkte wie man wolle, man wird von einem jeden ausgehend, immer zu demselben Resultat gelangen: Der Reichskanzler hat bei dem Wechsel des Reichstags nichts gewonnen. Im Gegentheil. Der aufgelöste Reichstag — das kann man ja zugeben — hatte seine Fehler, er sagte namentlich zuweilen bloß „Nein“, anstatt einen positiven Gegenvorschlag zu machen, was klüger gewesen wäre — aber der neugewählte hat die Fehler des

alten, und noch eine Anzahl neue dazu. Dies wird sich schon gleich zu Anfang bei den Wahlprüfungen zeigen, zu welchen schon ein Masse von Protesten und von anderem Material aufgehäuft liegt. Das wird eine böse „entrée joyeuse“ geben.

„Nun gut“, sagt man, „dann wird man auch den neuen Reichstag auflösen, so gut wie den alten.“

Das ist nun freilich leicht gesagt, aber schwer gethan. Die Wahrheit ist: Es ist nicht so leicht, einen Deutschen Reichstag aufzulösen, wie ein preußisches Abgeordnetenhaus. Man darf die alte, in sich gefestigte einheitliche preußische Monarchie, deren Unterthanen von dem reactionärsten Kreuzzeitungsmanne bis hinüber zu dem radicalen Fortschritt, durch und durch Royalisten sind, nicht verwechseln mit dem seit wenigen Jahren erst bestehenden „zusammengesetzten“ Staatswesen, welches den Namen „Deutsches Reich“ führt. In dem Letzteren muß die centrifugale Kraft der Einzelwesen zusammengehalten werden durch das einheitliche centripetale Band einer Gesamt-Volksvertretung. Was die neupreussischen und die nichtpreussischen Länder anlangt, so kann jenes Band hier nicht gewoben werden aus conservativen Fäden. Denn die Conservativen sind hier Particularisten. Dies zeigen am Besten die hannoverschen Welfen, trotz ihres protestantischen Glaubens getreue Hospitanten und Schildträger des klerikalen und centrifugalen Centrums. In den übrigen Territorien verhält es sich ähnlich. Bei jeder neuen Auflösung werden diese Elemente gewinnen. Es wäre aber eine Thorheit, annehmen zu wollen, Fürst Bismarck wiege sich in dem Glauben, aus diesem welfischen Material Stützpfiler für seine ghibellinische Politik aufzuführen zu können. Er hatte, so weit es sich um die altländischen Provinzen handelt, richtig gerechnet, in Betreff der neupreussischen Provinzen und der nichtpreussischen Staaten wird er wohl jetzt schon zugestehen müssen, daß er sich gründlich getäuscht hat.

Wir wiederholen: Nur ein starker, geachteter, nationalgefinnter Reichstag ist im Stande, das Gleichgewicht zwischen den centrifugalen und den centripetalen Gewalten zu erhalten. Der Bundesrath ist nöthig, um die Mannigfaltigkeit in der Einheit, der Reichstag, um die Einheit in der Mannigfaltigkeit zu erhalten. Den Reichstag unter seine bisherige Stellung hinunterdrücken, heißt so viel, als den Bundesrath weit über seine gegenwärtige Stellung emporheben. Denke man sich den Reichstag einmal ganz hinweg, dann stellt das, was übrig bleibt, nicht mehr den jetzigen, um die Entwicklung der deutschen Verfassung und Gesetzgebung so hoch verdienten Bundesrath vor, es wird dann vielmehr identisch sein mit dem alten Bundesrath zu Frankfurt a./M. in der Eschenheimer Gasse und dem Palais des Fürsten von Thurn und Taxis, dem Bundestag, welchen der Minister v. Mantouffel mit einer Feuerlöchanstalt verglich, wobei er nur vergaß zu erwähnen, daß uns jene Anstalt ihren kalten Strahl auch dann applicirte, wenn es nicht brannte.

Der Kaiser und der Reichstag sind die Repräsentanten der Einheit, der Bundesrath ist der Repräsentant der Vielheit. Der Kaiser hat leider kein Veto. Der gesetzgeberische Schwerpunkt liegt in den beiden genannten Corporationen. Denke man sich also die eine Corporation weg, welche die Einheit bedentet, so bleibt nichts mehr übrig, als die Mannigfaltigkeit, die territoriale Zersplitterung, die Viel- und Kleinstaaterci, — kurz, der „glücklich überwundene Standpunkt“.

Im Auslande wird man häufig — auch von sonst den Deutschen wohlwollenden Männern — gefragt: „Wird es denn wirklich auf die Dauer halten, Euer neugeschaffenes Deutsches Reich?“ Wir Deutsche dürfen uns darüber nicht wundern. Fragen doch auch wir zuweilen die Italiener: „Wird sie auch halten, Eure Italia una?“ Was uns an Italien zweifeln macht, das sind die ewigen Ministerwechsel, die so rasch auf einander folgenden Veränderungen, Umgestal-

tungen und Verschiebungen der parlamentarischen und politischen Parteien, Dinge und Menschen. Es ist die Ungeduld, die Ruhelosigkeit, die phantastische Projectenmacherei, das ewig-hastige, Alles beginnende und Nichts zu Ende führende Experimentiren; das sind die Erscheinungen, welche unser Urtheil über Italien beirren und dem Zweifel aussetzen.

In Deutschland haben wir lange diese Fehler glücklich vermieden. Allein auch bei uns ist seit einigen Jahren, — und nicht durch Verschulden des Reichstags, — eine gewisse Unruhe, Unsicherheit, Unklarheit und Zerkahrenheit eingetreten. Heute gilt es bei uns nicht, zu zerstreuen, nicht zu theilen und aufzulösen, sondern zu einigen, zusammenzufassen und — wie König Friedrich Wilhelm III. zu sagen pflegte — „zu calmiren“. Dies ist der Grund, warum wir glauben, daß die in Permanenz erklärte Auflösung des Reichstags zwar nicht zu einer Auflösung des jungen Reichs wohl aber zu einer Erschütterung seiner Grundlagen im Innern und zu einer Untergrabung seines Ansehens im Auslande führen könnte.

Wir glauben daher nicht, daß wir vor einer Kette von Auflösungen stehen. Fürst Bismarck wird mit der einen, bei der er seinen Zweck nicht erreicht hat, mehr als genug haben. Er wird nicht sich selber copiren. Er wird nicht 1878 einen Reichsconflict als Reichskanzler provociren, wie er 1862 als preussischer Ministerpräsident einen Landesverfassungsconflict inauguirte. Die Elasticität seines Geistes, seine unerschöpfliche Fruchtbarkeit an Mitteln und Wegen wird ihn auch dieses Mal nicht im Stiche lassen. Er ist bei der Vertheilung der Geistesgaben wahrlich nicht zu kurz gekommen, aber eine der Eigenschaften, welche erforderlich sind, um mit einem Parlamente parlamentarisch zu leben, fehlt ihm, das ist die Geduld. Er glaubte mit einem Parlamente und mit ein paar Millionen Wählern umspringen zu können, wie mit einem Congreß und mit einer Hand voll Regierungen. Das war sein Irrthum. Er ist einsichtig

genug, um das zu begreifen; denn augenblicklich hat er schwer zu leiden unter den Nutzträglichkeiten, in welche ihn seine Ungeduld gestürzt hat. Ohne Zweifel sinnt er heute schon auf Mittel und Wege, wie das zu ändern. Einer dieser Wege führt allerdings über Canossa. Wir glauben aber nicht, daß der Kanzler ihn einschlägt. Von den anderen Wegen, welche möglich sind, ein andrer Mal.

---



## VII.

### St. Bartholomä.

#### Aus Anlaß des Socialisten-Gesetzes.

G. Walbert (ein Pseudonym, hinter welchem sich bekanntlich Viktor Cherbuliez verbirgt) stellt in einem der neuesten Hefte der „Revue des deux mondes“ Betrachtungen an über die Möglichkeit, den Begriff eines „Socialisten“ durch die deutsche Gesetzgebung mit einer für den Richter und den Polizeibeamten genügenden und jede Willkür ausschließenden Bestimmtheit zu bezeichnen. „In Deutschland“, jagt er, „gibt es fromme Gesellschaften, welche sich damit beschäftigen, die sociale Frage „christlich“ zu lösen. Soll man diese guten Christen auch der Willkür der Polizei preisgeben? Auf der anderen Seite findet man an allen den so zahlreichen deutschen Universitäten ehrenwerthe Professoren, welche den Namen „Katheder = Socialisten“ (Socialistes de la chaire) führen. Sie würden sich einen Gewissensfall daraus machen, eine Fliege zu tödten; dagegen ist es aber auch auf der anderen Seite vollkommen richtig, daß bis zur Stunde auch nicht eine einzige Fliege existirt, welche den neuen Lehren dieser Herren ihr Glück verdankte. Es sind Alle achtungswerthe und ungefährliche Männer, und ihr System ist mindestens eben so empfehlenswerth, als die Kosmopolonigologie des Doctor Pangloß (in dem bekannten satyrischen Roman von Voltaire). Gleich diesem großen Philosophen demonstriren

sie in bewunderungswürdiger Weise, daß es keine Wirkung giebt ohne Ursache. Wäre es nicht grausam, diese Süßwasser-Utopisten hinter Schloß und Riegel zu halten?“

Mit diesen Fragen hat sich bis jetzt der Bundesraths-Ausschuß nicht beschäftigt, wohl aber werden sie voraussichtlich im Reichstage gründlich discutirt werden. Wir schließen dies daraus, daß der freiconservative Graf Bethusy-Huc sich schon im Reichstage selbst, in einer der letzten Sitzungen vom Mai d. J., mit großer Entschiedenheit gegen das Treiben des Ober-Hofpredigers Stöcker, sowie der Grünebergs und sonstigen Vockelons und Knipperdollings, womit er sich umgeben, ausgesprochen hat. Auch wird man sich erinnern, daß sich der Abgeordnete Dr. Ludwig Bamberger sowohl in seiner, zwar vor der Reichstags-Auflösung erschienenen, aber jetzt erst recht lesenswerthen Schrift „Deutschland und der Socialismus“ (Leipzig, F. A. Brockhaus), als auch in seinen Reichstags- und in seinen Wahlreden mit der eigenthümlichen Richtung unserer volkwirthschaftlichen Universitäts-Professoren des Näheren befaßt hat.

Der Bundesrath ist dagegen auf eine andere Schwierigkeit gestoßen, welche den gegenwärtig mit der Berathung des Gesetzentwurfs beschäftigten Ausschuß veranlaßt hat, eine zweite Lesung zu beschließen. Den Stein des Anstoßes bildet hier nämlich das im Gesetzentwurf vorgeschlagene Reichsamt für Preß- und Vereins-Polizeiangelenkenheiten. Die Mehrzahl der Regierungen liebt überhaupt die „Reichsämter“ nicht, weil sie dadurch zu sehr in ihrem behaglichen Stillleben gestört und molestirt werden. Sie haben schon die Errichtung des Reichseisenbahnamtes nach Kräften bekämpft und noch mehr das Reichseisenbahnproject selbst. Bezeichnend dafür ist eine verbürgte Anekdote aus Stuttgart. Dort war früher ein preussischer General, Herr v. Stülpuagel, in Function, den man wegen der Art seines Auftretens dort nicht allzu sehr liebte. Als nun das Reichseisenbahnproject auf das Tapet kam, rief „man“ entrüstet in Stuttgart: „Was,



nun sollen wir auch noch gar einen „Eisenbahn=Stülpnagel“ bekommen“ Wahrscheinlich wird man dort auch nach einem „Polizei=Stülpnagel“ kein großes Verlangen tragen. Um es aus der Sprache der Anekdoten in die des Staatsrechts zu übertragen, sagen wir kurz: Die Einzelstaaten wollen von ihrem Polizeihochheitsrechte nichts opfern, am allerwenigsten zu Gunsten einer neuen, quasi richterlichen Reichsbehörde, welche nicht mit sich reden läßt und außerhalb aller politischen Verantwortlichkeit steht. Lieber würde man sich noch gefallen lassen, auf Zeit dem Reichskanzler außerordentliche Vollmachten zu geben, unter der ganzen parlamentarischen und politischen Verantwortlichkeit gegenüber dem Bundesrath und dem Reichstag. Wie weit diese Opposition in dem Bundesrath oder in dem Ausschuß desselben feste Gestalt gewinnen wird, läßt sich noch nicht übersehen. Gewiß ist nur soviel, daß im Bundesrath die Oppositionslust in demselben Grade gewachsen ist, in welchem der Reichskanzler sein Verhältniß zu der bisherigen Majorität des Reichstags, und namentlich zu der nationalliberalen Partei, welche ihm so oft als Sturmbock wider Sonderinteressen und Particularismus diente, gelockert und gelöst hat. Die Zusammensetzung des neuen Reichstags, in welchem sich die particularistischen Elemente bedeutend vermehrt und gestärkt haben, und worin irgend eine homogene und zuverlässige Majorität nach keiner Richtung hin construierbar ist, hat sehr viel dazu beigetragen, die Oppositionskraft des Bundesraths zu verstärken und den Einzelinteressen eine breitere Stellung gegenüber den einheitlichen Interessen zu geben. Dies Resultat hat schwerlich in den Intentionen des Reichskanzlers gelegen, als er die Auflösung durchsetzte.

\*

Ich habe den obigen Bemerkungen noch eine kleine Notiz beizufügen:

Der Bundesrathsausschuß hat am 23. d. M. auch die zweite Lesung und damit seine Berathungen überhaupt

beendet. Die Sache wird in der laufenden Woche in das Plenum gelangen.

Sie hat in dem Ausschuß den Verlauf genommen, den ich oben im Voraus angedeutet hatte. Der Ausschuß hat das Reichsamt über Bord geworfen und an seine Stelle eine Bundesraths-Commission gesetzt, gegen welche sich alles das, was im Mai gegen die Functionen des Bundesraths, wie sie in dem damaligen Gesetzentwurfe vorgeschlagen waren, im Reichstag gesagt worden ist, wiederholen und noch einiges Neue hinzufügen läßt. Der Bundesrath ist eine Vertretung der Particular- und nicht eine solche der Gesamtinteressen. Er ist eine Corporation, aber keine Regierung. Das Deutsche Reich ist zwar ein zusammengesetzter, aber doch ein einheitlicher Organismus. Es ist eine Monarchie und nicht eine Föderativ-Republik. Der Kampf gegen den Socialismus muß, wenn er Erfolg haben soll, nicht von den Particularregierungen, sondern von einem einheitlichen Mittelpunkt aus geführt werden. Wozu haben wir denn eine Reichsregierung, als daß dieselbe mit ganzer Kraft, aber auch mit ganzer politischer und parlamentarischer Verantwortlichkeit, die oberste Leitung übernimmt, anstatt sie auf ein neues Reichsamt oder auf den alten Bundesrath abzuladen, die Beide nicht verantwortlich sind!

---

## VIII.

### St. Irenaeus.

#### Zwischen dem alten und dem neuen Reichstage.

„Praestat motos componere fluctus.“

Vergilius.

Wie kam es doch, daß der Reichstag aufgelöst wurde? Es sind kaum dritthalb Monate her und doch muß man sich darauf besinnen, so wenig entspricht das Ende dem Anfang. Der Anfang war: Krieg gegen die Socialisten und Vereinigung aller nicht-socialistischen Parteien, aller für den Staat und die Ordnung, für die Erhaltung der Grundlagen unseres Reichs und unserer bürgerlichen Gesellschaft eintretenden Männer zur Bekämpfung Derjenigen, welche die verschiedenen Klassen der Gesellschaft widereinander heizen und die Fackel der Zwietracht unter uns zu schleudern versuchen.

Aber wie schnell änderte sich die Parole. Und wie überraschend! Wie hatte denn der Reichstag geendet? In Friede und Freundschaft. Der Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann, hatte das Parlament, das sich in der kurzen Frist von wenigen Tagen mit der Regierung und dem Bundesrath nicht zu verständigen wußte über einen Gesetzesentwurf, welcher seitdem die Reichsregierung und die Einzelregierungen beschäftigt und in jedem neuen Stadium der Berathung neue Schwierigkeiten zeigt, — Herr Hofmann, sagen wir, hatte in Stellvertretung des in Friedrichsrub

weilenden Reichskanzlers die Sitzung geschlossen, indem er in der verbindlichsten Weise den Dank des Kaisers für die Hingebung und Opferwilligkeit aussprach, womit der Reichstag sich seinen mühseligen und lange dauernden Arbeiten unterzogen. Man trennte sich in der Erwartung, daß die Regierung den Reichstag, d. i. den nämlichen Reichstag, den sie soeben nicht aufgelöst, sondern einfach geschlossen hatte, im September wieder einberufen, und daß sie inzwischen alle die zahlreichen, ihr durch die bestehende Gesetzgebung gewährten und bisher keineswegs vollständig ausgenutzten Mittel zum Kampf gegen socialdemokratische Ausschreitungen anwenden werde. Hierzu hatte der Abgeordnete von Bennigsen, welcher im Namen der Majorität sprach, die Regierung aufgefordert; er hatte ihr gleichzeitig hierfür die Unterstützung der Majorität versprochen; die Reichsregierung hatte dies theils ausdrücklich, theils stillschweigend acceptirt. Eine Minister- oder eine Auflösungsfrage war nicht entfernt gestellt worden. Man schied in Frieden und Freundschaft. Auch die düstere Wolke, welche aus der Tabakmonopolfrage emporstieg und den Minister Camphausen verschlungen, der sich zwischen zwei Stühle gesetzt hatte oder, wie er selbst sagte, zwischen die antimonopolistischen Phantasien des Bremer Rathstellers (H. H. Meier in Bremen) und die monopolstüchtigen süddeutschen Projecte (Moriz v. Mohl in Stuttgart), — auch diese dunkle Wolke schien verschwunden und ihre Wiederkehr wenigstens vertagt zu sein, nachdem man sich über das Gesetz wegen der Tabak-Enquête in Frieden geeinigt.

Die Regierung war ja nicht genöthigt, den Reichstag gerade an jenem Tage zu schließen. Sie konnte ihn noch länger zusammenhalten, wenn sie das sofortige Zustandekommen des Antisocialistengesetzes für absolut nöthig und dringlich hielt. Sie that dies nicht. Sie schloß. Wer wollte ihr einen Vorwurf daraus machen? Sie konnte die Zukunft nicht voraussehen. Aber der Reichstag konnte es auch nicht.

Da kam das zweite der ruchlosen Attentate. Die Regierung konnte den Reichstag wieder einberufen. Unter dem Eindruck der allgemeinen Entrüstung würde man sich in vierundzwanzig Stunden über die außerordentlichen Vollmachten geeinigt haben, welche dem Reichskanzler zu ertheilen waren. Man hätte dann das Gesetz schon Mitte Juni publiciren und in Vollzug setzen können. Die Regierung und der Bundesrath zogen es vor, den Reichstag aufzulösen, obgleich sie wußten und wissen mußten, daß dadurch die gesetzliche Regelung der antisocialistischen Maßregeln um ein volles Vierteljahr verzögert werde; denn der neu zu erwählende Reichstag konnte, das war leicht zu berechnen, nicht früher als gegen Mitte September beschließen. Gleichzeitig sprach man von Verhängung des Belagerungszustandes im Reiche, nach Artikel 68 der Reichsverfassung, und von Suspendirung gewisser verfassungsmäßiger Rechte, zu welcher die preussische Regierung nach Artikel 111 der Verfassung die Befugniß hat. Allein die preussische Regierung fand keine Veranlassung, von diesem Rechte Gebrauch zu machen.

In nicht unglaublicher Weise wurde behauptet, einige Regierungen hätten sich nur sehr ungern zur Auflösung entschlossen. Aber sie hätten geglaubt, dem Reichskanzler, welcher Angesichts des bevorstehenden Congresses unentbehrlich war, die vorgeschlagene Maßregel, für welche er allein die Verantwortung auf sich nahm, nicht verweigern zu dürfen.

Auf die Frage: Warum eine Auflösung, da ja doch der Reichstag nach dem zweiten Attentat, das er ebenso wenig voraussah, wie die Regierung, gewiß für die erforderlichen Maßregeln bereitwillig die Hand geboten haben würde? —, erging endlich, freilich nur in einer conservativen Zeitung, eine nicht mißzuverstehende Antwort: „Man durfte den Leuten keine Gelegenheit geben, sich zu rehabilitiren.“ Lieber also verschob man die Ergreifung der Maßregeln um ein Vierteljahr. Vor Allem wollte man trennen und herrschen,

und diese Absicht war zunächst gegen die Nationalliberalen gerichtet. Man wollte deren Führer von der Partei, den rechten Flügel von dem linken trennen.

Vor Allem aber waren alle nicht-liberalen Parteien darin einig: Sie wollten den Reichskanzler von den Nationalliberalen trennen, nicht auf Zeit, nicht von Tisch und Bett, sondern auf ewig.

Allerdings war es keine ganz glückliche Ehe, die zwischen der Partei und dem Kanzler. Wenn es ein Märchen wäre, würde man's also erzählen:

Er und Sie: Sie, die Partei, meinen wir, liebte Ihn Anfangs von Herzen. Hatte Er ja doch 1866 stürmisch und hochgemuth um Sie geworben und Sie 1867 mit den werthvollsten Hochzeitsgeschenken erfreut. Auch dauerten die Flitterwochen außerordentlich lange, beinahe drei Jahre. Aber sie paßten doch nicht in Allem so recht zu einander. Sie war im ledigen Stande schon etwas alt geworden. Sie hatte sich lange Jahre hindurch vergeblich nach Verwirklichung Ihrer Ideale gesehnt und darüber die erste Frische der Jugend verloren. Nicht minder jene elastische Schmiegsamkeit, welche jungen Frauen so gut läßt. Kurz, Sie war ein wenig verknöchert. Auch hatte Sie sehr viel studirt; und das trägt nicht immer dazu bei, die Liebenswürdigkeit zu erhöhen. Allein Er hatte auch seine Fehler. Er war ein Mann von hohen Gaben und Gnaden, nur mit einer war er bei der Vertheilung zu kurz gekommen, mit der Geduld. Wie Er im Kampfe da draußen, „im feindlichen Leben“, durch rechenhafte Thaten und mächtige, klug ausgesetzene, überraschende Züge das Ziel zu erreichen gewohnt war, so gedachte Er es auch im Hause zu halten. Um Das, was Er „Kleinigkeiten“ nannte, pflegte Er sich nicht zu kümmern. Auch fragte Er nicht viel danach, ob das Haushaltungsgeld langte. Sie aber war der Meinung, man müßte sich nach der Decke strecken, in Haushaltungsangelegenheiten seien oft die Kleinigkeiten die Hauptsache,

und wer von der Hauswirthschaft, und von der Kochkunst insonderheit, nichts verstehe, der solle sich nicht darein mischen und es sachkundiger Hand überlassen. So gab es zuweilen ein kleines Gewitter, allein es pflegte dann wieder Sonnenschein darauf zu folgen. Es wäre auch Alles beim Alten geblieben, wenn sich nicht Zwischenträger hineingemengt hätten, theils offene Feinde, theils falsche Freunde von Ihr. Zuletzt machte man einen Sühneversuch. Es sollte biegen oder brechen; und es brach.

Es ging 1878, wie Heinrich Heine schier ein halbes Jahrhundert früher gesungen:

„Doch böse Zungen zischelten Zwiespalt,  
Und es trennte sich feindlich  
Das hohe leuchtende Ehepaar.  
Böse zischelnde Zungen  
Brachten also Schmerz und Waderben  
Selbst über Götter.“

Doch verlassen wir die Sprache des Märchens und die Verse des Dichters. Sie reichen nicht aus zu einer accuraten Darstellung der Dinge.

Sobald die Parole gegen die Nationalliberalen ausgegeben war, ging eine Veränderung auf dem Wahlkriegsschauplatze vor sich. Anfangs schien es ein Kampf Aller gegen Alle. Es war schwer die Einzelheiten zu übersehen. Allmählich aber wurde das Bild etwas deutlicher. Es war nicht mehr ein gemeinschaftlicher Kampf aller Ordnungsparteien gegen die Socialdemokraten. Es war ein Kampf der Ordnungsparteien unter einander; und während sich diese gegenseitig zerfleischten, standen die Socialisten lachend zur Seite, nach der alten bewährten Regel: Tertius gaudet. Das Resultat war, daß die Socialisten, statt aus dem Parlament zu verschwinden, höchstens ein paar Mann verloren, und daß die für die socialistischen Wahlcandidaten abgegebenen Stimmen um ein Erhebliches wuchsen, wobei es ein etwas zweifelhafter Trost ist, wenn sich bei der Stichwahl darunter auch klerikale, conservative u. s. w. Stimmen befanden.

Das Wild, das von Allen gehezt war, von den Officiellen und von den Officiösen, von den Altconservativen und von den Freiconservativen, von den Merikalen und von den Socialisten, — das waren die Nationalliberalen. Man konnte sich dabei an Wallenstein erinnern. Früher behaupteten von diesem die Einen: „Er fiel, weil er rebellirte“, und die Andern: „Er rebellirte, weil er fiel.“ Heute weiß man es besser. Eine fleißige und exacte Geschichtsforschung hat ermittelt, daß er nicht auf kaiserlichen Befehl starb, sondern daß er blos deshalb umgebracht wurde, weil er sehr reich war. Seinen Mördern war es vor Allem darum zu thun, sich in seine Güter zu theilen. Und es geschah so: der Nachlaß wurde confiscirt und den Andern verliehen. Ich gebe zu: das Gleichniß hinkt, aber darin stimmt es: die Nationalliberalen hatten die meisten Sitze, und es war bei ihnen am meisten zu holen. Zu ihrer Bekämpfung ergriff man ein eigenthümliches Mittel. Obgleich seit 1862 in Preußen und seit 1867 im Bunde und Reiche beinahe ausschließlich Conservative die Ministerposten inne haben, that man doch so, als wenn die Nationalliberalen die letzten zehn Jahre ganz allein das Regiment geführt hätten. Nicht nur das, nein: als wenn sie auch die wirthschaftlichen Constellationen und am Ende vielleicht gar auch das Wetter gemacht hätten. Wenn irgendwo ein Mißstand zu Tage trat, wenn Jemand sein Geld verspeculirt hatte, wenn sein Geschäft schlecht ging, wenn er Hühneraugen hatte, oder wenn er an einem schlecht gebauten Stiefel litt, dann sagte man ihm: „Der Lasker ist Schuld daran, der hat die schlechten Gesetze gemacht, worunter wir leiden.“

In Preußen deutete man namentlich die partielle Mißstimmung in Betreff der sogenannten „Selbstverwaltungsgesetze“ aus, welche allerdings einen sehr verwickelten und kostspieligen Mechanismus eingeführt haben. Allein sie sind nicht ein Werk der liberalen Partei, vielmehr haben von Forckenbeck, Klapp, Braun und Andere dagegen gestimmt.



Sie sind aus Compromissen zwischen der preussischen Regierung, an deren Spitze der hochconservative Graf Eulenburg I stand, und dem Herren- und Abgeordnetenhaus hervorgegangen und tragen nur zu deutlich die gemischten Züge dieser verschiedenen „Patres conscripti“. Außerdem sind sie den Conservativen zugute gekommen und nicht den Liberalen. Und endlich hat jedenfalls der deutsche Reichstag mit dieser preussischen Particular-Gesetzgebung nicht das Geringste zu schaffen. Der conservative Patriarch aber sagte dennoch: „Thut nichts, der Jude wird verbrannt.“

Auch gegen die Zug-, die Gewerbefreiheit und das Passgesetz wurde gewüthet, alles das wurde als Teufelswerk des liberalen Reichstags hingestellt. Diese preussischen Conservativen schienen gar nicht zu wissen, daß alle diese Gesetzentwürfe von der Reichsregierung, d. h. von dem Fürsten Bismarck selbst, eingebracht worden sind, und das nicht nur die Liberalen, sondern auch die meisten Conservativen dafür gestimmt haben. Wußten sie es aber wirklich, so ist es doch seltsam, daß sie sich als die Stützen des Reichskanzlers geberdeten und in dem nämlichen Augenblick die Gesetzgebung desselben als die Quelle alles Unglücks stigmatisirten. Diese „Königstreuen“, diese „Preußen κατ' εἶσοχῆν“ hatten u. A. auch vergessen, daß in Preußen die Freizügigkeit schon 1842 durch König Friedrich Wilhelm IV., daß die Gewerbefreiheit schon 1811 durch Friedrich Wilhelm III. eingeführt worden war, und daß ein officieller Bericht von 1845 Folgendes mit Genugthuung constatirte:

„In Preußen wurde 1811 die Gewerbefreiheit eingeführt. Dieselbe hatte die heilsamsten Folgen. In kurzer Zeit erholte sich das Land von den Schlägen des Schicksals, welches ihm die Kriegsjahre beigebracht hatten. Im Jahre 1811 zählte es nur 9 Million Einwohner, 180,000 Handwerksmeister, 114,000 Gesellen, 153,000 Fabrikarbeiter, 1,300,000 freies Gesinde und Handarbeiter. Im Jahre 1845 zählte man 16 Million Einwohner, 500,000 Meister, 400,000 Gesellen,

3 Million freies Gefinde und Arbeiter. Diesen Aufschwung haben wir dem Sprengen der Zunftschranken, der Aufhebung der langen Lehrzeit, dem Oeffnen der früher unter sich gesperrten Provinzen und der Gestattung der freien Concurrenz im Fabrikbetriebe zu verdanken.“

Hat man das Alles wirklich vergessen? Oder will man zurück hinter 1842, hinter 1811, hinter die Reformen von Stein und Hardenberg, welche allerdings — man nehme nur das interessante Buch: „Aus dem Nachlasse des Friedrich Aug. Ludwig von der Marwitz auf Friedersdorf, Rgl. Preuß. Generallieutenant a. D.“, 2 Bde. (Berlin 1852, Mittler) zur Hand — von der altconservativen Zünkerschaft auf Leben und Tod bekämpft, verhindert, verzögert, beschnitten und zu hintertreiben oder wieder rückgängig zu machen versucht wurden? Ich citire nicht ohne Ursache das von den Altconservativen so hoch gefeierte Werk des alten Herrn von der Marwitz. Er schwärmt für „die gute alte Zeit“, d. h. für die Zustände vor 1806, wo der Bauer in der „Gutsunterthänigkeit“ lebte, die mit der Leibeigenschaft eine verhängnißvolle Aehnlichkeit hatte, wo er für seine Söhne die gutsherrliche Erlaubniß zum Erlernen eines Handwerks, für seine Töchter der Erlaubniß zur Heirath bedurste (letztere kostete, abgesehen von Anderem, einen Dukaten), wo der Bauer und sein Gut von feudalen Lasten erdrückt war (in einem „Urbarium“, d. i. Lastenverzeichnis, heißt es: „In Ermangelung von Pferden müssen die Hofsleute sich zu Zweien, d. i. Ehepaarweise, vor den Pflug spannen und den Acker der Herrschaft bestellen“, und zwar unter Herrschaft der Peitsche), wo der an die Scholle gefesselte Knecht 4 und die Magd 2 Thaler jährlichen Lohn erhielt, wo das Wild des Jagdherrn die bäuerlichen Saaten zerstörte und das, was es übrig ließ, der herrschaftlichen Schafsheerde zum Opfer gebracht werden mußte. (Vergleiche Th. Delsners „Schlesische Provinzialblätter“, Neue Folge, Bd. III., S. 513.) Das war allerdings das directe

Gegentheil der Zug- und Gewerbefreiheit, und dies macht es begreiflich, warum solche Reformen und Schöpfungen der preussischen Könige in einigen Organen der Conservativen heruntergerissen werden.

Neben den Sonderinteressen der Agrarier machen sich die eines Theils der Industrie geltend, welche Schutzzölle will, selbst auf die Gefahr hin, daß sich der ausländische Markt unserem exportfähigen Gewerbefleiß verschließe. Das ist auch eine Art Socialismus, aber nicht zu Gunsten der Arbeiter, sondern der Arbeitnehmer, welche das consumirende Publicum zu ihren Gunsten besteuern. Wie jene „das Recht auf Arbeit“, so fordern diese „das (vom Staate garantirte) Recht auf Gewinn“. Den Agrariern bieten sie zur Compensation Getreidezölle. Vernünftige und erfahrene Landwirthe freilich wissen, auch ohne daß man es ihnen sagt, daß wir den Getreidezoll ja bis 1858 hatten, daß derselbe ihnen aber niemals genügt hat. Denn sobald die Ernte nicht gut war, wurde er suspendirt. Bei guten Ernten war er gleichgültig. Heute Zoll und morgen keinen, übermorgen aber wieder Zoll u. s. w. mit Grazie in infinitum, — diese heitere Abwechslung führte eine schlimme Unsicherheit mit sich. Jedenfalls würde „theures Brot oder durch Zölle künstlich vertheuertes“ ein sehr wirksames Schlagwort für alle Wähler abgeben.

Alle diese streitigen Sonderinteressen werden sich in dem neuen Reichstag viel breiter machen als in dem alten. Wenn aber eine dieser verschiedenen Interessentengruppen meint, der Reichskanzler werde sich ihr vorbehaltlos in die Arme werfen, — oder wenn ihn die Klerikalen schon auf dem Wege nach Canossa erblicken, so werden sie sich nur eine Täuschung bereiten. Cherbuliez meint: „Der Reichskanzler erscheint zuweilen in Uniform, zuweilen in Civil, manchmal im weißen Vollbart und dann wieder mit einfachem Schnurrbart, — aber in Pops oder Perrücke wird man ihn niemals erblicken.“ Er

kann auf die Forderungen der preussischen Conservativen nicht eingehen, denn das hiesse Preußen und Deutschland von einander trennen, und das Deutsche Reich wieder zerstören. Er kann die exorbitanten Forderungen der Schutzzöllner (die zudem im Reichstag nur schwach vertreten sind) nicht erfüllen; denn er will Geld; ein Zoll aber, der wirklich schützt, trägt nichts ein, und ein Zoll, der viel einträgt, schützt nicht. Er kann auch nicht nach Canossa gehen, denn wo bliebe da das protestantische Preußen?

Für den Fürsten Bismarck handelt es sich nicht um wirthschaftliche Probleme und Sonderinteressen, sondern um die finanzielle Vermehrung der selbstständigen Einnahmen des Reichs. Er arbeitet nicht für die Privatkasse einzelner Fabrikanten, sondern für den Reichsfiscus, den er unabhängig machen will von den Particularstaaten. Der Reichstag hat dem gegenüber die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß durch Vermehrung der indirecten Abgaben weder die productive Kraft der Nation und der freie Verkehr, noch auch das vollkommen unentbehrliche Budgetrecht des Reichstags beeinträchtigt werde. Wie das zu machen, darüber werden wir demnächst unsere unmaßgebliche Meinung mittheilen. Die Hauptaufgabe des Kampfes und der Verständigung fällt der liberalen Partei zu. v Allerdings hat die nationalliberale Partei dreißig Mann, und wenn man die vorletzte Wahl hinzurechnet, fünfzig Mann, d. h. ein Drittel ihrer früheren Stärke verloren. Allein ihre Stärke war ihre Schwäche; sie beruhte nämlich darauf, daß viele Mitglieder mehr gouvernemental als liberal waren, und daß in Folge dessen die Partei bis zu einem gewissen Grad „die Partei der Regierung“ wurde, ohne jedoch die „regierende Partei“ zu sein. In Folge dessen, daß die Behörden bei der letzten Wahl die nationalliberalen Candidaturen bekämpften, hat die Partei ihre gouvernementale Stellung verloren. Dieser Verlust ist ein Gewinn. Die Partei ist dadurch erlöst von einer höchst undankbaren, ja geradezu auf die Dauer unhaltbaren Stellung, in welcher sie

alle Verantwortlichkeit und gar keinen Einfluß, alle Lasten ohne irgend welche Vorzüge, alle Pflichten ohne irgend welche Rechte besaß, aus einer Stellung, welche zu betrachten ist als die Hauptursache ihres Rückgangs. Was sie bedarf, das ist „non multi, sed multum“, und das Multum, das ist die unabhängige Vertretung des freien Bürger- und Bauernstandes, der breiten und mächtigen Mittelschicht des deutschen Volkes.

---



### III.

# Dreißig Parlaments - Briefe.

Zur

Physiologie und Pathologie der Parteien  
im Reichstag.

September und October 1878.

Wort:

Thener ist mir der Freund, doch auch den Feind kann ich nützen;  
Zeigt mir der Freund, was ich kann, lehrt mich der Feind, was ich soll.  
Schiller.

## 1.

Berlin, 11. September.

Der Thron war verhängt, und auch der Erbe des Thrones war nicht erschienen. Der Kronprinz, von dem Kaiser mit der Gesamtheit der Functionen betraut, welche die Verfassung dem Oberhaupte des Reichs übertragen, hat gleichwohl den Reichstag nicht eröffnet. Warum nicht, darüber gehen seltsame Gerüchte. Man will wissen, einige Regierungen hätten dagegen protestirt, weil dieser Fall in der Verfassung nicht vorgesehen sei, und daher nur entweder das wirkliche Oberhaupt des Reichs oder einer der Reichsbeamten die Eröffnung vornehmen könne. In der That, es wird uns sehr schwer, diesen Gerüchten Glauben zu schenken. Es schmeckt etwas zu sehr nach dem alten Regensburger Reichstag und nach jener Zeit, wo man unter der Firma der „wahren germanischen Libertät“ die kaiserliche Gewalt zu schwächen und zu vernichten und das glorreiche Kaiserthum der Sachsen, der Franken und der Hohenstaufen in eine anarchische Föderativ-Republik von weltlichen und geistlichen Kleinfürsten zu verwandeln bestrebt war. Doch auch diese einfache Thatsache, daß der Stellvertreter des Deutschen Reichs nicht in eigener Person den neuen Reichstag eröffnet, bleibt an und für sich zu beklagen. Wie war es doch anders am 24. Februar 1867, da unser König zum ersten Mal zum Reichstag sprach:

— „Es ist ein erhebender Augenblick, in welchem Ich in Ihre Mitte trete. Mächtige Ereignisse haben ihn herbeigeführt. Große Hoffnungen knüpfen sich an denselben. Einst



mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das Deutsche Reich nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerissenheit und Ohnmacht. Des Gewichtes im Rathe Europas, des Einflusses auf die eigenen Geschicke beraubt, ward Deutschland zur Wahlstatt der Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreise hergab.

Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen.

Nur von uns, von unserer Einigkeit, von unserer Vaterlandsliebe hängt es in diesem Augenblicke ab, dem gesammten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es, frei von der Gefahr, wieder in Zerissenheit und Ohnmacht zu verfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Entwicklung und seine Wohlfahrt pflegen und in dem Rathe der Völker seinen friedliebenden Beruf zu erfüllen vermag.

Ich hege das Vertrauen zu Gott, daß die Nachwelt im Rückblick auf unsere gemeinsamen Arbeiten nicht sagen werde, die Erfahrungen der früheren mißlungenen Versuche seien ohne Nutzen für das deutsche Volk geblieben, daß vielmehr unsere Kinder mit Dank auf diesen Reichstag als den Begründer der deutschen Einheit, Freiheit und Macht zurückblicken werden.

„Möge durch unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter, der Erfüllung entgegengeführt werden.“ — — — — —

So lautete die Eröffnungsrede vor elf Jahren.

Heute ist nicht mehr die Rede von der deutschen Einheit, Freiheit und Macht, heute ist nur die Rede von den Socialdemokraten. Und doch wird selbst der schlimmste Feind und Verräther des Deutschen Reichs nicht behaupten können und

wollen, daß von dem Deutschen Reich und seiner Macht und Herrlichkeit nichts übrig geblieben als eine Schaar von Anarchisten und daß das Reich keine andere Aufgabe habe, als diese gemeinschädlichen Nagethiere zu bekämpfen. Gewiß aber ist es, daß die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten den Tendenzen jener Nagethiere, der schwarzen wie der rothen, entgegen kommen und sie befördern würden, wenn sie sich dazu hergäben, die nothdürftig begründete deutsche Einheit wieder zu untergraben. Bis zum Jahre 1867, ja theilweise bis 1870 unterlag die Frage der Existenzberechtigung der Einzelstaaten gleichsam einer freien Discussion. Es waren nicht wenige Deutsche, und nicht die schlechtesten Deutschen, welche in dieser oder jener Richtung einfach dieselbe verneinten. Seit 1871 hat diese Discussion aufgehört. Das Deutsche Reich ist die große Assuranceanstalt, unter deren Fittigen sich die Einzelstaaten geborgen. Das erkennen sogar die Meuchelmörder an. Sie richten ihr Geschloß nicht mehr gegen die anderen Fürsten, sondern nur noch gegen den Kaiser. Ein infernalischer Instinct hat ihnen verrathen, daß der Kaiser den Schlußstein bildet, welcher das ganze Gewölbe trägt, und daß das Gewölbe zusammenstürzen würde, wenn es gelänge, diesen Schlußstein zu zerstören.

Es mag ja in einzelnen Staaten, namentlich in solchen Kreisen, welche 1866 besiegt wurden, aber nicht überzeugt, und welche selbst über das glorreiche Jahr 1870 hinaus, wo alle deutsche Staaten und Stämme Schulter an Schulter für Freiheit und Vaterland fochten, ihren welfischen Haß gegen die Einheit, ihre particularistische Abneigung gegen die „Breißen“ bewahrt haben, noch eine, aus unklaren Reminiscenzen hervorgehende Idiosynkrasie gegen das Reich und sein Oberhaupt herrschen. Aber bei näherer Ueberlegung wird man sich doch auch der Einsicht nicht verschließen, daß für die deutschen Dynasten ein Aufkämpfen wider die kaiserliche Gewalt ein Selbstmord sein würde, und daß jeder Dynast, welcher die letztere in irgend einer Weise bestreitet oder auch nur in

Zweifel zieht, jenem irischen Bauer gleichen würde, welcher den Axt abjägt, auf welchem er sitzt.

Der Kronprinz des Deutschen Reichs, der Beauftragte des Kaisers sollte nicht in höchsteigener Person den Reichstag eröffnen können? Ja, was ist denn der Reichskanzler und sein Stellvertreter anders als ein Beauftragte des Kaisers? Und wenn der Fürst Bismarck und der Graf Stolberg eröffnen können, dann sollte es der Kronprinz nicht können? Die Berufung des Reichstags sollte dem Kronprinzen zustehen und die Eröffnung nicht? Wer begreift eine solche Thorheit? Aber da sie heute zum ersten Male anstaut, so ist es an der Zeit, sie energisch zu bekämpfen. Denn wenn dies nicht geschieht, droht uns eine Masse von Rückfällen in „die kaiserlose, die schreckliche Zeit“, die Zeit von 1648 bis 1866.

Die Wahrheit ist einfach die:

In dem Augenblicke, wo man die Dynastie der Hohenzollern nach preussischer Successions-Ordnung zur erblichen Kaiserwürde berief, sanctionirte man für das Reich die preussischen Institutionen mit Inbegriff der Stellvertretung und der Regentschaft. Das ist der Grund, warum die Reichsverfassung darüber schweigt. Sie hatte nicht nöthig etwas darüber zu sagen. Denn es versteht sich von selbst, daß eine und dieselbe Dynastie nicht verschiedene Successions- und Thronordnungen haben kann, eine andere für den Theil und eine andere für das Ganze.

---

## II.

Berlin, 12. September.

Nicht der Stellvertreter des Kaisers, wohl aber der Stellvertreter des Reichskanzlers hat den Reichstag eröffnet. Er spricht in der Rede nur von der Gegenwart, d. i. von

dem Gesekzentwurf gegen den Socialismus. Er spricht nicht von der Vergangenheit, d. i. von dem alten Reichstag und dessen gewaltfamen Ende, — nicht von der Zukunft, d. i. von dem, was der neue Reichstag aufer dem Anti-Socialisten-Gesekzentwurf sonst noch zu thun hat.

Das Schweigen über die Vergangenheit ist vollkommen gerechtfertigt. Die Auflösung, die Wahlen und das Verhalten der Regierung während derselben sind gerade nicht die rühmlichsten Blätter in dem Buch der deutschen Geschichte. Der Streit darüber, welche Partei am meisten gewonnen und welche am meisten verloren, ist schwer zu entscheiden. Auch steht er nicht in erster Linie. Die erste Frage ist die, ob Deutschlands Einheit und Machtstellung gewonnen oder verloren hat. Denn das Vaterland steht über den Parteien. Leider kann man es nicht verschweigen: bei der neuen Zusammensetzung des Reichstags hat Deutschland verloren; die centrifugalen Parteien sind gestärkt und die centripetalen sind geschwächt aus dem Kampfe hervorgegangen; an die Stelle der politischen Ideale sind die materiellen Interessen getreten, und zwar Sonder-Interessen. Man reitet sans gêne nicht „sein Princip“ (wie vor Jahren ein deutscher Klein-Fürst sich ausdrückte), sondern das Steckenpferd eines besonderen Vortheils, eines Privilegs, einer Bevorzugung Einzelner auf Kosten des Ganzen. Es scheint, Viele sind Schutzzöllner, nur verlangt Jeder den Schutzzoll für einen anderen Artikel. Der Eine will ihn für Eisen, der Andere für Baumwolle. Dieser will einen allgemeinen Eingangszoll und Jener einen speciellen Ausfuhrzoll auf Lumpen. Der Fünfte will Zoll auf Vieh, der Sechste auf Wein, der Siebente auf Getreide und sonstige landwirthschaftliche Rohproducte. Keiner scheint daran zu denken, daß, wenn man eine solche Masse neuer Steuern und Zölle einführt, wenn man die Concurrenz des Auslandes ausschließt und alle nothwendigen Lebensbedürfnisse vertheuert, man die ohnedies schon schlechten Zeiten nur noch schlechter macht, und daß

die Gesamtheit unmöglich gedeihen kann, wenn jeder Einzelne bestrebt ist, dem Andern den Brodkorb möglichst hoch zu hängen und das Leben so sauer wie möglich zu machen. Hat denn der Reichstag keinen anderen Beruf, als möglichst viel neue Steuern zu machen und das Reichsfaß im Interesse einzelner Stände anzuzapfen? Und was soll aus dem Ganzen werden, wenn jeder Einzelne nehmen und nicht geben will? Ist es da zu verwundern, wenn die socialistischen Ideen um sich greifen, wenn neben dem Arbeitgeber, dem Fabrikanten, welchem der Staat durch den Zoll hohe Einnahmen auf Kosten Anderer verschaffen soll, der Arbeitnehmer, der Arbeiter, auftritt und sagt: „Her mit dem Geld! Ihr sprecht von dem Schutz der nationalen Arbeit, — wohlan, die nationale Arbeit, das bin ich!“ wenn daneben noch die Aker=Socialisten, Christlich=Socialen, die Conservativ=Socialen, die Merikal=Socialen, die Staatsocialisten täglich massenhafter gleich Pilzen aus dem Boden aufschließen?

Einstweilen gehen wir nichts als ein Chaos. Die Reichsregierung soll, so versichern die officiellen und die officiösen Blätter, mit großen Steuer- und Wirthschafts-Reformen sich tragen. Die Finanzminister der Einzelstaaten haben in Heidelberg getagt. Aber kein Mensch weiß, ob sie auch nur über allgemeine Redensarten hinausgekommen sind und was sie beschlossen haben. Kein Mensch weiß, in was die großen Steuer- und Wirthschafts-Reformen bestehen sollen. Zu Tage getreten ist bis jetzt nichts als die Neigung des Reichskanzlers, das Tabakmonopol einzuführen, worauf der neue Reichstag ebensowenig eingehen wird als der alte, und das jetzt ja schon sogar von der „Kreuzzeitung“ bekämpft wird. Ferner einige mißlungene Anläufe zu einer Retorsion gegen Frankreich aus Anlaß der Titres d'acquit à caution für Eisen, deren vollständige Unerheblichkeit für Deutschland längst außer Zweifel gestellt ist. Endlich eine Reihe von Enquêtes, welche weder durch die Zusammenetzung der Commissionen, noch durch das eingehaltene Verfahren hin-

sichtlich der Befragung der Interessenten und sonstigen Sachkundigen irgend welche Bürgschaften für die Feststellung unzweifelhafter Thatsachen bieten. Das ist Alles.

(Die Regierung hat inzwischen gewechselt. Wir haben eine Reihe neuer Minister: den Grafen Stolberg und den Grafen Eulenburg II, die Herren Hobrecht und Maybach. Sie sind an die Stelle der früheren Minister getreten, von welchen wir wußten, was sie wollten. Man nimmt allgemein an, daß die neuen Männer etwas Anderes wollen. Aber was? Das wissen wir nicht. Hätte es nicht nahe gelegen, daß sich die neuen Minister beeilen, dem neuen Reichstag ihr Programm zu entrollen oder wenigstens in irgend einer Weise zu sagen, was sie wollen und wodurch sie sich von ihren Vorgängern unterscheiden? Wäre es nicht angezeigt, uns auch etwas über das Schicksal des Handelsvertrages mit Oesterreich und über die schweren Schläge, die unsere Marine getroffen, zu sagen?

Kann man unter diesen Umständen den alten Reichstag oder den neuen verantwortlich machen für die Stagnation, die Verwirrung und die Unsicherheit, welche gleich einem Alp auf unseren öffentlichen und insbesondere auf unseren wirtschaftlichen Zuständen lastet? //

Wahrlich, selbst die schlimmste Gewißheit ist besser als die ewige Ungewißheit und das Dunkel, worin man keinen Weg sieht!

---

### III.

Berlin, 13. September.

Was ist denn für ein Unglück geschehen? Warum schimpfen und toben sie so, die klerikalen, die alt- und neuconservativen, die deutschconservativen und die freiconservativen, die mehr oder weniger „freiwillig“ gouvernementalen Blätter? Ist das Vaterland in Gefahr? Sind die Gallier

im Begriff, unser Capitol zu ersteigen, daß die Gänse so schnattern?

Nun, das große Unglück besteht einfach darin, daß der Reichstag die Präsidentenstellen denjenigen Abgeordneten übertragen hat, welche dies Amt am besten zu führen verstehen und es bisher Jahre lang zu allgemeiner Zufriedenheit geführt haben; Forckenbeck ist Präsident, Stauffenberg Vicepräsident und Fürst Hohenlohe-Langenburg zweiter Vicepräsident geworden. Das ist Alles!

Weiß Jemand einen besseren Präsidenten, als Forckenbeck, den Mann mit der eisernen Faust und dem aufrichtigen Herzen? Taugt Jemand besser zum ersten Vicepräsidenten als der versöhnliche, liebenswürdige und von Allen — selbst von den Merikalen — hochgeachtete Schenk von Stauffenberg? Und endlich Hohenlohe, ist er nicht ein Süddeutscher und ein Fürst, der in nahen Beziehungen zum kronprinzlichen Hof steht? Könnte man das Triumvirat besser zusammensetzen? Da ist der eiserne Norddeutsche, der auf dem Präsidialstuhl eben so stramm sitzt, wie auf dem Sessel des regierenden Oberbürgermeisters von Breslau. Da ist der gemüthliche Süddeutsche, den das hieratisch-archaische bairische Autochthonenthum nicht mehr wollte, weil er ihm zu „preussisch“ war. Da ist endlich der parlamentarische Hofmann, der, einem der ältesten und vornehmsten deutschen Adelsgeschlechter entsprossen, aufrichtig zu dem Volk und zu Kaiser und Reich hält. Diese Wahl ist conservativ, denn man hat die bisherigen Inhaber in ihren Aemtern bestätigt. Sie ist zweckmäßig, denn man hat die besten und befähigsten gewählt. Sie ist patriotisch, denn die Gewählten werden von Niemand an aufrichtiger und hingebender Vaterlandsliebe übertroffen.

Und doch dies Geschrei, daß dem Schlachtgeheule mehrerer vereiniger Rothhaut-Stämme vergleichbar!

„Wozu der Lärm, was steht den Herren zu Diensten?“

\* \* \*

Nun, die Sache ist einfach. Die Altconservativen wollten Etwas werden. Sie behaupten von einem Theil der Freiconservativen feste Zusage gehabt zu haben. Die Klerikalen wollten auch etwas werden. Beide hatten bei den Wahlen Plätze gewonnen. Beide wollten die verstärkte Zahl ausbeuten. Die Conservativen wollten Herrn v. Seydewitz, die Klerikalen wollten Herrn v. Frankenstein auf den Schild heben. Weder der Eine noch der Andere hat zwar jemals den Vorsitz im Reichstag geführt. Ihre Wahl wäre ein Wagniß gewesen, ein Experiment, das möglicher, ja sogar wahrscheinlicher Weise mißlungen sein würde. Denn es ist nicht leicht, diesen Vorsitz zu führen in einer Versammlung, die in ein Duzend Parteien, Fractionen, Gruppen und Cliquen gespalten ist und das Institut der Rednerliste nicht kennt. Da kann nur ein Mann präsidiren, der das höchste Geschick vereinigt mit dem allgemeinen Vertrauen, und das letztere wird nur in einer längeren Geschäftsführung erworben. Dem letzteren Erforderniß waren die Herren Seydewitz und Frankenstein — ohne daß man deshalb den geringsten Vorwurf gegen sie erheben kann — gewiß nicht im Stande zu genügen. Aber danach fragte man nicht. Wem die Partei ein Amt giebt, dem giebt sie auch den Verstand. Die „einfältigen“ Nationalliberalen freilich hatten die ihnen angetragenen Ministerposten ausge schlagen, weil man das von ihnen vorgeschlagene Programm nicht angenommen hatte, ohne welches sie die Geschäfte nicht glaubten führen zu können. Ueberne Bedenken! Wenn man zur Macht gelangen kann, dann greift man zu. Das Weitere mag sich dann später finden. Gestern haben wir in der Wahl einige Sitze erobert, heute wollen wir also auch präsidiren und die bisherigen Präsidenten herunterwerfen. „Dem Sieger die Beute!“ jagt der Amerikaner. Und so jagten sich auch unsere Conservativen.

Auch rechnete man auf die bewährte Bescheidenheit der Nationalliberalen, sowie auf die Neigungen einiger zwar außer-



lich noch zu dieser Fraction gehörender, aber innerlich weit, ja etwas bedenklich weit nach rechts hinübergebeugten Projessoren. Die nationalliberale Partei, auf welcher zur Zeit der Wahl alle mit einer vernichtungslustigen Berserkerwuth herumgetrampelt, war plötzlich die vielumworbene Schöne. Sie hatte mehr zudringliche Freier als weiland Frau Penelope selig.

„Warum sollten wir uns nicht verständigen?“ fragte ein Conservativer einen einflußreichen Nationalliberalen, „wir wählen Euren Forckenbeck und Ihr wählt unseren Seydewitz. Wenn Ihr Euch mit uns nicht verständigt, dann machen wir unseren Pact mit den Clerikalen. Aber Ihr werdet Euch mit uns einigen. Die Wahlen sind vorbei. Geben wir einander gegenseitig Indemnität. Nur keine Mancüne.“

„Ganz recht“, antwortete der Nationalliberale, „nur keine Mancüne, so werden auch wir sagen, aber erst nach den nächsten Wahlen, wenn wir zuvor Euch geschlagen und Euch die Beute, welche Ihr illegalen Einflüssen und einer vorübergehenden Verwirrung verdankt, wieder abgejagt haben. Wir werden daher zur Zeit überhaupt kein Bündniß mit Euch schließen, weder in dieser Sache, noch in irgend einer anderen. Der Grundsatz, daß, wenn man einen Schlag auf die eine Wange empfangen, man die andere zum zweiten Schlag darreichen soll, gilt in der Politik nichts und wird ja auch von Euch nicht gehandhabt. Was aber das angedrohte Bündniß mit den Clerikalen anlangt, so thut, was Ihr nicht lassen könnt. Der Zug des Herzens ist des Schicksals Stimme. Wir sind nur begierig, was Eure Wähler jagen werden zu dieser Waffenbrüderschaft, wovon Ihr ihnen vor den Wahlen gar nichts gesagt habt.“

Auch das fromme Centrum trat an die nationalliberale Partei heran: „Mit uns macht Euer Geschäft, Forckenbeck Präsident, Frankenstein Vicepräsident, dann geht Alles ganz glatt ab. Euren Stauffenberg bekommt Ihr doch nicht durch. Rettet, was noch zu retten ist. Nehmt statt des Eurigen unseren bayerischen Freiherrn.“

Es ist das Verdienst Forckenbeck's, diesem Schacher ein Ende gemacht zu haben. Mit einem Selbstgefühl, zu dem er so sehr berechtigt ist, erklärte er: „Ich will keine Coalitionen. Wählt mich um meiner selbst willen, oder wählt mich gar nicht. Ich will den Vorsitz nach Pflicht und Gewissen führen und nicht auf Grund von Parteicompromissen.“

Und so ist er denn wieder gewählt worden, nicht als Mann einer Partei, sondern als der Mann des Vertrauens der Nation und des Reichstags. Das war er bisher und das wird er auch bleiben.

#### IV.

Berlin, 14. September.

Die nationalliberale Partei hat ein großes Opfer gebracht, als sie Herrn von Forckenbeck für den Präsidentenstuhl abgab. Ein nicht minder großes brachte Herr von Forckenbeck selber. Es ist, ich habe es schon bemerkt, überhaupt nicht leicht, im Reichstag zu präsidiren. Aber es war nie so schwer als gegenwärtig, wo man 7 deutlich abgegrenzte Parteien hat und daneben auch noch etwa ein halbes Duzend Gruppen, Cliquen und Winkelfractionen. Nur im Vorübergehen will ich der Gruppe Löwe gedenken, welche nun auf ein halbes Duzend reducirt ist und aus liberalen Schutzzöllnern besteht, wie es deren auch viele unter den Nationalliberalen giebt. Etwas ausführlicher muß ich der Gruppe Treitschke gedenken. Sie besteht zur Zeit aus vier Professoren, nämlich aus Professor v. Treitschke, Professor v. Cuny, Professor v. Schulte (Alt-katholik) und Professor Boretius. Sie haben ihre Thätigkeit in der Fraction damit begonnen, daß sie der in meinem vorigen Briefe geschilderten selbstständigen und selbstbewußten Haltung der nationalliberalen Partei auf das Lebhafteste

opponirten, indem sie Verständigung mit den Conservativen, namentlich auch mit den Altconservativen, empfahlen, und daß sie auch in der Schlußabstimmung, nachdem sich die Sache vollständig geklärt und Herr v. Forckenbeck unwiderwillig Stellung genommen hatte, bei dieser Opposition beharrten. Man darf sich darüber nicht wundern. Dies ist von jeher dieser Herren Stellung gewesen und wird sie auch bleiben in Zukunft. Aber darüber darf man sich wundern, warum diese Herren noch bei den Nationalliberalen verbleiben, wo sie doch so wenig Sympathien antreffen, vielmehr wie ein Bleigewicht angesehen werden, und nicht lieber zu den Freiconservativen gehen, wo sie mit offenen Armen empfangen werden würden. Ich spreche hier in erster Linie von Herrn v. Treitschke. Ein ganzes Vierteljahr hat er mit der höchsten Leidenschaft in Wort und Schrift und Handlung Krieg geführt gegen das Gros der Nationalliberalen, und jetzt findet er sich wieder in der Fraction ein, als wäre inzwischen gar nichts geschehen. Er gehört offenbar zu jener eigenthümlichen Sorte von „Gelehrten“, welche Hr. Chr. Schlosser in Heidelberg, ein wirklicher Historiker, in seinen Gesprächen mit G. L. Krieger treffend charakterisirt hat, indem er sagt:

„Wir Gelehrten bringen unser Leben in den Studirstuben zu. Wir erwerben uns durch stete historische Studien die Fähigkeit, gegebene Zustände in ihren Gründen zu erkennen. Wir vermögen deshalb durch Belehrung auf dem Katheder und in Schriften mittelbar einen Einfluß auf den Gang der Dinge auszuüben. Dagegen sind wir stets in Gefahr, Schaden zu stiften, wenn wir mit unserer Thätigkeit direct in das praktische Leben eingreifen, weil hierzu etwas gehört, das uns abgeht. Ein Gelehrter vermag die Mängel eines gegebenen Zustandes zu erkennen. Allein sobald sich, was in einer bewegten Zeit leicht und rasch eintritt, der Zustand ändert, dann ist der Gelehrte nicht, gleich dem praktisch gebildeten wirklichen Staatsmann, im Stande, dies sofort zu erkennen und danach seine Ansicht

zu modificiren; er versteift sich vielmehr auf diese, kommt dadurch in Widerspruch mit dem Gang der Dinge, hilft, ohne es zu wissen, in eine Sackgasse drängen und befördert so das verderbliche Streben der auf Reaction bedachten Staatsmänner."

Es ist gewiß ehrenvoll für Herrn v. Treitschke, unter den „Gelehrten“, wie sie ein Schlosser ansieht, zu figuriren. Hoffen wir, daß er dessen Worte beherzigt.

Kehren wir nun zurück zu den größeren und den abgegrenzten Parteien. Deren sind sieben. Nach der von dem Bureau gemachten Zusammenstellung, welcher man denjenigen Grad von Zuverlässigkeit vindiciren kann, der überhaupt in unseren noch etwas chaotischen parlamentarischen Zuständen möglich erscheint, haben diese Parteien folgende Stärke: 1) Centrum 103; 2) Nationalliberale 96, 3) Deutscheconservative 63, 4) Deutsche Reichspartei 46, 5) Fortschritt 26, 6) Polen 14, 7) Socialdemokraten 9.

In England giebt es nur zwei große Parteien, und selbst in Frankreich, wo es bis noch vor Kurzem eine Unzahl parlamentarischer Parteien gab, haben sie sich auf zwei reducirt und vereinfacht, nämlich auf Republikaner und Monarchisten, Anhänger und Gegner der gegenwärtigen Regierung. Unter solchen Umständen erscheint wohl die Frage berechtigt, woher es wohl komme, daß die Parteiverhältnisse bei uns sich immer mehr zerjpittern, verwirren, und compliciren? In den ersten Reichstagen war die Zerjpitterung eine territoriale. Wir hatten da Schleswig-Holsteiner und Dänen, Welfen und Sachsen und andere dergleichen Landsmannschaften. Dies lag in dem uns durch eine lange und unglückliche Vergangenheit angekränkelten Hang zur particularistischen Zerjpitterung, welchen Hang der Reichskanzler einmal in einem Augenblick guter Laune persiflirte mit den treffenden Worten: „Wenn die Deutschen reich genug wären, würden sie sich jeder einen aparten König halten, jedoch unter der Bedingung, daß er bei ihm machen läßt.“ Diese

frankhafte Neigung erklärt die Vergangenheit zur Genüge. Aber wie erklärt sich die auffallende Erscheinung, daß in Deutschland, nachdem die landsmannschaftlichen und territorialen Gegensätze begonnen haben sich auszugleichen und in den Hintergrund zu treten, je länger das Deutsche Reich besteht, destomehr die politischen Parteien sich zersplittern und spalten? Darüber wollen wir uns im nächsten Brief unterhalten.

## V.

Berlin, den 17. September.

Sagen wir es gerade heraus und ohne Umschweife: Die Schuld, daß die politischen Parteien, welche sich sogar in Frankreich mit jedem Tage mehr consolidiren, sich in Deutschland immer mehr zersplittern und spalten, — diese Schuld, wenn es eine ist, trägt Bismarck. Während der Conflictzeit standen ihm im preußischen Abgeordnetenhanse große geschlossene Oppositionsparteien entgegen, bei welchen weder durch Schimpf noch durch Klumpf, weder durch Haß noch durch Gunst, weder durch Zuckerbrod noch durch die Peitsche, etwas auszurichten war. Nur die großen Ereignisse von 1866 vermochten einen Ausweg zu bieten aus der Sackgasse, in welche man sich von beiden Seiten verrannt hatte. Vielleicht datirt die instinctive Abneigung des Fürsten aus jener Zeit, wo er noch als einfacher Herr v. Bismarck dem preußischen Abgeordnetenhanse gegenüber stand. Seine Abneigung, meine ich, welche sich im Allgemeinen gegen die großen geschlossenen politischen Parteien, insonderheit aber gegen deren hervorragende Führer richtet. Die Abneigung ist wahrhaft unüberwindlich. Sie concentrirt sich in dem Wort „Berufspolitiker“, oder „Parlamentarier von Metier oder von Handwerk“, worunter diejenigen Männer zu verstehen sind, welche ihre ganze Kraft oder wenigstens den größeren Theil derselben der Politik und dem Parlament widmen. Ein solcher

„Berufspolitiker“ in der höchsten Potenz ist Lasfer. Derselbe ist Rechtsanwält und könnte eine reichliche Praxis besitzen; allein er verschmäht sie. Er besitzt weder Frau noch Kind, weder Pferd noch Hund, ja nicht einmal eine Kage oder einen Kanarienvogel. Er liebt weder Wein noch Weib, noch Gesang in irgend einem erheblichen Grade. Er hat keine Liebhabereien, ja nicht einmal ein Steckenpferd. Das Parlament absorbiert ihn gänzlich. Nachts studirt er die Druckfachen des Hauses, Morgens sitzt er in der Commission, Nachmittags im Plenum und Abends in der Fraction, wo er die „Füchse“ parlamentarisch einexercirt. Die Fraction ist bei Tage sein Gedanke, des Nachts sein Traum. Sie ist seine Braut, wie für Theodor Körner „das Schwert an seiner Linken, mit seinem hellen Blinken“ seine Braut war. Dabei ist er unzugänglich für jede Beeinflussung. Er verläßt nie die Burg seines „ethischen Bewußtseins“, die er mit furchtbaren Wällen aus Landrechts-Quadern verschanzet hat. Außerdem hatte er noch den Fehler, ein unermüdlicher Debatter zu sein und an der Spitze der zahlreichsten Partei zu stehen, welche er, wenigstens im Abgeordnetenhause, längere Zeit hindurch unbedingt beherrscht hat.

Es ist unter diesen Umständen nur zu begreiflich, daß der Fürst Bismarck den Abg. Lasfer — drücken wir es in der allerdünnsten Verdünnung aus — gerade nicht liebt. Die Sarkasmen, die er über ihn sich erlaubt hat, würden eine Sammlung bilden, vergleichbar mit den bekannten „Epigrammen auf Wahl's lange Nase“. Sie sind aber nicht alle zur öffentlichen Mittheilung mittels Druckerchwärze geeignet. Von jenen Flegeleien, mit welchen die Reptile und die sonstige „mehr oder weniger freiwillig“-gouvernementale Presse seit der Auflösung des vorigen Reichstags über Lasfer hergefallen, in der mit dem äußersten Mißerfolge gekrönten Absicht, ihm seinen Reichstagsitz zu entreißen, von jenen Flegeleien unterscheiden sich Bismarck's Sarkasmen sehr wesentlich, denn diese sind witzig und jene nur grob.

Der größte Fehler Lascker's ist der, daß er nicht die Absicht hat, Minister zu werden, obgleich heute zu Tage Excellenzen jüdischer Abkunft durchaus keine Seltenheiten sind; man denke nur an die Minister Friedberg, Friedenthal, Philippsborn, Ellstätter u. s. w., — alle Leute, deren sich Deutschland nicht zu schämen hat.

Eines Tages sagte der Fürst Bismarck scherzend zu dem Abg. Lascker: „Ich wette, wir werden doch noch einmal Collegen!“ Lascker antwortete sehr ernsthaft: „Sollten Durchlaucht wirklich die Absicht haben, Rechtsanwalt zu werden?“ Der Fürst beeilte sich, zu einem anderen Thema überzugehen. Sie sind in der That unerträglich, diese Leute, die nichts werden wollen!

Mit einer gleichen Abneigung, wie Lascker, zeichnete Bismarck auch den verstorbenen Karl Zweyten aus, welcher mit jenem in manchen Stücken einige Aehnlichkeit hatte.

Wenn man behauptet, der alte Reichstag sei aufgelöst worden, um Lascker verschwinden zu machen, so ist das offenbar zu weit gegangen. Aber außer allem Zweifel steht es, daß die Officiellen und Officiösen den letzten Hauch von Roß und Mann daran gesetzt haben, um seine Wiederkehr zu verhindern; daß sie ferner Stauffenberg (der gleichzeitig auch vom bayerisch-particularistischen Standpunkt auf das Heftigste angefochten wurde) und Bennigsen (den die hannöverschen Welfen nicht minder beschdten) mit einem Eifer angriffen, welcher verdient hätte, von den Welfen und Bayern belohnt zu werden; daß sie endlich die nationalliberale Partei, welche bis dahin, und schon seit lange, die zahlreichste aller Parteien und die Trägerin der besonnenen Reform war, von ihren Führern zu trennen, und in einen rechten und linken Flügel zu spalten, den rechten zu stärken und den linken zu schwächen bestrebt waren: das Alles ist ja notorisch.

Und was ist das Ergebnis? Allerdings, die Partei hat ein Fünftel ihrer Sitze eingebüßt. Allein die Führer

sind alle wieder erschienen. Es ist nicht gelungen, die Führer von der Partei zu trennen. Das Verhalten der Partei, welche bei der Bureauwahl die Herren v. Jordanbeck und v. Stauffenberg auf den Schild hob, hat es bewiesen. Die ganze Partei ist „linker Flügel“ geworden. Der rechte Flügel ist verschwunden bis auf vier Professoren. Und diese vier Professoren klammern sich krampfhaft an die Partei, die sie so häufig verleugnet. Sie wollen um jeden Preis dabei bleiben. Vielleicht wird es gewünscht, daß sie dort innere Opposition machen, wenn nicht gar Propaganda.

Herr v. Treitschke, welcher glaubt, er allein sei „bei der Stange geblieben“, steht einsam bei besagter Stange, von welcher man sagen kann:

„Nur noch die eine Stange  
Zeugt von verschwundner Pracht,  
Auch diese steht nicht mehr lange,  
Kann stürzen über Nacht.“

---

## VI.

Berlin, 18. September.

Was war das Ziel, das man bei der Auflösung und bei den Neuwahlen verfolgte? Man wollte eine einheitliche, große conservative Partei herstellen, welche der Träger und Vollstrecker der eben so hochfliegenden, als bis zur Stunde dem beschränkten Unterthanen-Verstande völlig unfaßbaren Steuer- und Wirthschafts-Reformen, welche angeblich die Regierung im Schilde führt, werden sollte.

Hat man dies Ziel erreicht? Werfen wir, um diese Frage zu beantworten, einen raschen Rückblick auf die Geschichte unserer Parteien während des halben Menschenalters der jüngsten Vergangenheit.

Im Jahre 1866 hatte sich die liberale Partei Preußens gespalten in solche, welche bei der Neugestaltung der Dinge mit Eifer und Hingebung mitwirkten, und in solche, welche



derselben widerstrebten oder nur zögernd und mit Vorbehalt folgten, weil sie Bismarck mißtrauten. Neue nannten sich, verstärkt durch zahlreiche Mitglieder aus den neuen Provinzen und aus dem übrigen Deutschland, die Nationalliberalen, wobei damals der Hauptton auf dem „National“ lag. Diese nannten sich selbst „die Fraction der Linken“. Später erst suchten sie die frühere gemeinschaftliche Firma „Fort=schrittspartei“ wieder hervor, um solche sich allein beizulegen, was nicht unklug war, denn in dieser Firma lag damals ein besonderer Zauber. Sie zog namentlich Mitglieder aus dem Königreich Sachsen an, wie Henbner, Evans, Minckwitz, Rewitzer, Riedel, Schaffrath und Wigard.

Um dieselbe Zeit trennten sich damals aus ähnlichen Gründen die Conservativen. Diejenigen, welche ohne Vorbehalt auf die Einigung Deutschlands und die damit verbundenen Reformen eingingen und dem Bundeskanzler und Ministerpräsidenten Grafen von Bismarck eine aufrichtige Hingebung weihten, nannten sich die „Freiconservativen“. Sie wollten damit sagen, daß sie sich von den Schrullen des Herrn von Gerlach und dem theologisch=juristisch=sophistischen System des „seligen Stahl“ losgesagt hätten und frei von diesen Fesseln „den Strom der Zeit an der Stirnlocke fassen wollten“, wie es ihr Führer, der ritterliche, aber etwas phantasiereiche Graf Bethusy-Huc auszudrücken liebte. Die Altconservativen, welche in der Zeit von 1867 bis 1870 noch 60 Mann zählten, während die Freiconservativen nur 40 Mitglieder hatten, waren den Neuerungen gegenüber von größerer Zurückhaltung. Die Meisten von ihnen glaubten noch aufrichtig an die Doctrinen von Stahl und an die Capuzinaden von Gerlach. Sie konnten jene Zeit, die damals noch nicht weit hinter ihnen lag, nicht ganz vergessen, — jene schöne Zeit, wo sie, ungeachtet Olmütz und Bronzell, so salbungsvoll saßen:

„Oesterreich und Preußen Hand in Hand,  
Sonnst geht Alles aus Rand und Band.“

Indessen war dafür gesorgt, daß sie nicht gar zu weit von dem gouvernementalen Pfade abirten. Denn in ihrer Mitte saß von Blankenburg = Zimmerhausen, der hinterpommersche Freund und Gutsnachbar von Bismarck — jetzt aber durch Diebst-Daber'sche Affairen unheilbar mit ihm überworfen — und Wagener = Neustettin, früher gewöhnlich der Kreuzzeitungs = Wagener genannt, welcher nicht nur mit der äußersten Rechten die officielle Fühlung besorgte, sondern auch mit der äußersten Linken, nämlich mit dem socialdemokratischen Häuptling, Johann Baptist von Schweizer aus Frankfurt a M., auf der einen, und mit dem socialdemokratischen Gelehrten, dem Privatdocenten Dr. Dühring in Berlin, auf der anderen Seite.

Außer den Conservativen beiderlei Gestalt und den Liberalen beiderlei Gestalt gab es damals nur noch eine Partei, nämlich die Particularisten, die Gegner der Einheit, welche sich hinter der unschuldig und weitschweifig klingenden Bezeichnung der „bundesstaatlich = constitutionellen Vereinigung“ versteckten. Sie bestanden damals aus Augustenburgerlichen Schleswig-Holsteinern und welfischen Hannoveranern, unter den ersteren sind zu nennen Graf Wolf Bandissin, Bockelmann, Jensen und Franke, unter den letzteren Ehrenreich Eichholz, Exleben, die beiden Hammerstein, Zachariä, der Göttinger Professor und die kleine Excellenz Windthorst, damals noch wenig beachtet. Die Hauptperson aber war damals schon v. Mallinckrodt, der erst durch den Culturkampf zu seiner vollen Entfaltung gelangen sollte. Er war damals Particularist, aber weder aus welfischen, noch aus Augustenburgerlichen Motiven, sondern ausschließlich aus klerikalen; letztere geboten ihm, den norddeutschen, vorwiegend protestantischen Bund und dessen protestantischen Bundes = Feldherrn zu repudiiren, obgleich der Culturkampf damals noch nicht entbrannt war und Bismarck ihn, Mallinckrodt, noch mit einem außerordentlichen Entgegenkommen behandelte, das sich nach 1871

in sein Gegentheil verwandeln sollte. Damals war noch der tiefste Frieden zwischen Bismarck und den Ultramontanen. Ja, es hieß damals schon sogar allgemein, Bismarck befaße sich ernstlich mit dem Plane, einen päpstlichen Nuntius in Berlin Residenz nehmen zu lassen.

Neben den genannten drei großen Parteien — den Conservativen und den Liberalen, welche im Großen und Ganzen dem Einheitswerk zugeneigt, und den Particularisten, welche ihm abgeneigt waren — gab es eigentlich keine fest abgegrenzten Fractionen. Allerdings hatten wir noch die Ultraliberalen oder, wie sie sich damals nannten, die Fraction des Centrums (freilich ein ganz anderes Centrum als das jetzige klerikale), in welchem die beiden Winke, der schneidige Hagener und der gutmüthige Obendorfer, sowie die jetzigen Minister Friedenthal und Falk sich befanden. Wir hatten auch eine sogenannte „freie Vereinigung“, bestehend aus etwa einem Duzend liberaler Katholiken unter der Führung des Herrn von Bockum=Dolffs. Aber diese Fractionen haben nie eine selbstständige politische Rolle gespielt und sind bald wieder von der Bildfläche verschwunden. Es waren keine organischen Körperschaften, sondern zufällige oder willkürliche Conglomerate.

Der Deutsche ist eine eigenthümliche Sorte von Heerden-thier, bei welchem der Geselligkeits- und der Absonderungs-trieb einander die Waage halten. Er trennt sich gern von der Gemeinschaft, um eine Clique zu bilden. Er verläßt die „allgemeine Kneipe“, um eine specielle Stammkneipe, eine Corps-Kneipe, zu gründen. Dies zeigen die Trinkstuben und Zechgenossenschaften des Mittelalters und die Corps unserer Studenten. Mit den letzteren haben unsere Fractionen eine verhängnißvolle Aehnlichkeit. Die parlamentarischen Fractionen haben in neuerer Zeit außer den Corpsburschen, den Mitgliedern, auch Mitkneipanten oder „Hospitanten“. Diese Charge hat das katholische Centrum für seine protestantischen Affilirten erfunden.

## VII.

Berlin, 19. September.

Wir haben gesehen: Im Jahre 1867 gab es weit weniger Parteien, als heute. Es gab Liberale und Conservative, Unionisten und Particularisten, kurz Parteien, wie sie sich aus der Natur der Dinge ergeben. Dagegen hatten wir 1867 weder ein katholisches Centrum, noch einen erheblichen Bestand von Socialdemokraten, von der Volkspartei, den Elfaß-Lothringern von den verschiedenen Farben und den anderen kleineren Gruppen gar nicht zu reden.

Im Jahre 1871 bildete sich das katholische Centrum. Ursprünglich hieß sein officieller Parteiname „Centrum (Verfassungspartei)“. Die nächste Absicht des Centrums ging dahin, die Grundrechts-Paragraphen über das Verhältniß von Kirche und Staat aus der preussischen Verfassung in die deutsche Verfassung zu übertragen. Man dachte bei dem Wort „Kirche“ natürlich nur an die katholische Kirche; und es ist klar, daß gerade die katholische Kirche, und noch mehr der katholische Klerus, in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten, deren Regierungen weniger widerstandsfähig waren als die preussische, große Eroberungen auf Kosten der Staatsgewalt gemacht haben würden, wenn diese dehnbaren Vorschriften allgemein eingeführt und im Sinne des seligen Herrn v. Mühler gehandhabt worden wären. Allein sie wurden nicht eingeführt. Der Bundesrath und der Reichstag widerstrebten gleichmäßig; und eine seltsame Ironie des Schicksals fügte es so, daß das Gegentheil von dem eintrat, was das Centrum erstrebte. Anstatt daß der Reichstag diese sogenannten „Schwarzen Grundrechte“ in die Reichsverfassung aufnahm, entschloß sich der preussische Landtag, dieselben aus der preussischen Verfassung zu entfernen, oder doch sie sehr wesentlich zu Gunsten der Staatsgewalt und zu Ungunsten des Klerus zu modificiren. Seitdem schien die Verfassung für das Centrum ihren Werth verloren zu haben; der in

Klammern eingeschlossene Satz „Verfassungs-Partei“ wurde gestrichen und es blieb nichts übrig als das Wort „Centrum“. Dieses Wort hat eine sachliche Berechtigung schwerlich, denn diese Partei ist im Reich von centrifugaler Richtung; wohl aber eine örtliche, denn die Angehörigen sitzen im Reichs- und im Landtag gerade in der Mitte, um, wie es in der Bibel heißt: „die Schafe und die Böcke“ von einander zu scheiden.

Bekanntlich wird darüber gestritten, wer das Karnickel gewesen sei, d. h. wer angefangen habe. Die Regierung behauptet, die Ultramontanen hätten ohne alle Veranlassung plötzlich „mobil gemacht“ und sie mit Krieg überzogen. Die Herren vom Centrum dagegen versichern, ihr Verhalten sei nichts als eine Abwehr oder gar eine Nothwehr gegen die Regierung. Ganz im Stillen wurde sogar versichert, der Fürst Bismarck habe (was schwer zu glauben) im Winter 1870 auf 1871 in Versailles dem Cardinal Ledóchowski Versprechen wegen Wiederherstellung des weltlichen Regiments des Papstes gemacht, oder wenigstens eine diplomatische Intervention zu seinen Gunsten bei dem Rè Galantuomo versprochen und später nichts mehr davon wissen wollen. Sicher ist, daß, wenn etwa Cardinal Ledóchowski auch seinerseits etwas zu Gunsten des Deutschen Reichs versprochen, auch er es nicht gehalten. Andeutungen über solche Verhandlungen sind 1871 im Reichstage gefallen, namentlich durch den streitbaren Bischof von Mainz, Wilhelm Emanuel Freiherrn von Ketteler. Dieser stellte sich nämlich bei der Eröffnung des Reichstags 1871 an die Spitze des Centrums, wozu er durch sein bischöfliches Amt berufen zu sein glaubte. Allein er war in Berlin und gegenüber dem Reichskanzler Bismarck nicht so glücklich und erfolgreich wie in Darmstadt und gegenüber dem großherzoglichen Ministerpräsidenten von Dalwigk, bei welchem er Alles durchsetzte, was er nur wollte. Noch weniger Glück hatte er im Reichstag und bei seiner eigenen Partei. Trotz seines Eifers und seiner Ueberzeugtheit, vielleicht auch wegen

jeines übertriebenen Eifers, war er kein geschickter Debatter. Es fehlte ihm zu sehr an Kenntniß der einschlagenden Materien. Seine juristischen Deductionen wirkten geradezu erheiternd. Und es dauerte nicht lange, so war er zu Gunsten der Perle von Meppen depossedirt und zwar mit solcher Geschicklichkeit, daß er es Anfangs selber nicht merkte.

Eines Tages stürzte Herr v. Ketteler auf das Reichstagsbureau und schrie: „Wie ist das? Warum erhalte ich das Wort nicht? Ich begehre es im Namen des Centrums, und eine so zahlreiche Partei darf man nicht ungestraft verlegen.“

„Gewiß“, war die Antwort, diese Partei verdient alle Beachtung, aber darin liegt ja gerade das Hinderniß: soeben war Excellenz Windthorst hier auf dem Bureau, um anzuzeigen, daß das Centrum nicht wolle, daß Erzer bischöflichen Gnaden das Wort gegeben werde.“

Es gab darauf eine lebhafte Scene im Schooße des Centrums und die Sache endete damit, daß Herr v. Ketteler austrat, nicht aus dem Centrum, aber aus dem Reichstag. Von da an ging das Regiment über an die Herren Windthorst und Mallinckrodt, und nachdem der letztere gestorben, ist Windthorst nicht nur erster, sondern alleiniger Consul. Ketteler fiel nachher auch in Rom in Ungnade und starb, als der erwartete Cardinalsstuh ihm ausblieb, vor Gram am gebrochenen Herzen.

Während der übrige Reichstag sich immer mehr in Parteien spaltet und zersplittert, ist es dem Centrum unter der geschickten Führung der kleinen Excellenz und unter Connivenz der Altconservativen in Preußen gelungen, sich immer mehr zu consolidiren. Es herrscht in demselben die eifernste Disciplin: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich!“ Selbst rechtgläubige Katholiken, wie Domherr Künzer in Breslau und Dompropst Holzer in Trier, wurden aus ihren katholischen Wahlkreisen weggebissen, weil sie jener Disciplin sich nicht fügten; und gegenwärtig steht die Sache

so, daß Excellenz Windthorst an der Spitze der Seinen über den *modus vivendi* mit dem Deutschen Reich und mit Bismarck vielleicht mehr zu sagen hat, als selbst in Rom der heilige Vater.

---

## VIII.

Berlin, 20. September.

Ich habe erzählt, wie sich die conservative Partei spaltete in die Freiconservativen, welche dem Reichskanzler ohne Vorbehalt, und in die Altconservativen, welche ihm damals nur mit Vorbehalt folgten. Die ersteren nennen sich jetzt die „Deutsche Reichspartei“, die letzteren die „Deutschconservativen“. Es ist einwenig seltsam, daß beide Parteien es für nöthig halten, die Bezeichnung „deutsch“ in ihre officielle Firma aufzunehmen. In Italien, in Frankreich oder in England würde man diejenige parlamentarische Partei auslachen, welche es für nöthig erachtete, sich als italienisch, französisch oder englisch zu bezeichnen. In Deutschland ist das freilich etwas anderes. Das Deutsche Reich ist ein zusammengesetzter Staat, kein Einheitsstaat. Auch giebt es immer noch Deutsche, und auch deutsche Parteien, ja man will sogar behaupten: auch deutsche Regierungen, welche nichts weniger als deutsch sind. Die Freiconservativen und die Altconservativen aber sind von Haus aus specifisch preussische Parteien, und ich vermuthe daher, daß sie das Bedürfniß gefühlt haben, durch das Wort „deutsch“ die Absicht auszudrücken, sich auch auf das übrige Deutschland auszu dehnen. Dies ist den Freiconservativen glänzend gelungen. Sie haben heute so viele württembergische und sächsische Mitglieder neben den preussischen, daß man in der That kaum noch weiß, ob jene von diesen, oder diese von jenen angeführt werden. Die Württemberger sind meist Schutzzöllner und Particularisten. Die preussischen freiconservativen aber

sind nicht alle geneigt, der protectionistischen Fahne des Herrn von Kardorff, des Schülers des Amerikaners Carey, durch dessen Einfluß den deutschen Waaren der amerikanische Markt verschlossen worden ist, Folge zu leisten, vielmehr sind z. B. der Fürst von Carolath-Beuthen und der Freiherr von Behr-Schmoldow entschiedene Freihändler. Der Fürst Carolath hat sogar seinen Wählern in Grüneberg in Schlesien in seiner Wahl- und Candidatenrede auf das Unumwundenste erklärt und bewiesen, daß der Schutz Zoll, den Einige davon wünschten, ihrer nothleidenden Industrie nicht aufhelfen könne, sondern die Krankheit bis zur Unheilbarkeit steigern würde. Wenn der Augenblick kommt — ob und wann dies der Fall sein wird, kann man bei der unklaren Haltung der Reichsregierung, welche sich über diese und andere Fragen gründlich ausgeschwiegen, zur Zeit freilich noch nicht wissen — wenn also der Moment kommt, wo die wirthschaftlichen Fragen in den Vordergrund treten und den Reichstag vollständig absorbiren, wenn die Parteien sich gruppiren nach der Frage „Freihandel oder Schutz Zoll?“ dann werden auch die Freiconservativen sich spalten — Fürst Carolath und Baron Behr auf der einen, Barmbücher, der Würtemberger, und Kardorff, der Mecklenburger, auf der anderen Seite. Auch in politischen Dingen kann man von den Freiconservativen ebenso gut wie von den anderen Parteien behaupten, daß sie ihren rechten und linken Flügel haben. Der Repräsentant des letzteren ist im Reichs- und Landtag der ritterliche Graf Bethusy-Huc. Auch der Fürst Carolath ist ein entschiedener Liberaler. Jedenfalls ist er es weit mehr als die Professoren von Treitschke und von Cuny, welche zur Zeit noch der nationalliberalen Partei — wenigstens formell — angehören.

Die freiconservative Partei war auch das Asyl derjenigen Katholiken, welche nicht für die Unheilbarkeit schwärmen. Unter den letzteren waren die Hervorragendsten der an Körper und Geist gleich schwer wiegende schlesische Graf und Sports-



man Johannes Renard, sowie der Domherr Künzer aus Breslau und der Fürst Carl Maria v. Lichnowsky auf Kuchelna bei Krziczianowig in Oberschlesien. Renard ist gestorben, Lichnowsky und Künzer sind in ihren katholischen Wahlbezirken dem Dogma der Unfehlbarkeit zum Opfer gefallen. Ach, der Krieg verschlingt die Besten!

Das katholische „Centrum“, das überhaupt die Freiconservativen, welche den Reichskanzler in Allem, und auch im Kulturkampf, kräftig unterstützten, nicht liebt, hat denselben den Namen „die Botschafterpartei“ angehängt; und es ist wahr, es sind von den Freiconservativen einige Mitglieder, wie die Grafen Stolberg und Münster und der Herr von Neudell Botschafter, und andere, wie die Herren Friedenthal, Falk und Achenbach, Minister geworden. Das ist auch eine Eigenthümlichkeit des deutschen Constitutionalismus, daß man die Minister aus der Minorität nimmt, während die national-liberale Partei, ohne deren Mitwirkung nicht ein einziges Gesetz und nicht eine einzige Bewilligung hätte zu Stande kommen können, und die unverdrossen für die Regierung die harte parlamentarische Arbeit that, par principe und systematisch von solchen Posten ausgeschlossen blieb. Daß einzelne Mitglieder derselben ihre unabhängige Stellung mit sehr bescheidenen Pöstchen im Staatsdienste vertauschten, wie z. B. Herr Wehrenpffennig, kann natürlich daran nichts alteriren, namentlich da es ohne Zustimmung der Partei geschah. Man denkt bei diesem schönen Verhältniß zwischen den Freiconservativen und den Nationalliberalen unwillkürlich an Heine's Sperlingslied:

„Für den Spatz ist das Pflaßir,  
Für die Späzin sind die Pflichten.“

---

## IX.

Berlin, 21. September.

Sprechen wir nun von den Altconservativen und den Wandlungen, welchen sie sich im Laufe der Zeit unterzogen.

Die Altconservativen sind zum größeren Theile — sie lieben es freilich heute nicht, daran erinnert zu werden — in der Zeit von 1867—1872 mit der Reichsregierung durch Dick und Dünn gegangen und haben für alle jene Gesetzentwürfe, welche die Regierung einbrachte — für das allgemeine Stimmrecht, für Gewerbefreiheit, für Freizügigkeit, für Paßfreiheit, für geringere Beschränkung der Schankconcessionen, für das Actiengesetz u. s. w. — gestimmt, also für alle jene Dinge, welche sie jetzt bis in den tiefsten Abgrund der Hölle verdammen. Da heutzutage die conservativen Zeitungen, Programme und Wahlmanifeste theils ausdrücklich, theils stillschweigend von der Voraussetzung ausgehen, alle diese Einrichtungen hätten die „bösen Liberalen“ zu ihren ausschließlichen Urhebern, so kann nicht oft und nicht nachdrücklich genug daran erinnert werden, daß es die Reichsregierung, an ihrer Spitze der Fürst Bismarck, war, welche jene Gesetzentwürfe einbrachte, und daß Conservative eben so gut dafür gestimmt haben, wie Liberale. Der Unterschied ist nur der, daß die Conservativen heute ihre gesetzgeberischen Kinder von damals verleugnen oder im Stich lassen, während die Liberalen sie anerkennen und vertheidigen. Und in der That waren jene wirthschaftlichen Reformen absolut nothwendig, um ganz Deutschland unter einen Hut zu bringen. Der Zollverein hatte die freie Circulation der Waaren gesichert. Die freie Circulation der Menschen und der Arbeitskräfte durchzusetzen, dazu war er nicht stark genug; denn er war kein Staatskörper, sondern beruht nur auf kündbaren und periodisch von selbst ablaufenden Verträgen. Dem Norddeutschen Bunde und dem Deutschen Reich war es vorbehalten, jene Schranken aufzuheben, mittels deren sich ein Territorium gegen das andere, Stadt gegen Stadt, Land gegen Land und eine Gemeinde gegen die andere, abschloß. Wenn man — glücklicher Weise ist dies schwer oder unmöglich — alle jene Einrichtungen, wie Gewerbe- und Zugfreiheit u. s. w., wieder abschaffen, wenn man das durch einen

mühevollen Kampf von anderthalb Menschenaltern errungene einheitliche, freie Wirthschaftsgebiet in Deutschland wieder zerstören und zerstückeln wollte, so würde man damit einfach den Deutschen Reichsverband auflösen. Aber alle diese Declamationen, welche in der letzten Wahlcampagne bei verworrenen Köpfen und aufgeregten Gemüthern den Eindruck nicht verfehlten, werden klanglos zum Orcus hinabgehen.

Die öffentliche Meinung, die gegenwärtig krankhaft aufgereggt ist und alle Hülfe ausschließlich von der Gesetzgebung erwartet, wird sich überzeugen, daß auch der Gesetzgeber nicht im Stande ist, Wunder zu wirken. Vormalß pflegte man, wenn irgend etwas Unbehagen erregte, nach der „Polizei“ zu schreien, anstatt sich selber zu helfen. Jetzt schreit man nach dem Gesetzgeber. Wahr ist es ja, wir befinden uns in einem etwas unbehaglichen Zustand. Die großen Kriege, welche seit beinahe zwanzig Jahren in Amerika und in Europa geführt werden, haben Massen von Menschenleben und Capital zerstört. Eine tolle Ueberspeculation hat die Leiden vermehrt. Sie hat nicht allein Capital deplacirt, sondern auch colossale Vorräthe erzeugt, für welche die Abnehmer fehlen. Und endlich ist das Vertrauen geschwunden. Alles das ist aber nur zu kuriren durch eine Aera der Arbeit und der Sparsamkeit, des Friedens und des Vertrauens, welche zugleich die unsinnig gesteigerten Preise wieder auf ihr natürliches Niveau zurückführt. Vor Allem muß es wieder billiger werden. Alle von den volkwirthschaftlichen Quacksalbern vorgeschlagenen Heilmittel laufen aber darauf hinaus, durch Zölle, Monopole und Beschränkungen des freien Verkehrs die Bedürfnisse maßlos zu vertheuern und uns gegenseitig das Leben so sauer wie möglich zu machen. Deshalb: trau, schau, wem!

Abgesehen davon aber, muß man immer wieder darauf zurückkommen: die Beseitigung jener Beschränkungen ist auf die Initiative der Regierung und auf die Mitwirkung der Conservativen zurückzuführen. Wenn also die Con-

servativen heute jene Gesetzgebung wieder rückgängig machen wollen, so verleugnen sie ihre eigene Vergangenheit und nicht minder diejenige des Fürsten Bismarck. Sie offeriren sich dem Bismarck von 1878 mit zudringlicher und geräuschvoller Dienstbeflissenheit, um die Werke des Bismarck von 1866 bis 1874 wieder zu zerstören. Sie proclamiren gleichsam öffentlich das Programm der rückschreitenden Metamorphose des Alters. Sie scheinen davon überzeugt zu sein, daß Bismarck das Beispiel der Penelope nachahmt, d. h. daß er in der Nacht von 1878 das Gewebe wieder auftrennt, das er an den Tagen von 1867 und 1871 gewoben. Ist das sehr schmeichelhaft für den Fürsten Reichskanzler? Ich zweifle.

---

X.

Berlin, 22. September.

Ich habe in meinem gestrigen Briefe versucht, die Haltung der conservativen Partei im Reichstage von 1878 mit der im Reichstage von 1868 zu vergleichen, um die Contraste hervortreten zu lassen.

Werfen wir nun einen Rückblick auf die Zeit zwischen 1872 und 1878, um die Genesis dieser Contraste zu begreifen.

Die Geschichte des Verhältnisses zwischen den Altconservativen und dem Fürsten Bismarck kann heute noch nicht geschrieben werden, ebenso wenig, wie die Geschichte der Beziehungen zwischen ihm und den Socialisten. Es liegt noch nicht alles Material offen zu Tage, und ich bin weit entfernt davon, sensationelle Enthüllungen machen zu wollen. Ich will nur an allgemein Bekanntes erinnern. Dieses Bekannte ist ja heute zum Theil wieder vergessen, und insofern dessen ist das Bewußtsein des Zusammenhanges geschwunden, welcher die einzelnen Facta mit einander verbindet. Wenn

man die Letzteren einfach an einander reiht, wird die Verbindung zwischen denselben wieder klar werden.

Während der genannten Periode haben die Altconservativen in dem Reichstage keine sehr hervorragende Rolle gespielt. Auch ist dort ein acuter Conflict zwischen ihnen und dem Fürsten Reichskanzler nicht zum Austrag gekommen. Wohl aber ist er daselbst plötzlich einmal mit einer, in parlamentarischen Versammlungen seltenen Schärfe zu Tage getreten, nämlich in der Sitzung vom 9. Februar 1876. Ich werde davon später noch reden. Heute, nach kaum dritthalb Jahren, ist dieser Vorgang nicht mehr Allen gegenwärtig. Die Einen haben ihn wirklich vergessen, und die, welchen er noch präsent ist, wollen daran nicht erinnern und nicht erinnert werden. Indessen „meminisse juvabit“.

Bekanntlich hat der alte Herr v. Kleist-Nebow in der Reichstag-Sitzung vom 17. d. M., begleitet von dem Beifall der Altconservativen, eine seiner kräftigsten christlich-germanischen Capucinaden gehalten. Daran knüpft die „Kreuzzeitung“ folgende Meldung:

„Nach dieser Rede trat der Fürst Bismarck an Herrn von Kleist heran und reichte ihm die Hand; beide Herren waren **sichtlich bewegt.**“\*)

Die anderen gewöhnlichen Menschen, welche nicht das, wie es scheint, für solche „Bewegungen“ besonders geübte Auge des Kreuzzeitungs-Reporters besitzen, haben Nichts gesehen als Folgendes: Fürst Bismarck setzte sich, nachdem Kleist seine Rede gehalten, neben den General-Feldmarschall Grafen Moltke. Nachdem er eine Zeit lang mit diesem geplaudert, stand er auf, und nun drängte sich eine Anzahl Conservativer an ihn heran, um ihn, unter tiefen Bücklingen,

---

\*) Die in Breslau erscheinende „Schlesische Zeitung“ hat die „Kreuzzeitung“ weit hinter sich gelassen. Sie macht aus dem fraglichen Vorgang ein fürnütliches Melodrama nach der Melodie:

„Und in die Arme sanken sich Beide,  
Und weinten vor Schmerz und vor Freude.“

zu begrüßen. Darunter auch Kleiß=Rekow. Auch er erhält einen der Händedrücker, welche der Fürst, so viel man mit zwei Händen zu leisten im Stande ist, freigebig vertheilt. Voilà tout!

Aber nehmen wir die Version der „Kreuzzeitung“ als richtig an mit Inbegriff der „sichtlichen Bewegung“. Fragen wir einmal: Wie war es heute vor drei Jahren?

Vor drei Jahren spie die „Kreuzzeitung“, redigirt von Nathusius=Ludom, Feuer und Flammen wider den Fürsten Bismarck und dessen Politik. Bismarck hatte sich im Herrenhause aus Anlaß von Schul- und Kirchenfragen mit den Conservativen überworfen. Er hatte das Tischtuch zwischen sich und ihnen zerschnitten. Er hatte ihnen gesagt: „Im Reichstag und im Abgeordnetenhaus seid Ihr auf meinen Namen gewählt, wenn ich meine Hand von Euch abziehe, kommt Ihr alle nicht wieder.“ Die Conservativen griffen nun zu den Waffen. Sie holten sich zur Verstärkung den seligen M. A. Riendorf aus dem Lager der Radikalen und Herrn Perrot von Rostock aus dem der Manchesterleute. Es bildete sich die Secte der „Agrarier“, an ihrer Spitze den exaltirten Herrn v. Wedemeier, der einen großen Theil seines ansehnlichen Vermögens für agrarische Agitationen, Zeitungen und Flugschriften opferte und dann ein so beklagenswerthes Ende genommen; und ein ihm nahestehender Altconservativer äußerte auf einem pommerschen Woll- und Pferdemarkt mit Emphase, er werde den Bismarck so klein machen, „daß er jedem ehrlichen pommerschen Krautjunker aus der Hand fressen müsse“. Und in der That, es fehlte nicht an Kleinmachungs-Versuchen. Die „Kreuzzeitung“ brachte im Sommer 1875 die famosen Artikel des Herrn Perrot (er schrieb anonym, hat aber später das Visir gelüftet) über die Aera Bismarck-Delbrück-Bleichröder u. s. w., deren sich das Ausland mit Hochgenuß bemächtigte, um das beneidete und gehaßte Deutschland und dessen großen Staatsmann herunter zu reißen. Die „Eisenbahnzeitung“ wurde mit den

Mitteln des Fürsten Putbus gegründet. Dann verwandelte sie sich in die „Reichsglocke“, welche innige Fühlung hatte mit den Altconservativen sowohl wie mit den Merikalen. Einer der Hauptglöckner war ein Zögling des „Kreuzzeitungs-Wagener“, und der letztere und Windthorst-Meppen machten damals einander Besuche. Dazwischen spielten Broschüren von Arnim und von Dieft=Daber. Doch wir wollen all den alten conservativen Schmutz nicht wieder aufwühlen, sondern nur ganz leise daran erinnern. Auch wollen wir insbesondere nicht der seltsamen Hergänge gedenken, welche damals zwischen dem Fürsten Bismarck und seinen conservativen pommerschen Gutsnachbarn spielten. Der Fürst scheint derselben auch heute noch eingedenk zu sein. Denn in seiner berühmten Rede vom 17. d. M., in welcher er das liebenswürdige und vornehme Wesen des Ferdinand Lassalle pries, fügte er hinzu: „Ich würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieser Begabung und geistreichen Natur als (Barziner?) Gutsnachbarn zu haben.“

Und unmittelbar danach soll er Herrn v. Kleist-Regow tief bewegt die Hand gedrückt haben?

---

## XI.

Berlin, 23. September.

Gestatten Sie mir ein kleines Intermezzo. Ernst Dohm, der erste und größte „Gelehrte des Kladderadatsch“, reimt auf das Wort „Intermezzo“ den Namen des Herrn von Kleist-Regow, welcher im Reichstag zur Zeit, in Ermangelung eines Bessern, die Rolle des Capuziners aus „Wallensteins Lager“ übernommen. Ich will jedoch nicht von Kleist-Regow sprechen, sondern von dem Senioren-Convent. Dazu habe ich einen besonderen Anlaß.

„Was ist denn das Alles für kauderwälsches Zeug in dem Reichstag, mit den Commissionen und den Abtheilungen, dem Senioren-Convent und der Commissions-Commission?“

Ich habe mir die neueste Geschäftsordnung gekauft. Darin steht zwar von den Commissionen und von den Abtheilungen geschrieben. Aber von der Commissions-Commission und dem Senioren-Convent finde ich darin gar nichts. Wir saßen gestern Abend zusammen, eine Gesellschaft von mehr als einem Duzend sonst wohl unterrichteter und gebildeter Leute. Aber Keiner von uns wußte, was das für Einrichtungen seien. Können Sie mir's erklären?"

So fragte mich gestern mein Freund, der Kaufmann N.

Ich erklärte es ihm; und da er mir versicherte, die große Mehrzahl der deutschen Reichsbürger befinde sich in demselben Zustande der Unwissenheit und wünsche ebenfalls Auskunft, so will ich hier zu Nutz und Frommen unserer Leser die Erklärung, die ich meinem Freund N. mündlich gegeben, zu Papier bringen.

Das preussische Abgeordnetenhaus, und nach seinem Vorgang der Reichstag, haben der parlamentarischen Taktik und Technik der Franzosen eine eigenthümliche Einrichtung entlehnt, nämlich die Verloosung sämmtlicher Mitglieder des Hauses in sieben Abtheilungen in gleicher Stärke. Die Franzosen lieben bekanntlich das Loos. Sie haben es auch für die Schwurgerichte eingeführt. Sie gehen dabei von der Ueberzeugung aus, daß es unter gewissen Umständen nicht möglich sei, vollkommen hinreichende Bürgschaften für ein unparteiisches und gerechtes Verfahren zu finden; und in Ermangelung einer Verständigung appelliren sie von dem Unverstand und von den Leidenschaften der Menschen an das Loos, welchem sie, wenn auch vielleicht nicht mehr Verstand, denn doch mehr Unparteilichkeit zutrauen. So ist man auf die Einrichtungen der durch das Loos zu bildenden Abtheilungen gekommen.

Diese Verloosung ist das erste Geschäft des Parlaments. Der würdige alte Herr von Frankenberg-Ludwigsdorff, als er noch das Alterspräsidium führte, pflegte den Reichstag einzuleiten mit den Worten:



„Ich ersuche nunmehr die Herren Schriftsteller (statt Schriftführer), sämtliche verehrlichen Mitglieder des hohen Hauses (er wollte sagen: die Zettel mit deren Namen) zum Zwecke der Verloofung in die Abtheilungen in diese Urne zu werfen.“ Das erregte stets Heiterkeit und die Verehrlichen ließen sich gern „hineinwerfen“. Das war in den Flitterwochen des Parlamentarismus. Heute geht es nicht mehr so gemüthlich zu, namentlich nach einer solchen Wahlcampagne, wie die letzte.

Am Tage nach der Verloofung bezieht eine jede Abtheilung ihr besonderes Zimmer, um sich zu constituiren, d. h. um ihre Präsidenten und Schriftführer zu wählen. Dann geht sie an ihre Geschäfte.

Und was sind ihre Geschäfte? In Frankreich sind sie sehr ausgedehnt. Da ist jede Abtheilung gleichsam ein kleines Parlament für sich. Sie discutirt die Motionen und die Gesetzentwürfe und wählt daraufhin die Mitglieder zu den Commissionen, welchen die Begutachtung jener Vorlagen übertragen wird, und zwar wählt sie dieselben nur aus ihrer Mitte.

Bei uns ist die Thätigkeit der Abtheilungen beschränkt auf die Wahl der Commissionsmitglieder und auf die Prüfung der Wahlen. Bei der ersteren war sie früher auch bei uns beschränkt auf ihre eigenen Mitglieder. Die Beschränkung ist aber vor einigen Jahren schon aufgehoben worden.

Die beiden genannten Geschäfte der Abtheilungen haben jedoch bei uns sehr viel von ihrer Wichtigkeit verloren durch die Einführung zweier neuer Institutionen, nämlich durch das des Senioren-Convents und durch das der Wahlprüfungscommission. Jene Einrichtung beruht auf Gewohnheitsrecht oder körperschaftlichem Zunftgebrauch, diese auf einer ausdrücklichen neueren Vorschrift der Geschäftsordnung.

Sprechen wir zuerst von letzterer, von der Wahlprüfungscommission. Sie wird in jeder Session für die Dauer derselben gewählt und nimmt für sich den Charakter

eines unparteiischen Gerichtshofs für Entscheidung von Wahlstreitigkeiten in Anspruch. Die Abtheilungen haben jetzt nur eine Art von Vorprüfung. Erheben sich in diesem Vorverfahren ernsthafte Bedenken, gehen innerhalb der gesetzlichen Frist von zehn Tagen Wahlanfechtungen ein, erscheint die Gültigkeit der Wahl der Majorität der Abtheilung zweifelhaft, oder erheben auch nur zehn Mitglieder derselben solche Zweifel, — dann müssen die Acten an jene besondere Wahlprüfungscommission abgegeben werden, welche die Sache gründlich untersucht und darüber an das Plenum des Hauses berichtet.

Seitdem diese Einrichtung getroffen ist, entscheidet die Abtheilung nur noch bei unbeanstandeten Wahlen. Bei angefochtenen oder sonstwie zweifelhaften ist sie beschränkt auf den Beschluß der Verweisung an die Commission.

Für die Wahl der Commissionen ist die Abtheilung zu einem bloßen Instrument herabgesunken, welches die Beschlüsse der großen oder geschlossenen Parteien und des durch sie besendeten Senioren-Convents ohne Murren und ohne Debatte zu vollstrecken hat.

Das Institut des Senioren-Convents verdankt sein Vorbild und seinen Namen den deutschen Studenten; diese vereinigen sich zu Verbindungen; an der Spitze jeder Verbindung (Corps) steht ein Ältester, „Senior“ oder „Erster Chargirter“ genannt. Sämmtliche Senioren treten zuweilen, um gemeinsame Studentenangelegenheiten zu berathen, zusammen; diese Versammlung heißt die Zusammenkunft der Ältesten oder der Senioren-Convent.

Dem entsprechend ist denn auch der Senioren-Convent des Reichstags eine Versammlung der Delegirten der größeren Parteien, d. h. also gegenwärtig der Parteien der Nationalliberalen, des Fortschritts, des Centrums, der Deutschconservativen und der Freiconservativen. Die Mitglieder des Senioren-Convents werden von den einzelnen Parteien delegirt. Sie treten zusammen, um sich über gemeinsame Angelegenheiten zu verständigen. Sie bilden eine, ich will

nicht sagen internationale, aber doch wenigstens eine inter-fractionelle Instanz, oder ein Schiedsgericht für die Parteien, aber nur für die großen. Die Kleinen, die Protest-Erfasser, die Socialdemokraten, die Polen, die Gruppe Löwe, die Gruppen Sonnemann und Kryger, und wie sie sonst noch Alle heißen, sind darin nicht vertreten. Sie müssen, wenn sie ein Anliegen haben oder in eine Commission wollen, das Protectorat einer der größeren Fractionen nachsuchen.

Die einzelnen Commissions-Mitglieder werden nur noch formell durch die Abtheilungen gewählt, in Wirklichkeit aber durch die Fractionen, und zwar unter Vermittelung des Senioren-Convents, nachdem letzterer zuvor festgestellt hat, wie viel Mitglieder einer jeden Partei, je nach der Stärke ihrer Mannschaft, zukommen; also z. B. bei einer Commission von 21 Mitgliedern haben:

|                                                                                                                                                                              |               |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| Die Nationalliberalen . . . . .                                                                                                                                              | 6 Mitglieder, |
| das Centrum . . . . .                                                                                                                                                        | 6 "           |
| die Conservativen . . . . .                                                                                                                                                  | 6 "           |
| der Fortschritt . . . . .                                                                                                                                                    | 2 "           |
| die Uebrigen, die Kleinen (die „petits<br>pays chauds“ sagt Daudet),<br>vorausgesetzt, daß sie sich unter<br>einander einigen können, was<br>aber nicht immer der Fall ist . | 1 Mitglied,   |

also in Summa 21.

Nachdem dies festgestellt ist, machen sich die einzelnen Fractionen an die Auswahl. Ein schwieriges Geschäft! Denn der Ehrgeiz, der Arbeitsdrang und andere Triebfedern äußern eine so starke Wirkung, daß in der Regel fünfmal so viel Männer gewählt sein wollen, als die Partei Stellen zu vergeben hat. Um diesem Andrang zu widerstehen und die Andrängenden zu sichten, hat nun die Partei eine „Commissions-Commission“ niedergesetzt, d. h. einen Ausschuß, welcher die Meldungen der Aspiranten entgegennimmt und unter diesen eine Auswahl trifft, welche dann von der

Partei selbst genehmigt oder modificirt wird. Dann macht der Senioren-Convent die Zusammenstellung aus allen Parteien und läßt einer jeden Abtheilung die drei Namen Derer zugehen, welche sie zu wählen hat. Die Abtheilung gehorcht. Eine Beschlußfähigkeitsziffer giebt es da nicht. Es kommt daher vor, daß nur Einer erscheint, „mit Acclamation“ die drei Mann wählt, die auf dem Zettel geschrieben stehen, ein Protocoll darüber aufnimmt und dann quasi *re bene gesta* nach Haus geht.

Auf diese Art hat bei uns der Parlaments-Gebrauch der Verloosung ihren Einfluß im Reichstage entwunden. In Deutschland genießt das Loos nicht so viel Achtung, wie in Frankreich.

Ogleich das preußische Abgeordnetenhaus in vielen Geschäftsordnungsfragen weit conservativer ist, als der Deutsche Reichstag, — Senes hat z. B. das französische Institut der Rednerliste noch bis zum heutigen Tage, während es der Reichstag schon vor Jahren abgeschafft hat —, so hat es doch die oben geschilderte Verfahrungsweise des Reichstags adoptirt. Ein hervorragendes Mitglied des Hauses, der Abgeordnete für Breslau, Dr. Alexander Meyer, schreibt darüber in der „Schlesischen Presse“:

Bekanntlich wird das Abgeordnetenhaus bald nach seinem Zusammentritt durch das Loos in sieben möglichst gleiche Abtheilungen getheilt, und diesen Abtheilungen fällt die Aufgabe zu, die Commissionen zu wählen. Die Anzahl der Commissionsmitglieder ist stets durch 7 theilbar, so daß die einzelnen Abtheilungen immer eine gleiche Anzahl von Mitgliedern zu wählen haben. In den Anfängen unseres parlamentarischen Staatslebens galt die Vorschrift, daß jede Abtheilung nur Mitglieder aus ihrer eigenen Mitte zu wählen hatte. Das führte zu Unzuträglichkeiten. Bei solchen Gegenständen, die ganz speciell technische und locale Kenntnisse erforderten (z. B. eine Haubergsordnung, oder die Bekämpfung der Reblaus) konnte es vorkommen, daß drei oder

mehr der fachverständigsten Mitglieder in derselben Abtheilung saßen, während diese Abtheilung nur Ein Mitglied zu wählen hatte. Eine andere Abtheilung war zugleich genöthigt, ein Mitglied zu wählen, das gerade in dieser Commission nur als taube Ruß gelten konnte.

Man führte daher eine Aenderung in der Geschäftsordnung ein. Es wurde den Abtheilungen gestattet, Mitglieder zu wählen, die anderen Abtheilungen angehören. Nun waren die Abtheilungen genöthigt, sich vor der Wahl mit einander zu verständigen. Erfolgt eine solche Verständigung nicht, so würde ein besonders tüchtiges Mitglied gleichzeitig von zwei oder mehreren Abtheilungen in dieselbe Commission gewählt und damit entstünde der Aufenthalt und die Beschwerlichkeit einer Nachwahl. Es könnte aber auch vorkommen, daß ein sehr tüchtiges Mitglied gar nicht gewählt würde, weil jede Abtheilung sich darauf verläßt, daß er in einer anderen Abtheilung zweifellos durchkommt. Wird aber einmal eine vorgängige Verständigung nothwendig, so liegt es nahe, diese Verständigung nicht in den durch das Loos zusammen gewürfelten, durch kein geistiges Band zusammen gehaltenen Abtheilungen vorzunehmen, sondern in den für diesen Zweck viel geeigneteren Fractionen.

Es hat sich daher seit Jahren folgendes Verfahren herausgebildet, das durch die Geschäftsordnung nicht fixirt ist, füglich auch nicht fixirt werden kann, sondern auf ungeschriebenem Gebrauch beruht. Jede Fraction wählt bei Beginn der Legislaturperiode einen oder zwei Senioren. Die Senioren sämmtlicher Fractionen treten zu einem „Senioren-Convent“ zusammen. Durch das Organ des Senioren-Convents schließen sämmtliche Fractionen für die ganze Dauer der Legislaturperiode ein Compromiß, welches im Voraus festsetzt, wie viele Mitglieder jede Fraction in jede künftig zu beschließende Commission zu entsenden hat. Je nachdem die Commission 7, 14, 21 oder 28 Mitglieder umfaßt, hat jede Fraction eine gewisse Anzahl von Mitgliedern

zu wählen. Wird nun die Wahl einer Commission beschlossen, so wählt jede Fraction das ihr zustehende Contingent von Mitgliedern und präsentiert dieselben dem Senioren-Convent. Der letztere stellt nun fest, welche der präsentirten Mitglieder in jeder Abtheilung gewählt werden sollen. Da somit die Wahl in der Abtheilung zur reinen Formalität herabsinkt, erscheinen die Mitglieder der Abtheilung nicht. Es erscheinen nur der Vorsitzende und der Schriftführer und nehmen ein Protokoll auf, oder vielmehr sie unterzeichnen mit ihrem Namen das schon vorher fertig gestellte Protokoll. Dies Verfahren hat nebenher den Vorzug, auch kleinen Fractionen, die im Wahlkampfe immer unterliegen würden, eine gewisse Vertretung in den Commissionen zu sichern.

Die Schwierigkeit bei diesem Verfahren liegt lediglich in dem ersten Compromiß. Der Grundsatz ist der, daß jede Fraction nach dem Verhältniß ihrer Kopfszahl vertreten werden soll. Bei dem Uebergang von der Rechnung mit unbenannten zu derjenigen mit benannten Zahlen stellen sich aber immer Schwierigkeiten heraus und das Compromiß ist noch niemals ohne Kämpfe zu Stande gekommen.

---

## XII.

Berlin, 24. September.

Ich habe in meinem Briefe vom 21. d. Mts. eine Parallele zwischen 1868 und 1878 gezogen und in dem vom 22. dieselbe dadurch ergänzt, daß ich das Verhalten der Conservativen im Jahre achtundsiebzig mit dem im Jahre fünfundsiebzig verglichen. Diesen Vergleich muß ich vervollständigen, indem ich erzähle, wie der Fürst Bismarck auf die ihm zu Theil gewordene conservative Behandlung reagierte.

In der von mir bereits erwähnten Reichstagsſitzung vom 9. Februar 1875 erklärte Fürst Bismarck, damals in der That nicht ohne ſichtliche Erregung, Folgendes:

„Wenn Jemand beleidigende anonyme Briefe bekommt, ſo erwartet und fordert man von ihm, daß er ſie in den Papierkorb wirft, und Jedermann iſt darüber einig, daß das ein ganz ehrloſes Gewerbe iſt, anonyme Injurien und Verläumdungen zu ſchreiben. Die Entrüſtung darüber wird noch größer, wenn die Thatſache, daß die Briefe metallographirt ſind, beweist, daß ſie an Mehrere gerichtet ſind. Sowie ſie aber gedruckt ſind, iſt es etwas ganz Anderes, da iſt es die „Stimme der öffentlichen Meinung“, die man beantworten ſoll, während es doch dieſelbe ehrenrührige, unbewieſene anonyme Verleumdung iſt; denn es iſt ſelten der Redacteur, von dem dergleichen herrührt, ſondern ein „Correſpondent“, ein Ungenannter. Dagegen könnten wir mit einem entſchloſſenen ſittlichen Gefühl viel thun, — nicht gegen alle kleinen, wohl aber doch gegen großen Blätter. Wenn ein Blatt wie die „Kreuzzeitung“, die für das Organ einer weitverbreiteten Partei gilt, ſich nicht entblödet, die ſchändlichſten und lügenhafteſten Verleumdungen über hochgeſtellte Männer in die Welt zu bringen, in einer ſolchen Form, daß ſie nach dem Urtheil der höchſten juridiſchen Autoritäten gerichtlich nicht zu faſſen iſt, aber doch Derjenige, der ſie geſehen hat, den Eindruck hat: hier wird den Miniſtern vorgeworfen, daß ſie unredlich gehandelt haben, — wenn ein ſolches Blatt ſo handelt und in monatelangem Stillſchweigen verharret, troßdem das alles Lügen ſind, und nicht ein „peccavi“ oder „erravi“ ſpricht, ſo iſt das eine ehrloſe Verleumdung, gegen die wir alle Front machen ſollten, und Niemand ſollte mit einem Abonnement ſich indirect daran betheiligen. Von einem ſolchen Blatte muß man ſich loſſagen, wenn das Unrecht nicht geſühnt wird; Jeder, der es hält und bezahlt,

betheiligte sich indirect an der Lüge und Verleumdung, die darin gemacht wird, — an Verleumdungen, wie die „Kreuzzeitung“ sie im vorigen Sommer gegen die höchsten Beamten des Reichs enthalten hat, ohne die leiseste Andeutung eines Beweises und mit einer komischen Unwissenheit in den Personalgeschichten, die sie dabei zur Schau trägt.“

Mit den Verleumdungen vom Sommer (Juli) 1875 waren die bereits in meinem Briefe vom 22. d. M. erwähnten Perrot'schen Artikel in der „Kreuzzeitung“ gemeint.

Anstatt der von dem Fürsten Bismarck erwarteten Los-  
sagung erschien in der „Kreuzzeitung“ vom 26. Februar 1876 folgende „Erklärung“:

„Der Reichskanzler Fürst von Bismarck hat in der Reichstags-sitzung vom 9. Februar sich dahin geäußert, daß Jeder, der die „Kreuzzeitung“ halte und bezahle, sich indirect an Lüge und Verleumdung betheilige. Als treue Anhänger der königlichen und conservativen Fahne weisen wir die Anschuldigungen gegen die „Kreuzzeitung“ und die gesammte durch sie vertretene Partei auf das Entschiedenste zurück. Wir bedauern, daß der erste Diener der Krone zu derartigen Mitteln greift, um eine Partei zu bekämpfen, die er Jahre lang als zuverlässigste Stütze des Thrones anerkannt hat. So wenig wie die schmerzlichen Erfahrungen der letzten Jahre vermocht haben, uns in unserer Königstreue und in unseren Grundsätzen zu erschüttern, so wenig wird auch der letzte und verletzendste Angriff gegen die Partei und ihr Organ im Stande sein, uns von der Zeitung zu trennen, welche furchtlos und treu noch stets ihren Wahlpruch: „Mit Gott für König und Vaterland“ verfochten und alle Versuche, ihr beizukommen, erfolgreich abgeschlagen hat. Wenn aber der Herr Reichskanzler, im Anschluß an den oben angeführten Ausspruch, die Aufrichtigkeit unserer christlichen Gesinnung in Zweifel zieht, so verschmähen wir es ebenso mit ihm



darüber zu rechten, wie wir es zurückweisen, die gegebenen Belehrungen über Ehre und Anstand anzunehmen.“

Diese Erklärung war unterzeichnet von sechsundvierzig Mann der berühmtesten Altconservativen; man kann wohl sagen: von der „Blüthe der altcastilianischen Ritterschaft“. Wir finden darunter die Unterschriften der Herren v. Gottberg und v. Knebel=Döberitz, derer v. d. Marwitz und derer v. Mellenthien, derer v. Ritz=Lichtenau und derer v. Scherr=Thoß, der Grafen v. d. Schulenburg=Beetzendorf und der Grafen v. Schlabrendorf=Seppau, sowie eine große Anzahl v. Wedell's, Zedlitz und Zitzewitz. (Beiläufig war es ein Zitzewitz, welcher das Schloß in Warzin gebaut hat, in welchem jetzt Fürst Bismarck seine große Villeggiatura zu halten pflegt.) Den Schluß macht folgende wahrhaft rührende Signatur:

„Mit tiefem Schmerze unterzeichnet A. v. Thadden=Trieglaff.“ Es ist dies der bekannte Erfinder der „Preßfreiheit mit dem Galgen dicht daneben“ von Anno sechsundvierzig, der hier nach länger als einem Menschenalter wieder auftaucht.

Dies war die erste Serie von Zeichnungen. Es folgten deren aber noch mehrere nach. Im Ganzen waren es etwa hundert Namen, Namen vom besten Klange unter den Altconservativen der alten Provinzen. Sie vermehrten sich, wie die Steifleinenen des Sir John Fallstaff.

Was war also geschehen? Recapituliren wir: Das Organ der altconservativen Partei in Preußen hatte den Fürsten Bismarck in der perfidesten und unfassbarsten Weise angegriffen. Es hatte, ohne auch nur einen Schatten von Gründen, geschweige denn von Beweisen vorzubringen, denselben beschuldigt, sein Amt als Reichskanzler und als preussischer Ministerpräsident für seine persönliche Bereicherung mittels schmutziger Geldgeschäfte mit einem Bauhause ausgebeutet zu haben. Fürst Bismarck ergreift die erste Gelegenheit, welche sich bietet, diesen Lügen und Verleumdungen ent-

gegenzutreten. Er, der Verleumdete, fordert die conservative Partei auf, sich von dem Verleumder loszusagen. Was thut die altconservative Partei? Eine große Zahl ihrer hervorragendsten Genossen erklärt sich, anstatt sich von demselben loszusagen, für den Verleumder. Mit offenem Visir treten sie als ritterliche Eideshelfer für das Organ der Verleumdung in die Schranken, unter der Berufung darauf, daß sie die „königstreue Partei“, die „zuverlässigsten Stützen des Thrones“ seien und (mit Bismarck, oder durch ihn,) „schmerzliche“ Erfahrungen gemacht hätten.

Und dieselben Herren, welche vor drei Jahren den Fürsten Bismarck „zurückwiesen“ und „verschmähten“ und als Gegner der „Königstreue“ denuncirten, geberdeten unter Mitwirkung von Behörden und Beamten, welche dem Fürsten Bismarck dienstlich untergeordnet sind, sich bei den letzten Wahlen als seine begeistertsten und rabiatesten Anhänger. Sie thaten so, als wenn sie, die Kreuzzeitungsleute, von jeher die einzigen Freunde Bismarck's gewesen wären, als wenn der liberale Drache den armen wehrlosen Reichskanzler überwältigt hätte, und als wenn es nur Sache der castilianischen Ritterchaft wäre, den Lindwurm zu erschlagen und den Kanzler von ihm zu befreien.

Aber wie war es denn Anno 1875 und 1876? Haben sich denn etwa inzwischen die Altconservativen geändert? Oder hat sich gar der Reichskanzler in sein Gegentheil verkehrt? — etwa wie König Chlodowech (Gregorius von Tours, Zehn Bücher fränkischer Geschichte, II., 31), nachdem ihn der Bischof von Reims getauft und die Worte zu ihm gesprochen hatte:

„Beuge still Deinen Nacken, Sigamber, — verehre, was Du verfolgst, — verfolge, was Du verehrtest.“

---

XIII.

Berlin, 25. September.

Man würde irren, wenn man annähme, daß alle preußischen Conservativen, mit alleiniger Ausnahme der Freiconservativen, sich an der in dem vorigen Briefe geschilderten Kreuzzeitungs = Schilderhebung und den derselben vorausgegangenen Perrot'schen Pasquillen betheiliget hätten.

Schon vor den Ereignissen vom Juli 1875 und vom Februar 1876, welche wir uns erlaubten, in das Gedächtniß unserer schnelllebigen und leicht vergeßlichen Zeitgenossen zurückzurufen, hatte sich in Preußen derjenige Bruchtheil, welcher nach Ausscheidung der Freiconservativen übrig geblieben, von Neuem gespalten, wenigstens in dem preußischen Abgeordnetenhaufe.

Wir haben da schon seit Jahren, und auch noch gegenwärtig, drei Species von Conservativen, nämlich Altconservative (auch schlechtweg „Conservative“ genannt), Neuconservative und Freiconservative. Niccolo Machiavelli hat den politischen Parteien den Rath gegeben: „Sei gut Freund mit Deinem Nachbarn, aber noch besser mit dem Nachbarn Deines Nachbarn!“; und bei den verschiedenen Religionsparteien hat sich dieser Grundsatz bis in sein Extrem realisirt: die Secten, welche einander am nächsten stehen, hassen einander am gründlichsten. Im Orient z. B. hassen die griechisch-orientalischen (jetzt könnte man sagen russischen) Christen die römisch-katholischen mehr als die Türken. Und umgekehrt. Die Türken hätten niemals Constantinopel erobert, wenn ihnen nicht der Krieg zwischen dem Patriarchen in Constantinopel und dem Papst in Rom die Wege gebnet hätte.

Leise Anklänge an dieses schöne interconfessionelle Verhältniß finden wir auch in dem Verhalten zwischen den verschiedenen conservativen Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses. Die Altconservativen lieben weder die Frei- noch Neuconservativen. Die Freiconservativen lieben weder die

Alt= noch die Neuconservativen. Und die Neuconservativen lieben weder die Alt= noch die Freiconservativen. Den Letzteren hat sogar der Abg. Hundt von Hasten, von den Polen beharrlich „der verehrte Hundt“ genannt, kürzlich noch zugerufen: „Meine Herren, Sie sind weder frei noch conservativ!“

Die Altconservativen zählen im Abgeordnetenhanse nur neun Mann, und ihr geistreicher Führer, Herr von Meyer=Arnswalde, liebt es deshalb, seine Fraction scherzweise als die Partei der „Neun Mäusen“ zu bezeichnen. Von Grazien wagt er nicht zu reden, obgleich er ein unerschrockener Mann ist.

Die Neuconservativen unterscheiden sich von den Altconservativen dadurch, daß sie an dem literarischen und camarillahaften Feldzug gegen den Fürsten Bismarck nicht den geringsten Antheil genommen, sondern ihn auf das Aeußerste repudiirt haben. Auch auf dem Gebiete der Kirchen= und Schulfrage sind sie dem Minister=Präsidenten gefolgt, wenn gleich nicht mit Enthusiasmus.

Von den Freiconservativen unterscheiden sie sich dadurch, daß sie den von diesen lebhaft befürworteten Reformen gegenüber eine gewisse Zurückhaltung bewahrten. Sie schwärmten z. B. nicht für die Kreis= und Provinzialordnung. Die Freiconservativen nannten noch vor einem Jahre ihren vormaligen Führer, den Minister Friedenthal, mit Stolz den „Vater der Kreisordnung“. Bei den letzten Wahlen aber wollte man von dieser vormalig mit Pauken und Trompeten verkündigten Ehrenbezeichnung gar nichts mehr wissen, vielmehr galten „die Liberalen“ als alleinige Urheber jener verwickelten und kostspieligen Selbstverwaltungsgesetze.

An der Spitze der Neuconservativen im Abgeordnetenhanse steht Herr v. Köller, ein verständiger und patriotischer Edelmann von echtem alten Schrot und Korn.

Alle diese Gegenätze, welche sich im Abgeordnetenhanse zu greifbaren Gruppierungen entwickelt haben, sind auch in

der conservativen Partei des Reichstags vorhanden und zeigen sich in unverkennbaren Symptomen. In der Socialisten-Debatte wollte v. Kleist-Rekow schon am ersten Tage absolut das Wort haben. Die Partei, welche weit davon entfernt ist, sich mit seinen confessionell-hierarchischen Ansichten zu conformiren, stellte ihn zurück und gab in erster Linie ihrem weltlichen Vertreter, Herrn v. Helldorf, das Wort. Bei der Stichwahl des ersten Vicepräsidenten haben sich die „Deutsch-conservativen“ gespalten. Einige, und nicht wenige, stimmten für den klerikalen Candidaten, Herrn v. Frankenstein. Sie pflegten ihre guten Beziehungen zu dem Centrum, obgleich die „Norddeutsche Allg. Zeitung“, welche eine Zeit lang so jäh that, wieder beginnt, more solito gegen die „vaterlandslosen Ultramontanen“ zu donnern. Andere gaben weiße Bettel ab. Einer aber schlug sich weder zu den weißen noch zu den schwarzen Conservativen, sondern stimmte für den Freiherrn v. Stauffenberg. Dieser Eine wiegt so schwer, wie die ganze Fraction zusammengenommen. Es war der General-Feldmarschall Graf Moltke.

---

#### XIV.

Berlin, 26. September.

Ich habe Ihnen die verschiedenen Gruppen vorgeführt, in welche die einheitliche conservative Partei im Laufe der letzten zwölf Jahre zerfallen.

Dabei habe ich jedoch eine Species vergessen, und zwar deshalb, weil sie, wie es scheint, zur Zeit parlamentarisch nicht vertreten ist, oder wenigstens noch nicht im Reichs- und Landtag deutlich zu Tage tritt.

Ich meine nicht die Partei des Oberhofpredigers Stöcker und des Schneidergesellen Grüneberg. Das edle Paar — „par nobile fratrum, Arcades ambo et cantare pares et

respondere parati“, hat schon Vergilius, der große Zauberer und Dichter, mit prophetischem Blicke von ihnen im Voraus gejungen —, das edle Paar, das sich vormals so herrlich mit einander vertragen, hat sich nun leider, wie der Altbaier zu jagen pflegt, „zertragen“, was in München so viel heißt, als sich entzweien. Dadurch ist die Hoffnung, welche die Weltgeschichte auf das Zusammenwirken dieser großen Geister gesetzt hatte, auf ewig vernichtet. „Aber“, heißt es in der Bibel, „aber ich habe auch noch einen anderen Schafstall, in welchem sich andere Lämmer befinden“; und das sind nämlich, wenn es erlaubt ist, diese heiligen Worte auf einen profanen Gegenstand anzuwenden, im vorliegenden Falle die Socialconservativen und die Staatssocialisten. Weder die Einen noch die Anderen stammen von gestern. Ich erinnere mich, schon vor Jahren in dem Unterhaltungsblatte „Daheim“, welches bestimmt ist, in allen nicht-radicalen und nicht-rationalistischen Kreisen die „Gartenlaube“ zu verdrängen, und, obgleich sonst solid und gut, in seinem Eifer doch zuweilen etwas zu weit geht, einen seltsamen durch mehrere Nummern gehenden Aufsatz gelesen zu haben, welcher die Absicht hatte, die Socialconservativen oder die Conservativsocialen zu verherrlichen, und zu diesem Zwecke auch mit einigen Bildnissen prangte, z. B. mit dem des Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsraths Wagener, gewöhnlich „der Kreuzzeitungs=Wagener“ oder in seiner Eigenschaft als Abgeordneter nach seinem Wahlkreise „Wagener=Neustettin“ genannt, und mit dem des früheren Abgeordneten von Blankenburg=Zimmerhausen, dem ehemaligen Freunde des Reichskanzlers, welcher letztere sogar einmal die Absicht hatte, ihn zum landwirthschaftlichen Minister zu machen, sich jedoch damals mit dem conservativen Herrn von Blankenburg ebenso wenig über das Programm zu einigen vermochte, wie Ende December 1877 mit dem nationalliberalen Herrn v. Bennigsen. Herr von Blankenburg gehört zu den Alt=Lutheranern und huldigt insoweit hierarchischen Tendenzen, als er schon im

Beginn des Culturkampfes im Reichstag wider das Jesuiten-Gesetz stimmte. Er würde wahrscheinlich auch jetzt gegen das Socialistengesetz stimmen, gegen welches ja zur Zeit auch Herr Rudolf Meyer, der Zögling des „Kreuzzeitungs-Wageuer“, unter Berufung auf letzteren, auf Rodbertus, Lorenz von Stein in Wien, und ähnliche Autoritäten, in der „Germania“ seine Stimme erhebt.

Man wird sich erinnern, daß schon der General von Radowiz, welcher im Jahre 1848 zu Frankfurt in der Paulskirche als Anwalt der Jesuiten auftrat, allerlei irrlichternde Vorstellungen über ein Bündniß zwischen Thron und Altar auf der einen, und dem Proletariat auf der anderen Seite gehabt und in seinen „Reden“ niedergelegt hat.

Die weltlichen und geistlichen Gelehrten des Blattes „Staats-socialist“ dürfen als Fortsetzung jener Anfänge betrachtet werden. Dieses Blatt ist außerordentlich unzufrieden mit der Haltung der Conservativen im Reichstag, und obgleich es sehr fromm ist, findet nicht einmal der ebenfalls sehr fromme Herr v. Kleist-Nezow Gnade vor seinen Augen, geschweige denn der profane Landrath v. Helledorf. Von letzterem sagen die frommen Vertreter des Staatscommunismus:

„Herr v. Helledorf, als Vertreter der Deutschconservativen, lieferte von Neuem den Beweis, daß das Gensdarmarie-Edict noch immer das Hauptstück des politischen und volkswirtschaftlichen Katechismus gewisser conservativer Kreise bildet, und daß man sich dort auch fest vorgenommen hat, aus keinerlei Erfahrung etwas zu lernen.“

Und Herr v. Kleist-Nezow, der früher Oberpräsident in Koblenz war und dort im königlichen Schloß der Königin Augusta in so eigenthümlicher Weise die Honneurs machte, wird mit folgenden Worten abgethan:

„Umsomehr haben wir bedauert, daß sogar Herr von Kleist-Nezow die „Macht der Wahrheit“ nur in der

Gensdarmen-Uniform anzuerkennen und im geistigen Kampfe das Beste von der Polizei zu erwarten scheint. Derselbe Irrthum, welcher ihn seinerzeit die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche von der Befestigung des Oberkirchenraths erhoffen ließ, bestimmt ihn heute, Polizei- und Criminalgefängniß, Ausweisung und Rassenconfiscation, ja sogar Stockprügel als das geeignetste Vorbereitungsmittel zu empfehlen, die Liebe und das Vertrauen der Masse der Bevölkerung wieder zu gewinnen und Loyalität und Patriotismus wieder zu erwecken. Man eifert um gute Dinge, aber leider mit Unverstand.“

Auch hieraus ersieht man, wie viel verschiedene Sorten Conservative es giebt, und daß selbst die von der frommen Sorte weder einig sind, noch einander allzu sehr lieben.

---

## XV.

Berlin, 27. September.

Es ist seltsam (ich muß die Bemerkung wiederholen), wie schnell in unseren Tagen bedeutame Ereignisse und Zustände, obgleich sie der Deffentlichkeit angehören und mit der Gegenwart in directer Verbindung stehen, vergessen werden; und doch ist es am Ende begreiflich, wenn man bedenkt, wie sie durch noch bedeutamere überragt und in den Schatten gestellt werden.

Der Abgeordnete Bebel hat sich in seiner Rede vom 16. September bemüht, Alles, was sich über die Beziehungen der preußischen und der deutschen Regierung zu der socialen Bewegung jagen läßt, mit Sorgfalt zu sammeln. Gleichwohl ist seine Sammlung weder vollständig noch zuverlässig. Die Episode Bismarck-Lasalle hat durch den Reichskanzler selbst eine außerordentlich drastische Behandlung erfahren. Die Episode Wagner-Schweitzer dagegen



ist recht stiefmütterlich behandelt worden. Der Abgeordnete Nebel scheint von dem verstorbenen Johann Baptist von Schweizer wenig zu wissen; und der Reichskanzler hat ihn vollständig mit Stillschweigen übergangen. Keiner von Beiden erwähnte auch die Episode Wagener=Dühring, obgleich sowohl der jetzige Wirkliche Geheime Oberregierungs-rath a. D. Wagener, vormals vortragender Rath im königlichen Staatsministerium und im Jahre 1848 Gründer und Jahre lang Chef-Redacteur der „Kreuzzeitung“, als auch Dr. Dühring, vormals Privatdocent an der Berliner Universität und kürzlich wegen angeblich uncollegialischen Verhaltens gegen Professoren der Hochschule seines Lehramts entlassen, Beide heute noch leben. Ich will daher heute an die letztgenannte Episode und deren Hergänge erinnern, welche vielleicht interessanter sind, als jene, weil sie namentlich das Thema der Productiv-Associationen und des Verhaltens der Regierung zu denselben beleuchten, — ein Thema, das ja auch der Fürst Bismarck in seiner Reichstagsrede vom 17. September erörterte.

Es handelt sich zunächst um eine, etwa zur Zeit des ersten oder constituirenden Reichstags des Norddeutschen Bundes in Berlin erschienene Broschüre, betitelt: „Ueber wirthschaftliche Associationen und sociale Coalitionen.“ Die Helden unserer Geschichte treten erst später auf. Einstweilen ziehen sie die Anonymität vor. Damals herrschte in ultra-conservativen Kreisen die Furcht, die Ereignisse von 1866 und 1867, die einheitliche Zusammenfassung und die verfassungsmäßige Gliederung Deutschlands, möchten vorzugsweise dem deutschen Bürger- und Bauernstande, dem Mittelstande, zu Gute kommen, dessen Mitwirkung zu der Reform begehrt und bereitwillig geleistet wurde. In Folge dessen suchte man diesen Mittelstand, den man unpassender Weise mit dem französischen Namen „Bourgeoisie“ belegte, zu isoliren und zu verdächtigen. Man schmiedete Projecte, wie man gegen ihn den „Vierten Stand“, den sogenannten

„Arbeiterstand“, namentlich die Fabrikarbeiter, aufheben, mit den Letzteren eine Coalition eingehen, den Mittelstand dazwischen nehmen, umzingeln und niederwerfen könne. Wenn man die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ und die „Zeidler'sche Correspondenz“ von damals — letztere war ebenfalls von Herrn Wagener inspirirt — zur Hand nimmt, so wird man dort eine diesen Tendenzen entsprechende Polemik erkennen. Selbst die „Provinzial-Correspondenz“ enthält einzelne Anklänge in dieser Richtung. Dem Uneingeweihten war Alles das ein wenig seltsam, wenn man erwog, daß die Regierung sich damals doch vorzugsweise auf die Vertreter des Mittelstands, auf die Rationalliberalen, stützte, ohne deren Mitwirkung und Hingebung die Verfassung des Norddeutschen Bundes nicht zu Stande gekommen sein würde. Heute hat Alles das eine eigenthümliche retrospective Beleuchtung erhalten.

Das genannte anonyme Werk über „wirthschaftliche Associationen“ enthält nun ein, wengleich unter Beobachtung einer gleichsam diplomatischen Mäßigung, wenn nicht Verschleierung, in dem Ausdruck, sachlich mit der schneidigsten Entschiedenheit bis in alle Einzelheiten ausgeführtes Programm, welches sich zunächst gegen die Schulze-Dehlig'schen Genossenschaften wendet und dieselben als für die Arbeiter unbrauchbar und nur den „Bourgeois-Interessen“ und dem „Industrialismus“ dienend, bekämpft. Nach dieser kritischen Negation aber geht die Broschüre zu positiven Vorschlägen über, indem sie auszuführen versucht, daß in den Arbeiter-Coalitionen, und namentlich in der dem Unternehmer feindseligen Richtung derselben, die wahre Grundlage für einen von Oben herunter auszuführenden neuen Staats- und Gesellschafts-Bau zu finden sei und daß die Regierung berufen wäre, diesen Coalitionen die Hand zu reichen, durch unbegrenzte Emission ungedeckter und uneinlösbarer Noten (nöthigenfalls mit Zwangscours) ihnen die Mittel für den Betrieb zu schaffen, von Obrigkeitswegen die Arbeitslöhne zu regeln, d. h.

möglichst hoch hinaufzuschrauben, und so den „Industrialismus“, d. h. Handel und Gewerbe der Privaten, dazwischen zu nehmen, ihm den Garaus zu machen und auf seinem Grabe den communistischen Industriestaat mit Regierungsdictatur zu errichten, — ein Plan, so raffiniert, verzwickelt und listig, daß das communistische Evangelium, welches der socialdemokratische Abgeordnete Bracke in der Reichstags-Sitzung vom 17. September predigte, im Vergleich zu jenem offenerzig und human erscheint, wie es jedenfalls menschlicher ist, Jemanden kurzer Hand abzuschlachten, als ihn mit kleinen, aber wirksamen Dosen Giftes allmählig zu Tode zu martern.

Diese Schrift in ihrer ersten anonymen Auflage wurde wahrscheinlich fast nur unter der conservativen Partei verbreitet. Man ist der letzteren die Anerkennung schuldig, daß nicht Alle von dem Project erbaut waren, vielmehr glaubten Einige, die Arznei sei schlimmer, als die Krankheit. Die industrielle Welt schien die Gefahr, die ihr drohte, gar nicht zu ahnen. Und doch handelte es sich darum, das ganze wirthschaftliche Leben zu politischen Zwecken zu corrumpiren und einen fanatischen Kreuzzug zu unternehmen gegen die Creditgenossenschaften, gegen die Capitalisten, gegen die Kaufleute, gegen die Fabrikanten, gegen das bewegliche Capital (— Wagener hatte damals schon den Unterschied zwischen „Geld capital und Grundcapital“ erfunden —) kurz gegen Alle und gegen Alles, was nicht Junker, Krieger, Priester, Proletarier oder Beamter war, oder gegen Alles Das, was trotz seiner Gesundheit von dem conservativen Professor Leo als das „skrophulöse Gesindel des Friedens“ bezeichnet wurde.

Nur die Freihandelspartei erkannte die Gefahr. Der geniale Volkswirth Julius Faucher witterte mit gewohntem Scharfsinn hinter dem Anonymus des Buches, das halb im Propheten- und halb im Kathederton abgefaßt war, einen bedenklichen Gegner, welcher um so gefährlicher werden könnte, als er sich nicht an das Publicum wandte, sondern

an die bis dahin einflußreichste Klasse der Gesellschaft und vielleicht sogar an eine über der letzteren stehende Adresse. Faucher widmete dem Buch in seiner „Volkswirthschaftlichen Vierteljahrsschrift“ (Jahrgang 1867, Band II, Seite 203) eine eingehende Kritik, welche die volkswirthschaftlichen Trugschlüsse offen legte und nachwies, wie man hier ein falsches ökonomisches System lediglich zu politisch=reactionären Zwecken zu construiren versuchte.

Einige Monate später erschien dasselbe Buch bei einem Leipziger Verleger in zweiter Auflage, in welchem sich Wagener auf dem Titelblatt als Verfasser benannte. Da trat der Privatdocent Dr. Dühring auf, bezeichnete das Verfahren Wageners als eine Usurpation und versicherte, er, Dühring, sei der wahre Verfasser. Daraus entwuchsen dann Proceffe, welche uns die höchst interessante Entstehungsart des Schriftchens enthüllten.

---

## XVI.

Berlin, 28. September.

Mit der Schrift: „Ueber wirthschaftliche Associationen und sociale Coalitionen“, bestätigt sich der alte Satz, daß Bücher manchmal ihre eigenthümlichen Schicksale haben (*habent sua fata libelli*).

Anfangs ganz unbeachtet, fesselte sie, wenigstens vorübergehend, in hohem Grade die öffentliche Meinung, sobald sich Wagener und Dühring öffentlich darüber zu zanken begannen. Heutzutage ist sie wieder vollständig vergessen, obgleich sie eine nicht unwesentliche Erscheinung in der Geschichte der socialistisch=gouvernementalen Bewegung war und heute vielleicht noch mehr Beachtung verdient als jemals.

Wagener gab zu, die Schrift sei von Dühring verfaßt und er habe sie nur herausgegeben, wozu er (nach Maßgabe

seines Vertragsverhältnisses mit Dühring) berechtigt gewesen; daß er auf dem Titel als Verfasser genannt sei, das schob er dem Verleger in die Schuhe. Dagegen protestirte nun wieder der Leipziger Verleger: Wagener habe ihn ausdrücklich beauftragt, seinen Namen auf den Titel zu setzen. Wagener verklagte darauf seinen Verleger in Leipzig wegen Verleumdung. Gleichzeitig verklagte Dr. Dühring den Geheimrath Wagener in Berlin wegen Verletzung seiner Autorrechte. Aus den Proceßverhandlungen ergab sich Folgendes:

Vor der Krisis von 1866, zu einer Zeit, da der preussische Verfassungs=Conflict in seiner höchsten Blüthe stand, erschien der Geheime Rath Wagener bei dem Privat=Docenten Dühring, welcher sich damals nur durch einige zwar breit, aber lebhaft geschriebene Pamphlete zu Gunsten der Schutzzoll=Theorien Careys wider die sogenannte „Manchester=Partei“ bekannt gemacht hatte, und ersuchte ihn im Auftrage des Minister=Präsidenten Grafen von Bismarck, für Letzteren eine Denkschrift über die obengenannten Gegenstände in dem bereits bezeichneten Sinne zu schreiben. Dühring nahm den Auftrag an; über den Lohn oder den Preis der Arbeit wurde etwas Bestimmtes ausdrücklich nicht stipulirt; wohl aber scheint, wie aus Briefen des Verfassers, welche im Proceße producirt wurden, hervorgeht, ein Avancement in der akademischen Carrière in Aussicht gewesen zu sein; — ich sage: „gewesen“, um es zweifelhaft zu lassen, ob es blos von Dühring in Aussicht genommen, oder von Wagener in Aussicht gestellt wurde, oder ob Beides. Dühring schrieb die bestellte Denkschrift und lieferte sie an den Besteller, Wagener, ab, welcher sie im Auftrage des Minister=Präsidenten annahm. Wagener will sie später auf Veranlassung der „conservativen Partei“ zum Druck befördert haben. Die Publication erfolgte zuerst anonym. Die conservative Partei hat der Behauptung Wagener's nie widersprochen. Erst als Wagener auf dem Titel als Verfasser genannt wurde,

erhob Dr. Dühring, dessen akademische „Blüthenträume“ nicht zur Reife gediehen, seine Reclamationen, welche die Angelegenheit vor das Forum der Gerichte und zugleich vor das Tribunal der öffentlichen Meinung gebracht haben.

Die Letztere nahm Anfangs sehr lebhaft Partei für Dr. Dühring. Derselbe hat nämlich das Unglück, blind zu sein, und entfaltet trotzdem eine bewundernswerthe literarische Arbeitskraft. Auch schien er offenbar bei dem Handel sehr zu kurz gekommen zu sein. Geheim-Rath Wagener war als parlamentarischer Führer der altconservativen Partei bekannt; folglich schloß man daraus, daß er hier als Gegner Dühring's auftrat, darauf, der Letztere sei liberal, — ein falscher Schluß, denn sie stritten ja nicht über Politik, sondern über Autorrechte, und die Dühring'sche Schrift war geradezu ein Programm zu einem Kreuzzug gegen den bürgerlichen Liberalismus.

Der Streit wogte hin und her.

„Was will Dühring?“ sagten die Einen. „Wo ist sein Autorrecht? Er hat nicht als Autor gearbeitet, sondern auf Bestellung eines Dritten, dem er sein Werk nicht zum Zwecke der Publication zwar, sondern vielmehr zu jeder beliebigen, dessen discretionärer Gewalt vollkommen freigestellten Benutzung überlassen hat. Ob er den dafür erwarteten Lohn erhalten, das hat mit dem Autorrecht nichts zu schaffen. War der Lohn versprochen, dann mag er darauf klagen. War keiner versprochen, dann hat er irrig speculirt und muß die Folgen tragen. Hätte wohl die Nymphe Egeria, wenn Numa Pompilius ihre Dictate und Denkschriften veröffentlicht hätte, ihn deshalb wegen Entziehung des Honorars und Verletzung der Autorrechte verklagen können? Wenn Dühring sich für seine Denkschrift nicht ausdrücklich die Autorrechte vorbehalten, dann ist das Recht, über dieselbe zu disponiren, mit Inbegriff der Befugniß zur Publication auf den übergegangen, auf dessen Bestellung er gearbeitet hat.“

Ja, aber Dühring ist doch Schriftsteller, sagen die Anderen, er lebt davon; und deshalb muß man präsumiren, daß er sich das Autorrecht vorbehalten, und daß er Honorar in Anspruch nimmt. Wenigstens hat er nicht darauf verzichtet, folglich hatte er es noch, als Wagener das Buch publicirte.

„Als Schriftsteller hat Dühring hier nicht gehandelt“, replicirten Jene, „er schrieb nicht für das Publicum, sondern für einen einzelnen Mann — sei es für Wagener, sei es für Bismarck; als er das Buch schrieb, hat er nicht daran gedacht, als Mann der Wissenschaft neue Wahrheiten der großen Masse des lesenden Publicums zugänglich zu machen, sondern vielmehr einem Staatsmann ein Privatissimum darüber zu lesen, wie man am erfolgreichsten auf dem wirthschaftlichen Gebiete zu politischen Zwecken einen Feldzug gegen die Industrie und gegen die Mittelklassen zu führen im Stande sei.“

Doch das Alles ist heute als Nebensache zu betrachten. Die Hauptsache bleiben der Inhalt und die Geschichte der Schrift — insbesondere aber die Fragen: Wie und wann ist sie entstanden und publicirt worden? Was war ihr Zweck? Und welche Wirkung hat sie hervor gebracht? Inwiefern verdient sie noch heute Beachtung?

---

## XVII.

Berlin, 1. October.

Die Wagener=Dühring'sche Schrift datirt also ihrer Entstehung nach aus der Conflictszeit. Gedruckt und verbreitet wurde sie dagegen erst in den Jahren 1867 und 1868.

Eine Legitimation des Fürsten Bismarck hat Herr Wagener in jenen beiden Processen, welche übrigens, beiläufig bemerkt, beide zu seinem Nachtheil entschieden worden sind,

nicht beigebracht. Herr Dühring behauptet mit der größten Bestimmtheit, Wagener habe im Auftrage des preußischen Ministerpräsidenten zu handeln vorgegeben, was auch Herr Wagener nicht bestreitet, ohne jedoch irgend einen Beweis dafür anzugeben. Fürst Bismarck hat jenen Behauptungen nicht widersprochen und sie auch niemals bestätigt. Wir lassen daher diese Beziehungen dahingestellt, indem wir im Uebrigen das damalige Verhältniß des Geheimrath Wagener zu Bismarck als zur Genüge bekannt voraussetzen und nur daran erinnern, daß der Letztere den Ersteren auch noch am 17. September 1878 als einen „für diese (socialistischen) Sachen durchaus sachkundigen Mann, einen Mann von Geist“ bezeichnet hat.

Man erinnere sich nur der Conflictszeit. Die preußische Bevölkerung stand in ihrer großen Mehrheit wider das Ministerium. Den Kern der Opposition bildete der Mittelstand, — die Kaufleute, die Industriellen, die gewerblich-productive Klasse der Bevölkerung. Die Situation war für die Regierung gänzlich verfahren. Der Ausweg, welchen wir 1866 aus der Sackgasse fanden, war noch nicht eröffnet. Unter solchen Umständen war es nur zu begreiflich, wenn es Anhänger der Regierung gab, welche auf den Gedanken geriethen, die politischen Gegner durch eine mächtige sociale Bewegung, welche man hinter ihrem Rücken anjachte, lahm zu legen. Wenn man eine Gesellschaftsklasse gegen die andere, die Arbeit gegen das Capital, das unbewegliche Capital gegen das bewegliche, den Großgrundbesitz gegen das „Geldcapital“ hegte, konnte daraus nicht ein Kampf entstehen, aus welchem sich eine absolute Gewalt erhob, um sich alle jene Factoren, sowie die bürgerliche und wirthschaftliche Gesellschaft, welche sich aus denselben zusammenlegt, nachdem sie durch die Kämpfe ermattet und „der Ruhe und des Friedens um jeden Preis“ bedürftig geworden, blindlings zu unterwerfen?

Es war etwa derselbe Gedanke, welchen Herr Albert Schäffle — zuerst Candidat der evangelischen Theologie,



dann Freischärler, dann Literat, hierauf Professor der Staatswissenschaften an der königlich württembergischen Universität Tübingen, 1868 föderalistisch = centrifugales Mitglied des Deutschen Zollparlaments, hierauf Professor an der Wiener Hochschule, dann kaiserlich königlicher österreichisch = cisleithanischer Minister und jetzt Erzeuger der „Quintessenz des Socialismus“ — in seinem dicken Buche „Capitalismus und Socialismus“ proclamirte mit den Worten, er erkläre sich „für eine große, über alle Gesellschaftsklassen sich erhebende Monarchie, welche die Fahne wahrer socialer Reformen ergreift“. Er wollte den Capitalismus und den Socialismus damals, 1870, durch den „Föderalismus“ überwinden; 1871 wurde er zu diesem Zweck Mitglied des czechisch = föderalistischen Ministeriums Hohenwart, Habietinek, Kelinek und Genossen. In Oesterreich sehen wir uns vergeblich nach den „segensreichen Spuren seiner socialistisch = föderativen Thätigkeit“ um. Man hat ihn in Wien fortgeschickt; er ist an seinen schwäbischen Heerd zurückgekehrt, um dort die „Quintessenz“ zu destilliren. Napoleon III. spielte ebenfalls mit dem Socialismus, indem er sich die „gekrönte Demokratie“ nannte. Auch er ward eine verkörperte Warnung, nicht mit dem Feuer zu spielen.

Auffallend ist es nun, daß auch, nachdem die Conflictsperiode abgeschlossen, die Indemnität erteilt, und die Grundlage der deutschen Einheit gelegt war, ein so „sachkundiger Mann von Geist“, wie der Geheimrath Wagener, ein Mann, der damals unzweifelhaft dem Reichskanzler außerordentlich nahe stand und ihm mit Erfolg das allgemeine Stimmrecht empfohlen hatte, daß ein solcher Mann auch noch 1867 und 1868 glaubte, mit Erfolg auf seine von ihm oder von Dühring während der Conflictszeit ausgebrüteten „socialen Coalitionen“ zurückkommen zu können, obgleich man solche desperate Mittel gar nicht mehr nöthig hatte, und obgleich der Bundeskanzler dadurch, daß er einen Delbrück an die Spitze des Kanzleramts berief, deutlich zu erkennen

gegeben, daß er zur Zeit von jenen phantastischen Plänen nichts mehr wissen wollte. Hat aber nicht Herr Wagener, der den Bundeskanzler genau kennt, sich nicht doch, trotz alledem, der Hoffnung hingeeben, unter gewissen Umständen eine feinen Plänen sympathische Saite anschlagen zu können? Und findet nicht die Sache durch die Art, wie Delbrück 1876 fiel, eine seltsame retrospective Beleuchtung?

Dies sollten auch heutzutage unsere Industriellen nicht vergessen, wenn sie sich, um des Schutzzolles und anderer wirklicher oder vermeintlicher Vortheile willen, der Reaction in die Arme zu werfen geneigt sind. Mögen sie sich immer von Neuem daran erinnern, welche Pläne noch vor zehn Jahren die Reaction gegen sie geschmiedet und wie damals schon die Parole ausgegeben: „Keine Freiheit, sondern Wohlfahrt! Absolutismus zum Zweck der Beförderung der Wohlfahrt!“ Und doch ist keine Parole gefährlicher, als diese. Denn wenn man das Staatsgerüst, das bei uns ohne dies schon schwer genug zu tragen hat (man denke nur an die Militärlast!), auch noch mit dem ganzen oder theilweisen Selbstbetrieb von Handel und Industrie in Regie und mit Beschaffung der Geldmittel für alle creditwürdigen und nichtcreditwürdigen Creditbedürftigen (natürlich mittels ungedeckter Noten mit Zwangscours) beladen will — namentlich auch (so wollen es unsere Staats-Communisten) mit Befriedigung der Creditbedürfnisse der Grundeigenthümer, also schließlich auch noch mit dem directen oder indirecten Betriebe der Landwirthschaft —: dann kann das Staatsgerüst auf die Dauer alle diese Lasten nicht tragen. Es wird eines Tages krachend zusammenstürzen und Alle unter den Trümmern begraben, welche unter seinem Dache Schutz, Recht und Sicherheit gesucht hatten.

---

## XVIII.

Berlin, 3. October.

Um den Lesern von heute einen Begriff von den Wagener-Dühring'schen Projecten zu geben, schließe ich mit einer analytischen Kritik und einem Nachweise der einzelnen Etappen, welche ich damals 1868, als man noch weit entfernt war, die Gestaltungen von 1878 voranzusetzen, unter dem ersten Eindrucke des Studiums der „socialen Coalitionen“ niedergeschrieben.

Erste Station. Die Genossenschaften taugen nichts. Sie kuriren keineswegs alle socialen Krankheiten; sie folgen der Richtung des Industrialismus unserer Tage. In ihnen haufen vielleicht gar gegen den Staat gehegte und gepflegte Partei-Ansichten. Fort mit den Genossenschaften!

Zweite Station. Probiren wir es einmal mit den Arbeiter-Coalitioncn. Stellen wir ihnen die Actien-Gesellschaften, über die der Staat ja schon die Aufsicht zu führen hat, und die Handelskammern, welche ja auch schon unter seinem Griff sind, gegenüber. Bewundernswürdige, ständische Gliederung! Sie Unternehmer, sie Arbeiter! Sie Welf, sie Waiblingen! Natürlich giebt's Streit.

Dritte Station. Divide et impera! Theile und herrsche! Die streitenden Theile bedürfen eines Richters. Wer ist ein besserer, ein unparteiischerer Richter, als die Regierung, namentlich dann, wenn sie selbst einer ganz exclusiven, kleinen aber mächtigen Partei angehört? Ein Gesetzbuch ist nicht nöthig. Der Begriff des in dem Kopfe eines Berliner Privat-Dozenten embryonisch schlummernden „Staats-Arbeiterrechts“ oder „Arbeiter-Staatsrechts“ genügt. Die Gesetzgebung regelt ja jetzt schon die Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter. Warum sollte denn die Regierung nicht die Arbeiterverhältnisse schlechtweg auch ohne Gesetz überhaupt regeln? Sie beaufsichtigt ja auch jetzt schon die Actien-Gesellschaften. Warum sollte sie denn nicht ihnen, sowie

auch allen anderen Fabriken die Lohnsätze vorschreiben? Das geht vortrefflich, wenn nur „der Staat dafür sorgt, daß die Unternehmer Mittel erhalten, ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen.“ (Wörtlich!) Und nichts ist leichter, als das. Dazu hat der Staat nur nöthig, sich der Banken zu bemächtigen. „Im Zusammenhange mit den angeedeuteten außerordentlichen Maßregeln, welche selbstverständlich nur bei Gelegenheit einer sehr kritischen Gestaltung der Verhältnisse (z. B. bei einem Verfassungs=Conflicte) zu ergreifen, dann aber dauernd festzuhalten sein würden (Hört! hört!), bildet ja die Lohnfrage eine verhältnißmäßig leicht zu regulirende Angelegenheit.“ (Natürlich! Kinderspiel das!)

Vierte Station. Die wirthschaftliche Gesellschaft also kann sich weder auf dem Wege der Genossenschaften, noch auf irgend einem anderen, selbst helfen. Bleibt keine Hülfe, als beim Staate, und der Staat — das ist die Regierung. Die Regierung also hat ausschließlich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu reguliren. Kommen dabei die Unternehmer in das Gedränge, so muß sie ihnen natürlich beispringen. Sie hat's ja gemacht und ist also auch verantwortlich. Man kann doch dem Privatunternehmer nicht zumuthen, daß er bezahlt, was die Regierung schuldig bleibt. Die Regierung muß sich also „Mittel zur Erfüllung der Verbindlichkeiten des Unternehmers“ beschaffen. Steuern zu diesem Zwecke zu erheben, wäre aber doch höchst unpopulär, würde auch auf die Dauer nicht vorhalten; denn diese Ausgaben würden kolossal wachsen. Woher aber das Geld nehmen und nicht stehlen? Ei nun, um Banknoten zu machen, ist ja nichts nöthig, als Papier und eine Presse. Bemächtigen wir uns also des Bankwesens und machen wir Banknoten. Gold oder Silber, um sie einzulösen, ist nicht nöthig. Will sie das Publicum nicht nehmen, dann geben wir ihnen Zwangsconrs. Das ist ja Alles schon dagewesen. Hat nicht der Wohlfahrts=auschuß auch Assignate fabricirt und Minimalsätze für den Lohn und Maximalsätze für die Lebensmittel festgesetzt?

Freilich ging es damals schief. Allein wer kann nach einem einzigen mißlungenen Versuch urtheilen? Der Wohlfahrts-Ausschuß hat ja die Sache nicht consequent fortgesetzt. Wir aber, wir wollen „die Maßregeln, welche bei Gelegenheit einer sehr kritischen Gestaltung der Verhältnisse zu ergreifen wären, dauernd festhalten“.

Fünfte Station. Vielleicht könnte Jemand glauben, wenn wir uns auf die Fixirung der Löhne durch die Regierung und auf die Fabrication von Banknoten oder Assignaten durch dieselbe beschränkten, so bliebe von der jetzigen wirthschaftlichen Ordnung der Dinge noch allzuviel bestehen und die neue sociale Staats- und Gesellschaftsumgestaltung gelänge nicht zur Genüge zum Durchbruch. Wir können diese Befürchtungen eines Patrioten widerlegen. Man stelle sich die Sache nur einmal bildlich vor. Das Geld ist die Generalwaare. Alle Waaren erzeugt die Arbeit. Das Geld und die Arbeit sind also die beiden Zipfel des Bettuches, worauf die ganze wirthschaftliche Gesellschaft ruht. Haben wir nur erst einmal diese beiden Zipfel in der Hand, „dann wollen wir die bürgerliche Gesellschaft wippen, daß ihr jeder Knochen im Leibe kracht und sich bei ihr das Oberste zu unterst kehrt — ganz anders, als während der Schreckensherrschaft in Frankreich“.

Das ist das Bild, welches die Hexen dem Macbeth vorgaukeln, und sein Begleiter Banquo sagt:

„The earth bath bubbles, as the water has, —  
And these are of them!“

---

## XIX.

Berlin, 7. October.

Die Conservativen, sagen wir richtiger, die altpreussischen Altconservativen, möchten gern wieder an die Gewalt, sowohl in Deutschland als auch in Preußen. Man soll

Niemandem schlechte Motive unterschreiben. Ich nehme daher an, die Herren Conservativen, Kleist-Regow (der weiland Oberpräsident der Rheinprovinz, wo er in dem Koblenzer Schlosse geistliches und weltliches Oberhaupt, Erzbischof und Kurfürst zugleich war) an der Spitze, haben eingesehen, daß sie Mancherlei, im Fall der Wiedergelungung zur Gewalt, wieder gut zu machen haben würden, weil sie in der Zeit von 1850 bis 1858, wo sie im Vollbesitz aller Macht waren, von dieser keinen guten Gebrauch gemacht haben; denn in jener Periode herrschte im Innern eine Art von Lähmung oder Stokung, welche man heutzutage mit dem neuesten geflügelten Worte, das wir dem Fürsten Reichskanzler verdanken, „Verjümpfung“ nennen würde; und mit der äußeren Machtstellung Preußens ging es mit jedem Tag etwas mehr rückwärts, was nicht zu verwundern war, da der alte Herr v. Gerlach den Czaren Nikolaus „unseren Vater“ nannte und die übrigen Conservativen durchdrungen waren von der Ueberzeugung: „Nulla salus sine Austria“ (ohne Oesterreich gebe es kein Heil mehr für Preußen). Aus diesen mit gläubigem Fanatismus und Fatalismus festgestellten Dogma entstand die Niederlage von Olmütz. Allein gerade aus dieser Niederlage entwickelte sich auch der Keim zu unserer Rettung. Man schickte einen damals noch jungen Conservativen, von welchem man allen Grund hatte zu glauben, daß er mit den Urhebern von Olmütz von Herzen einverstanden sei, als Bundestags-Gesandten nach Frankfurt. Wenn er wirklich mit jenen Staatsmännern, welche mehr für Rußland und Oesterreich schwärmten als für Preußen, damals, als er nach der Bundestags-Stadt an dem Main ging, einverstanden war, so ist er als Saulus gegangen und als Paulus wiedergekommen. Fester als die neuen Theorien des „seligen Stahl“ und die Capuzinaden der Herren v. Gerlach und v. Kleist-Regow, hatten in seinem tapferen Herzen Wurzel geschlagen der preußische Patriotismus und das Standesbewußtsein des altmärkischen Junkers von echtem Schrot und Korn. Das hochnasige

jüffizante und brutale Benchmen des öfterreichifchen „Bundespräfidialgefandten“ und die fchweifwedelnde Unterthänigkeit, mit welcher die mittel- und kleinftaatlichen Gefandten denfelben umfchwärmten, fetzten das Blut des märkifchen Junkers in Wallung, und als nun gar der öfterreichifche Gefandte begann, auch den preußifchen Bundestagsgefandten zu brüskiren, als wenn auch er zu den „Kleinen von den Meinen“ gehörte, da empörte fich der preußifche Patriot. Er, der auch vielleicht früher in Olmütz, mit Herrn v. Gerlach, eine von der Vorfegung uns auferlegte Demüthigung und Buße für die Sünden von 1848 erblickt hatte, änderte feine Meinung, als die vermeintliche „Vorfegung“ in Gefalt des k. k. Bundespräfidialgefandten Fleisch und Bein gewann; und als endlich diefe k. k. „Vorfegung“ eines Tages zu einer Ausfchuffigung im Hausflaus und faloppefter Haltung erfhien und die Vertreter der „Klaineren Statten“, darunter auch denjenigen Preußens, mit vollendeter Rückfichtslofigkeit von oben herunter behandelte, da zog der preußifche Junker feine Cigarrentafche hervor und fragte den „k. k. Excellenzherrn“, ob er ihm Feuer geben könne. Das war die erſte Heldenthat des Herrn von Bismarck-Schönhauſen. Kurz darauf kam der weiland Reichsverweſer Johann, — von welchem 1848 ein kroatiſcher Hauptmann, der Mainzer Bundesgarnifon angehörig, auf Anfrage die Charakteriſtik gab, es ſei „ain Erzherzog, wie ſie Olli (Alle) ſain, aber jehr ein geſcheider“ — nach Frankfurt a. M. und fragte Herrn v. Bismarck ſpöttiſch, ob er alle die Orden, welche er trage, im Kriege errungen. Die Antwort lautete: „Ja wohl, kaiſerliche Hoheit, alle vor dem Feind erſtritten, alle hier in Frankfurt.“ Mit jenem „Feuer“ und dieſem „Feind“ war das caudiniſche Joch zerſprungen, welches die conſervative Politik in der Zeit von 1850—1858 dem preußiſchen Staat auferlegt hatte. An die Stelle der „Politik Kleiſt-Regow, Stahl und Gerlach“ war die Politik Bismarck getreten, — jene Politik, welche

nicht mehr den Unterofficier spielte, der bei Oesterreich und Rußland um eine Civilversorgung petitionirte, sondern ihre Stärke in dem eigenen preußischen Selbstgefühl und in der eigenen preußischen Wehrkraft fand, und welcher es klar bewußt war, daß Preußen nur einen einzigen zuverlässigen Allirten habe, nämlich die deutsche Nation, daß aber auch dieser Allirte nur um einen hohen Preis zu haben war, nämlich nur dann, wenn Preußen den letzten Hauch von Roß und Mann daran setzte, das österreichische Joch abzuwerfen und Deutschland den Deutschen wiederzugeben. Dieser Mann war aus der conservativen Partei hervorgegangen, aber indem er gleich einer gewappneten Pallas emporstieg, spaltete er den Schooß, dem er entstieg. Er war die höchste Blüthe dieser Partei und zugleich der Anfang von ihrem Ende. Dieser Mann war Bismarck.

---

## XX.

Berlin, 8. October.

Werfen wir nun, um unsere historisch = politische Peripetie abzurunden, einen Blick auf die Entstehung der altconservativen Partei, welche ursprünglich mit Recht die „Kreuzzeitungspartei“ genannt wurde; denn dieses Blatt ist die Fahne, um welche sich die Partei geschaart und gesammelt. In Anlehnung an den Namen dieses Blattes („Neue preußische Zeitung“) nannte man sie auch die „neupreußische“ Partei. Und auch dieser Name ist richtig. Denn diese ganz spezifische Partei hat eigentlich mit dem alten Preußenthum wenig zu schaffen, und sie ist neuen Ursprungs. Sie datirt nämlich vom Jahre 1848.

Preußen ist ein wirklicher Staat. Die Erhebung von Achtundvierzig, die an den meisten anderen deutschen Staaten ziemlich spurlos vorüberging, übte in Preußen eine mächtige



und zum großen Theil nicht wieder zu vertilgende Wirkung. Sie schuf eine Verfassung, mit welcher es Ernst ist. Ein Verfassungsconflict wie der preußische, beiderseits mit so viel Entschlossenheit und Aufwand materieller und geistiger Mittel geführt, von so intensiver Kraft und weittragender Wirkung, daß nur die welthistorischen Ereignisse von 1866 im Stande waren, diese Wirkung zu paralyfieren, -- ein solcher Conflict wäre in den deutschen Kleinstaaten nie möglich gewesen, aus dem einfachen Grunde, weil dort die Volksvertretung nie Ernst machte mit der dortigen fast ein halbes Jahrhundert älteren constitutionellen Verfassung, und weil in dem einzigen Falle, wo sie wirklich Ernst damit machte — in dem kurhessischen — sofort die force majeure des Bundestags zur Hand war.

Wäre man in Preußen alsbald nach den Befreiungskriegen zur Einführung einer Landesverfassung geschritten, so hätte man sich die schwere Krisis von 1848 erspart, es würde sich dann wahrscheinlich Alles in ruhiger organischer Entwicklung gestaltet haben.

So aber ergossen sich 1848 die lange zurückgedämmten Wogen stürmisch über das ganze Land. Die allzu sehr und allzu lange bevormundeten Gesellschaftsschichten respectirten zwar die Monarchie und Dynastie, weil sie das den Staat zusammenhaltende Band bilden; aber sie erhoben sich mit Macht gegen die privilegirten Klassen — gegen die Geistlichkeit, die Bureaucratie und den Adel.

Der Grundadel war bis 1848 in Preußen zum großen Theil, wenn nicht gerade liberal, denn doch freisinnig namentlich in volkswirthschaftlichen Dingen. Er ist zu unterscheiden von jenem Dienstadel aus der Mark und einem Theile von Pommern, der schon seit Generationen „zu Hofe dienen geht“, wie man es ehemals nannte. Vor 1848 frondirte der preußische Grundadel namentlich gegen die Bureaucratie, die ihn nicht besser behandelte als die Andern. Man erinnere sich nur z. B. an die „Briefe eines Verstorbenen“, an die Verfügung

gerichtet an „den Branntweinbrenner Grafen F.“ und anderes dort Erzählte.

Die conservative Partei in Preußen bildete sich erst in und seit 1848, vermöge des Gesetzes der Gegensätze und der durch dieses Gesetz bedingten Entwicklung. Alles, was durch die Bewegung von 1848 bedroht war oder sich bedroht glaubte, vereinigte sich solidarisch zur Vertheidigung von Hab' und Gut, von Rang und Würde, von Laren und Penaten. Die sich für allwissend und allmächtig haltende Bureaukratie sah mit Abscheu auf die begehrte Mitwirkung der breiten Schichten der Bevölkerung. Das Militär war tief verletzt. Der Junker fand sich durch die Ablösungs- und Steuergesetzgebung in seinem ohnehin nicht glänzenden Vermögensbestande bedroht. So bildete sich ein Bund der Abwehr, aus dem sich nach und nach, immer gereizt durch den Gegensatz, ein Schutz- und Trugbündniß entwickelte, — die neupreußische Partei.

Das an sich gesündeste und für die politische Entwicklung brauchbarste Element dieser Coalition, der Grundadel, worf sich in seiner Verzweiflung den Pfaffen und Bureaukraten in die Arme, die er in der That nicht allzu sehr liebte. Der Junker wollte doch immerhin lieber von Bureaukraten beherrscht, als von Demokraten aufgefressen sein. Je mehr man ihm, wie man das damals nannte, „in das Fleisch der Reaction schnitt“, desto mehr befestigte sich das Bündniß. Es mag anfangs dem Junker vielleicht recht widerlich gewesen sein; aber mit der Zeit gewöhnte er sich daran. Er konnte dasselbe nicht entbehren. Der Junker war Soldat und Landwirth; er konnte fechten, schießen, jagen, reiten und sonst sehr viele nützliche und freie Künste, — aber im politischen Kampf nutzten sie nichts. Da hatte er Schriftgelehrte nöthig, die reden und schreiben, Programme fabriciren, Theses aufstellen und politische Systeme zurecht zimmern konnten. Sie fanden sich in Gerlach, Leo, Wagener zc.

Sogar eines Philosophen der conservativen Sache konnte man nicht entrathen. Er fand sich in Stahl, einem Manne,

der in seiner Wissenschaft nicht ohne Bedeutung, leider, sobald er das wissenschaftliche Gebiet mit dem politischen vertauschte, aufhörte, Gelehrter, und begann, Sophist zu sein. Es giebt dergleichen Professoren noch heute, und um gerecht zu sein, müßten wir hinzufügen: nicht bloß bei den Conservativen.

Das politische System Stahl's war auch gerade nicht das des Junkers. Allein der Letztere adoptirte es, weil er kein anderes hatte. Dazu entsprach es den damals in den höchsten Regionen herrschenden frömmelnden Neigungen und romantischen Spielereien. Die damals noch junge conservative Partei konnte aber ohne die Gunst, den Schutz und den Beistand der höchsten Regionen nicht existiren.

So entstand die neupreußisch-conservative Partei in Preußen. Es war nöthig, daß sie entstand. Daß sie so entstand, daß sie solche Elemente in sich aufnahm, daß diese Elemente die herrschenden wurden, das war freilich nicht nöthig. Hierin lag die Schwäche der Partei.

---

## XXI.

Berlin, 14. October.

Im Reichstag sitzt gegenwärtig noch Fritz von Dewitz, Vice-Landmarschall, auf Kölpin in dem gelobten Lande Mecklenburg-Strelitz. Ich sage nicht ohne Absicht „jetzt noch“. Denn es verlautet, daß in dem Wahlkreise Mecklenburg-Strelitz-Stargard arge Wahlmißbräuche mituntergelaufen sind, und daß in Folge dessen der Reichstag in Gefahr schwebt, durch eine Wahlcassation dieses verehrliche Mitglied zu verlieren, welches, wenn nicht eine Zierde des hohen Hauses, denn doch wenigstens ein höchst seltenes Original ist. In echt patriarchalischer Weise redet er sämmtliche Diener des Hauses und nicht minder die Kellner in der „Fraction

Müller“ mit Du an. Er selbst gehört zur deutsch oder altconservativen Fraction, allein er macht gar kein Hehl daraus, daß ihm die preussischen Conservativen eine große Täuschung bereiteten. In der „Parlamentarischen Vereinigung“ vom letzten Mittwoch (in der reichstäglichen Studentensprache nannte man es die „allgemeine Reicpe“, weil sich nach ihr die sonst streng getrennten Corps oder Fractionen einmal ausnahmsweise vereinigen dürfen) saß Fritz Dewitz mit seinen altpreussischen conservativen Freunden zusammen. Es war ihm wohl und er erging sich in Offenherzigkeiten

„Ihr wollt Conservative sein?“ rief er ihnen hohnlachend zu, „nicht ein Einziger von Euch ist ein Conservativer als — höchstens der Kleist. Aber auch dieser giebt sich gegenwärtig die größte Mühe, es zu verbergen und sich zu verstellen.“

Diesem naturwüchsigem Junker von echt obotritischer robuster Kraft und Gesundheit kommt das Alles zu künstlich-gemacht vor. Er wittert die bureaukratischen Mären der Landräthe und die Sophistik des jeligen Stahl. Und das Alles ist dem wahrhaft und unverfälscht Mittelalterlichen ein Gräuel. Ganz gewiß erkennt er nicht einmal den alten Herrn von Gerlach, den berühmten Rundschauer, als „streitlich=conservativ“ an.

Dieser Rundschauer war allerdings der richtige Niederschlag jener romantischen Schule, die in den zwanziger und dreißiger Jahren ihre Sturm- und Drangperiode hatte, in den vierziger salonsfähig, in den fünfziger hochofficiell wurde. Angeekelt von der prosaischen Wirklichkeit des Lebens und dem bureaukratisch-polizeilichen Mechanismus des Staats, den man in jenen Kreisen als einen „Racker“ zu bezeichnen liebte, flüchtete sie sich in das Mittelalter — nicht in das Mittelalter, wie's war, sondern in das Mittelalter, wie man wünschte, daß es gewesen sein möchte — und versuchte, es wieder herzustellen auf dem Wege der Restauration des

Herrn v. Holler, nach welcher der König Gottes Statthalter, das Königthum ein mytisch-theologisches göttliches Amt sein, die Krone sich in eine Priesterbinde verwandeln und der Staat sich nach dem Situations- und Bauplan des himmlischen Jerusalem aufbauen und seine Kräfte nicht mehr aus seiner Bürger Selbstthätigkeit und Selbstverantwortlichkeit, Manneswürde, Thatkraft und Tapferkeit saugen sollte, sondern nur noch aus Gehorsam und Hingebung, Weh- und Demuth, Abstinenz und Entsjagung, Reue und Leid, Buße und Zerknirschung, und aus jenen anderen Eigenschaften, mit welchen die Straße nach Olmütz gepflastert ist. Diese archaisch-hierophantische Romantik haßte das germanische Volkskönigthum und gab dem byzantinisch-legitimistischen Priesterkönigthum den Vorzug. Der Rost des Alters heiligte ihr alle Antiquitäten und Curiositäten, alle Marotten und Schrullen, jeden Firlejanz und Tand. Selbst von den Rheinbundsconventionen von Bonaparte's Gnaden beugte sie sich. Auch sie waren ihr heilig. „Et hic Dii sunt!“ sagte sie.

Wie mußte dieser legitimistische Rundschaauer schauern, wenn er in der Debatte über die Beschlagsnahme des Dotationsfonds des Königs Georg und des Kurfürsten Friedrich Wilhelm den Ministerpräsidenten Preußens und Kanzler des Norddeutschen Bundes sprechen hörte von scheußlichen Reptilien, die man bis in das Innere ihrer Höhlen verfolgen müsse, von giftigem Gewürm, von Pech, das man nicht angreifen könne, ohne sich zu befudeln; wie würde er zugestimmt haben, als darauf der fromme Abgeordnete Windthorst-Meppen sich beschwerte, dadurch würden die heiligsten Gefühle an der Leine kühlen Strande und an der Fulda schattigen Ufern verlegt. Diesen Vorwurf richtete Windthorst formell zwar gegen Braun-Wiesbaden, aber materiell meinte er damit offenbar den Grafen Bismarck. Er hatte auch in der Debatte des vorhergehenden Tages schon in feindseliger Absicht gegen den letzteren Familien-Erinnerungen, welche

dem König Wilhelm persönlich heilig sind, in höchst unpassender, ich möchte sagen: französisch-melodramatischer Weise in die Debatte hineingezogen.

Vor einem Vierteljahrhundert noch theilte die conservative Partei in Preußen alle die Gefühle und Anschauungen des Rundschauers, welcher dem aristokratischen Kleinfürstlich-republicanischen Föderalismus der alten Bundesverfassung, dem legitimistisch-reactionären Particularismus der deutschen Kleinfürsten und der anarchischen Fürsten-Republik von 1815 und 1820 den Vorzug vor dem einheitlichen Bundesstaate gab.

Die Apostrophe, welche der heutige Führer der Klerikalen, der nämliche Windthorst, kürzlich an die Deutsch-Conservativen des Reichstags richtete, ist nur im Hinblick auf jene Gerlach'sche Haltung zu verstehen.

Kleist-Regow war dem Centrum mit heißer Liebeswerbung genant. Windthorst sagte nicht Ja, aber auch nicht Nein. „Werdet erst wieder conservativ!“ antwortete er ihnen, „werdet wieder wie Gerlach war! Vereint Euch mit uns! in Kirche und Staat der Reaction zum Sieg zu verhelfen!“ (d. h. das Königreich Hannover und den Bundestag wiederherzustellen und in Preußen das System Mühler wiederaufzurichten); wenn Ihr das thut, reichen wir Euch die Bruderhand; wenn nicht — nicht“

Herr v. Kleist-Regow nahm diese Antwort schweigend ad referendum. Es scheint, er will sich die Sache noch einmal überlegen.

---

## XXII.

Berlin, 15. October.

Mit diesem hierophantisch-archaisch-romantischen Conservatismus ist es eigentlich schon seit 1866 zu Ende, und als später Herr von Gerlach in Folge einer klerikal-conserva-

tiven Verschwörung wieder in das preussische Abgeordnetenhaus gelangte, wurde er als ein „Revenant“ oder gar als ein Ichthyosaurus der Vorwelt betrachtet, von welchem Victor Joseph v. Scheffel singt:

Es starb zur selbigen Stunde  
Die ganze Saurierei,  
Sie kamen zu tief in die Kreide,  
Da war es natürlich vorbei.

Vielleicht hat Herr v. Kleist-Regow jenes Verfahren, welches der Strelitzer Junker Fritz v. Demitz als Verstellung bezeichnet, nur deshalb eingeschlagen, um nicht ebenfalls, gleich Herrn v. Gerlach, welchen Fürst Bismarck vor zwei Jahren im Abgeordnetenhaus als einen isolierten Säulenheiligen persiflierte, „zu tief in die Kreide zu kommen“.

Thatsache ist, daß schon 1868 ein wichtiger Abgeordneter bei dem parlamentarischen Diner eines conservativen Ministers folgende Charade improvisirte:

„Das Eins und Zwei wird wohl verliehen,  
Doch wird es nimmermehr verborgt.  
Drei ist der Mann, der die Finanzen  
Mit leidlichem Erfolg besorgt.  
Doch Eins, Zwei, Drei thut stärker ziehen,  
Wenn's pfeift, dann muß der Cultus tanzen.“

(Auflösung: Eins und Zwei — Adel; Drei — Heydt; Eins, Zwei und Drei, das Ganze = Adelheid, d. i. die die Gemahlin des vormaligen Cultus-Ministers v. Mähler.)

Thatsache ist ferner, daß der conservative Minister sich die Gunst ausbat, dies Sylben-Räthsel dem König vortragen zu dürfen, und daß er später erzählte, Seine Majestät habe herzlich dazu gelacht

Ich weiß kein besseres Mittel, die damalige Situation in ihrer ganzen Actualität anschaulich wieder heraufzubeschwören, als daß ich mich der Worte des Herrn v. Kochau bediene. Der verstorbene Kochau, der schneidige Herausgeber der „Wochenschrift des deutschen Nationalvereins“, war 1868 in

den Reichstag gewählt und von dem Grafen v. Bismarck mit großer Auszeichnung aufgenommen worden. Er hatte damals den zweiten Band seiner „Realpolitik“, die bekanntlich Sensation machte, veröffentlicht. Es war darin ein Capitel enthalten, betitelt: „Der Bankerott des Neu-Preußenthums“. Das war 1868; 1878 schreibt ein Blagau „den Bankerott des Nationalliberalismus“ und einige der Leute, welche 1868 dem Herrn v. Rochau zugejubelt, klatschten ihm Beifall. Doch genug, das Capitel des Herrn v. Rochau lautet wie folgt:

„Zu den unleugbaren Verdiensten der Bismarck'schen Politik gehört die Auflösung der angeblich conservativen neu-preussischen Partei, gleichviel, ob und wie weit dieses Ergebnis in dem Plane des preussischen Ministers einbegriffen war oder sich bloß als vielleicht unwillkommene Zugabe zu den eigentlichen Zwecken desselben von selbst eingefunden hat. Jene Partei war eine der wenigst achtbaren und gemeinschädlichsten, welche es in irgend einem europäischen Staate gab. Die standesmäßige Bornirtheit und der bäuerische Eigennutz des Junkerthums bildeten den Hauptstoff ihres Wesens, den Geist hatte ihr Stahl eingehaucht, der Meister in der Kunst des Selbstbetrugs, und die dick aufgetragene Gerlach'sche Gleichnerei ließ ihr den Firniß. Im Inneren arbeitete die Partei offen und ohne Scheu an der Wiederherstellung von Zuständen, wie sie vor der Stein-Hardenberg'schen Gesetzgebung in Preußen obgewaltet hatten, nach außen betrieb sie mit ganz richtiger Consequenz die unbedingte Anlehnung an Rußland und die eifrige Pflege des guten Einverständnisses mit Oesterreich.

Deutschland aber war in dem System der Partei gleichbedeutend mit dem Deutschen Bunde, dessen Antastung durch den schwächlichen Reformversuch von 1850 (Dreikönigsbündniß) für einen Frevel galt, der nur durch innerste Zerknirschung und reinige „Umkehr“ gesühnt werden konnte. Für nationale Wünsche, Hoffnungen und Bestrebungen, die sich außerhalb des Rahmens der Bundesacte bewegten, hatte



man nicht das entfernteste Verständniß, wohl aber Hohn, Verdammungsurtheile und Denunciationen. Wie leichten Kaufs diese Partei selbst die brennenden Interessen, ja selbst die Ehre des preußischen Staats darangab, weiß von den Tagen der Bronzeller Schlacht und der Mantuffel'schen Luftfahrt nach Olmütz die ganze Welt.

Denn mit dem Tage bei Königgrätz ist der Charakter des preußischen Staats in gewissen Hauptpunkten ein wesentlich anderer geworden und haben sich wichtige Gesetze seiner Politik von Grund aus geändert. Preußen hat mit den Traditionen der heiligen Allianz, in deren Bann es schon seit fünfzig Jahren gestanden, unwiderruflich gebrochen, ist revolutionär geworden — wenn auch nicht im gewöhnlichen Sinne des Wortes.

Noch wichtiger ist es, daß sich Preußen 1866 endlich einmal auf eigene Füße gestellt und die alten Bedingungen der politischen Gemeinschaft mit seinen beiden östlichen Nachbarn abgeschüttelt hat — eine Selbstbefreiung, durch welche das ganze System der auswärtigen Politik des preußischen Conservatismus über den Haufen geworfen ist. Endlich aber hat die preußische Politik, indem sie sich selbst in die Nothwendigkeit versetzt, die Sache der deutschen Nation zur eigenen zu machen, dem antinationalen Geist dieses Conservatismus einen Maulkorb angelegt, welcher ihm wenigstens das fernere Beißen und Bellen verbietet, wiewohl ein gelegentliches Knurren und Geisern dadurch nicht verhindert wird.

Für absolutische Hintergedanken, mit denen sich der neu-preußische Conservatismus bis zum letzten Augenblicke trug, giebt es seit den Annexionen keinen Spielraum mehr in irgend einem zurechnungsfähigen Kopfe. Die letzten Ansichten auf die Errichtung oder Erhaltung von Provinzial- und Kreisverfassungen u. s. w. nach dem Herzen des Junkerthums sind durch das widerborstige Verhalten des hannoverschen Adels und durch die den neuen Provinzen bereits ver-

lichen Verfassungen vernichtet, da man doch Pommern und Brandenburg unmöglich schlechter behandeln kann als Hannover oder Hessen. Der Junitzopf, der das Liebesband zwischen dem Junker und dem Handwerker abgeben sollte, muß verschmerzt werden, da er nun einmal an der Wurzel abgeschnitten ist. Auf das gewohnheitsmäßige und bequeme Unterkriechen unter die Flügel zweier großer Nachbarstaaten muß selbst bei der gedankenlosesten Nachbeterei und der niedrigsten Gesinnung, als auf eine moralische Unmöglichkeit, verzichtet werden, seitdem Preußen sich der Ebenbürtigkeit mit jeder anderen Großmacht bewußt geworden. Und nachdem der preußische Staat die deutsche Sache durch die That zu der seinigen gemacht, nachdem Preußen mit der deutschen Nation in eine hinfort unauflösliche politische Gütergemeinschaft getreten, wäre die Fortsetzung der Verleugnung Deutschlands in der bekannten neupreußischen Weise nicht weniger als offener Verrath an Preußen selbst.

Die Wagener, die Kleist-Nezow, die Senfft-Pilsach und Thresgleichen, die Jahrzehnte lang mit dem Geiste der Zeit und des Volkes auf dem Kriegsfuß gestanden, werden freilich keine Männer von wahrhaft constitutionellen und deutschen Gesinnungen werden, aber ebenjowenig kann es einen weiteren Nachwuchs von Politikern dieses Schlages in Preußen geben; sie sind ein zum unaufhaltamen Aussterben verurtheiltes Geschlecht, dessen Wesen vielleicht schon der nächsten Generation völlig unverständlich geworden sein wird.“

---

### XXIII.

Berlin, 16. October.

Ich habe, glaube ich, schon erwähnt, daß zur Zeit der Wahlen behauptet wurde, der Fürst Bismarck habe die Auflösung des Reichstags, gegen welche sich nicht nur einzelne

Regierungen sträubten, sondern auch der Kronprinz des Deutschen Reichs, der Stellvertreter unseres Kaisers, durchgesetzt, um die nationalliberale Partei zu vernichten, eine Partei, auf die er sich zehn Jahre lang gestützt und der er seine glänzendsten parlamentarischen Erfolge zu verdanken hat.

„Ich will sie an die Wand drücken, daß sie quietschen“, lautete die Redensart, deren Authentizität niemals festgestellt, die aber von den Conservativen bei den Wahlen mit Erfolg ausgebeutet worden ist.

Die Nationalliberalen, welche zehn Jahre lang als „Ja=Sager“, „Erfolg=Anbeter“ und Vasallen Bismarck's verschrien worden waren, erfreuten sich zur Abwechslung — *variatio delectat* — der Ehre, nunmehr als Nein=Sager, als Verkleinerer der Erfolge und als geschworene Feinde Bismarck's stigmatisirt zu werden, nicht bloß von den Conservativen, welche getreu dem Grundsatz: „Hebe Dich weg, damit ich mich hinsetze“ gewählt werden wollten — von jenen Conservativen, welche „eine Armee in ihrer Faust“ fühlten, sobald sie den officiellen Wahlapparat hinter sich spürten —, sondern auch von den officiellen und officiösen, den „mehr oder weniger freiwillig gouvernementalen Blättern“, welche kürzlich Herr von Bennigsen in seiner retrospectiven Kritik der Wahlcampagne mit ironischer Feinheit der „Unvorsichtigkeit“ zieh. Und in der That ist es recht reptilisch=unvorsichtig, Jemandem, dessen Beistand man nicht entbehren kann, brüsk den Stuhl vor die Thür zu setzen. So etwas kann man sich doch nur im Bewußtsein vollster Unverantwortlichkeit erlauben.

Im Januar 1877, bei den vorletzten Wahlen, wurden die Nationalliberalen von der Fortschrittspartei beschuldigt, sie hätten bei den Justizgesetzen die Rechte des Volks preisgegeben. Im Juli 1878, bei den letzten Wahlen, wurden die nämlichen Nationalliberalen von den Conservativen beschuldigt, sie hätten bei dem Socialistengesetz die Rechte der Krone im Stich gelassen. Die Conservativen

behaupteten, der Reichskanzler wolle, daß die National-liberalen in den Reichstag nicht wiederkehrten, daß sie alle durchfielen.

Nun, sie sind jetzt von dem Fürsten Bismarck auf das Gründlichste dementirt worden.

Der Reichskanzler selbst, angesichts des Reichstages und der Nation, hat versichert: Im Gegentheil, sie sollten Alle wiederkommen, neu gekräftigt durch die Berührung mit ihren Wählern, — gleich dem Riesen Antäos, dessen Kräfte sich verdoppelten, sobald er die Erde berührte.

Die classischen Studien sind heute nicht mehr so verbreitet wie in meiner Jugend, und deshalb darf man sich nicht wundern, wenn man selbst von fein gebildeten Menschen gefragt wird: Wer war denn dieser Antäos? War er ein Heiliger, oder ein Halbgott, oder etwa ein Conservativer?

Nun, ich will es expliciren, soweit mir die Sache aus meinen Jugendjahren und aus Ovid's Metamorphosen noch im Gedächtniß.

Antäos also war ein Sohn des Meeres und des Landes, des Wassers und der Erde, des Poseidon und der Gää. Er war, so versichert Ovidius Nafo, sechzig griechische Ellen lang, das macht etwa dreißig Meter, und von dem entsprechender riesiger Stärke. Seine Hauptforce aber bestand darin, daß seine Kräfte sich verdoppelten, sobald er die Erde wieder berührte. Man vergeße nicht: die Erde war seine Mutter, in ihr ruhten die starken Wurzeln seiner Kraft.

Nur dem Herakles gelang es, ihn zu besiegen, denn er hatte durch Berrath erfahren, worin seine Stärke beruhe. Herakles hob ihn in die Höhe und erdroffelte ihn hoch in den Lüften, indem er ihn verhinderte, die „treue Mutter Erde“ wieder zu berühren.

Ich möchte behaupten, daß der Fürst-Reichskanzler niemals ein finreicherer Gleichniß gebraucht hat. Es ist wahr: die liberale Partei gleicht dem Riesen Antäos. Wie

dieser aus dem Schooß der Mutter Erde, so ist die liberale Partei aus der breiten Schicht des deutschen Bürger- und Bauern=Standes hervorgegangen, und mit dieser muß sie Fühlung behalten, um ihre Stärke zu bewahren und sich verdoppeln zu machen. Sobald sie schwach wird, und das wird sie, sobald sie diese Fühlung verloren, wird sie in den Lüften erdroffelt.

Aber auch für den Fürsten=Reichskanzler ist eine Moral in dieser Fabel von dem Riesen Antäos enthalten. Was dem Fürsten Bismarck die Unsterblichkeit bis auf spätere Jahrhunderte sichert, das ist nicht das Tabak=Monopol und nicht der Schutz Zoll (denn das sind ja alte abgedroschene Dinge, und es gehört keine Kunst dazu, sie zu machen), und auch nicht der Culturkampf, sondern die Einigung Deutschlands, und bei diesem Werk stützte er sich auf die Liberalen. Hier sind für ihn die starken Wurzeln seiner Kraft. Will er sich dieselben um des Tabakmonopols oder anderer phantastischer Finanz= oder Steuer=Projecte willen entfremden? Möge er bedenken: durch Eintracht werden schwache Dinge stark, durch Zwietracht werden selbst die stärksten zu Grunde gerichtet, „concordia res parvae crescunt, discordia maximae dilabuntur!“ — — —

---

## XXIV.

Berlin, 17. October.

In meinem vorigen Briefe habe ich, anknüpfend an ein geflügeltes Wort des Fürsten Bismarck, den geneigten Leser von dem Riesen Antäos unterhalten. Ich muß jetzt noch ein zweites altgriechisches Fabelwesen heranziehen, um meine Physiologie und Pathologie unseres Parteiwesens zu begründen. Es ist der Meergott Proteus, welcher die Gabe hatte, zu weisagen, und die Kunst, sich in allerlei Gestalten zu ver=

wandeln. Als der alte Menelaos von Troja zurückkehrte, so erzählt uns Homer, fing er sich mit List und Gewalt den „göttlichen Meerereis“ und zwang ihn,

„Daß er genau ihm sagte die Fahrt und die Länge des Weges,  
Auch wie heim man gelangt auf der See fischwimmelnden Fluten.“

Das war aber so leicht nicht. Der göttliche Meerereis suchte sich dem unbequemen Interpellanten Menelaos dadurch zu entziehen, daß er alle möglichen und unmöglichen Gestalten annahm.

„Anfangs ward er ein Löwe mit mächtigem Barte, — zum Drachen  
Ward er sodann, — zum Panther darauf, — zum gewaltigen Eber, —  
Ward dann flüßiges Wasser, — dann Baum mit laubigem Wipfel —“  
u. s. w.

Aber Menelaos der Gute ließ sich nicht irre machen. Er erzählt:

„Doch wir hielten ihn fest mit kühn ansharrendem Muth, —  
Bis daß müde geworden der Ereis des verderblichen Zaubers.“

Kürzlich erlaubte sich ein Freund die Bemerkung, meine Schilderung der Parteien sei interessant, richtig und lehrreich, aber gar zu unsystematisch.

Nun wohl, das Lob lehne ich aus Bescheidenheit ab und den Tadel acceptire ich. Unsystematisch — ja, das ist wahr, aber der Gegenstand bringt es mit sich.

Ist nicht die conservative Partei, auch wenn sie nicht weißagt, im Uebrigen doch ein wahrer Proteus, — heute so und morgen anders gestaltet? Habe ich nicht, gleich dem alten Menelaos, die Aufgabe, diesen Proteus durch alle seine Wandlungen hindurch zu verfolgen und ihn festzuhalten „mit kühn ansharrendem Muth, bis daß müde geworden der Ereis des verderblichen Zaubers.“

Ich will der conservativen Partei aus dieser Proteusnatur keinen Vorwurf machen. Es geht ihr wie dem französischen Dichter Evariste Parry, der „den Krieg der Götter“ gesungen. Er hatte eines Tages, ohne zu bedenken, daß es gerade Charfreitag war, ein wenig zu stark gefrühstückt. Auf der Straße begegnete ihm ein frommer Freund, der ihn mit

Vorwürfen überhäufte, daß er sich an einem so heiligen Tage in einem solchen Zustand befinde.

„Aber mein Freund“, antwortete Barny, „an einem solchen Tage, wo der Vorhang des Tempels zerreißt und die ganze Erde erzittert, sollte man da einer einzelnen armen menschlichen Creatur aus ihrem Schwanken einen so grausamen Vorwurf machen?“

Damit gedenke ich die Conservativen zu trösten. Es ist der Fürst Bismarck, diese höchste Blüthe der nunmehr dem Untergange zuneigenden „Kreuzzeitungs“-Partei, welcher sie gezwungen zu der geschilderten Metamorphose.

Wie dauerhaft die Spaltungen unter den Conservativen geworden, das haben die Debatten über das Socialistengesetz gezeigt. Der freiconservative v. Kardorff und der neuconservative v. Hellendorf suchten Fühlung mit den Nationalliberalen. Der freiconservative Lucius, einer der intimsten Hausfreunde des Kanzlers, ging sogar in diesem Bestreben so weit, die Wahlheereien der Zeitung „Post“, deren Hauptactionär der landwirthschaftliche Minister Friedenthal ist, auf das Allerentschiedenste zu tadeln und zu repudiiren. Der altconservative Herr von Kleist-Rekow dagegen, der die schönen Tage von Koblenz nicht vergessen kann, konnte sich der Meinung des Reichskanzlers, welcher sich für ein Zusammengehen der Deutschconservativen, der Freiconservativen und der Nationalliberalen aussprach, durchaus nicht conformiren. Die „Schlesische Zeitung“ freilich hat den Fürsten Bismarck und den Herrn von Kleist-Rekow einander in den Armen liegen und selbst Thränen der Rührung und des innigsten Verständnisses weinen sehen. Aber sie gleicht darin den Kindern, welche im Elsaß und anderswo Madonnen auf den Zwetschen-Bäumen erblicken. Wir Andern haben nichts davon gesehen. Jedenfalls ist, wenn auch die madonnenhafte „Schlesische Zeitung“ Recht hätte, bei jener Begegnung eine Verständigung nicht erfolgt über die für die nächste Zukunft maßgebende Frage, nämlich über das Verhältniß der Reichsregierung zu der national-

liberalen Partei. Diese Partei, welcher sich der Reichskanzler wieder zu nähern sucht, ist natürlich dem vormaligen Statthalter in dem kurfürstlich-erzbischöflichen Schlosse zu Koblenz ein Aergerniß und ein Gräuel. Dagegen verfolgt derselbe das Centrum mit den verwegensten Heiratsanträgen. Die klerikale „Germania“ zeigt jedoch durchaus keine Neigung. Sie kann sich in den Ritter von der traurigen Gestalt nicht verlieben und hat höchstihren Windthorst beauftragt, ihm in aller Form Rechtens einen Korb zu ertheilen.

Auch in der Wolle gefärbte Altconservative haben es Herrn v. Kleist Uebel genommen, daß er gerade in dem Augenblicke, wo die Klerikalen, welche während der Abwesenheit ihres welfischen Führers eine gewisse Zurückhaltung beobachteten, schroffer als je gegen die Regierung auftraten, sich mit einer Werbung hervorwagte, welche — das war leicht vorauszu sehen — die conservative Partei in recht fataler Weise bloßstellen mußte.

Die Hauptspaltungen im conservativen Lager aber sind die:

Erstens in Freunde und in Gegner Bismarck's (die Letzteren ziehen es einstweilen vor, ein Feigenblatt vorzubinden, werden es aber, wenn der Moment, wie sie glauben, gekommen, wieder abwerfen).

Zweitens in Alt- und in Neu- oder Freiconservative — in die Tory's, die Repräsentanten der starren Tradition, — und die Whig's oder die conservativen Reformer. Von den alten Freunden des seligen Stahl und des seligen v. Gerlach ist außer Kleist-Regow im Reichstag wenig mehr übrig geblieben.

---

## XXV.

Berlin, 18. October.

Seitdem die unglückselige Parole ausgegeben worden, die Parteien im Reichstage hätten sich nicht mehr um poli-



tische Grundzüge, sondern nur noch um materielle Interessen zu gruppieren, hat diese Lehre auch auf die Conservativen Anwendung gefunden. Auch vorher schon hatten die Altconservativen eine andere öconomische Unterlage als die Freiconservativen. Die Altconservativen vertraten, wenn man von ihren zahlreichen bureaukratischen Elementen absieht, vorzugsweise oder ausschließlich die Landwirthschaft; die Freiconservativen dagegen auch den Uebergang derselben zum beweglicheren großindustriellen Betriebe. Erstere grenzten nach rechts an den starren Feudalismus und an jene bürger- und bauernfeindliche Latifundien-Wirthschaft, von welcher vor achtzehn Jahren die Parole ausging: „Die großen Städte müssen vom Erdboden weggetilgt werden“. Letztere, die Freiconservativen, grenzten auch damals schon an die höhere Bourgeoisie und den Industrialismus. Erstere waren fast ausschließlich Protestanten und rekrutirten sich vorzugsweise aus den Provinzen Brandenburg, Preußen und Pommern. Letztere zählten unter sich viele Katholiken, welche aus Schlesien, Westfalen und der Rheinprovinz kamen. Seitdem das Centrum alle katholischen Wahlitze absorbiert hat, ist die freiconservative Fraction bemüht gewesen, Ersatz für diesen Verlust aus dem Schwabenland zu gewinnen; derselbe ist ihr denn auch durch Herrn v. Arnhäuser zugeführt worden, — durch denselben Herrn v. Arnhäuser, welcher als württembergischer Minister im Jahre 1866 ein eben so unüberlegtes als auch durch den Erfolg widerlegtes „Wehe den Besiegten!“ über Preußen gerufen hat und das Fell schon verhandeln wollte, bevor der preußische Bär noch erlegt war.

Beide conservative Parteien hatten früher kein öconomisches Schlagwort. Heute aber bekennt sich die Mehrzahl der Freiconservativen zum Schutz Zoll, und eine große Zahl der Alt- oder Deutsch-Conservativen zählt offenbar oder im Stillen zu den Agrariern. Hierdurch ist denn abermals eine neue Spaltung oder wenigstens Nuancierung unter den Conservativen eingetreten, indem unter den Frei-

conservativen extreme Schutzöllner, wie Kardorff, und gemäßigte Freihändler, wie der Fürst Carolath, einander gegenüberstehen. Dieselbe Spaltung zieht sich durch die Nationalliberalen. Zur Zeit sind diese Gegensätze noch etwas latent, aber sie werden nicht nur offenbar, sondern sogar brennend werden, sobald der deutsch-österreichische Handelsvertrag, dessen Existenz auch namentlich für die altländischen preussischen Provinzen von Interesse ist (so für Schlesien wegen des Flachsz- und des Leinenhandels und wegen des Appretur=Verkehrs oder Veredelungs=Verfahrens), den vereinigten Anstrengungen der deutschen und der österreichischen Schutzöllner zum Opfer gefallen ist und aufgehört hat zu existiren. Es ist leider nur allzuwahrscheinlich, daß diese Eventualität eintritt; und dann ist die Reichsregierung und der Bundesrath genöthigt, herauszukommen mit dem Total ihrer Steuer-, Finanz- und Wirthschafts=Reformen, von welchen seit 1876 so vielfach die Rede war, ohne daß bis jetzt, abgesehen von dem trotz aller noch im Gange befindlichen Enquêtes als halbtodt zu betrachtenden Tabakmonopol, davon irgend etwas deutlich Erkennbares und Umschreibbares zu Tage getreten wäre, oder, wie es der Reichskanzleramts=Präsident Hofmann seiner Zeit noch besser ausgedrückt hat, „eine irgendwie discutirbare Gestalt angenommen hätte“.

Trotz aller Reden, die darüber im Reichstag und in den Wahlversammlungen gehalten worden sind; trotz aller Minister=Conferenzen in Heidelberg, welche uns unwillkürlich an das schöne alte Studentenlied erinnerten:

„Beim großen Saß zu Heidelberg,  
Da saße der Senat  
Und auf dem Schloß Jahannisberg,  
Der hochwohlweise Rath“;

trotz der lebhaften Correspondenz, welche seitdem die zahlreichen Finanzminister der Einzelstaaten unter einander und mit den Reichsbehörden über die Zoll- und Steuerreform führen; trotz der krampfhaften Anstrengungen, welche angeblich

im preußischen Handelsministerium und im deutschen Reichskanzleramte gemacht werden, trotz der täglich kummervoller werdenden Mienen des Herrn Hobrecht, — ist bis zur Stunde in Betreff jener Zoll- und Steuerpläne noch Nichts bekannt geworden, oder vielmehr: wahrscheinlich noch gar nichts geplant und entschieden.

Wenn aber endlich das verschleierte Bild enthüllt wird, dann wird Alles eher eintreten, als jene Consolidirung der Parteien, welche der Reichskanzler so lebhaft befürwortet. Im Gegentheil, die drei großen Parteien der Deutschconservativen, der Freiconservativen und der Nationalliberalen werden auseinander gespaltet werden durch jene Dynamitpatronen, welche man mit dem Namen „Steuer- und Wirthschafts-Reform“ bezeichnet. An ihre Stelle wird der Krieg Aller gegen Alle oder die Bakunin'sche „Anarchie“ treten.

Vielleicht hatte Eugen Richter Recht, als er am 14. d. M. in der Reichstags-Sitzung meinte, mit der Auflösung des Reichstags habe man nicht auf das Socialistengesetz, sondern höher hinauf, nämlich auf die neuen Steuer- und Zollprojecte gezielt, oder am Ende gar darauf, „das Geldbewilligungsrecht des Reichstags matt zu setzen“.

Aber ich fürchte, er irrt darin, wenn er glaubt, sobald die Regierung mit ihren Zoll- und Steuerprojecten hervortrete, daß es alsdann zu einer klaren Gruppierung der Parteien, rechts oder links von der Regierung, kommen werde. Denn gerade der Zolltarif, oder gar der sogenannte „autonome Tarif — wenn es, was Gott abwenden möge, zu einer solchen, „Alles und noch Einiges“ umfassenden Berathung kommen sollte —, wird nur ein Resultat sicher liefern, nämlich das: So viel Köpfe, so viel Sinne, „Tot capita, tot sensus“. Allein die Baumwolle wird einen lustigen Krieg zwischen Webern, Spinnern, Druckern und Veredlern liefern, und so weiter bei jedem andern Artikel mit Grazie in infinitum. An die Stelle der Parteien werden die Sonder- oder gar die Winkelinteressen treten.

Dazu kommt dann noch der zur Zeit vertagte Streit über die Wahlen, bei welchen von den Conservativen zum Theil sehr bedenkliche Mittel angewandt wurden. Wir hatten davon schon ein Beispiel in der soeben citirten Rede von Eugen Richter, in welcher er das systematische Treiben der officiellen und conservativen Presse auf das Unbarmherzigste charakterisirte und dann noch hinzufügte: „Meine Herren, dieses System hat sich dann vervollkommnet von Tag zu Tag, bis es zu jener Blüte gedieh in Ostpreußen, im Masurischen, daß man zuletzt im niederen Volk meine Collegen — ich habe darüber noch unlängst Nachrichten bekommen —, die früheren Abgeordneten Pannet und Hillmann, im Wahlkampf selbst als am Attentat betheiligte bezeichnete, daß unter dem ungebildeten masurischen Volk verbreitet wurde — ja sogar von Wahlvorstehern —, daß, wenn diese Herren wieder gewählt würden, sie ein neues Attentat anstiften würden, da die Fortschrittspartei einen großen Fonds gestiftet hätte, woraus man die Attentäter bezahle. Man glaubt nicht, welcher Unsinn in unserem Volk zu verbreiten möglich ist, und zu welchen Früchten die Regierungspresse bei Aufregung der Volksstimmung angesichts solcher schweren Ereignisse schließlich führt.“

Das ist stark! Und doch ist es nur das Wetterleuchten vor einem entfernten Gewitter. Blitz und Donner wird sich erst im Frühjahr entladen, wenn der Reichstag wieder zusammentritt; wenn die Nationalliberalen, welche, wie Richter behauptet, noch schlechter behandelt wurden, als die Fortschrittspartei, ebenfalls ihre Beschwerden erheben; wenn eine Reihe von conservativen Wahlen, welche auf Mißbrauch der Amtsgewalt und ähnlichen Fundamenten beruhen, werden cassirt werden; wenn dann die Conservativen einen Rückfall in ihre Sitten der Wahlcampagne erleiden, u. s. w.

Wie daraus, wie aus der Parole: „Keine Principien, keine Parteien, sondern nur persönliche Interessen!“ jene Einigung und Verständigung erwachsen soll, deren wir so

dringend bedürfen, das ist schwer zu begreifen. Wahrlich bei der Auflösung und der Wahltschlacht haben wohl die Conservativen und das Centrum gewonnen, — aber Deutschland hat verloren.

---

XXVI.

Berlin, 19. October.

Unter König Jacob von England wurde ein alter protestantischer Edelmann plötzlich katholisch, worauf er ein einträgliches Amt erhielt. Seine Freunde machten ihm Vorwürfe wegen seines Glaubenswechsels. Er entschuldigte sich, er habe dafür dreizehn dringende Gründe gehabt. „Und was sind das für Gründe? Kann man sie erfahren?“ fragten die Freunde. „Gewiß“, antwortete er, „es sind meine Frau und zwölf unversorgte lebendige Kinder.“

So viel ich weiß, hat der Abgeordnete Löwe-Calbe solche Gründe nicht. Um so auffallender ist es, daß derselbe, nachdem er fünfzig Jahre lang ein entschiedener Freihändler gewesen und eine Zeit lang sogar an der Seite des kürzlich verstorbenen Dr. Julius Faucher eine hervorragende Rolle als freihändlerischer Führer oder wenigstens Agitator (es war Anno achtundvierzig in Frankfurt a. M.) gespielt hat, nun plötzlich vor ein paar Jahren umgefattelt und sich in die Arme der Schutzöllner geworfen hat. Herr Löwe ist auch der Vorsitzende jenes Fabelwesens, welches man die „freie volkswirtschaftliche Vereinigung“ nennt. Der bairische Abgeordnete Herr von Miller, ein berühmter Erzgießer, welcher als Mensch und Künstler höchst aner kennenswerth, aber als Politiker ein wenig confus ist, hat kürzlich in einer Versammlung zu München den Schutz Zoll gepredigt, etwa in derselben Weise, wie Heine's Atta Troll, der berühmte

„Tendenz=Vär“, welcher für Handels= und Gewerbefreiheit schwärmte, jedoch mit einem kleinen Vorbehalt. Er sagte nämlich:

„Nur das Tanzen auf den Märkten  
Sollte man nur uns gestatten,  
Im Interesse wahrer Kunst!“

Herr von Miller versicherte, „die freie parlamentarische Vereinigung“ zähle an zweihundert Mitglieder, also die Majorität des Reichstags. Es mag wahr sein, daß die „freie Vereinigung“ so viel Mitglieder zählt. Aber es sind vielleicht nicht alle Reichstags=Abgeordnete und ganz gewiß auch nicht alle aufrichtige Schutzöllner.

Neben den Abgeordneten befinden sich noch Viele darunter, welche „es werden wollten“, aber nicht geworden sind, welche sich also trösten müssen mit den Worten des englischen Dichters:

„Denn Gott hat es nicht haben wollen,  
„Daß ich M. P. habe werden sollen.“

Eine Schutzoll=Partei als solche giebt es im Reichstage nicht. Wohl aber giebt es Schutzöllner, und zwar in allen Fractionen. Sogar die Fortschrittspartei, an deren Spitze der schneidige und streitbare Freihändler Eugen Richter steht, ist nicht ganz davon verschont geblieben.

Der einzige Mensch, welcher bei den Reichstagswahlen als Schutzöllner qua talis auftrat, d. h. als Nur=Schutzöllner und Ganz=Schutzöllner, war (neben dem „Generalsecretär“ Bueß, von welchem wir aus Höflichkeit schweigen) Herr Godefroy aus Hamburg, der mit Herrn Löwe=Calbe so viel gemein hat, daß er bis vor Kurzem radicaler Freihändler war, d. h. so lange, bis er sich an Eisen=, Berg= und Hütten=Werken betheiligte, welche zur Noth als Surrogate für die Eingangs erwähnten „dreizehn Gründe“ des englischen Edelmannes zu gelten vermögen. Dieser Hamburger Senator a. D., welcher — das verdient bemerkt zu werden — neben dem Schutzoll auch für Stockprügel schwärmt — natürlich will er den Schutz für sich und die Prügel für die Anderen —

dieser Senator a. D. ist in einer ganzen Reihe von Wahlbezirken aufgestellt und mit bedeutenden Geldmitteln unterstützt worden. Denn keine Partei wendet mehr Geld auf, als die angeblich „am Hungertuch nagenden“ Protectionisten. Allein der moderne Gottfried v. Bouillon, welcher der deutschen Industrie das himmlische Jerusalem des Schutzzolles erobern wollte, hat keinen Erfolg gehabt. Er ist überall durchgefallen. Friede seiner Nische!

Man darf jedoch auf die eclatante Thatsache nicht zu viel Gewicht legen. Denn einen gewissen Erfolg kann man doch den Schutzöllnern nicht absprechen. Sie haben wenigstens, wie die Juristen sagen, „adminiculirend“ gewirkt, und daraus sind hin und wieder komische Gestaltungen erwachsen. Dafür ein Beispiel:

In Mühlhausen-Langensalza z. B. wollten die biederen „Liberalen“ einen Abgeordneten, welcher sehr schutzöllnerisch, sehr liberal, aber nebenbei auch ein Bischen freiconservativ sei. Lange war ihr Bemühen nach einem solchen chamäleonischen Wunderthiere vergeblich. Endlich fanden sie ein solches in Herrn Reuleaux, dem berühmten Erfinder von „Billig und Schlecht“. Sie erzielten für ihn auch eine große Menge von Stimmen. Aber in der elften Stunde trat er zurück, und es blieb nunmehr niemand anderes übrig, als der Sohn, welcher seinem Vater „persönlich nah' steht“.

Diese tragi-komische Geschichte erinnert an einen geistreichen Candidaten der Medizin. Befagter Candidat wurde im Examen gefragt: „Was ist das unfehlbare Specificum gegen die Cholera?“

Er glaubte sehr klug zu handeln, indem er antwortete: „Ich habe es gewußt, aber im Augenblicke fällt es mir nicht ein. Ich habe es wieder vergessen.“

„Welch' ein Unglück!“ rief der Examinator, „nur dieser eine Mensch hat es gewußt, und dieser hat es leider wieder vergessen.“

Ähnlich ging es den Mühlhausern. Ihr Versuch, die Quadratur des Kreises zu finden, ist leider mißlungen. Nur dieser eine Mensch hat ihrem Ideal entsprochen, und dieser Eine ließ sich — „abwinken“.

Die Herren in Mühlhausen werden wohl daran thun, wenn sie in Zukunft ihre Ansprüche in Betreff der Vielseitigkeit nicht mehr zu hoch spannen, sondern sich mit einem einfachen, ehrlichen Liberalen begnügen. In diesem Zeichen werden sie siegen.

---

## XXVII.

Berlin, 20. October.

Erlauben Sie mir, daß ich Sie zunächst noch ein wenig von Löwe's „freier volkswirthschaftlicher Vereinigung“ unterhalte.

Man liest von ihr zuweilen in der Zeitung. Sie hat auch in den Zeitungen — nicht in dem Reichstag — eine „Erklärung“ — veröffentlicht, welche keine positiven Vorschriften, sondern nur allgemeine Redensarten enthält. In dem Reichstage selbst ist von der „Vereinigung“ bis jetzt Nichts bemerkt worden.

Das ist an und für sich in der That recht auffallend, daß eine Partei, welche 202 Mitglieder (so lautet die neueste Meldung) zählt, welche also im Reichstag die geborene Majorität hat, — welche einen Antrag nur einzubringen braucht, um ihn auch sofort zum Beschluß zu erheben, — an deren Spitze ein in allen Künsten der parlamentarischen Taktik und Technik hoch erfahrener Meister wie Löwe steht, ein Mann, der einer neutralen Gruppe angehört und daher der providentiell berufene Vermittler zwischen allen Parteien ist, — eine Partei, welche sich außer ihren 202 Mitgliedern auch noch der Unterstützung der 9 socialistischen oder communistischen Mitglieder erfreut, welche Letztere bisher stets mit den Hochschutzöllnern gestimmt haben, von F. B. von



Schweizer bis auf Hasselmann herunter, — daß eine solche Partei nichts, gar nichts thut, — rien, rien et toujours rien, wie man von Guizot sagte, — das ist noch etwas mehr als auffallend. Indeed, very shocking! „Schläfst Du, mein Brutus?“ möchte man ihr zurnen.

Aber sie verdient keine Vorwürfe, sie hat ihre triftigen Gründe. Madame de Staël-Holstein sagte: „Alles begreifen heißt Alles entschuldigen“. Versuchen wir also zu begreifen.

Die Zweihundertundzwei in Steifleinen, welche Herr Löwe commandirt, sind nicht alle Schutzzöllner, und soweit sie Schutzzöllner sind, sind sie unter einander nicht einig.

Ich will zunächst das Letztere an einem Beispiel illustriren. Ein Abgeordneter, welcher seit 1875 mit Eifer und nicht ohne Geschick an der Wiederherstellung der 1873 abgeschafften Eisenzölle arbeitet, sagte mir neulich:

„Die größte Dummheit, die wir Eisenleute begangen, besteht darin, daß wir uns mit den Baumwoll-Menschen und mit den andern Schutzzöllnern solidarisch verbunden haben. Da haben uns unsere Literaten und principiellen Steckenpferd-Reiter, die von allen Seiten Mittheilungen und auch sonst was dankbar annehmen, hineingeritten. Wären wir für uns allein geblieben, wir hätten schon längst unsere Eisenzölle wieder. Das Gesetz von 1873 wäre gar nicht in Wirksamkeit getreten. Wir hätten es vor dem 1. Januar 1878 wieder beseitigt. Jetzt ist es viel schwerer, da die statistischen Daten von 1878 scheinbar gegen uns sprechen. Ist es nicht so?“

Da die Antwort mir zu schwierig war, so beschränkte ich mich darauf, den schönen Vers von Ludwig Uhland aus „Kaiser Karl's Meerfahrt“ zu recitiren, welcher lautet, wie folgt:

„Da sprach der schlimme Gamelon, —  
Er sprach es nur verstohlen, —  
Wär' ich mit heiler Haut davon,  
Euch möcht' der Teufel holen!“

Mein schutzzöllnerischer Freund lachte darüber recht herzlich.

So lange sich die Frage auf dem Boden allgemeiner Erörterungen oder, wie es die besagte „Erklärung“ so schön ausdrückt, „Gesichtspunkte“ und „Grundgedanken“ bewegt, sind die Schutzzöllner einig. Sie sind einig, die Handelsverträge überhaupt und insbesondere den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn zu verdammen, die bisherige Zollvereinspolitik, unter deren Herrschaft sie reich geworden sind, für die Quelle aller Uebel zu erklären und gegen den ehemaligen Präsidenten des Reichskanzleramts, den Staatsminister Delbrück (jetzt „Wilder“ im Reichstage) zu zeteren, zu behaupten, die deutsche Industrie befinde sich, wie die schutzzöllnerische volkswirtschaftliche Correspondenz schreibt, in dem tiefsten und bedauerlichsten Zustande der „Verkumpfung“ — doch nein, dies geflügelte Wort Bismarck's ist den Schutzzoll-Reptilien noch nicht genügend, sie schreiben „Verkumpfung“, was in Betreff der literarisch-journalistischen Vertretung allerdings eine gewisse Berechtigung zu haben scheint, — à tout seigneur tout honneur.

Sobald man an concrete und positive Fragen kommt, tritt die Verschiedenheit der Winkel- und Sonderinteressen zu Tage. Wie ich an dem Beispiel meines verehrten Freundes, des Eisenschutzzöllners, exemplificirt habe, erlauben sich die Herren ein Amendement zu dem bekannten Verse von Schiller, den sie dahin umformen:

„Der edle Mensch denkt an sich selbst zuerst.“

Es ist also natürlich, daß sie sich zu positiven Anträgen nur schwer oder gar nicht vereinigen können. Und selbst dem hohen diplomatischen Vermittlungstalent des in allen Farben schillernden Herrn Löwe ist das schwere Werk, seine zweihundertundzwei Spartaner auch nur in einem actuellen und realen Punkt unter einen Hut zu bringen, bis jetzt nicht gelungen. Nach schweren Wehen kam nichts zu Tage als eine inhaltslose Erklärung. *Ridiculus mus!*

Außerdem aber sind unter den 202 noch recht viele wohlmeinende „Frères ignorantins“. Ich würde es nicht wagen,

sie mit diesem technischen Ausdruck der „unwissenden Brüder“, welcher der französischen Klosterwelt entlehnt ist, zu belegen, wenn sie nicht selber es thäten. Sie sagen nämlich Jedem, der es hören will, Folgendes:

„Eigentlich verstehen wir nichts von der Sache. Wir sehen die Industrie leiden. Wir möchten ihr helfen. Aber wir wissen nicht wie. Vielleicht erfahren wir dies durch die Enquêtes. Vielleicht gelingt es auch dem Dr. Löwe, dem Patienten ein wirksames Recept zu verschreiben. Auf keinen Fall, wenn wir ihn hören, schade! es etwas. Wir werden ja sehen. „Nous verrons.“

Dieser eigenthümliche Zustand der Dinge hat bis jetzt die tapferen Zweihundertundzwei und den nicht minder muthig brüllenden Löwen, der sich an ihrer Spitze befindet, verhindert, im Reichstag Anträge zu stellen, oder auch nur irgend eine Debatte über die handelspolitische Frage zu provociren, bei der sie fürchteten, zu unterliegen

Er hat aber nicht gehindert, daß von Zeit zu Zeit ein Zeitungsartikel die Kunde durch die deutsche Presse macht, welcher versichert, es stehe Alles vortrefflich, die „volkswirtschaftliche Vereinigung“ habe schon wieder einmal „unter dem Vorjiz des Abgeordneten Dr. Löwe“ eine Sitzung gehalten und große Thaten „in Aussicht genommen“; auch der Fürst Bismarck und sein Amanuensis, der vormalige schleswigische „Polizeimeister“ und jetzige preußische Geheimrath Tiedemann, seien für den Schutz Zoll gewonnen u. s. w.

Solche Artikel haben wenigstens eine Wirkung. Es pflegen infolge derselben entwerthete Industriepapiere, namentlich Bergwerks- und Hütten-Actien, ein wenig zu steigen; und daraus ergiebt sich für die, welche an die Botschaft nicht glauben, aber solche Papiere besitzen, die Gelegenheit, dieselben zu verkaufen an solche, welche derartige Papiere nicht besitzen und — vielleicht gerade infolge dieses Nicht-Besitzes, noch daran glauben.

Der Industrie selbst ist damit natürlich gar nicht geholfen, sondern nur dem Handel mit industriellen Papieren.

Man erinnert sich dabei unwillkürlich an eine süddeutsche Bank, welche vor einem Vierteljahrhundert entstand und sich selbst „Bank für Handel und Industrie“ nannte, aber von dem Publicum, das diesmal mehr Verstand zeigte als gewöhnlich, „Bank für das Verhandeln (oder Verschachern) der Industrie“ genannt wurde.

Die Zweihundertundzwei werden, sobald sie gezwungen sind, positive Vorschläge zu discutiren, auseinander fallen, oder wenigstens gehen.

Sie sind nur eine neue Illustration zu dem alten Text: Etwas muß geschehen, aber „Was?“, das weiß ich nicht.

Jedenfalls ist der ganze Hergang parlamentarisch bedenklich. Die Abgeordneten werden dazu gewählt, daß sie im Parlament selber ihre Anträge stellen und ihre Stimmen abgeben, daß sie dort nach erschöpfendem contradictorischem Verfahren ihre Ansicht sich bilden und sie nach allseitiger Erörterung und aus frei geschöpfter Ueberzeugung aussprechen. Sie sollen sich unter einander verständigen und nicht hinter den Coulissen intriguiren. Sie sollen im Haus und zu dem Haus sprechen und nicht zum Fenster hinaus für das Publicum oder gar für — die Börse.

Wäre jene Declaration im Parlament discutirt worden, dann wäre es ihr gerade so gegangen, wie bei dem bekannten Generalenquête-Antrag den Herren Buhl und Varnbüler. Für diesen Antrag hatte man auch etwa zweihundert Stimmen zusammen getrommelt, oder gebettelt, oder darf man sagen — „erschlichen?“ Als aber die Sache im Reichstag von allen Seiten discutirt wurde, fiel Einer nach dem Andern ab und die Herren Buhl und Varnbüler mußten sich beeilen, den Antrag zurückzuziehen, um ihn vor einem schmachlichen Durchfall zu bewahren. Damals er fand man folgende Steigerung:

Positiv: Buhl,

Comparativ: Bühler (ein oberschlesischer Eisenmann),

Superlativ: Varnbüler.

XXVIII.

Berlin, 21. October.

Nachdem wir uns so lange mit der vorzugsweise aus den Reihen der Freiconservativen rekrutirten „freien volkswirthschaftlichen Vereinigung“ und deren Thatenlosigkeit beschäftigt haben, müssen wir noch ein Wort über die „Agrarier“ sagen, welche den Lenden der „Altconservativen“ entsprossen.

Das Agrariertum ist eine Erfindung des kürzlich verstorbenen Marcus Antonius Niendorf, die von einigen heißblütigen Junkern, wie dem ebenfalls bereits zu den Vätern versammelten Herrn v. Wedemeyer und dem gegenwärtig wegen Verleumdung des Fürsten Bismarck im Gefängniß befindlichen Herrn v. Diest-Daber mit mehr Eifer als Geschick aufgegriffen wurde.

Der selige Niendorf war ein großes Talent. Seine Lebensgeschichte verdient beschrieben zu werden, um auf's Neue den Beweis zu führen, daß ein Talent ohne Charakter in der Politik nichts nützt, sondern schadet.

Niendorf war sein Leben lang Radicaler, radical in der Politik, radical in der Volkswirthschaft. Im Jahre 1869 wurde er an Waldeck's Stelle von dem Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück in das Zollparlament und den Reichstag des Norddeutschen Bundes entsendet, wo er natürlich bei der Fortschrittspartei eintrat.

Sein erstes Debut im Zollparlament war gerade nicht glücklich. Am 30 April 1870 wurde die Abänderung des Vereins-Zolltarifs vom 1. Juli 1865 berathen. Niendorf eilte auf die Rednerbühne. Ein kleines, mageres, seltsam verbogenes Männchen mit einer langen rothen Nase, auf welcher eine Warze ritt wie ein Messchen auf dem Kameele (scherzweise nannte man ihn statt Antonius „Antonius“) Seine Rede war, wahrscheinlich durch den Eifer und die Schnelligkeit seines Vortrages etwas verworren. Das hohe Haus vernahm davon Anfangs nichts als die Worte:

„Meine Herren Ochsen!“ —

(Heiterkeit.)

„Meine Herren Esel!“ —

(Große Heiterkeit.)

„Aber, meine Herren Schweine!“ —

(Ungeheure Heiterkeit)

Endlich gelang es dem verehrlichen Mitglied, sich dem hohen Hause dahin verständlich zu machen, wie es, unter Berufung darauf, daß der Eingangszoll auf Ochsen, Esel und anderes Vieh aufgehoben sei, auch den Schweinen den unversteuerten Eingang in das Zollvereinsgebiet gewährt zu sehen wünschte. Er hatte nur das Komma hinter „Meine Herren“ vergessen. Niendorf vermochte im Parlament keine Rolle zu spielen und wurde nicht wieder gewählt. Später hat er es wiederholt versucht, als konservativer Candidat aufgestellt zu werden, aber es ist ihm niemals wieder gelungen, weder unter der Flagge „Fortschritt“, noch unter der des „Conservativen“, noch endlich unter der des „Agrariers“. Er hat sich nun ganz der politischen und wirthschaftlichen Reaction in die Arme geworfen und gründete, um ihr zu dienen, eine Verlagsbuchhandlung, in welcher vorzugsweise böshafte Broschüren von ihm und einem stadtgerichtsräthlichen Judenfreier erschienen, und eine Zeitung, welche die Agrarier ein großes Stück Geld gekostet hat, dafür aber auch dem Zweck, jeden Andersdenkenden auf das Unbarmherzigste zu beschimpfen und zu verleunden, auf das Vollständigste Genüge geleistet hat. Den deshalb erhobenen Anklagen hat sich Herr Niendorf durch den Tod entzogen.

Er endete damit, daß er die Eingangszölle auf Getreide, Butter, Vieh aller Art, welche er am 30. April 1870 so lebhaft bekämpfte, ebenso lebhaft im agrarischen Interesse empfahl. Uebertroffen wurde er nur durch die Grünberger, welche so eben bei dem Reichstage petitionirten, einen Schutz-zoll auf Obst und insbesondere Weintrauben einzuführen, — mit welcher Bitte sie freilich nur zu dem Schaden auch noch

den Spott provocirten. Denn man erzählte sofort wieder den alten Meidinger von dem Grünberger „Fahnen-Wein“, der so sauer sei, daß sich das ganze Regiment zusammenziehe, wenn man davon auch nur einen einzigen Tropfen auf die Regimentsfahne schüttet. Indessen, lache man so viel man wolle, es soll ihnen gelungen sein, wenigstens den preussischen Eisenbahnminister hinsichtlich der Frachttarife zu überzeugen. Wir müssen uns also wohl die ungarischen Trauben vertheuern lassen, oder ganz auf dieselben verzichten. Das nennt man dann „Interessen-Vertretung“.

Die Agrarier benutzten sehr geschickt einige wohlbegründete Beschwerden der landwirthschaftlichen Bevölkerung, welche mehr als die Hälfte der Population Deutschlands ausmacht. Sie gedachten dadurch die Bauern für sich zu gewinnen. Allein dieser Plan ist vollständig mißlungen.

Zunächst wegen der Personen, die ihn durchzuführen versuchten. Es waren ausschließlich hochconservative Edelleute und Rittergutsbesitzer aus den nordöstlichen Theilen des Deutschen Reichs, kurz, die man früher, allerdings nicht ganz richtig, „Feudale“ nannte. Es waren die nämlichen Leute, welche bis vor Kurzem ihre privilegierte Stellung in der Kreis- und Provinzialvertretung mißbraucht, welche bis 1860 die Grundsteuerfreiheit der Rittergüter aufrecht erhalten und für die Einführung der Steuerpflichtigkeit große Entschädigungsgelder empfangen hatten, die sie jetzt, trotzdem daß sie die Grundsteuer wieder abzuschütteln versuchen, doch durchaus nicht wieder herausgeben wollen; — es waren die nämlichen Leute, welche für die Erbunterthänigkeit und Leibeigenschaft geschwärmt, welche sich der Befreiung und Entlastung des bäuerlichen Grundeigenthums auf das Hartnäckigste widersetzt und noch vor zwanzig Jahren von Wiederherstellung des feudalen Jagdrechts geträumt; — es waren die Epigonen der Männer, welche nach Beendigung der Freiheitskriege eine Reaction gegen die preussische Agrargesetzgebung der Jahre 1807 bis 1811 in das Leben riefen, welche vor Allem auf den Bauernstand brückten.

Der Freiherr von der Goltz schrieb damals (1875):

„Die Agrarpartei vertritt lediglich die Interessen der Großgrundbesitzer, und zwar, wie ich hinzusetzen muß, nicht die wirklichen, sondern die vermeintlichen. Sie hat für die Interessen der mittleren und kleinen Grundbesitzer gar kein Verständnis.“

Es ist denn auch aus der agrarischen Bewegung, die scheinbar so mächtig anhub, wenig geworden, und ihre Träger haben größtentheils wieder die ältere und in der That auch ehrlichere und bessere Firma „Conservativ“ hervorgeholt, deren sie sich bei den Wahlen von 1878 mit größerem Erfolg bedient haben, als sie 1876 und 1877 bei den Land- und Reichstagswahlen mit ihrer adersocialistischen Firma hatten.

An die Stelle jener Episode, bei welcher die Edelleute die Bauern zu gewinnen gedachten, ist jetzt eine andere Phase getreten. Die Industrie-Schutzöllner versuchen die conservativen Edelleute und Rittergutsbesitzer zu fangen; und diese Partei, welche noch in dem Programm von 1876 mit Emphase versicherte: „Auf der Grundlage des Freihandels stehend, sind wir Gegner der Schutzölle“, diese Partei scheint heute nicht abgeneigt zu sein, anzubeißen auf das,

„Was Erlenkönig ihr leise verspricht“,

anstatt sich von Vater Göthe sagen zu lassen:

„Sei ruhig, bleibe ruhig, mein Kind,

In dürren Blättern säuselt der Wind.“

Der industrielle Schutzöllner verspricht nämlich dem Landmann — Getreidezölle. Ob das Versprechen gehalten wird, gehalten werden kann, nachdem die Industriezölle eingeführt sind, ist noch die Frage. Jedenfalls würde ein Eingangszoll auf Getreide, in Verbindung mit der absoluten und unbedingten Unterdrückung der Eisenbahn-Differential-Frachten das deutsche Getreide vom Weltmarkt ausschließen. Und endlich würde der Getreidezoll, wenn er wieder eingeführt wäre, doch in allen Jahren einer unzureichenden Ernte in Deutschland suspendirt werden, wie uns



dies die Geschichte des Zollvereins von seiner Errichtung bis zum Jahre 1858 gezeigt hat. Bekanntlich haben die Getreidepreise niemals niedriger gestanden, als zur Zeit der Eingangszölle.

Leider aber giebt es immer noch Leute, welche (wie der österreichische Minister von 1850, der Fürst Schwarzenberg, ein verhängnißvoller Mann an verhängnißvoller Stelle, von sich selber sagte) „aus der Geschichte Nichts lernen können“.

Was ist der Schutz für Alles? Nichts als die Vertheuerung von Allem! Und wenn wir einander gegenseitig alle Bedürfnisse künstlich und gewaltsam vertheuern, dann werden wir Alle viel ärmer. Die Idee ist nicht minder socialistisch, als die des socialdemokratischen Abgeordneten Bracke, welcher sagt: „Allerdings wollen wir das Privateigenthum an Grund und Boden abschaffen, aber wir wollen die Grundeigenthümer bezahlen, sie sollen entschädigt werden.“

Schön! Aber wer soll denn bezahlen? Dieselben, welche bezahlt werden sollen. Man will Allen Alles wegnehmen, und dann sollen Alle, welche nichts mehr haben, Alles bezahlen. Wär' der Gedanke nicht verdammt geschmeid, ich wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen

Das ist die alte Geschichte von den beiden Berliner Eckenstehern A. und B., welche ein Faß Schnaps hatten, das sie auf der Hasenhaide dem Publicum verzapfen wollten, um ein schönes Stück Geld zu verdienen. Unterwegs bekam A. Durst, er kaufte sich einen Kummel aus dem Faß und bezahlte dem B. einen Silbergrofchen. Dann bekam B. Durst und bezahlte wieder dem A. den nämlichen Grofchen. Und so mit Abwechslung weiter. Endlich war das Faß leer und es war Nichts übrig, als der einzige Grofchen; aber er war sehr oft von einer Tasche in die andere gewandert. Um den Schnaps aber war man ärmer geworden.

Bei einem Faßchen Schnaps schadet das gar nichts. Aber mit einer so wichtigen und segensreichen Institution

wie das Privateigenthum — einer Institution, auf welcher unsere ganze Cultur ruht und ohne welche wir in die tiefste Barbarei verfallen, — sollte man solche thörichte Experimente nicht machen.

Vergessen wir nicht, daß das ganze System des Socialismus und Communismus seine Wurzeln in der falschen Theorie Ricardo's über die sogenannten „Boden-Rente“ hat. Schaffen wir nicht neben der sogenannten „natürlichen“ Boden-Rente auch noch eine künstliche! Hüten wir uns, daß die Leute sagen: „Das sind die Menschen, die uns künstlich das Brod vertheuern, die uns dem Hungertod überliefern; das Eigenthum ist Diebstahl; fort mit ihm!“

In der That diese Sache ist ernsthaft.

---

## XXIX.

Berlin, 22. October.

Es ist bekannt, daß der „Kreuzzeitungs-Wagener“ es war, welcher im Jahre 1866, wo er einen weitgehenden Einfluß auf den Grafen Bismarck ausübte, denselben dazu bestimmte, für das in Aussicht genommene deutsche Parlament das allgemeine Stimmrecht, oder nennen wir es lieber mit dem Namen, welcher seinen Ursprung kennzeichnet: das suffrage universel, einzuführen. So ist denn dasselbe in den Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes gekommen und aus dieser in die Verfassung des Deutschen Reichs übergegangen.

Herr Wagener hatte seiner Urheberchaft durchaus kein Geht. Er warf damals mit Redensarten um sich, welche er dem Imperialismus, zweite verschlechterte Auflage, dem „Bas-empire“, entlehnt hatte. In der Reichstags-Sitzung vom 9. März 1867 citirte Herr Wagener zunächst die französische Phrase: „Alle brennenden Partei-Unterschiede

werden erlöschten in dem endlosen Meere des allgemeinen Stimmrechts.“

Aber damit hatte er nicht genug. Er glaubte, diesen hochtönenden französischen Redensarten aus seinen eigenen Mitteln eine deutsche, praktisch=realistische Illustration beifügen zu müssen, welche für seine conservative Zuhörerschaft berechnet war. Er fügte nämlich hinzu, das Volk werde sich in Zukunft überhaupt nicht mehr für Politik interessieren, sondern nur noch für religiöse und sociale Fragen, oder wie er es in seiner halb schwärmerisch=prophetischen, halb cynisch=drastischen Weise ausdrückte, „für die Fragen des Herzens und des Magens“.

Man darf hierbei nicht vergessen, daß es Herr Wagener war, welcher zuerst die jetzt von so vielen, die den Ursprung dieser Phraseologie gar nicht kennen, nachgebeteten Redensarten in Deutschland importirte. Es war während der Conflictzeit, schon 1862 und 1863, wo er in dem preussischen Abgeordnetenhanse von den „Proletariern“ als von den „Hintermännern“ der Fortschrittspartei und von dem „weithin hallenden Tritte der aufmarschirenden Arbeiter=Bataillone“ sprach. Er war es, der damals den Ausdruck „Manchester=Männer“ auf die deutsche Freihandelspartei anwandte, — ein Ausdruck, welcher, wie der geistreiche und gelehrte Professor Dr. Roscher in seiner vortrefflichen „Geschichte der Nationalöconomi“ bemerkt, in dieser Anwendung gar keinen Sinn hat. Denn während die englische Manchester=Partei den Staat abschaffen oder auf die „Nachtwächter=Rolle“ beschränken will, hat die deutsche Freihandelschule, — Faucher, Prince-Smith, Otto Michaelis und Karl Braun an der Spitze — sich um die Aufrichtung und Kräftigung des deutschen Nationalstaats von jeher eifrig bemüht und sich die größten Verdienste darum erworben.

Er war es endlich, der, wie er den Engländern den „Manchester“, so den Franzosen den „Bourgeois“ entlehnt hat, oder wie er in seiner breiten unfranzösischen Aussprache

zu sagen pflegte: die „Burr=Schoh=Wah=Sieh“. In Deutschland, wo der Bürger und der Bauer derselben Gesellschafts-Schicht angehören und Schulter an Schulter gekämpft haben, um vereint und gleichzeitig ihre Emancipation zu erreichen, paßt diese Bezeichnung durchaus nicht.

Kurz, die socialistische Terminologie, wie sie gegenwärtig im Schwange ist und sowohl von Universitätsprofessoren, als auch von socialdemokratischen Agitatoren, und selbst von socialistisch angehauchten Conservativen und Agrariern gebraucht wird, rührt — dem Verdienste seine Krone! — von dem ehemaligen Führer der Hochconservativen, welche ihm um seiner Tugenden und Leistungen willen das allerdings etwas stark mit Schulden belastete Rittergut Dummerwitz schenkten, von dem „Kreuzzeitungs=Wagener“ her. Tausende, welche gern Redensarten, die Wagener allerdings nicht erfunden, aber aus England und Frankreich importirt und auf deutsche Verhältnisse zuerst angewandt hat, auf welche sie passen wie die Faust auf das Auge, hentigen Tages nachbeten, — Tausende, welche, diese Nomenclatur in ihren rednerischen und schriftstellerischen Versuchen anwenden, — Tausende, welche sich im Gebrauch dieser Worte nicht nur sehr gelehrt, sondern auch sehr radical, sehr social, sehr „äußerst links“ bedünken, — alle diese Tausende wissen es gar nicht, daß es der alte Kreuzzeitungsmann ist, welchem sie nachbeten. Die armen dummen Kinder!

Vor dem Geiste des Herrn Wagener dagegen muß man aufrichtigen Respect haben. Er hat ganz richtig prophezeit, wohin wir mit dem von ihm empfohlenen System gerathen.

„Das Volk hat nur noch Sinn für religiöse und sociale Angelegenheiten, — für die Fragen des Herzens und des Magens!“

Ganz richtig. Die Ultramontanen haben sich der Frage der Religion und des Herzens bemächtigt und die Socialdemokraten der Frage des Magens. Der Rest ist Schweigen. Doch nein, wäre er doch Schweigen! Aber das ist

er nicht: Der Rest ist Krieg. Die brennenden und trennenden politischen Partei-Unterschiede sind nicht erloschen. Vielmehr haben auch sie einen religiösen oder socialistischen Anstrich angenommen. Die Freiconservativen haben sich in den Schutzoll verlaufen und die Altconservativen in das Agrariertum. Arbeit-Socialisten, Industrie-Socialisten, Acker-Socialisten, Alle wollen sie nehmen, Nichts wollen sie geben. Von Gott und König, von Staat und Vaterland ist nur ganz nebenbei noch die Rede. Vom Reich spricht man nur noch, wenn man, wie Bismarck sich ausdrückt, die Absicht hat, „das große Reichsjaß anzuzapfen“, um daraus sein Privatkrüglein zu füllen.

Das ist in der That mehr Magen als Herz. Und Verstand und Patriotismus ist es schon gar nicht. Die Massen sind entweder schwarz oder roth und dazwischen treiben die Trümmer der zerschlagenen oder zertrümmerten alten Parteien. Wohin diese durch materielle Winkelinteressen irrefeleitete Bewegung führt, namentlich wenn sie von confessioneller Bornirtheit beeinflusst wird, — dafür nur ein kleines Exempel.

Ich erhalte soeben Nummer 243 der in Schwerin erscheinenden „Mecklenburgischen Anzeigen“, welche das offizielle Organ der Mecklenburg-Schwerin'schen Regierung sind, einer Regierung, der man, wenn man sie mit der Mecklenburg-Strelitzer vergleicht, — aber auch nur dann — einen entfernten Schimmer von Liberalismus nicht einmal absprechen kann.

In dieser Nummer nun findet sich folgende:

#### Erklärung.

„Nachdem laut Nr. 35 des „Reg.-Blattes“ (Amtliche Beilage) einer Commitee die Erlaubniß zu einer öffentlichen Sammlung in unserem Lande für eine in Berlin zum Gedächtniß der gnädigen Errettung unseres Allerdurchlauchtigsten Kaisers aus Lebensgefahr zu erbauende „Votivkirche“ ertheilt ist, halten die Unterzeichneten bei aller

gebührenden Treue für Kaiser und Reich es für geboten, Solche, die es interessirt, darauf hinzuweisen, daß diese Botivkirche gewiß nicht für unsere evangelisch-lutherische Kirchengemeinschaft und für unser evangelisch-lutherisches Glaubensbekenntniß, sondern für die preußische „Union“, also für ein anderes, abweichendes Bekenntniß, soweit die Union ein solches überhaupt noch besitzt, erbaut werden wird. Die Union bietet keinerlei Rechtsicherheit, daß nicht auch an der zu erbauenden Botivkirche, gleich wie in anderen Kirchen Berlins, alsbald nach ihrer Einweihung ein Geistlicher angestellt wird, der die klare Lehre des Wortes Gottes und den Herrn Jesum Christum selbst öffentlich verleugnet, ohne daß die kirchliche Behörde sich für berechtigt hält, wirksame Abhülfe zu schaffen. Ob und in welcher Weise jeder einzelne Pastor unseres Landes seine Gemeinde über diese Sachlage aufklären zu müssen glaubt, ist selbstverständlich dem Ermessen eines Jeden anheimgestellt, jedoch möchten wir darauf aufmerksam machen, daß, wenn wir für auswärtige Kirchengemeinschaften bauen können und wollen, allermeist des Glaubens Genossen der lutherischen Kirche zu bedenken sein werden und unser Mecklenburgischer Gotteskasten für diese so sehr dringend bittet.

Präpositus Stahlberg=Neukloster. Pastor Dr. Philippi=Hohentkirchen. Freiherr S. v. Malzan-Klein Lütow. Pastor Rönning=Goldsee. Präpositus Piper=Gr. Teßin. Pastor Pläß=Serrahn. Präpositus Schumacher=Viestow. Pastor Fleck=Nöbel. Pastor Schliemann=Alt Bukow.“

Diese guten Pastoren des obotritischen Reichs! Trotz „aller gebührenden Treue für Kaiser und Reich“ wollen sie selber nichts geben und verbieten auch den Schafen, welche sie zur geistlichen Weide führen, etwas zu geben. Es könnte ja dabei „unserem **Mecklenburgischen** Gottes-Kasten“ etwas entgehen.

Ob sie wohl auch glauben, einen besonderen Mecklenburgischen Herrgott zu besitzen, welcher sich nicht um Kaiser

und Reich, sondern nur um den Mecklenburgischen „Kasten“ und Kastengeist kümmert?

Uebrigens haben wir alle Ursache, zu glauben, daß der mecklenburgische Landmarschall Fritz von Demitz auf Kölschin mit dieser „Erklärung“ von Herzen einverstanden ist, nicht obgleich, sondern weil er der Partei der Deutschconservativen angehört, welche sich bei den Wahlen als „die einzig kaiser-, königs- und reichstreue“ gerirte.

Wer erklärt mir, Derindur,  
Diesen Zwiespalt der Natur?

---

### XXX.

Berlin, 23. October.

Das Anti-Socialistengesetz ist angenommen. Mit Ach und Krach hat man aus den Alt- und Freiconservativen und den Nationalliberalen eine Mehrheit zusammengeleimt, welche jedoch bei der ersten besten Gelegenheit wieder auseinanderfallen wird, namentlich wenn man den Reichstag zum Tummelplatz widerstreitender materieller Sonderinteressen macht.

Eine Majorität für das Socialistengesetz, — nun, die hätte man billiger, besser und schneller haben können, wenn man unmittelbar nach dem 2. Juni den alten Reichstag, statt ihn aufzulösen, wieder einberufen hätte. Man hätte dann all' die Aufregung, die Zeit, die Arbeit, das Geld für die Wahlen, die Schmähungen, die Aufhegereien, die Verleumdungen und die Verbitterung sparen können, welche letztere sobald nicht verschwindet.

Der Traum von der großen conservativen Majorität, — ich weiß nicht, ob ihn der Fürst Bismarck geträumt hat, — aber das weiß ich gewiß, er hat sich nicht verwirklicht, und er kann nicht zur Wirklichkeit werden. Wo ist denn diese chambre introuvable, diese Schaar der einheitlichen Conser-

vativen, dieses parti un et indivisible? Steht er hinter Herrn v. Meist = Retzow oder hinter Herrn v. Kardorff, hinter Herrn v. Hellborn oder hinter dem Grafen Bethusy, hinter Herrn v. Köller oder hinter Herrn v. Mantouffell, hinter Herrn Hundt v. Hafften oder hinter Herrn Meyer = Kruswalde? Und sind diese Herren nicht alle unter einander vielfach verschiedener Meinung und auch verschiedener Meinung mit Bismarck?

Um eine geschlossene Majorität zu haben, muß man eine einheitliche Regierung besitzen. Eine Regierung, die kein erkennbares Programm hat, kann auch keine Mehrheit hinter sich haben. Selbst in England bedarf man der Führung durch die Regierung. In dem streng monarchisch gesinnten Preußen wünscht man dieselbe, und in dem Deutschen Reich hat man sie so nöthig wie das tägliche Brod, um die centrifugalen Tendenzen und den Particularismus zu überwinden.

Wir kennen heute gerade in den wichtigsten inneren Fragen nicht die Tendenz der Regierung. Seit 1876 sehen wir Ueberraschungen entgegen, aber sie sind nicht gekommen. Mit alleiniger Ausnahme des Tabakmonopols, das zwar, namentlich in Camphausen's Munde, sehr überraschte, aber noch nicht einmal einen succès d'estime fand. Ueberraschungen sind in der auswärtigen Politik vielleicht nützlich, aber sie taugen Nichts in der innern, welche einen stetigen ruhigen Gang, welche vor Allem Sicherheit und Vertrauen erfordert. Haben wir wirklich Ursache von der Politik abzuweichen, welche wir von 1866 bis 1876 befolgten?

Soll Preußen auf die conservative Conflitszeit wieder zurückgreifen? Wie war es denn vor 1866 in Deutschland, d. h. in dem nichtpreussischen Deutschland?

Die particularistischen, klerikalen, antinationalen und antistaatlich = demagogischen Parteien machten Front gegen Preußen, weil es nationalen Beruf hatte. Die liberalen Parteien aber machten, trotz ihrer nationalen Gesinnung, Front gegen Preußen, weil es eine conservative Regierung



hatte. Die deutschen Conservativen haßten Bismarck, weil er national war; die Liberalen haßten ihn, weil er conservativ war. Die Schwarzen und die Rothten gewannen bei diesen Differenzen immer mehr Einfluß. Sie rückten immer näher zusammen und erreichten eine solche Macht, daß es ihnen 1866 gelang, eine ganze Reihe deutscher Staaten für Oesterreich in den Krieg gegen Preußen zu heizen.

So war es im Frühjahr und Vor Sommer 1866. Damals verlangte der Graf Bismarck von Herrn v. Bennigsen, dem Präsidenten des Nationalvereins, eine Unterredung. Dieselbe hat im Juni 1866 in Berlin stattgefunden. Sie wurde damals von beiden Theilen mit Sorgfalt verheimlicht. Heute liegt dazu kein Grund mehr vor. Ich bin über die Einzelheiten der Conferenz nicht unterrichtet. Nur so viel weiß ich: sie blieb völlig resultatlos. Vielleicht aus den nämlichen Gründen, wie die Barziner Conferenzen. Niemand kann über seinen eigenen Schatten springen.

Gewiß, Niemand kennt so gut das Volk in den alten preußischen Provinzen wie Bismarck. Er belauscht seinen heimlichsten Herzschlag. Dies hat er auch bei den Wahlen im Sommer 1878 bewiesen.

Gewiß ist, daß er die europäischen Höfe eben so genau kennt.

Aber wie ist es mit dem neu-preußischen und dem nicht-preußischen Deutschland? Wenn er dort glaubt, altpreußische Conservative finden zu können, dann irrt er. Der dortige Adel ist in Fehlern und Tugenden ganz anders als der streitbare preußische Junker, der die harte Faust und die spartanische Schule der Hohenzollern genossen.

\* \* \*

Ich muß zum Schlusse noch einer Redensart gedenken, welche bei den letzten Reichstagswahlen eine große Rolle gespielt hat. Wenigstens in den altpreußischen Provinzen und in ländlichen Kreisen.

„Wir haben bisher liberal gewählt“, sagten die Leute, „und es sind trotzdem der Steuern nicht weniger geworden. Probiren wir es einmal mit den Conservativen!“

Diese Redensart, so wirksam sie auch war in einem Augenblick der Aufregung und Verwirrung, — namentlich da, wo man öffentliche Besprechungen zu hintertreiben mußte und die Flugblätter confiscirte, — war in der That nur für den Moment gut. Sie hat kurze Beine und wird nicht weit laufen. Sie gestattet keine Reprisen.

Es ist ja bekannt, daß der Reichskanzler auf Vermehrung der Einnahmen des Reichs sinnt, sei es durch Regale oder Monopole, sei es durch Zölle. Außerdem wird versucht, denselben in die Bahnen des Schutzzolles zu drängen. Das Alles sind neue Steuern und Lasten, welche, wenn sie die gewünschten Erträgnisse liefern, zugleich dem Reichstag sein im Interesse der bürgerlichen und wirthschaftlichen Gesellschaft gegenüber dem Staate unentbehrliches Steuerbewilligungsrecht entziehen.

In der Frühjahrssession 1879 muß es sich ja schon zeigen, ob es die Conservativen sind oder die Liberalen, welche neue Lasten einführen und das Recht des Reichstags, die Steuerlast zu reguliren, abschaffen wollen.

Wer aber den Leuten Abschaffung der Steuern verspricht, der ist ein bewußter Lügner. Selbst von einer Verminderung derselben kann nur die Rede sein bei einer Verminderung des stehenden Heeres, welche natürlich die Conservativen am allerwenigsten wollen.

So muß man denn jenen Leuten das Experiment des „Conservativ=Wählens zum Zweck der Steuerverminderung“ einstweilen von Herzen gönnen, jedoch mit nachdrücklicher Feststellung dieser Ausbentung des Unverständes und mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, bei den nächsten Reichs- und Landtagswahlen, mögen solche infolge von Auflösung oder von Ablauf der Wahlperiode eintreten, darauf zurückzukommen und die Wirksamkeit der so mächtig aus den

Wahlen hervorgegangenen conservativen Partei mit jenem Maßstabe zu messen, welchen die Bibel mit den Worten bietet: „An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen!“

Aber abgesehen davon, ist die Neigung, conservativ zu wählen, um einen Pfennig Steuer zu sparen, auch ein Zeichen der Krankheit, welche provocirt ist durch die von der „mehr oder weniger freiwillig gouvernementalen“ Presse ausgegebene würdige Parole: Keine Politik mehr, sondern nur noch materielle Interessen. Das führt direct zur Leugnung des Staates, welcher von seinen Bürgern diejenigen Opfer fordern muß, ohne welche er nicht im Stande ist, zu existiren.

Und das Volk hat, wenn nicht das Bewußtsein, dann doch den Instinct dieser Krankheit.

In einer schlesischen Wahlversammlung sagte ein Wähler: „Krank sind wir. Der liberale Doctor hat uns nicht curirt und nun wollen wir es mit dem conservativen versuchen.“

Der liberale Candidat erwiderte darauf:

„Wir Liberale sind nicht krank. Wir erfreuen uns gesunder Gliedmaßen und gesunden Verstandes. Wenn aber Jemand krank ist und wechselt ewig mit dem Doctor, dann wird er zum Schluß an einen Quackfalber gerathen, der ihm viel Geld abnimmt und ihn rasch unter die Erde befördert.“

Da der neuerungsjüchtige conservative Wähler selber ein Kurpfuscher und Schächer war, fand die Erwiderung rauschenden Beifall.

\* \* \*

„Untröstlich ist es allerwärts!“ sang vor vierzig Jahren Ludwig Uhland.

Heute ist es anders. Wir haben unser nationales Bewußtsein wiedergefunden. Wir haben einen Trost, und mit diesem Troste wollen wir schließen:

Deutschland hat keinen Ueberfluß an Reichthümern. Dagegen ist es desto reicher an Religionen und Regierungen.

Daß im Laufe der Jahrhunderte von den Regierungs- und Religionsbeamten vielfach und schwer gesündigt worden ist, weiß Jeder. Trotzdem ist es denselben nicht gelungen, Deutschland zu ruiniren.

Es ist heute wie 1866, wo Graf Bismarck sagte: „Wir haben nur einen zuverlässigen Allirten, — das ist die deutsche Nation.“ Auf einen Augenblick läßt auch einmal das deutsche Volk sich verwirren; aber auf die Dauer wird man keinen Erfolg bei ihm erzielen, wenn man sich darauf beschränkt, an die Unwissenheit und die Leidenschaft zu appelliren.

Die Zukunft sieht in Gottes Hand,  
Doch ahnt mir, daß sie schön Dir tagt,  
Drum schreite vorwärts unverzagt  
Mein theures deutsches Vaterland!





89093541639



**B89093541639A**



89093541639



b89093541639a